

AUFTRAG



221 / OKTOBER 1995

35. JAHRGANG

- Spiritualität
- Partnerschaft, Ehe und Familie
- Zum „Kreuzurteil“
- Friedensethik – Papstrede vor der UNO
- Versöhnung Grundlage für den Frieden
- Interview mit MGv Jürgen Nabbefeld

GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN

INHALT

MÄNNLICHE SPIRITUALITÄT

Männer-Alltag und Alltagsspiritualität (Armin Bettinger) 3

PARTNERSCHAFT, EHE UND FAMILIE

Der Liebe gerecht werden (Renate Hartmann) 9

Papstbrief an die Frauen – Weg der Emanzipation weitergehen (Rita Waschbüsch) 11

Auf dem Weg zur kirchlichen Konventionalscheidung 12

Die Senioren und ihre Vertretungen (Willy Trost) 12

KREUZ-URTEIL

Der Widerstand der Oldenburger gegen den Kreuz-Erlaß der Nazis von 1936 (Joachim Kuropka) 14

Der Staat hat die Werte, auf denen unser Grundgesetz beruht, zu hüten und zu fördern (Heinrich Havermann) 17

KIRCHENGESCHICHTE

„Die Zeit ist erfüllt“ (I) (Johannes Cofalka) 22

FRIEDENSETHIK

Die Freiheit ist das Maß der Würde und der Größe des Menschen (Johannes Paul II) 26

Auch ein moralisches Problem – Rüstungsexport (Klaus Ebeling) 30

VERSÖHNUNG

Versöhnung ist keine Einbahnstraße (Lothar Groppe) 38

Über Vertreibung offen sprechen! (Katarzyna Kolodziejczyk) 43

Der Schritt von der Partnerschaft zur echten Freundschaft ist möglich (Karl Fürst von Schwarzenberg) 46

Nationalismus statt Versöhnung? 50

Eine deutsch-jüdische Identität – Interview mit Prof. Michael Wolffsohn 51

Die Geschichte der Sowjetmarschälle (Joachim G. Görlich) 54

KIRCHE UND RELIGION IN DEUTSCHLAND

Woche der Begegnung 1996: „Leben bis zuletzt: Sterben als Teil des Lebens“ 55

Solidarität ist unteilbar 56

Religion und Glaube im Spannungsfeld demokratischer Entwicklung (Willy Trost) 57

MILITÄRSEELSORGE

Die sittlichen, geistigen und seelischen Kräfte bestimmen mehr noch als fachliches Können
den Wert des Soldaten (Hermann-Josef Kusen) 58

Die seelsorgliche Begleitung und die Betreuung der Soldaten steht im Mittelpunkt
der Militärseelsorge – Interview mit dem neuen MGv Jürgen Nabbefeld 60

AUS DER GKS

Bundesvorstand: Militärseelsorge im Mittelpunkt (Klaus Brandt) 64

Wehrbereich III (Johann-A. Schacherl) 67

Termine 68

Wehrbereich V (Friedrich Brockmeier) 68

APOSTOLAT MILITAIRE INTERNATIONAL

Mitverantwortung für Frieden und Menschenrechte in der Welt – AMI-Erklärung 70

AMI-Familienfreizeit 1996 71

KURZ NOTIERT

53

PERSONALIA

69

DER FREIZEIT TIP (Willy Trost)

73

AUTOREN UND BEITRÄGE IN DIESEM AUFTRAG

74

BUCHBESPRECHUNGEN

75

MÄNNLICHE SPIRITUALITÄT

Männer-Alltag und Alltagsspiritualität

Armin Bettinger

„Wann ist der Mann ein frommer Mann?“, fragte das Fuldaer Bistumsblatt „Bonifatiusbote“ in einem Kommentar zur Haupttagung der katholischen Männerarbeit, die vom 3.–5. Mai 1995 im Fuldaer Bonifatiushaus stattfand. Aufzuspüren, wie und wo Männer heute in ihrem Leben spirituelle Erfahrungen machen können, was sie darin fördert und was sie hindert, war Ziel der diesjährigen Tagung. Wir dokumentieren im folgenden das Referat, das Dr. Armin Bettinger, Referent bei der Domschule Würzburg, bei dieser Veranstaltung gehalten hat. Darin gibt Bettinger Antworten auf Fragen, die sich Männer oft stellen, ohne sie wirklich wahr haben zu wollen. Weitere Vorträge über „Männliche Spiritualität heute“ erscheinen in den folgenden Ausgaben des AUFTRAGS.

Männern wird heutzutage in der Regel keine besondere Spiritualität zugetraut. Zumindest ist das eine derjenigen stereotypen Rollenzuschreibungen, denen Männer ständig begegnen und die viele Männer auch selbst verinnerlicht haben. Und wenn man in die Kirchen schaut, scheint sich dieser Eindruck zu bestätigen: Da findet man – außer in Führungspositionen – nur wenige Männer. Also: die Männer haben es nicht so sehr mit der Religion und dem christlichen Glauben, oder? Die Suche nach einer „männlichen Spiritualität“ muß da wohl zwangsläufig in die Enttäuschung führen. Es bleibt einem nichts anderes übrig als erschüttert zu sein über das vorhandene Defizit an christlicher Spiritualität bei den Männern¹.

Ich möchte es gleich zu Beginn deutlich sagen: Ich halte diese (von mir ironisch skizzierte) Einschätzung für oberflächlich und falsch. Denn sie verdankt sich einem oberflächlichen, kirchlich verengten und theologisch unreflektierten Spiritualitäts-Begriff.

Im Gegensatz dazu bin ich der Meinung, daß es durchaus eine reiche männliche Spiritualität zu entdecken gibt. Allerdings muß man dazu die alltägliche Lebenswelt von Männern aufsuchen und ihre Alltags-Erfahrungen thematisieren und analysieren. Das möchte ich im folgenden versuchen.

In einem ersten Teil skizziere ich zunächst einen theologisch fundierten und auf das gegenwärtige Alltagsleben bezogenen Spiritualitäts-Begriff. Im zweiten Teil will ich dann anhand konkreter Beobachtungen und Erfahrungen im Alltagsleben von Männern verdeutlichen, was männliche Alltags-Spiritualität sein kann.

1. Alltags-Spiritualität²

1.1. Spiritualität ist vom Wortsinn her auf den Geist, den Geist Jesu Christi, den Geist Gottes, den Heiligen Geist, bezogen. Sie ist Wirken dieses Geistes im konkreten Leben.

„Christliche Spiritualität stellt sich dem Alltag, ist eine Spiritualität des Alltags. Sie widerspricht einer überhöhenden Betrachtungsweise des Geistes, die ihn gewöhnlich nur in außerordentlichen Phänomenen oder bestimmten Eingrenzungen räumlicher, zeitlicher oder personeller Art erkennen und anerkennen will. Aufgrund der Inkarnation des Geistes erfährt das sogenannte normale oder profane Leben eine ungeheure Aufwertung. Es kann für den Christen im Grunde keine ‚geist-losen‘ oder ‚geist-freien‘ Lebensbereiche oder Lebensvollzüge geben“³.

Nach dem vielfältigen biblischen Zeugnis, aber auch in der Formulierung des Glaubensbekenntnisses ist nun dieser Geist vor allem dadurch gekennzeichnet, daß er lebendig macht und Leben schafft. Es kommt also bei einer Suche nach männlicher Alltags-Spiritualität darauf an, den lebendigmachenden Geist wieder neu zu entdecken.

1.2. Die innerste Mitte jeder Spiritualität im Alltag ist die persönliche Gotteserfahrung. Diese Gotteserfahrung geschieht aber nicht außerhalb des Alltags, sondern ständig mitten im Alltagsleben⁴. Alltags-Spiritualität liegt deshalb in der Tiefe, der Ehrlichkeit und dem Mut begründet, in dem jemand sich seinem alltäglichen Leben, dessen Aufgaben, Fragen und Grenzen und darin seinem Verwiesensein über sich hinaus stellt.

1.3. Weil Gott und sein Geist immer schon, ob schweigend und verborgen, liebend im Leben der Menschen anwesend ist, muß er nicht erst durch fromme Übungen hinzugeholt werden. Spiritualität im Alltag ereignet sich deswegen immer schon und vor allem im konkreten Verhalten, Tun und Leben, und nicht erst in Spiritualitäts-Übungen, Gebetsformen usw. Freilich ist es wichtig, die Offenheit und Aufmerksamkeit für Gott in meinem Leben in ausdrücklichen religiösen Formen und Übungen einzuüben. Doch er ist – auch ohne Gottesdienst und Gebet – schon immer die innerste Mitte und das Geheimnis jeder menschlichen Existenz.

- 1.4. Jeder Alltag ist einmalig, und so ist auch jede Form von Spiritualität im Alltag einmalig⁵. Jede Frau und jeder Mann hat deshalb für ihre und seine Alltags-Spiritualität die größte Kompetenz, auch ganz „unbedeutende“ Leute. Es geht hier um eine Umwertung, um eine Aufwertung der Laien, der einfachen Leute, um den Respekt vor der je individuellen Alltags-Kompetenz.
- 1.5. Religiöse Traditionen gelten nicht mehr selbstverständlich. Deshalb ist eine persönliche Auseinandersetzung, persönliche Verantwortung für das eigene Leben, persönliche Überzeugung und Entschiedenheit (Gewissen) von großer Bedeutung, auch für das Christsein.
- 1.6. Die individuelle Überzeugung braucht aber auch stützende Gemeinschaftserfahrung, es braucht kleine überschaubare Gemeinschaften, Vertrauensbeziehungen. Diese sind nicht selbstverständlich, man braucht dazu Mühe, Pflege und Zeit. Für Männer heißt das: Sie brauchen vertrauensvolle Begegnungen, freundschaftliche Rückenstärkung, männliche Solidarität.
- 1.7. Je komplizierter das Alltagsleben wird, desto wichtiger wird eine Konzentration auf das Wesentliche. Askese bekommt hier eine neue Bedeutung und neue Ausrichtung. Spiritualität im Alltag ist deshalb eng mit einer wesentlichen Grundausrichtung des Lebens verbunden.
- 1.8. Haupt-Kriterium für Spiritualität im Alltag ist der Geist, der Leben schafft, die Lebenskraft Gottes, das Leben in Fülle, das Gott verheißt.
Deswegen zielt Spiritualität im Alltag zum einen darauf, mich selbst, meinen Alltag realistisch und nüchtern anzunehmen, demütig eigene Grenzen zu akzeptieren, mich mit meinem Leben zu versöhnen. Daraus kann neue Lebenskraft erwachsen.
- Spiritualität im Alltag zielt aber auch zum anderen darauf, den Alltag zu verändern, wo er mich nie-

derdrückt, gefangen und unfrei hält, Konflikte anzupacken, mich für mehr Gerechtigkeit zu engagieren, den Aufbruch und den Neuanfang zu wagen, die noch nicht verwirklichten Möglichkeiten Gottes mit uns Menschen ins Spiel zu bringen.

2. Männer voller Lebendigkeit. Konkrete Beobachtungen und Erfahrungen zum Männer-Alltag und seiner spirituellen Deutung.

Ich möchte Ihnen im folgenden einige persönliche Beobachtungen zum Männer-Alltag mitteilen. Dabei geht es mir darum, die Erfahrungen ernst zu nehmen und genau hinzuschauen. Und ich möchte mich damit auseinandersetzen, wie man diese Erfahrungen spirituell deuten kann. Ich möchte fragen, wo liegen hier die spezifischen Chancen, Gott zu erfahren, zu erahnen, mit ihm in Berührung zu kommen. Dabei möchte ich mich auch mit ein paar gängigen Spiritualitäts-Klischees auseinandersetzen und sie an meinem Haupt-Kriterium, dem lebendig-machenden Geist, messen.

Ich möchte also fragen, wo kommt der Geist Gottes im Männer-Alltag als Lebenskraft zum Vorschein, entweder indem ich den Alltag annehme, mich mit ihm versöhne, oder indem ich eine Veränderung wage, den Alltag kritisiere und aufbreche. Meine Beobachtungen konzentriere ich auf vier Bereiche männlicher Erfahrungen, von denen ich meine, daß sie einerseits für Männer wichtig und aufschlußreich sind, und daß sie andererseits in Überlegungen zur Spiritualität zu sehr vernachlässigt werden. Es sind die Bereiche der Gefühle, der Körperlichkeit, Sinnlichkeit und Sexualität, der Beziehungen und der Arbeit.

2.1 Gefühle

• Ja, ich bin ein Mann!

Da beobachte ich zunächst einmal an mir selbst und an anderen Männern, daß viele Männer sich schwer tun, ein positives, warmherziges, schönes Grundgefühl dem Mannsein gegenüber zu entwickeln. Viel zu sehr beherrschen die Bilder vom gewalttätigen, bru-

talenen, zerstörerischen Mann, vom gefühllosen, kalten, vom religionslosen, leistungsorientierten, vom harten und unpartnerschaftlichen, beziehungsunfähigen Mann usw. unsere Köpfe und unsere Herzen. So vieles auch an diesen Bildern richtig sein mag, sie haben auch eine verheerende Wirkung. Indem ich mich bemühe, selber natürlich ein ganz anderer Mann zu sein, ein viel einfühlsamerer Mann, ein viel zärtlicherer Vater usw., überfordere ich mich, und spalte gleichzeitig wichtige Aspekte meines Mannseins, die verdächtig wirken, ab, verleugne wichtige Teile meiner Persönlichkeit.

Ein banales Beispiel: Als christlicher moderner Mann, der Familie hat und natürlich weiß, daß viele Väter heute abwesend und für ihre Kinder kaum erfahrbar sind, will ich es anders machen, und auch Zeit für meine Kinder haben. Dies versuche ich dann, sobald ich daheim bin, einzulösen, ganz für meine Kinder da zu sein. Nur: es macht mir keinen Spaß, die Zeit mit den Kindern wird zur Pflichtübung, erhöht meinen Streß, frustriert mich, weil ich spüre, nicht so für die Kinder da sein zu können, wie es eigentlich schön wäre usw.

Mir einzugestehen: ich will auch einmal meine Ruhe haben, ich bin auch erschöpft, ich bin auch so ein Mann, der oft im Beruf ausgepowert ist und dann daheim keine Lust mehr auf Kinder hat, das lerne ich langsam. Es tut mir, und ich meine auch der Beziehung zu meinen Kindern gut, wenn ich mir auch ohne schlechtes Gewissen eine gewisse Zeit für mich selbst zugestehen kann⁶.

Ich werde lebendiger, wenn ich eine liebevollere Einstellung zu mir selbst gewinne, meine internalisierten Idealbilder (vom guten und vom schlechten Mannsein und Vatersein) hinterfrage und meine Wirklichkeit, so wie ich bin, annehme.

Im Hintergrund steht die Frage, ob ich ein positives Selbstwertgefühl in meinem Mannsein lebe, ob ich mich für liebenswert halte, auch wenn ich nicht für andere da sein kann und an meine Grenzen stoße. Schließlich rühre ich in der liebevollen Grundeinstellung meinem Mannsein gegenüber an die Erfahrung Gottes, der mich als

Mann geschaffen und gewollt hat und mich so bejaht.

• **Wenn die Tassen fliegen ...**

Dieses positive Selbstwertgefühl als Mann erweist sich auch im Umgang mit Aggressionen. Langsam zu lernen, mich nicht als schäbiger, brutaler, destruktiver Mann zu empfinden, sobald in mir Wut auftaucht, ich mich ärgere, meine Frau, meine Kinder anbrülle, meinen Sohn niederschreie, das tut mir auch gut. Welch eine Befreiung, als mir einmal ein Mann erzählte, er hätte einmal vor lauter Wut den ganzen Küchenschrank ausgeleert und sämtliches Geschirr auf dem Boden zerdepert. Um Mißverständnisse zu vermeiden: Ich rede hier nicht dem blinden Ausagieren von Wut das Wort. Doch ich meine, wir dürfen uns auch Aggressionen zugestehen; wir dürfen uns zugestehen, daß wir auf dem Weg sind zu lernen, mit ihnen konstruktiv umzugehen. Wir können auch durch unsere Aggressionen zu verborgenen Sehnsüchten und Bedürfnissen vorstoßen. Hinter den Aggressionen steckt ja auch eine ungeheure Lebenskraft. Sie drängen auf Veränderung und Verlebendigung. Auch in ihnen kann der lebendigmachende Geist Gottes zum Durchbruch kommen.

• **Es tut ganz schön weh**

Das Kriterium der Lebensförderlichkeit des Geistes Gottes meint nicht eine billige Einschränkung auf die schönen Seiten des Lebens. Im Gegenteil: gerade auch das Zulassen der schmerzlichen, leidvollen Gefühle birgt die Chance großer Lebendigkeit in sich.

Hermann Bullinger schreibt dazu: „Leidensfähig werden: Auch wenn wir heute am liebsten alles Leiden aus dem menschlichen Leben eliminieren wollen, bleibt das Leiden doch eine unabdingbare

Voraussetzung, wenn es um Veränderungen geht. Erst wenn Männer wieder mitfühlen können und sie ihre Gefühle wirklich spüren, kommen sie in Kontakt mit sich und gewinnen Eigenmotivation, um etwas in ihrem Leben zu bewegen.“⁷

Wenn Männer spüren, worunter sie leiden, kann der Geist Gottes sie zum Aufbruch treiben.



Grafik: R. Hensch, 1978

*Einen Augenblick nur verbarg ich
vor dir mein Gesicht ...;
aber mit ewiger Huld habe ich
Erbarmen mit dir, ...
meine Huld wird nie von dir weichen
und der Bund meines Friedens nicht wanken,
spricht der Herr, der Erbarmen hat mit dir.*

Jesaja 54,8+10

• **„Männer weinen heimlich“⁸ oder gar nicht**

In dieselbe Richtung zeigt auch die Beobachtung Bullingers, daß viele Männer voll von Traurigkeit sind, die aber nicht wirklich zugelassen und gelebt wird⁹. Nichtzugelassene Trauer aber erstickt das Leben und führt zu Resignation und Depressivität.

Ich vermute, daß auch bei uns Männern in der Kirche ganz viel nicht zugelassene Trauer sich breit macht und Lebenskraft raubt. Je-

denfalls paßt dazu die Beobachtung – die mir schon von verschiedenen Seiten bestätigt worden ist –, daß sehr viele Priester, aber auch andere pastorale Mitarbeiter, voller Resignation stecken. Das betrifft uns Kirchenmänner: ein Haufen zugeschütteter, erstickter Lebendigkeit. Wie befreiend und heilend können da Tränen sein, d. h. gelebte Traurigkeit, die einen

Ausdruck finden und sich zeigen darf! Wo finden wir weinende Männer als spirituelle Vorbilder (vgl. Tobit 3,1)?

2.2. Körperlichkeit, Sinnlichkeit, Sexualität

Im Erfahrungsbereich der Körperlichkeit möchte ich drei Männer-Erfahrungen thematisieren:

• **So schön kann doch kein Mann sein ...**

Zum Stichwort: körperliche Schönheit. Ich beobachte, daß das Reden über männliche Schönheit fast immer einen abwertenden Klang beinhaltet. Ein Schönling ist ein eitler Angeber. Ich beobachte bei mir, daß das Gefühl, ich halte mich für schön, oder ich möchte ein schöner Mann sein, immer gleich einhergeht mit einer Verdächtigung mir selbst gegenüber: ist das Eitelkeit, Imponiergehabe, Protzerei? Darf ich mich schön fühlen?

Ich vermisse ein positives, wertvolles tiefes Gefühl der Schönheit bei Männern. Hinter einer

Bejahung männlicher Schönheit, die nicht einfach Kaschieren männlicher Persönlichkeitsdefizite oder neidische Protzerei meint, könnte ja eine innige, auch körperliche Übereinstimmung mit sich selbst wachsen, könnte Schöpfungsfreude auftauchen. Darin könnte sich sinnhafte Lebensfreude zeigen.

„Schön bist du, mein Geliebter, verlockend“ (Hohes Lied 1,16). So besingt jedenfalls die Bibel die männliche Schönheit.

• **Männer wollen immer nur das Eine – und kriegen es aber nicht**

Eine zweite Beobachtung: Offensichtlich erleben viele Männer eine sich im Laufe der Jahre steigende Lustlosigkeit ihrer Frauen in der Sexualität. Gleichzeitig erleben sie ständig folgende Rollenzuschreibung: Männer wollen immer nur das Eine, Frauen wünschen sich dagegen vor allem Zärtlichkeit. Drei scheinbare Auswege bieten sich Männern an:

1. Sie geben der Frau die Schuld: Du bist frigide.
2. Sie geben sich selbst die Schuld: Die eigene Unbeherrschtheit, Begierde und sexuelle Lust führt in die Ehekrise: Schuldgefühle und Abqualifizierung der eigenen sexuellen Bedürfnisse sind die Folge.
3. Oder sie versuchen, asexuell zu leben, auf Sexualität zu verzichten, zärtlich, treu, aber lustlos zu sein. Und oftmals wird gerade in diesem dritten Weg eine besondere Verwirklichung christlicher Spiritualität gesehen.
4. Ich halte diese drei Wege für Sackgassen. Sie führen in eine Lebensverleugnung hinein.

Aber welcher Weg führt zu neuer Lebendigkeit?

Das ist nicht leicht auszumachen. Ich meine, sich anzufreunden mit der eigenen Sexualität bildet so etwas wie die Grundvoraussetzung. Ein lebendiges In-Berührung-sein mit den eigenen körperlichen Bedürfnissen, mit der geschlechtlichen Lebensfreude, mit den sexuellen Sehnsüchten und nicht das Sich-selber-Schlechtmachen, das moralische Urteil, gar die Selbst-Bestrafung für in sich gespürte Wünsche führt zur Verlebung.

Auf der Basis einer liebevollen Zuwendung zu meiner eigenen sexuellen Befindlichkeit kann ich dann auch hinter die Oberfläche schauen und tiefergehende Fragen zulassen: Stecken hinter meinem offensichtlichen sexuellen Bedürfnis vielleicht andere Bedürfnisse, die zu kurz kommen, spüre ich vielleicht meine Männlichkeit nur im sexuellen Beieinandersein? Bin ich wirklich hingabefähig, will ich mich meiner Frau schenken in intimer Vertrautheit und Nähe oder bin ich zu sehr auf mein eigenes Lusterleben fixiert?

Anselm Grün und Meinrad Dufner, wohlgermerkt zwei Benediktiner-Patres, schreiben: „Sexualität ist die wichtigste Quelle für unsere Spiritualität. Wenn wir uns mit ihr anfreunden, ... dann könnte sie uns auf den Schatz in unserer Tiefe hinweisen, auf den Schatz unserer Lebendigkeit und unserer spirituellen Sehnsucht. Dann könnte sie uns vielleicht sagen: „Versuche, wirklich zu leben und zu lieben. So wie du jetzt lebst, lebst du an dir und am Leben vorbei. Gib dich nicht zufrieden mit einem bloß korrekten Leben! In dir ist eine größere Sehnsucht nach Leben und Liebe. Traue deiner Sehnsucht! Gib dich dem Leben hin, gib dich den Menschen hin, liebe sie mit deinem Herzen! Und liebe Gott mit ganzem Herzen, liebe ihn mit deinem Leib und deiner Leidenschaft!“ und weiter: „In der Spiritualität von unten nehmen wir unsere Sexualität dankbar an, weil sie uns immer wieder daran erinnert, daß unser geistliches Leben in der Lust am Leben gipfelt.“¹⁰

• **Die Sache in den Griff bekommen**

Eine dritte Beobachtung: Viele Männer leiden darunter, daß sie sich selbst befriedigen, masturbieren, und sie leiden unter ihren diesbezüglichen Gefühlen und unter ihren Enttäuschungen bei den Versuchen, damit klar zu kommen. Ein bestimmtes Bild von Spiritualität trägt wohl seinen Teil dazu bei: Mann muß das in den Griff bekommen, Mann muß sich, seine Sexualität beherrschen können. Dieser Druck kann leicht zu einer Spirale der Enttäuschungen und Schuldgefühle führen.

Ich meine, auch hier wäre eine liebevoll-männliche Grundeinstellung die Basis für die Befreiung zu neuer und tieferer Lebendigkeit. Es kann sein, daß ich mir dann meine Ohnmacht, in diesem Bereich mit meiner Sexualität nicht klar zu kommen, eingestehen kann. Und daß ich mich mit meiner Begrenztheit und Ohnmacht hin auf Gott öffne.

Es kann auch sein, daß ich mit so einer liebevollen Grundeinstellung anschauen kann, welche Verhaltensmuster sich hier bei mir eingeschlichen haben, welche Bedürfnisse nach Lebendigkeit sich hier ausdrücken, welche Un-

vollkommenheit meiner Hingabefähigkeit sich hier zeigt. Das kann zu Versöhnung, Lösung und neuer Lebendigkeit führen.

2.3 Beziehungen

• **Ohne dich bin ich ein Nichts**

Es gibt wohl so etwas wie eine starke emotionale Abhängigkeit vieler Männer von einer Frau. Hermann Bullinger hat in einem Vortrag zum Thema „Mamas Liebling oder wilder Mann?“¹¹ darauf aufmerksam gemacht, daß wohl viele Männer Mamas Lieblinge sind, d. h. in der abhängigen Beziehung zu ihrer Mutter hängen bleiben. Und wenn sich ein Mann nicht aus dieser Abhängigkeit löst, wird diese unreife Bindung auf die Partnerin, Ehefrau, vielleicht auch auf eine andere Mutter-Figur, wie z. B. eine Haushälterin, oder in eine bestimmte Marienfrömmigkeit übertragen. Ein solcher Mann, der emotional von der weiblichen Zuwendung abhängig ist, bekommt aber große Probleme: Er kann es einer Frau nie recht machen, egal, was er macht, weil er nicht er selber ist, sondern immer nur versucht, Erwartungen zu erfüllen (damit er die Zuwendung bekommt). Es entsteht ein selbstverständlicher Anspruch auf das Geliebtwerden, und es entsteht dagegen keine eigene Vorstellung von der Qualität einer Beziehung. Beziehungsarbeit wird der Frau überlassen. Solche Männer haben wohl auch kaum Freunde und Freundinnen.

Die spirituelle Dimension wäre hier in folgender Richtung zu suchen: Ablösung erarbeiten, Einsamkeit aushalten, Eigenständigkeit entwickeln, innere Stärke spüren und aufbauen. Ein Mann hat bei einer Tagung bei uns in der Domschule Würzburg einmal gesagt: Ich will von niemandem mehr in unguter Weise abhängig sein, nur noch von Gott. Sicherlich kann man auch eine solche Aussage noch einmal auf Hintergründe und Zusammenhänge hin kritisch hinterfragen. Aber immerhin wird die Suchbewegung deutlich: Die Beziehung zu Gott, Spiritualität, als ein Weg zu Eigenständigkeit und innerer Stärke und gerade damit zu tieferer und reiferer Beziehungsfähigkeit!

- **Ich kriege nicht genug**

Es gibt wohl in jeder Beziehung so etwas wie eine unstillbare Sehnsucht, nach Ganzheit, nach vorbehaltlosem Geborgensein, nach Erfüllung, nach Selbstüberschreitung. Das Leiden an dieser unerfüllten Sehnsucht führt in die Partnerschaftskrise, wenn Mann und Frau die Erfüllung ihrer ganzen Sehnsucht voneinander erwarten. Das können Menschen sich nicht geben. Die Erfahrung der Grenze in der partnerschaftlichen Liebe und Zuneigung kann aber auch zur religiösen Erfahrung werden, indem sie über die menschlichen Möglichkeiten hinaus auf Gott als Geheimnis unseres Lebens verweist.

2.4. Arbeit

Ein paar Beobachtungen zu Männer-Erfahrungen mit ihrer Arbeit. Hier möchte ich auch auf einige spezifische Erfahrungen von Männern zu sprechen kommen, deren Arbeit darin besteht, sich um andere Männer und deren Spiritualität kümmern zu müssen. Es geht also auch um die Erfahrungen von uns Männer-Seelsorgern mit unserer Arbeit.

- **Im Schweiß deines Angesichts**

Wir Akademiker arbeiten sehr wenig körperlich, mit unseren Händen. Dabei kommen wir in die Gefahr, eine wesentliche spirituelle Dimension unseres Mann-seins aus den Augen zu verlieren: den männlichen Stolz auf seiner Hände Arbeit, das lebendige Gespür für die eigene Stärke und Kraft, das Gefühl, schweißgebadet etwas geschaffen zu haben. Mir ging diese Dimension neu auf, als ich bei der Renovierung unserer Kirche mitgeschafft, Steine geschleppt, Schubkarren gefahren, Sand geschaufelt habe. Seitdem bin ich mit einem Maurermeister, einem Elektriker, einem Stahlarbeiter per Du. Diese Art von Arbeit schafft männliche Solidarität. Und vor allem: Man kommt in lebendige Beziehung zur männlichen Schöpferkraft. Diese Erfahrung ist offen für die spirituelle Deutung einer Teilhabe an der Lebenskraft, Schöpferkraft Gottes.

Ich meine, wenn wir diese spirituelle Dimension der körperlichen



Spirituelle Erlebnisse in reinen Männergemeinschaften sind nicht nur möglich, sondern auch besonders prägend und von nachhaltiger Wirkung. Im Bild Teilnehmer an einer Soldatenwallfahrt von Bruchsal nach Walldürn, die jährlich stattfindet. Unter dem Zeichen des Kreuzes marschieren die Soldaten freiwillig in zweieinhalb Tagen 120 km. Meditation, Gebet, Gespräch und Geselligkeit gehören mit dazu.

(Foto: F. Brockmeier)

Arbeit wieder entdecken, können wir lernen, die Männer, die in unseren Kirchen normalerweise hinten auf der Empore, oder an der Eingangstüre stehen und scheinbar so a-religiös wirken, mit anderen Augen zu sehen und ihnen ihre eigene spirituelle Kompetenz zuzugestehen.

- **Tag und Nacht! – und auch noch stolz darauf**

Eine weitere Beobachtung: Viele Männer leiden unter ihrer Arbeit, unter der Maloche, unter dem Streß, unter den Überstunden, unter dem Leistungsdruck, unter der

Pflicht, die sie erfüllen müssen usw. Um aber dieses Leiden nicht zu spüren, arbeiten wir noch mehr und intensiver. Gesellschaftliche Rahmenbedingungen und Persönlichkeitsstrukturen ergänzen sich in der Arbeitswut und -sucht vieler Männer auf zerstörerische Weise.

Uns Männern, die in der Kirche arbeiten, geht es da nicht anders! Bei uns kommt allerdings verschärfend noch eine gewisse spirituelle Vorstellung dazu: Das ist ja eigentlich nicht Arbeit, die uns da zu viel wird und uns manchmal zum Halse raushängt, sondern das ist Dienst am Nächsten, Glaubens-

verkündigung, das kann einem doch niemals zu viel werden. Eine solche spirituelle Haltung führt unweigerlich in den Burnout, in das innere Absterben!

Spiritualität als Aufbruch zu neuer Lebendigkeit heißt hier vielfach: Weniger arbeiten! Hermann Bullinger schreibt dazu: „Auch Männer arbeiten, um zu leben und nicht umgekehrt. Mit Arbeit kassieren Männer ihr Leiden und ihre Empfindungen“¹². Ich möchte hinzufügen: auch mit kirchlicher Arbeit tun sie das. Bullinger weiter: „Mit dem Rückbau von Arbeitstugenden werden wir wieder lebendiger und sensibler. Überdies gewinnen wir Zeit für unsere Beziehungen und für Muße, die wir dringend brauchen.“¹³

• Innen und Außen

Noch eine Beobachtung zum Spezifischen unserer Arbeit, wenn wir beruflich den Auftrag haben, Glauben und Spiritualität weiterzugeben: Das ist wirklich eine Kunst, selber echt und authentisch zu bleiben, eigene Fragen, Zweifel, Unsicherheiten, Entwicklungen zuzulassen und gleichzeitig immer unter dem Druck zu stehen, ich muß und möchte ja ein ziemlich ideales christliches Mann-sein, Vater-sein, Ehepartner-sein, Priester-sein vorleben.

Dazu eine Erfahrung aus einem Seminar¹⁴, bei dem ich Männer und Frauen gebeten habe, sich an Menschen zu erinnern, die ihnen in Bezug auf ihre eigene religiöse

Erziehung, also Glaubensweitergabe, wichtig waren. Die Männer und Frauen sollten an diese Personen ihrer Vergangenheit aus ihrer heutigen Sicht heraus Klagen und Danksätze aufschreiben. Ich gebe im folgenden ein paar Klagen und ein paar Danksätze wieder. Ich habe solche ausgewählt, die an Männer gerichtet waren, die (beruflich oder familiär) versucht haben, christliche Spiritualität zu vermitteln:

Bei den Klagen heißt es da:

- * Vater, du gehst zwar in die Kirche, aber du bist voller Verbitterung.
- * Hast du jemals darüber nachgedacht, was für ein Vater du all die Jahre warst?
- * Vater, ich habe erlebt, daß Religion dir Sicherheit und Halt gibt, ich hätte aber gerne mehr von deinen Gefühlen gespürt.
- * Papa, dein Glaube war für mich immer nur ein Abhaken einer Pflicht.
- * Herr Pastor, sie meinten es sicher gut mit uns und hatten sicher auch ein Herz für uns. Ich hätte nur gewünscht, sie hätten uns das konkret spüren lassen.
- * Herr Pfarrer, sie waren ein selbstzufriedener, unengagierter älterer Mann, der mir als Jugendlichen gar nichts vermittelt hat.
- * Pfarrer, warum war ihre religiöse Erziehung so streng und verbissen?

- * Kaplan, an dir habe ich erlebt, wie sich hinter Religiosität eine zerbrochene notleidende Existenz verbirgt.

Als Dank konnte man da lesen:

- * Papa, ich danke dir für die schöne Kindheit, die ich hatte, die gemütlichen Samstage, an denen wir sangen, meist aus dem Gesangbuch, für die vielen Gespräche, wenn Probleme da waren.
- * Vater ich habe erfahren, daß ihr mich mit euren kleinen Möglichkeiten doch immer groß geliebt habt.
- * Pfarrer, danke für Lob und Bestätigung und danke fürs Mutmachen.
- * Lieber Kaplan, danke für dein mutiges, befreiendes Wort auf der Kanzel.
- * Pfarrer in meiner Kindheit, ich erinnere mich dankbar an einen engagierten, überzeugten Priester, der die Kinder gern hatte.
- * Papa, danke für die Zufriedenheit, die du ausstrahlst, und für die Freundlichkeit, mit der du Menschen in deinem Beruf begegnet bist.

Man kann wohl zumindest eines spüren: Die Männer, die sich selber mögen und andere gern haben, die ihre eigene Lebendigkeit spüren, zulassen und fördern, deren Spiritualität steckt andere Menschen an, verlockt zum Leben und zum Christsein.

Anmerkungen

- 1 Diesen Eindruck verbreitete zumindest mein Vordredner auf dieser Tagung, Prof. Gareis, in seinem Referat „Wie leben Männer heute ihre Spiritualität? Eine Bestandsaufnahme“
- 2 Die folgenden Gedanken, die ich hier nur in knapper Thesenform vorlege, sind Ergebnis meiner Studie: Bettinger, Armin: Leben im Alltag der Gegenwart: Herausforderung an die christliche Spiritualität. Grundlegung und Kriterien gegenwartsbezogener Alltags-Spiritualität, (Studien zur Theologie und Praxis der Seelsorge, 16), Würzburg, 1995. Dort sind die Thesen ausführlich begründet und erläutert.
- 3 Schütz, Christian: „Spiritualität, christliche“, in: Ders. (Hrsg.): Praktisches Lexikon der Spiritualität, Freiburg/Breisgau, 1988, 1179.
- 4 Hier wird Gotteserfahrung als Transzendenzerfahrung gedacht: Im Hintergrund steht die Theologie Karl Rahners.

- 5 Diese und die folgenden beiden Thesen greifen die Veränderungen und die Herausforderungen durch gesellschaftliche Individualisierung und Pluralisierung auf.
- 6 Hier steht im Hintergrund natürlich auch das Problem, das viele Männer einfach zuviel arbeiten (müssen). Es wäre wichtig, dies auch – gesellschaftlich und persönlich – kritisch zu hinterfragen. Doch kommt es mir hier auf die Grundhaltung an: mich in meiner jetzigen Lebenssituation annehmen, wie ich bin.
- 7 Bullinger, Hermann: Die Zukunft der Männlichkeit: Modernisierung oder Neuorientierung, in Bullinger Hermann (Hrsg.): Männer erwachen. Gefühle neu entdecken – Beziehung neu erleben, Freiburg/Breisgau, 1994 186–191, hier: 189.
- 8 So der Titel folgenden Buches: Bauer, Dieter / Meissner, Angelika (Hrsg.):

Männer weinen heimlich. Geschichten aus dem Alten Testament.

- 9 Siehe: Bullinger, Hermann: Die Zukunft der Männlichkeit: Modernisierung oder Neuorientierung, 190.
- 10 Grün, Anselm / Dufner, Meinrad: Spiritualität von unten, (Münsterschwarzacher Kleinschriften, 82), Münsterschwarzach, 1994, 66–67.
- 11 Diesen Vortrag hat Bullinger in Würzburg im Rahmen einer Tagung der Domschule, Akademie für Erwachsenenbildung der Diözese Würzburg, zum Thema „Männer in Bewegung“ am 27. 01.1995 gehalten.
- 12 Bullinger, Hermann: Die Zukunft der Männlichkeit: Modernisierung oder Neuorientierung, 189.
- 13 Ebd., 189–190.
- 14 Dieses Seminar habe ich im März 1995 in einer Pfarrgemeinde in Gemünden gehalten zum Thema: „Ist der liebe Gott auch in meinem Bauch? Erfahrungen mit religiöser Erziehung“.

PARTNERSCHAFT, EHE UND FAMILIE

Der Liebe gerecht werden

Ehebezogene Lebenskultur

Renate Hartmann

1992 wurden in Deutschland 1.393.000 „eheähnliche Gemeinschaften“ vom Statistischen Bundesamt registriert. Die tatsächliche Zahl dürfte sehr viel höher liegen. Die Übergänge vom Alleinsein zur Partnerschaft sind vielfältig. Es gibt voreheliche und nacheheliche Partnerschaften. Was begründet die Qualität der ehelichen Lebensgemeinschaft?

Ehe- und familienbezogene Kultur ist auch in unserer Zeit zentrales Moment gestaltetes Lebens. Aber Ehe und Familie sind für viele Menschen heute eher ein Zufluchtsort für Geborgenheit als ein institutioneller Lebensraum.

Die modernen Gesellschaften sind von Pluralität und Individualität geprägt. Der Wunsch nach größerer Freiheit in allen Lebensbereichen hat zugenommen. Folge: Verunsicherung, wie größtmögliche individuelle Freiheit und der Wunsch nach partnerschaftlicher Bindung in Einklang gebracht werden können.

Traditionelle Orientierungen sind weitgehend weggefallen. Wo sie noch bestehen, werden sie in Frage gestellt.

Zu allen Zeiten gab es allgemein gültige Regeln

In der Menschheitsgeschichte hat bislang keine Kultur darauf verzichtet, Ehe und Familie in irgendeiner Art und Weise den Prinzipien der Dauerhaftigkeit, der Ausschließlichkeit, der Solidarität und der Sorge füreinander zu unterstellen. Ehe und Familie gehören zu den fundamentalen Kulturbestandteilen der Menschheit.

Die Gestaltungsformen und inhaltlichen Qualifizierungen von Ehe und Familie sind indes einem steten geschichtlichen Wandel unterworfen. Das Ausmaß von Nor-

mierung und Verrechtlichung schwankt beträchtlich.

Intimität und gefühlsmäßige Bindung

Zum bestimmenden Inhalt heutiger Ehen sind vor allem Intimität und gefühlsmäßige Bindung geworden. Dauerhaftigkeit und Langfristigkeit sind demgegenüber in den Hintergrund getreten. Die Dynamik moderner Gesellschaftsentwicklung verheißt ein Mehr an Handlungsspielräumen, an Wahlfreiheit.

Die Kehrseite: ein Mehr an Entscheidungsnot. Insbesondere in den Biographien von Frauen spiegelt sich der gesellschaftliche Wandel wider. Die vielfältigen Möglichkeiten der Teilhabe an als wichtig empfundenen Lebensbereichen führt bei der Konkretisierung oft zu Problemen oder gar zu Widersprüchen.

Aus der Fülle des Ursprungs

Liebe ergreift den ganzen Menschen; sie verdächtigt weder den Leib und seine Lust noch das Gefühl. In ihr haben sexuelle Erfüllung ebenso wie das freie Spiel des Eros ihre volle Berechtigung. Nichts widerspricht ihrem Wesen so sehr wie jede egoistische Loslösung und Trennung aus dem Ganzen vollmenschlicher, sich schenkender Liebe. Diese Liebe lebt nicht aus der menschlichen Bedürftigkeit, sondern aus der Fülle ihres Ursprungs: Gott.

Wie solche Liebe als Ausdruck menschlicher Freiheit gelingt, beschreibt der Hl. Paulus im Hohen Lied der Liebe des Ersten Korintherbriefes.

Liebe verwandelt den Menschen durch und durch. Nicht indem sie ausklammert, sondern indem sie al-

les durchdringt. Gerade das ist oft ein schmerzhafter und harter persönlicher Entwicklungsprozeß.

Lieben und geliebt werden

Dem Menschen muß es im Laufe seines Erwachsenwerdens gelingen, seine Sexualität ins Ganze seiner Persönlichkeit zu integrieren. Sonst sind Schwierigkeiten sowohl im Eheleben als auch in einem Leben der Ehelosigkeit unvermeidlich. Niemand kann geben, was er nicht hat.

Ein von Egoismus freier Selbstbesitz und Hingabefähigkeit sind die unabdingbaren Voraussetzungen der Liebesfähigkeit. Selbstliebe als Prozeß der Annahme seiner selbst ist die Basis von Partnerschaft.

Aber so sehr Lieben sich schenken heißt, man heiratet nicht aus Opfergeist! Man heiratet oder gründet eine Partnerschaft, weil man lieben und geliebt werden möchte. Das Leben mit jemandem teilen; mit einem Menschen zusammenleben, der ungeteilt und ausschließlich, dauerhaft und ohne Einschränkung für seinen Partner da ist, Glück und Leid gleichermaßen annimmt – das sind die Erwartungen.

Leben verläuft in Phasen

Doch für viele Menschen sind mit der Ehe Ideale verbunden, die sie weder dem Partner selbst vermitteln, noch von diesem erhalten können. Vermutlich begünstigt die Trennung von Erwerbsleben und sogenanntem Privatleben in Ehe und Familie die überzogenen und der Lebenswirklichkeit nicht entsprechenden Vorstellungen.

Das Leben des Menschen verläuft in Phasen, auch das Leben in der Ehe. Zeiten der unbeschwerten

ersten Liebe werden abgelöst von Alltäglichkeit und Krisen. Leben in Ehe braucht Zeit - Zeit zum Austausch der Gedanken und Gefühle, zum Gebet, Zeit für das Miteinander und auch das Alleinsein.

Ehe und Familie sind zwei Wirklichkeiten, die einander bedingen, aber nicht ineinander aufgehen dürfen. Ehe als Lebensgemeinschaft von Mann und Frau ist eine Wirklichkeit, deren Bedeutung nicht mit der der Familie gleichzusetzen ist.

Einen dynamischen Prozeß gestalten

Die eheliche Gemeinschaft braucht den Ausgleich zwischen Geben und Nehmen. Zum Austarieren des Gleichgewichts bedarf es des Gerechtigkeitsempfindens. Das zeigt sich in der Aufteilung von Aufgaben, im Rücksichtnehmen, in Beständigkeit und Treue, auch im Verzicht.

„Die unbedingte Annahme des anderen Menschen wird existenzielle Wirklichkeit in der Treue. Durch sie ist der innerste Wille der Liebe dem Wechsel der Gefühle und der Willkür entzogen. In der Treue gewinnt die Liebe Dauer“ (Gemeinsame Synode der Deutschen Bistümer 1975). Diese Dauer ist ein dynamischer Prozeß, eine lebenslange Aufgabe.

Ehe- und familienbezogene Lebenskultur beginnt, wenn Partner sich zum Aufbau einer Lebensbeziehung begeben. In der

Spannung von „ich-du“ und auf dem Hintergrund der Herkunftsfamilien bildet sich der gemeinsame neue Lebensstil heraus.

Statistik

Die Zahl unverheirateter Zusammenlebender steigt an

FRAGE (an Unverheiratete): „Leben Sie mit einem Partner, einem Lebensgefährten zusammen“

	Westdeutschland			Ostdeutschland	
	1982	1991	1994	1991	1994
Ehe ohne Trauschein	6%	6%	8%	7%	9%

8 Prozent in Westdtd entsprechen einer absoluten Zahl von 4,14 Mio

9 Prozent in Ostdtd entsprechen einer absoluten Zahl von 1,1 Mio (Allensbacher Berichte 1995/Nr. 10)

Kinderzahl

Von den Bundesbürgern wünschen sich:

55 Prozent	2 Kinder,
28 Prozent	mehr als 2,
11 Prozent	eines und
6 Prozent	gar keines.

Dagegen die Realität:

20 Prozent	haben keines,
42 Prozent	eines,
29 Prozent	2,
9 Prozent	mehr als 2 Kinder.

(nach: Focus)

Deutet sich eine Rückbesinnung an?

Befragungsergebnisse, Trendanalysen und Statements sind Anstöße, die eigenen Wahrnehmungen, Einstellungen und Erwartungen zu überprüfen. Deutet sich eine Renaissance von Ehe und Familie an?

Eine gewisse Heiligkeit

Die Ehe bekommt bei den Jüngeren wieder das Flair einer gewissen Heiligkeit; gerade weil familiäre Harmonie offenbar so schwierig und unerfüllbar geworden ist und sich die Scheidungskultur in den Mittelschichten ausgebreitet hat, erntet sie eine Bewunderung. Issues wie 'Freundschaft', jahrzehntelang von der Suche nach der großen Leidenschaft übertönt, geraten wieder in den Fokus der Gefühlsbedürfnisse. In diesem Zug

werden auch 'freiwillig zölibatäre Lebensformen' ausprobiert. Anstatt sich den Verletzungen der narzißtischen und postemanzipativen Beziehungskulturen auszusetzen, leben junge Leute zwischen 16 und 35 plötzlich keusch - und warten geduldig auf den Mann oder die Frau des Lebens.“

* Matthias Horx, Trendbuch, Econ-Verlag, 1993

Stichwort: Geborgenheit

„Das Erleben von Geborgenheit hat einen sehr hohen Stellenwert für die meisten Jugendlichen: 'Man muß es ab und zu haben, sonst geht man drauf' ist eine typische Äußerung. Die verschiedenen Bedeutungsfacetten, die dabei subjektiv als bedeutsam erlebt wer-

den, zeigt die Übersicht im Kasten auf Seite 11. Zumeist wird Geborgenheitsgefühl so expliziert, daß es als Gegenstück zur Einsamkeit erscheint, als Sicherheit, daß jemand da ist. Die Personen, die damit in Verbindung stehen, sind in gewichteter Reihenfolge: Beziehungspartner, Ehegatte/-gattin; Eltern, insbesondere die Mutter; der enge informelle Freundeskreis; die formelle Gruppe (z.B. auch der Bibelkreis); die Familie allgemein, vielfach auch Geschwister und Oma; das eigene Kind.

* Heiner Barz, Postmoderne Religion, Die junge Generation in den Alten Bundesländern, Leske + Budrich, 1992. (Aus: ZdK, Salzstreuer, 28.08.1995)

Papstbrief an die Frauen – Weg der Emanzipation weitergehen

Rita Waschbüsch

Kommentar der Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken zum Brief, den der Papst im Vorfeld der Weltfrauenkonferenz in Peking geschrieben hat.

„Ein bißchen nüchterner im Tonfall, dann wäre der hervorragende Inhalt besser 'rüberzubringen', meinte die junge Gleichstellungsbeauftragte einer Nachbargemeinde, der ich das Papstpapier zu lesen gegeben hatte. Und wirklich: Manche der geradezu hymnisch-feierlichen Passagen verstellen ein wenig den Zugang dazu, daß der Papst Hilfreiches und Zukunftsweisendes zum Thema Frauen gesagt hat. Sein Schreiben enthält Aussagen, hinter die nun niemand in der Kirche zurück kann. Darum wünsche ich mir sehr, daß wir Frauen dem Papier zu breiter Streuung verhelfen.

Daß der Papst selbst überzeugt ist, daß es um die gerechte Beurteilung der Frauen, um die Wahrung und Sicherung ihrer Würde und ihrer Rechte auch bei „Kirchens“ noch keineswegs zum Besten be-

stellt ist, bekräftigt er ja selbst durch den Versand des Papiers an alle Bischofskonferenzen.

Das Schreiben enthält die grundlegende Lehre der Kirche vom gleichen Wert und gleicher Menschenwürde von Mann und Frau. Es bekräftigt ihr Aufeinanderverwiesensein und ihr Recht und ihre Pflicht, die Welt und die Geschichte gemeinsam verantwortlich zu gestalten.

Der Papst weiß sehr wohl um die historischen und gegenwärtigen Sünden an den Frauen. Er spricht sehr ausführlich davon, daß ihnen der Weg erschwert, ihre Würde verkannt, sie versklavt und ausgegrenzt wurden und bis heute noch vielfach werden. Sein Bedauern darüber gipfelt in der Feststellung, „daß die Menschheit dadurch um echte geistige Reichtümer gebracht wurde“. Und er stellt fest, „daß es auch bei zahlreichen Söhnen der Kirche zu objektiver Schuld gekommen ist“. Die Eindeutigkeit, mit der der Papst die volle Teilhabe der Frauen am ge-

sellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Leben einfordert, ist bemerkenswert. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Schutz und Hilfe für berufstätige Mütter, gleiche Berufschancen, Gleichheit im Familienrecht und gleiche Rechte als Staatsbürgerin sind für ihn nicht nur Akte der Gerechtigkeit, sondern auch für eine vernünftige Weiterentwicklung der Menschheit dringende Notwendigkeit. Sexuelle Gewalt, Bevormundung und Ausbeutung der Frauen werden als schwerwiegende Verfehlungen angeprangert.

Sicherlich werden sich beim Lesen des Papstbriefes einige die Augen reiben, wenn sie nachlesen, daß Johannes Paul II. die Frauen ausdrücklich ermutigt, auf dem Weg der Emanzipation weiterzugehen, da dieser Weg noch unvollendet sei. Sein Lob und seine Bewunderung der politisch aktiven Frauen, die sich in der Vergangenheit gegen herrschende Vorstellungen und Widerstände für ihre Geschlechtsgenossinnen eingesetzt haben, muß manchen dummen Suffragettenwitz in der Mottekiste verschwinden lassen. Ja, sogar „einen Förderungsplan für alle Lebensbereiche der Frau“ verlangt der Papst als Gebot der Vernunft.

Wenn Johannes Paul II. dann später die Ablehnung der Frauenpriesterweihe mit der Unterschiedlichkeit der Geschlechter, die aber keineswegs eine Minderwertung der Frau sein dürfe, begründet, so spürt man sein Bemühen um Verständnis sehr deutlich. „Dienst in Freiheit, Gegenseitigkeit und Liebe“ müsse aber Ausgangspunkt des Verhaltens sein, damit „auch ein gewisser Rollenunterschied“ akzeptiert werden könne.

Die eventuell an dieser Ablehnung der Frauenordination einsetzende Kritik sollte den Blick nicht versperren für die vielen angesprochenen hilfreichen Aussagen.

Komponenten des Geborgenheitsgefühls

- Wärme: Sich 'heimelig' fühlen, Kaminfeuer, draußen kalt, drinnen warm;
- Nähe: Verbundenheit, Vertrauen, fraglose Zusammengehörigkeit;
- Sicherheit: Sich anlehnen können, eine Anlaufstelle haben, aufgehoben sein, Schutz;
- Authentizität: Sich nicht verstellen/anstrengen müssen, sich ausleben können;
- Kommunikation: Verstanden werden, auf Interesse/Anteilnahme stoßen, alles erzählen können; Glück und Geborgenheit 'gehen Hand in Hand', sind letztlich identisch;
- Ruhe: Rückzug aus der Alltagshektik, Zeit haben;
- Partizipation: 'Daß man ein Teil von irgendwas ist und nicht alleine rumhängt'.

Auf dem Weg zur kirchlichen Konventionalscheidung

Vertreter des Zentralkomitees der deutschen Katholiken haben davor gewarnt, die Probleme der Geschiedenenpastoral, insbesondere die Zulassung zu den Sakramenten, dadurch lösen zu wollen, daß man den Partnern aus einer gescheiterten Ehe nahelegt, ihre Ehe für nichtig erklären zu lassen.

In der Gemeinsamen Konferenz von Deutscher Bischofskonferenz und Zentralkomitee am Freitag, dem 12. Mai 1995, äußerten sie die Befürchtung, daß auf diese Weise das Tor zu einer kirchlichen Konventionalscheidung – einer Scheidung, bei der die Ehepartner aus einer gescheiterten Ehe Aussa-

gen vereinbaren, die vor dem kirchlichen Ehegericht belegen sollen, daß die Ehe nicht gültig zustande gekommen ist – geöffnet werde. Nach kirchlichem Recht kann eine Ehe nicht geschieden, wohl aber ihr gültiges Zustandekommen geprüft werden. Aufgrund dieser Tatsache könnten Eheleute veranlaßt sein, das Scheitern ihrer Gemeinschaft in deren Anfang zu verlegen.

Ein solcher Weg, so wurde unterstrichen, schade der Unauflöslichkeit kirchlich geschlossener Ehen. Er wolle zwar der Unauflöslichkeit als Prinzip dienen, erreiche dies aber dadurch, daß die

Zahl der unauflöselichen Ehen auf einen immer kleiner werdenden Kreis von kirchennahen und gläubigen Gemeindemitgliedern beschränkt werde. Gerade diese litteu aber gegebenenfalls besonders stark unter dem Ausschluß von der Eucharistiegemeinschaft.

Nach Auffassung der ZdK-Vertreter sollte man diesen Weg nicht weiter verfolgen, sondern mit einer Pastoral für die Barmherzigkeit einen direkten Zugang zu den geschiedenen Wiederverheirateten eröffnen, anstatt das hierfür untaugliche Kirchenrecht als Schleichpfad zu mißbrauchen. (aus: Salzstreuer Nr. 1 vom 31.08.1995, Hrsg. ZdK)

Die Senioren und ihre Vertretungen

Willy Trost

Es ist unübersehbar, es gibt immer mehr Senioren. Im Jahr 2 000 wird der Anteil der Bevölkerung im Alter von 60 Jahren und mehr bei fast 24 Prozent liegen und dann weiter ansteigen, bis im Jahre 2025 zu fast einem Drittel der Bevölkerung. Erstaunlicherweise ist der Anteil der Bundestagsabgeordneten genau gegenläufig. Waren im Jahre 1969 sieben Prozent der Bundestagsabgeordneten über 65 Jahre, so waren es 1990 im 12. Deutschen Bundestag 21 von 662 Abgeordneten, die älter als 60 Jahre waren und damit 3,2 % Anteil hatten. Aber nur fünf Abgeordnete von 662 waren über 65 Jahre alt und damit betrug dieser Anteil 0,8 % der Abgeordneten. Der Anteil der über 60-jährigen lag zum gleichen Zeitpunkt bei 21 %. Welch ein Gegensatz.

Vielleicht sollten die Abgeordneten, die Parteien in der Bundesrepublik doch einmal einen Blick auf das Wahlverhalten der Älteren werfen. 1990 betrug die Wahlbetei-

ligung der Älteren 81 % und lag damit weiter über der Gesamtwahlbeteiligung von 70 %. Es müssen sich Probleme auch dadurch ergeben, daß die jüngste Ministerin des Bundeskabinetts ausgerechnet für die Senioren zuständig ist und auch ihre Staatssekretärinnen kaum die 30 überschritten haben.

Die Probleme der Älteren werden von der Gesellschaft und ihren Institutionen viel zu wenig berücksichtigt. Offensichtlich wird es bei ihrer Repräsentanz in den Führungsgremien der Parteien, in den politischen Entscheidungsgremien. Der große Anteil an der Gesamtbevölkerung begründet aber das Recht, daß die Senioren sich selbst vertreten sollten, wie viele andere Gruppierungen in unserer Gesellschaft dies auch mit Fug und Recht tun, selbst wenn sie kleinere Minderheiten sind.

Erst seit kurzer Zeit werden die Senioren auch in den Parteien wahrgenommen. In der Arbeitsge-

meinschaft „60 plus“ der SPD waren immerhin 26 % also 240 000 der über 60-jährigen Parteimitglieder zusammengeschlossen. 32 % der CDU-Mitglieder sind über 60, in der Seniorenunion waren 1993 aber nur 50.000 Personen Mitglied, davon war die Hälfte kein Parteimitglied.

In der Zukunft werden die älteren Menschen in unserem Staat aber für das Überleben oder zum Machterhalt der Parteien ausschlaggebend sein.

Auch der Besitz von Geld und Grundvermögen in der Bundesrepublik bei der älteren Generation ist nicht uninteressant und das alte Wort der Werbeindustrie, daß sich Werbung für über 50- oder 55-Jährige nicht lohne, wird sicherlich auch von dieser Interessengruppe überdacht werden müssen.

Seniorenvertreter und Seniorenvertretungen sind also derzeit die einzigen aktiven Mitgestalter, die für sich und andere in ihrer Altersgruppe in der Verantwortung

stehen. Ihr Ziel ist es zu erreichen, daß informierte und mündige Seniorinnen und Senioren für ihre Belange eintreten. Sie wollen sich nicht mehr in der Randgruppenposition finden lassen, sondern übernehmen verantwortliche Aufgaben und zeigen durch ihr verantwortungsbewußtes Handeln, daß sie ihre Verpflichtungen gegenüber der Gesellschaft und ihren Mitmenschen nicht vergessen haben.

In der Bundesrepublik Deutschland existierten am 01. Mai 1995 in allen 16 Bundesländern 503 Seniorenvertretungen, Seniorenbeiräte oder Seniorenräte auf Kreis- oder Gemeindeebene. Es mag dazu noch eine größere Anzahl von Seniorenvertretungen geben die auf kommunaler Ebene arbeiten, ohne daß sie bekannt sind und bei den Landesseniorenvertretungen mitarbeiten.

In den Bundesländern haben sich Landesseniorenräte oder Landesseniorenvertreter gebildet und diese selbst sind zusammengeschlossen in der Bundesseniorenvertretung. Diese ist ein eingetragener Verein als freiwilliger Zusammenschluß der Landesseniorenvertretungen und versteht sich als politische Interessenvertretung der älteren Menschen auf Bundesebene. Die Bundesseniorenvertretung ist an keine Partei, Konfession und Verband gebunden und arbeitet unabhängig und neutral. Die Bundesseniorenvertretung vertritt die Interessen der älteren Generation gegenüber den Bundeseinrichtungen, den politischen Parteien und den kommunalen Spitzenverbänden. In ähnlicher Weise arbeiten auf der Landesebene die Seniorenvertretungen in analoger Form.

Einige wenige Seniorenbüros und Seniorenvertretungen haben sich als Einrichtung der offenen Altenhilfe gebildet. Sie haben zwar keine identischen Aufgaben, können aber gute Kooperationspartner sein. Seniorenvertreter sammeln Informationen über die Bedürfnisse älterer Menschen und bemühen sich darum, die sich daraus ergebenden Anforderungen an die politischen Entscheidungsträger in den Kommunen, den Ländern heranzutragen und vermitteln außerdem die Ergebnisse der politischen Entscheidungen.

Allen Seniorenvertretungen eigen sind die identischen Forderungen, die gestellt werden:

- daß die bestehenden Verhältnisse verändert werden, indem sich die ältere Generation ihrer Bedeutung, ihrer Verantwortung bewußt wird und sich organisiert,
- daß das negative Bild des älteren Menschen in der Gesellschaft ausgeräumt und geändert wird,
- daß die gesellschaftliche Gleichstellung und Gleichbehandlung der älteren Menschen erreicht werden muß, daß nicht mehr hingenommen werden kann, daß Politik für Ältere von den Jüngeren konzipiert und realisiert wird, daß das Fehlurteil, Seniorenpolitik sei nur Sozialpolitik, ausgeräumt wird,
- daß sich die Erkenntnis wieder durchsetzt, daß ältere Menschen über einen großen Erfahrungsschatz verfügen und deshalb u.a. auch ihr Verständnis für die gesellschaftlichen Zusammenhänge tiefer und umfassender ist,
- daß das Kapital an Sachverstand und Lebenserfahrung 13 Millionen älterer Menschen für die nachfolgende Generation nutzbar gemacht werden muß, ohne den notwendigen Innovationsprozeß zu behindern,
- daß die Gesellschaft sich ein offenes Ohr für die Sorgen und Nöte der älteren Menschen bewahrt,
- daß die Belange und Probleme der älteren Menschen in der Öffentlichkeit dargestellt und aufgezeigt werden und,
- daß ein besseres Verständnis zwischen Jung und Alt entwickelt wird.

Dieses generationenübergreifende Verständnis wird in der Zukunft notwendig sein und noch stärker gefördert werden müssen.

Auf kommunaler Ebene sollten sich überall Seniorenvertretungen bilden. Sie können gebildet oder entsandt werden durch eine Urwahl, durch die Wahl von Delegierten, durch Berufung nach Vorschlägen, durch die Mitgliedschaft kraft Amtes oder einer beliebigen Mischform daraus. Notwendig ist einfach, daß sich die Seniorinnen und Senioren ihrer Stellung und ihrer Wichtigkeit bewußt werden

und in einer, wie auch immer gearbeteten Form, insbesondere auf der kommunalen Ebene zusammenschließen, um gerade dort, wo viele wichtige Entscheidungen für sie fallen, mitzuarbeiten.

Seniorenvertretungen sind vorrangig Interessenvertretungen, die die spezifischen Interessen der Älteren aufdecken gegenüber den Kommunen, Institutionen, die Entscheidungen oder Maßnahmen die für diese Gruppen notwendig sind, anfordern und vertreten.

Die Seniorenvertretungen sind auch Ansprechpartner für die Senioren vor Ort, um in persönlichen Gesprächen auch die vorhandene Schwellenangst vor Verwaltungen abzubauen.

Die Seniorenvertretungen müssen aktiv mitwirken in all den Gremien, in denen Entscheidungen für die Älteren getroffen werden. Nur dann können die Vorstellungen der Senioren eingebracht und die Möglichkeiten von Realisierungen verbessert werden.

Eine verstärkte Informationsarbeit der Seniorenvertreter fordert die Bewußtseinsbildung in der gesamten Gesellschaft und auch bei den Senioren. Das typische Altersbild wird auf diese Weise verändert. Durch eine eigene aktive Arbeit beweisen die Seniorenvertreter, daß die Älteren am gesellschaftlichen Leben teilnehmen und dieses mitgestalten können. Dadurch werden Vorurteile abgebaut. Die Seniorenvertreter sind aufgrund ihrer Lebenserfahrung und ihrer Sachkenntnis für die ältere Generation, für Parteien, Politiker, Parlamente und die Verbände der Wohlfahrtspflege unverzichtbar.

Eine gut arbeitende Seniorenvertretung kann auf ihrer Ebene die Funktion eines Frühwarnsystems übernehmen. Vorhersehbaren oder sich aufbauenden Konflikten kann vorgebeugt werden oder durch frühzeitiges Tätigwerden der dafür zuständigen Stellen verringert oder ganz abgebaut werden. Erinnerung soll zum Schluß an den Spruch von Ernst Bloch: „Das Alter ist nicht das Ende, das Alter ist die Ernte!“

KREUZ-URTEIL

Der Widerstand der Oldenburger gegen den Kreuz-Erlaß der Nazis von 1936

Joachim Kuropka

Das Kruzifix-Urteil des Bundesverfassungsgerichts hat in verschiedenen Regionen Deutschlands Erinnerungen an Vorgänge aus der Zeit des Nationalsozialismus geweckt. Damals versuchten die Machthaber Kreuze und, in manchen Gegenden, auch Lutherbilder aus den Schulzimmern zu entfernen. Solche Auseinandersetzungen hat es am Niederrhein, in Westfalen, in Bayern, im Saarland, in Schlesien und in Oldenburg gegeben.

Im südlichen Teil des Landes Oldenburg, dem Oldenburger Münsterland, den heutigen Landkreisen Vechta und Cloppenburg und damaligen Ämtern Vechta Cloppenburg und Friesoythe, kam es zu einer Volkserhebung. Sie führte dazu, daß der Erlaß des zuständigen Ministers, der die Entfernung der Kruzifixe und Lutherbilder aus den Schulen verlangte, vom Gauleiter und Reichsstatthalter Röver wieder zurückgenommen wurde. Beides, der Massenprotest und das Zurückweichen des Regimes, erregten damals in Deutschland und im Ausland großes Aufsehen.

Die Partei- und Regierungsspitzen des seit 1932 nationalsozialistisch regierten Freistaates Oldenburg hatten sich die weltanschauliche Umgestaltung des Schulwesens ausdrücklich zum Ziel gesetzt. Der zuständige Schulminister Pauly erklärte öffentlich, es gehe um die Erziehung „zum bewußt völkischen Kämpfer“, woraus er die Folgerung zog: „Darum muß die Schule bedingungslos nationalsozialistisch sein“. Vorläufiger Höhepunkt der Kampagne war das am 1. August 1936 verkündete ausgesprochen kirchenfeindliche Schulgesetz. Der in Vechta residierende Bischöflich Münstersche Offizial Vorwerk, Generalvikar für den oldenburgischen Teil des Bis-

tums Münster, fragte in einer Predigt am 20. September 1936 prophetisch: „Wann kommt die Stunde, wo das Kreuz aus der Schule gewiesen wird?“ Inzwischen wuchs der Druck von Seiten der katholischen Eltern und des Klerus, der einen öffentlichen Appell an das Volk forderte und den Offizial wegen seines Schweigens und seiner Verhandlungstaktik kritisierte.

Ein kleiner Napoleon

Die Stunde, „wo das Kreuz aus der Schule gewiesen wird“, kam am 4. Januar 1936, als Minister Pauly – von seinem Studienkollegen früher als „der kleine Napoleon“ apostrophiert – einen Erlaß herausgab, in dem er ausführte: „Sämtliche öffentlichen Gebäude des Staates, der Gemeinden und Gemeindeverbände gehören dem ganzen deutschen Volk ohne Rücksicht auf das religiöse Glaubensbekenntnis der einzelnen Volksgenossen“. Deshalb untersagte er kirchliche Einweihungen und Einsegnungen. Untersagt war es auch, religiöse Zeichen wie Kreuze und Lutherbilder aufzuhängen. Sie sollten aus den Schulen entfernt werden.

Der Kreuz-Erlaß wurde durch eine Kanzelerklärung des Offiziäls am 15. November in der Öffentlichkeit bekannt: „Jeder Angriff auf das Kreuz, das Zeichen der Erlösung, ist für uns ganz selbstverständlich ein Angriff auf das Christentum“, schrieb Vorwerk und schloß mit den Worten: „Helft alle mit und tretet ein für die Erhaltung des Kreuzes in der Schule! Ich hoffe zu Gott, daß der einmütige Volkswille Berücksichtigung findet. Beten wir um den Segen des Allmächtigen“. Im Oldenburger Münsterland war man daraufhin allgemein erregt und erbittert, „in

den Lokalen ... ließ man die Köpfe hängen oder es wurden fanatische oder aufgeregte Auseinandersetzungen geführt“, notierte ein Zeitgenosse im Jahr 1936.

Nach der Kanzelerklärung protestierte der Offizial beim Minister in einem kurzen Schreiben gegen den Erlaß. Gleichzeitig trafen Protestbriefe im Ministerium ein. Der früheste erhaltene solche Brief eines Privatmanns stammte von dem Landwirt August Themann aus Lutten. Er schrieb. „Ich kann es vor Gott nicht verantworten daß das Kreuz aus der Kirche entfernt wird, darum verlange ich als christkatholischer Hausvater, daß das Kreuz in der Schule bleibt“. Einige Tage später protestierte auch die Bekenntnissynode der evangelisch-lutherischen Kirche Oldenburgs.

Staatsministerium und Gauleitung blieb die Bestürzung im katholischen Teil Oldenburgs nicht verborgen und Gauleiter Röver versuchte in einer Kundgebung zu beschwichtigen, indem er das „positive Christentum“ aus dem Artikel 24 des Programms der NSDAP beschwor, den Offizial als Lügner hinstellte und bedauerte daß es noch Menschen gebe, die nicht wissen wollten, „wo die Religion aufhört und die Sache des Staates beginnt“.

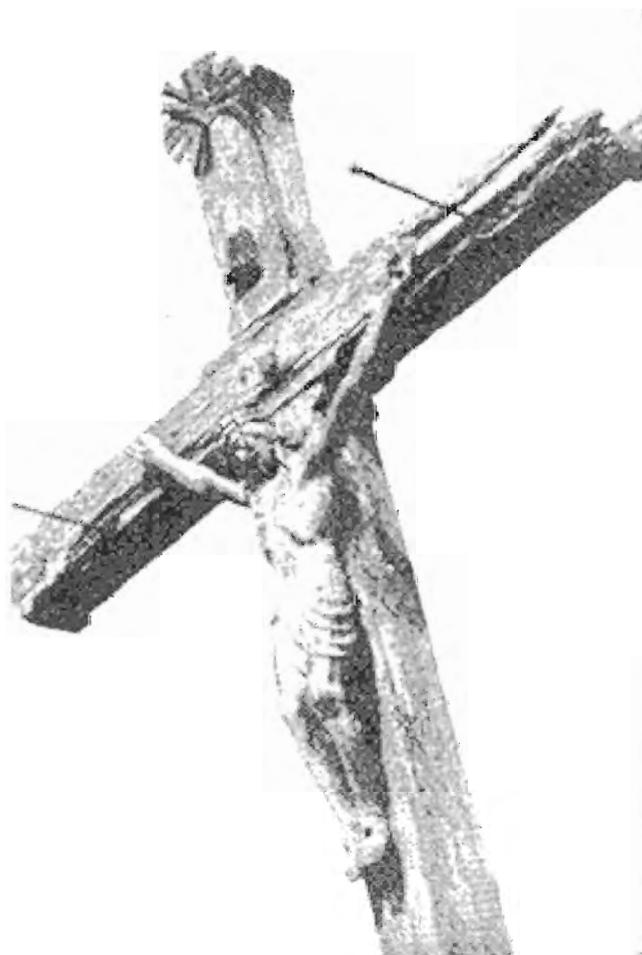
Den Weg von Erbitterung und Wut zu konkreten Aktionen mit ihren unkalkulierbaren Risiken bereitete vor allem Kaplan Uptmoor, der bei der Kriegergedächtniswallfahrt nach Bethen (Kreis Cloppenburg) am Buß- und Betttag vor mehreren tausend ehemaligen Frontsoldaten predigte. Seine Predigt beeindruckte die Zuhörer zutiefst. Uptmoor nannte vier Gründe, warum man Christus und dem Christentum und damit dem Zeichen des Christentums, dem Kreuz, treu sei: Weil wir Deutsche

sind“, „weil wir Sachsen sind“, „weil wir Münsterländer sind“, und „weil wir Frontsoldaten sind“. Sie hätten für die irdische Heimat gekämpft und würden nun erst recht „für Christus und sein Reich und das Zeichen des Christentums, das Kreuz“ kämpfen. Er schloß: „Wenn man uns (...) das Kreuz aus der Schule nehmen will, niemals, niemals und nochmals niemals werden wir uns damit zufrieden geben.“

Die Predigt Uptmoors dürfte den eigentlichen Schub für die Volkserhebung bedeutet haben. Predigten vieler Geistlicher gaben der sich entwickelnden Volksbewegung ihre Ausrichtung und lieferten konkrete Aktionshinweise. So wurden jeden Abend die Trauerglocken geläutet, in den Häusern kniete man vor dem Kreuze nieder und betete die Litanei vom Leiden Christi, was sogar in Gasthäusern geschah. Männer aus den Dörfern und Bauernschaften kamen zusammen, um konkrete Maßnahmen zu verabreden, die aus den überlieferten Berichten der Amtshauptmänner, Bürgermeister und Ortsvorsteher zu entnehmen sind. Ungelenk und lapidar hieß es in einem Bürgermeisterbericht: „Die Erregung ist derartig groß, daß ich die Anordnung dieser Verfügung nicht durchführen kann.“ Das galt auch für die Gemeinderäte, Bezirksvorsteher und Mitarbeiter der Verwaltungen. Sie seien empört und würden ihm jegliche Gefolgschaft versagen, schrieb ein anderer Bürgermeister.

In der Gemeinde Essen kamen einige hundert Männer in die Sitzung der Gemeinderäte und verlangten eine Stellungnahme. Der Bürgermeister erklärte den Demonstranten ohne Umschweife, daß er die Anweisung nicht ausführen werde. Der NSDAP-Ortsgruppenleiter und der NSDAP-Kreisleiter versuchten, die Oldenburger Regierung aus der Schußlinie zu manövrieren, indem sie zugaben,

man habe dort die Tragweite der Angelegenheit nicht erkannt, schließlich sei man in Oldenburg protestantisch und „nur wir Katholiken wissen, was uns das Kreuzifix bedeutet“. Die Menge forderte, die Schuldigen vor Gericht zu stellen, man dürfe doch nicht „das ganze gläubige, opferbereite, katholische Volk im Oldenburger Lande frech einen Schlag ins Gesicht versetzen“, heißt es in dem



Bürgermeisterbericht, dem man die plattdeutsche Umgangssprache anmerkt.

Inzwischen waren die ehrenamtlichen Strukturen der Parteiorganisationen und der Landesbauernschaft in Auflösung begriffen, die Hitlerjugend, der Bund Deutscher Mädel, das Deutsche Jungvolk, die nationalsozialistische Frauenschaft verloren ihre Mitglieder, die Mitarbeit am Winterhilfswerk wurde abgelehnt, auf mehreren Kirchtürmen wurden große leuchtende Kreuze angebracht. Man sammelte Unter-

schriften und richtete Petitionen an das Ministerium. Es kam zu Zusammenrottungen von Menschen, die Bürgermeister und Gemeinderäte zur Rechenschaft ziehen wollten und manche drohten offen Gewalt gegen die Entfernung der Kreuze an.

Der Amtshauptmann von Cloppenburg faßte die Situation zusammen: „Mit einem Schlage“ sei „eine Einheitsfront der gesamten Bevölkerung hergestellt, die sich offenbar allein gegen den Nationalsozialismus richtet“. Des Ministers Vermittlungsvorschlag, das Kreuz in der Schule als Lehrmittel zu deklarieren und nur in den Religionsstunden aufzustellen, konnte die weitere Entwicklung nicht aufhalten.

Bauern bestürmen den Minister

Nun organisierte man in den Gemeinden Delegationen, die direkt beim Minister Protest erhoben. Eine erste Gruppe fuhr am 21. November ins Ministerium, und in den nächsten Tagen überschwemmten Delegationen aus allen Gemeinden förmlich das Ministerium. Es waren überwiegend Bauern, denen man wegen ihrer wirtschaftlichen Unabhängigkeit nicht so schnell beikommen konnte. Die Kraftfahrzeuge stauten sich vor dem Ministerium, Hupkonzerte wurden veranstaltet, man war zu „Pauly Bekehrung“ gekommen, wie mit bitterem Witz formuliert

wurde.

Die von den Petenten persönlich vorgebrachten Forderungen hatten nicht mehr lediglich den Verbleib der Kreuzfixe in den Schulen zum Inhalt. Es ging den Vätern, die hier protestierten, vielmehr darum, daß die Kinder in den Schulen im Geiste des Christentums erzogen werden sollten, nicht als nationalsozialistische Neuheiden. Man drohte die Einstellung der Lieferungen im Rahmen des Vierjahresplans, erinnerte den Minister an das Reichskonkordat und warf ihm Störung der Volks-

gemeinschaft und Gefährdung des konfessionellen Friedens vor. Dem Minister selbst erklärte man freimütig, wie die Stimmung wirklich sei: „Der Pauly, dieser Satan, will uns das Kreuz aus der Kirche herausholen, der Kerl muß verschwinden“.

Nun trat die Gauleitung den Rückzug an, doch wollte Gauleiter Röver in Überschätzung seiner Popularität die Aufhebung des Erlasses in einer Massenversammlung in Cloppenburg persönlich bekanntgeben. Am 25. November versammelten sich weit über siebentausend Personen in der Viehversteigerungshalle in Cloppenburg. Sie wollten die weitschweifigen Ausführungen Rövers über die Rassenfrage nicht hören. Alle interessierte nur eine Frage: Bleibt das Kreuz in der Schule? Dazu wollte man etwas hören und unterbrach Röver lautstark durch Zwischenrufe „Zur Sache! – Das Kreuz!“ Als er nicht reagierte, wurde er mehrfach niedergebrüllt bis er schließlich bekanntgab: Die katholischen Schulen können das Kreuz und die evangelischen Schulen das Lutherbild behalten.

„Hedwig, wir haben gesiegt!“ schrieb damals eine Frau ihrer Schwester. Die Menge hatte den Schluß der Versammlung gar nicht abgewartet, sondern war nach diesen Worten Rövers einfach aus der Halle gelaufen. All jene, die für das Kreuz eingetreten waren, hatten das Gefühl, an einem großen Ereignis teilgenommen zu haben. Erstmals nach 1933 hatte es in einer NSDAP-Versammlung solch massenhaften Widerspruch gegeben. Alle, die es miterlebt hatten, waren davon überzeugt, Röver durch ihr Auftreten die Zurücknahme des Erlasses abgetrotzt zu haben.

Die örtlichen Zeitungen mußten über die Versammlung in der Münsterlandhalle eine Lügengeschichte vom „stürmischen Beifall“ für den Gauleiter Röver drucken, doch gelang es nicht, die öffentliche Meinung auch in diesem Sinn zu beeinflussen. Der Bischof von Münster, Clemens August Graf von Galen, ließ neben einem Hirtenbrief eine Dokumentation zu der Kreuzaffäre als Beilage zum kirchlichen Amtsblatt für die Diözese Münster verbreiten, die für die Partei verheerende Folgen hatte, denn durch Weitergabe, Ab-

schrift und Mundpropaganda wurde faktisch in ganz Deutschland der „Kampf der Oldenburger Bauern“ bekannt.

Einige Bischöfe ließen den Hirtenbrief Galens in ihren Diözesen verlesen, die Nachricht wurde auf Flugblättern verbreitet, Informationsdienste der deutschen Emigration griffen die Angelegenheit ebenso auf wie ausländische Zeitungen, und Radio Vatikan sorgte mit einer Sendung für die Verbreitung der Nachrichten in aller Welt. Die Beurteilung des Oldenburger Kreuzkampfes im Ausland ist bezeichnend. Radio Luxemburg meldete: „Heute ist in Cloppenburg in Oldenburg eine Revolution ausgebrochen“. Eine holländische Zeitung schrieb, die nationalsozialistischen Machthaber hätten zum erstenmal erfahren, „daß es Grenzen ihrer Macht gibt“. Der in Prag erscheinende SPD-Nachrichtendienst bezeichnete die Katholiken als „geschlossenste Oppositionsgruppe, die es z.Z. in Deutschland gibt... Der Fall Cloppenburg... hat den Katholiken sehr viel Mut gemacht. Durch ganz Westdeutschland hat diese Geschichte die Runde gemacht und noch immer wird darüber gesprochen.“

Die Erfahrung der gemeinsamen Gegnerschaft gegenüber den Ansprüchen des Regimes schuf bereits zu diesem recht frühen Zeitpunkt eine Brücke über den Graben zwischen den Konfessionen, wenn auch Katholiken und Protestanten ihre Abwehr in sehr verschiedenen Formen artikulierten. In der internen Parteiberichterstattung las sich das dann so: „Bezeichnend ist, daß man jetzt auf einmal nach langen Jahrhunderten sein Herz für den Protestantismus entdeckt“. Die umlaufenden Berichte waren der Partei im-

merhin so unangenehm, daß Gauleiter Röver den Offizial Vorwerk dazu bewegen wollte, durch seine Unterschrift deren Unrichtigkeit zu bestätigen. Der Offizial weigerte sich standhaft, diesem Ansinnen nachzugeben.

Die Flüsterpropaganda über die Vorgänge im Oldenburger Münsterland machte besonders den unteren Parteichargen zu schaffen. In einem Lagebericht für Januar 1937 schrieb ein Ortsgruppenleiter aus Westfalen: „Die Vorfälle in Oldenburg haben die Gemüter so sehr erregt, daß eine allgemeine Aufklärung am Platze wäre. Es wäre überhaupt zweckmäßig, daß derartige Vorfälle unverzüglich den Parteiinstanzen mitgeteilt würden, damit wenigstens auf Befragen Antwort gegeben werden kann“.

Das Ziel des Regimes war die „Entkonfessionalisierung des öffentlichen Lebens“, womit die Entchristlichung des öffentlichen Lebens gemeint war. Einem einfachen Zimmermeister aus Börgermoor, Post Garrel aus dem Kreis Cloppenburg, stand schon 1936 klar vor Augen, wohin der Weg führen würde, den die Nazis mit der Kreuzentfernung beschritten. Er schrieb am 23. November 1936 dem Minister: „Da die Entfernung der Kreuze aus dem Willen entspringt, die Konfession zu beseitigen und die Religionslehre aus den Schulen zu entfernen, gehen Ewigkeitswerte, die ich von meinen Eltern erhalten habe und meinen Kindern weitergeben will, verloren. (...) Welchen Wert hat der Eid, wenn man an keinen allmächtigen und allwissenden Gott glaubt? (...) Wer wird die Kranken, Krüppel und Geistesschwachen pflegen ohne irdischen Lohn mit Gefahr des eigenen Lebens?“

*SENDE, HERR, DEINEN GEIST.
ER ALLEIN WIRD UNS HELFEN,
EINE WELT ZU ERRICHTEN,
DIE MENSCHLICHER,
DIE CHRISTLICHER IST.*

DOM HELDER CAMARA

Der Staat hat die Werte, auf denen unser Grundgesetz beruht, zu hüten und zu fördern

Zur Diskussion über das „Kreuzabnahme-Urteil“

Heinrich Havermann

Das **Bundesverfassungsgericht** hat am **10.08.1995** das Anbringen von Kreuzen und Kruzifixen in Klassenräumen staatlicher Pflichtschulen für verfassungswidrig erklärt. Dabei ging es vor allem um einen Passus der Schulordnung für Volksschulen in Bayern von 1983. Dort heißt es.

„Die Schule unterstützt die Erziehungsberechtigten bei der religiösen Erziehung der Kinder. Schulgebet, Schulgottesdienst und Schulanacht sind Möglichkeiten dieser Unterstützung. In jedem Klassenzimmer ist ein Kreuz anzubringen. Lehrer und Eltern sind verpflichtet, die religiösen Empfindungen aller zu achten.“¹

Der dritte Satz dieser Vorschrift wurde vom BVG für „nichtig“ erklärt.

Es war wohl nicht so sehr diese Nichtigkeitserklärung im Urteil der Mehrheit der Karlsruher Richter, sondern deren Begründung, die eine bislang nicht vorgekommene Protestbewegung auslöste.

Schon einen Tag nach der Veröffentlichung des Urteils berichtete der „Aktuelle Dienst Inland“ der **KNA am 11.08.1995:**

„Die Entscheidung der Karlsruher Richter hat weithin Empörung in den Reihen der Kirchen, der bayrischen Landesregierung und der Union ausgelöst. Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Karl Lehmann, betonte in Bonn das 'Unverständnis' der Bischöfe für den Richterspruch. Dieser offenbare ein 'grundlegendes Mißverständnis der Religionsfreiheit'. Lehmann kritisierte, die Karlsruher Richter äußerten 'eine Wertung des Kreuzes im Sinne eines intoleranten Symbols mit Zwangselementen, die religiös-theologisch falsch ist'. Damit überschreite das Verfassungsgericht deutlich seine Kompetenzen.

Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) sprach von einem 'Bruch mit der Verfassungstradition'. Der rheinland-pfälzische CDU-Chef Johannes Gerster warnte, nun könnten sich einzelne auch durch Kreuze auf Kirchen, Marktplätzen und Friedhöfen gestört fühlen. Zu fragen sei, ob 'das Verfassungsgericht demnächst auch diese verbieten' wolle. Die stellvertretende SPD-Vorsitzende Herta Däubler-Gmelin ging in einer Erklärung kaum näher auf das Urteil ein, sprach aber von 'völlig unangemessener' Schärfe bei den Reaktionen aus Reihen der CSU....“²

In einem von der KNA am gleichen Tag (11.08.1995) verbreiteten **Kommentar** zum Thema „Kreuze unerwünscht“ weist Karl Heinz Hock auch auf die **Geschichte der Auseinandersetzung um das Kreuz** hin, wenn er meint:

„... Peinlich für das Karlsruher Gericht, daß es sich mit seiner Entscheidung in die allerschlechteste Gesellschaft begibt. 1936 wollten die Nazis mit ihrem 'Kreuz-Erlaß' erreichen, daß Kruzifixe und Lutherbilder aus den Schulen des Landes Oldenburg entfernt wurden. Die dadurch provozierte 'einzige Volkserhebung während des Dritten Reiches, zwang die Behörden, den Erlaß zurückzunehmen...“

In der Oldenburger **NORDWESTZEITUNG** bezeichnete am 11.08.1995 Otto Ehlers das Karlsruher Urteil in einem Kommentar als

„...konstruierte Intoleranz, eine scheinbare, eine nackte Freiheit außerhalb gewachsener Bindungen. In bayrischen Schulen wird Glaube nicht verordnet. Niemand wird gezwungen, zu beten. Warum aber sollte das Symbol des Christen-

tums, das in (fast) jeder Wohnstube und (fast) jeder Gastwirtschaft im Herrgottswinkel hängt, nicht dort bleiben, wo es immer war? Der Kreuzzug gegen das Kruzifix ist ein Fanal.

Was bringt die Diskussion über Werteverlust, wenn unsere Gesellschaft – die Verfassungsrichter zählen dazu – sich rigoros ihrer überlieferten Werte entledigt?...“

Unter der Überschrift „Kanzler: Christliche Grundwerte erhalten“ stellt der **WESER-KURIER** am 12.08.1995 fest: „Karlsruher Kruzifix-Urteil löst Welle der Kritik aus“. Die Zeitung weiß dann weiter zu berichten:

„Bundeskanzler Helmut Kohl, die Evangelische Kirche in Deutschland und der Vatikan haben sich gestern der Kritik am Urteil des Bundesverfassungsgerichts angeschlossen...“

Kohl erklärte in Bonn, die Bundesrepublik sei wesentlich auf christlichen Grundwerten aufgebaut. 'Nach den bitteren Erfahrungen mit den anti-christlichen Ideologien dieses Jahrhunderts und ihren schrecklichen, menschenverachtenden Auswirkungen fühlen wir uns in besonderer Weise verpflichtet, diese Werte an die kommenden Generationen weiterzugeben.' Das Urteil sei für die CDU und für ihn selbst unverständlich.

Der Münchener Kardinal Wetter verglich die Entscheidung mit einem 'Intoleranzedikt' und rief zu einer Protestveranstaltung vor der Liebfrauenkirche am 23. September auf. Das Urteil rühre 'an Grundlagen der staatlichen Gemeinschaft überhaupt'.

Besorgt äußerte sich die evangelische Kirche: Zwar sei es zweifellos wichtig, daß niemand genötigt werde, gegen seine weltanschauliche Überzeugung zu leben. Umgekehrt aber dürften die Mög-

lichkeiten der öffentlichen Religionsausübung nicht eingeschränkt werden...

Dagegen lobte der FDP-Vorsitzende Wolfgang Gerhardt das Urteil als 'logisch und konsequent, weil die Verfassung den Staat zu weltanschaulicher Neutralität verpflichtet'. Es weise christlichen Überzeugungen ihren klar umgrenzten Wirkungskreis zu. Der Vorsitzende der FDP-Nachwuchsorganisation Junge Liberale, Michael Rauch, schlug vor, den Religionsunterricht zu ersetzen durch eine Stunde, die 'Schülern Ethikangebote macht'. Die Finanzämter sollten nicht länger die Kirchensteuer mit der Lohn- und Einkommensteuer einziehen und dafür von den Kirchen einen Anteil kassieren, sondern die Kirchen sollten ein eigenes Beitragssystem aufbauen. Der Kirche dürfe es auch nicht länger erlaubt werden, in ihren Einrichtungen homosexuelle oder geschiedene Mitarbeiter zu benachteiligen..."

Der zunehmend polarisierende, aus alten bekannten Stellungen geführte **Meinungsstreit** um das „Kreuzabnahme-Urteil“ veranlaßte Heribert Prantl in seinem **Kommentar** für die Wochenendausgabe der linksliberalen **SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG** am 12./13.08.1995 festzustellen:

„...Nicht so sehr das Karlsruher Urteil überrascht, sondern die Art und der Ton des Protestes dagegen...“

Er vertritt dann die Ansicht:

„...Wenn christliche Politiker nun so tun, als müßten demnächst auch die Weg- und Gipfelkreuze abgesägt werden, dann ist das Agitation. Diese wird vor allem eines zur Folge haben: In der falschen Vorstellung, es gelte den Anfängen zu wehren und einen neuen Kirchenkampf zu führen, wird es vor den bayrischen Verwaltungsgerichten einen Krieg der Schülereltern für und gegen das Kreuz im Klassenzimmer geben - geführt per einstweiliger Anordnung. Viele Urteils-kritiker mögen ja hoffen, daß mit dieser Aufwallung die Lust der Politik sinkt, das Thema Staat und Kirche in absehbarer Zeit gründlich anzupacken. Es kann aber genauso gut das Gegenteil eintreten - und das wäre höchst wünschenswert...“

Übrigens hält auch er das Urteil für fragwürdig, wenn er in seinem Kommentar so fortfährt:

„...Man kann methodische Kritik am Karlsruher Urteil üben: Verfassungsjuristen müssen nämlich nicht darüber spekulieren, ob und welche Gefühle das Kreuz bei Gläubigen und Nichtgläubigen auslöst - und dann auf so wackligem Boden ein Urteil gründen. So etwas ist nicht Juristerei, sondern Psychologie...“

Die **FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG** vertritt in ihrer Ausgabe vom 12.08.1995 den Standpunkt:

„Es spricht nicht für das Bundesverfassungsgericht, daß es immer häufiger die Notwendigkeit sieht, seine Entscheidungen zu erklären. So war es bei dem 'Soldaten-sind-Mörder'-Beschuß, so war es bei der Haschisch-Entscheidung, auch bei dem Beschuß über die Nichtstrafbarkeit von Sitzblockaden. Vizepräsident Henschel hat sich veranlaßt gesehen, den neuen Kruzifix-Beschluß seines (des Ersten) Senats zu erläutern. Es sei nicht entschieden worden, daß die Kreuze aus bayrischen Klassenzimmern sofort entfernt werden müßten. Zunächst müsse der Bayrische Verwaltungsgerichtshof entscheiden, an den der Streit zurückverwiesen worden sei. Allerdings bleibt diesem höchsten bayerischen Verwaltungsgericht nicht viel Spielraum. Ihm bleibt nur ein Spruch von der Art, daß Kreuze oder Kruzifixe ein beliebiger Schmuck seien, den anzubringen Sache der internen Schulordnung sei, der aber entfernt werden muß, wenn es auf die Gewissensfreiheit bezogenen Widerspruch von Eltern oder Schülern gibt. Ein Verfassungsgerichts-Spruch, der solches bewirkt, hat nicht mehr viel zu tun mit den christlichen Traditionslinien der abendländischen Kultur...“

Am 20.08.1995 ging dann auch der **Bischof von Münster**, Dr. Reinhard Lettman bei einer Predigt im Wallfahrtsort Kevelaer auf das Urteil des BVG ein; er erinnerte daran, daß die Überzeugung von der Würde des Menschen zu den Wurzeln unserer abendländischen Kultur gehöre. Zeichen für diese und für das Bekenntnis zu ihren

christlichen Wurzeln sei das Kreuz. Der Bischof sagte dann:

„...Der Staat unseres Grundgesetzes ist zwar weltanschaulich neutral, aber nicht wertneutral. Das bedeutet, daß der Staat die Aufgabe hat, die Werte, auf denen unser Grundgesetz beruht, zu hüten und zu fördern. Wenn wir auf diesem Hintergrund die kürzlich ergangene Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes über die Kreuze in den Schulen werten, müssen wir sagen, daß dieses Urteil in einer falsch verstandenen Neutralität des Staates dazu beiträgt, die Wurzeln abzuschneiden, die die Würde des Menschen in unserem Kulturkreis begründen.“

Das Bundesverfassungsgericht, das über die Verfassung wachen soll, untergräbt damit die Voraussetzungen eben dieser Verfassung. Die fünf Richter, die dieses Urteil stützen, haben sich zugleich in eine merkwürdige Position hineinbegeben. Sie wollen die weltanschauliche Neutralität des Staates betonen und nehmen zugleich als staatliches Organ in Anspruch, den Sinn des Kreuzes, wie es von den Christen verstanden wird, zu deuten. Damit verletzen sie in der Begründung ihres Urteils ihrerseits die gebotene weltanschauliche Neutralität...“³

Daß gewisse Befürchtungen vor einer Ausweitung des Kreuzzuges gegen das Kreuz nicht bloße Agitation interessierter Kreise sind, beweist die **Kleine Anfrage** des Grünen-Abgeordneten Dr. Stefan **Bajohr** im Düsseldorfer Landtag vom 22.08.1995 (Drucksache 12/106). Er hat den Beschuß des BVG zum Anlaß genommen, die Kruzifixe an allen öffentlichen Plätzen in Nordrhein-Westfalen wie Schulräumen, Gerichtssälen, staatlichen Gebäuden und Amtsräumen in Frage zu stellen. Dabei spricht er vom Kreuz „mit oder ohne daran befestigter Legendengestalt“. Er schließt aus dem Karlsruher Urteil, daß überall dort, wo der Staat präsent ist, das Kreuz nichts zu suchen habe. Die Kleine Anfrage zielt darauf ab, zu erfahren, wieviele Kreuze in staatlichen Gebäuden vorhanden sind. Sie verlangt darüber hinaus von der Regierung „im konkreten Einzelfall“ eine Begründung, wenn ein Kreuz verbleiben soll.⁴

Presseberichten vom 22.08.1995 zufolge präzisierte der Vizepräsident des BVG, **Prof. Henschel**, in einem außergewöhnlichen Schritt noch einmal das Urteil. In einem Zeitungsinterview sagte er:

„Wir haben im Leitsatz 1 eine mißverständliche Formulierung gewählt... Wir hätten richtigerweise formulieren müssen: ‚Die staatlich angeordnete Anbringung eines Kreuzes oder Kruzifixes in den Unterrichtsräumen einer staatlichen Pflichtschule, die keine Bekenntnisschule ist, verstößt gegen Artikel 4, Absatz I des Grundgesetzes““⁵

Zahlreiche Kommentare sowie eine Flut von Leserbriefen zeigten, daß breite Schichten des Volkes mit dem in seinem Namen verkündeten Urteil des BVG offensichtlich nicht einverstanden sind.

In die Diskussion über das „Kreuzabnahme-Urteil“ des BVG mischte sich unter anderen auch der frühere Präsident dieses Gerichts, Ernst **Benda**, ein und zwar mit einer für das Gericht vernichtenden Kritik:

„Der Kruzifixbeschuß ist ein schlimmer Mißgriff, der auch durch die nachträglichen Erklärungen des Vorsitzenden des Ersten Senats nicht besser wird.“⁶

Volker Ulrich versucht am 25.08.1995 in **DIE ZEIT**, mit einer Betrachtung unter der Überschrift „Krieg gegen die Katholiken“ die heftigen Reaktionen auf das Kruzifix-Urteil des BVG geschichtlich zu deuten und führt sie auf den Bismarckschen Kulturkampf zurück. Er meint dann aber:

„...Mit der repressiven Politik Bismarcks hat nun allerdings das Kruzifix-Urteil des Bundesverfassungsgerichts nicht das geringste zu tun. Es eröffnet keinen antikatholischen Kreuzzug, sondern setzt eine liberale Rechtsprechung fort, die sich vom Grundsatz der weltanschaulichen Neutralität des Staates leiten läßt. Es diskriminiert keine religiöse Minderheit, sondern sorgt sich, im Gegenteil, um den Schutz von Minderheiten. Es verbant das Kreuz aus bayerischen Schulen nicht zwangsweise, sondern erklärt allein die Bestimmung, welche die Anbringung des Glaubenssymbols zwingend vorschreibt, als verfassungswidrig...“

Schon gar nicht geht es den Verfassungsrichtern um einen Angriff auf die christlich-abendländische Kultur oder darum, gewachsenes katholisches Brauchtum im Freistaat Bayern zu zerstören.

Eben als solcher Anschlag ist das Verfassungsgerichtsurteil aber vielfach interpretiert worden. Dagegen wird zum Ungehorsam aufgerufen und Widerstand mobilisiert, als gelte es, den Anfängen eines neuen ‚Kulturkampfes‘ zu wehren. Diese Fehlwahrnehmung ist das eigentlich Interessante an der öffentlichen Reaktion...“

Am 11.09.1995 nahm endlich auch der Geschäftsführende Ausschuß des **Zentralkomitees der deutschen Katholiken** zum „Kreuzabnahme-Urteil“ des BVG Stellung. In dieser Stellungnahme heißt es:

„...Die Senatsmehrheit hat den von ihr selbst geforderten schonenden Ausgleich zwischen positiver und negativer Religionsfreiheit im Konfliktfall nach dem Grundsatz praktischer Konkordanz unter Berücksichtigung des Toleranzgebots dadurch ersetzt, daß es der negativen Religionsfreiheit von vornherein und allgemein einseitig Vorrang einräumt. Dazu gelangt die Senatsmehrheit durch eine Fehldeutung der Schulwirklichkeit und wegen einer fehlerhaften Bewertung des Kreuzes.

Durch diesen Verzicht auf Ausgleich gefährdet diese Entscheidung den Rechtsfrieden...“

Viele Aussagen der Begründung zur sogenannten weltanschaulichen Neutralität des Staates fordern letztlich einen wertneutralen Staat, dem alles gleich gültig zu sein hat. Ein solcher Staat müßte auf eine wertorientierte schulische Erziehung auch in den ‚profanen‘ Fächern verzichten und damit auf Erziehung überhaupt.

Auch eine zwangsweise geleerte Wand im Klassenzimmer hätte Symbolkraft für den Zustand der Gesellschaft. Nach dem Grundgesetz ist unsere Gesellschaft wertorientiert; verpflichtend an Menschenwürde, Solidarität und Toleranz gebunden.

Diese Entscheidung des BVG’s wirft fundamentale Fragen auf, die weiterer vertiefter Diskussion und Klärung bedürfen...“

Die Frage **„Was bedeutet Neutralität?“** wirft der evangelische Theologieprofessor **Wolfgang Pannenberg** am 22.09.1995 im **RHEINISCHER MERKUR** auf. Er vermißt in der bisherigen Diskussion über das Kruzifix-Urteil eine kritische Auseinandersetzung mit der fatalen Vieldeutigkeit der These von der Neutralität des Staates in Sachen Religion. Er stellt fest, daß es das Stichwort Neutralität im Text des Grundgesetzes nicht gibt, sondern daß es erst durch die verfassungsrechtliche Auslegung eingeführt wurde. Er weist dann auf einen Widerspruch hin;

„...Wenn in der verfassungsrechtlichen Auslegung versichert wird, Neutralität des Staates bedeute nicht Indifferenz in Sachen Religion, weil eben der Staat sich nicht indifferent zu der seine eigene Ordnung tragenden, religiös geprägten Kultur verhalten kann, so widersprechen solche Versicherungen dem Wortsinn des Begriffs Neutralität. Neutralität bedeutet eben Indifferenz...“

Prof. Pannenberg schließt seine Ausführungen mit der Forderung: *„...Zur Klarheit über diesen Sachverhalt gehört auch, daß die Neutralität des Staates gegenüber den Kirchen und anderen Religionsgesellschaften nicht bedeutet, daß unser Staat und seine Organe von der prägenden Kraft des Christentums in der Geschichte unserer Kultur Abstand zu nehmen hätten. Ebenso wenig kann die individuelle Religionsfreiheit einen Anspruch darauf begründen, daß die sichtbaren Ausdrucksformen dieser religiösen Prägung unserer Kultur aus dem öffentlichen Leben beseitigt werden.“*

In der gleichen Ausgabe des **RHEINISCHER MERKUR** erkennt der evangelische Sozialethiker **Trutz Rendtorff** einen **Konflikt zwischen Christentum und politischer Kultur**. Er greift das BVG als „säkulares Lehramt in der Auslegung eines religiösen Symbols“ an; denn es hatte ja in der Begründung seines Kruzifix-Urteils gesagt, daß von dem Symbol des Kreuzes, wenn es im Klassenzimmer angebracht sei, zwangsläufig eine Wirkung auf den Betrachter ausgehe, eine Wirkung, die das Gericht „appellativ“ oder

„missionarisch“ nannte. Dieser geradezu „magischen Kraft“ des Kreuzes stellt Rendtorff die **Funktion des Sinnbildes** gegenüber, die das Kreuz im Hinblick auf die überkonfessionellen christlich-abendländischen Werte und ethischen Normen für Lehrer und Schüler habe. Fazit der Überlegungen Rendtorffs ist:

„...Wenn der Meinungssturm nach dem BVG-Urteil also etwas gezeigt hat, dann dies, daß eine ... Religionsdebatte dringend fällig ist, um aus der öffentlichen Tabuisierung von Religion und Christentum herauszukommen. ...“⁷

Auf eine höchst **widersprüchliche Rechtsprechung** des für das Kruzifix-Urteil zuständigen Ersten Senats des BVG macht im **RHEINISCHER MERKUR** vom 22.09.1995 Friedrich Graf von Westphalen aufmerksam. Dieser Senat hatte vor Jahren die Klage einer katholischen Redakteurin abgewiesen, die aus Gewissensgründen erreichen wollte, daß ihre vom Gehalt eingezogenen Krankenkassenbeiträge nicht für die Tötung ungeborener Kinder verwendet werden. Der Senat hatte damals nach Graf von Westphalen so formuliert:

„...Soweit diese [öffentlichen Ausgaben] mit seinem Glauben, seinem Gewissen, seinem religiösen oder weltanschaulichen Bekenntnis unvereinbar sind, kann er jedenfalls nicht verlangen, daß seine Überzeugung zum Maßstab der Gültigkeit genereller Rechtsnormen oder ihrer Anwendung gemacht wird.“

Graf von Westphalen folgert aus diesem Urteil:

„...diese verfassungsrechtliche Interpretation steht quer zum Kruzifix-Urteil des gleichen Gerichts, ja, desselben Senats. Die Tötung ungeborenen menschlichen Lebens kann also nicht aus Gewissensgründen dem Staat versagt werden. Auch der gläubige Christ muß dazu seinen Kassenbeitrag leisten. Doch das durch staatliches Gesetz angeordnete Aufhängen von Kruzifixen in öffentlichen Schulen ist zu untersagen. Hier triumphiert nämlich von Rechts wegen das Gewissen des Atheisten, dort jedoch unterliegt das Gewissen des Christen...“

Am 23.09.1995 fand letztlich unter dem Motto „Das Kreuz

bleibt gestern, heute, morgen“ in München die vom Kardinal Wetter angeregte **Kundgebung** von Katholiken gegen das „Kreuzabnahme-Urteil“ des BVG statt. Auf der Veranstaltung, an der rd. 25.000 Menschen teilnahmen, erklärte Presseberichten zufolge der bayerische Ministerpräsident:

„Wir lassen nicht zu, daß mit den christlichen Symbolen zugleich die christlichen Werte aus der Öffentlichkeit verdrängt werden“, und der evangelische Landesbischof Hermann von Loewenich betonte, die nach Kriegsende in Bayern festgelegten christlichen Erziehungsziele seien heute aktueller denn je; er folgerte:

„Deshalb kränkt es uns, wenn die Begründung des Gerichtsurteils vom 'Lernen unter dem Kreuz' so spricht, als wäre dieses Kreuz ein Zeichen von Zwang und Intoleranz. ... Wir wünschen keinen Unfrieden um das Kreuz. Wir bitten aber auch die, die das Kreuz ablehnen, um Toleranz für uns.“⁸

Abschließend soll der vom Urteil besonders betroffene bayerische **Ministerpräsident Stoiber** zu Wort kommen. In einem Brief von ihm, ausgefertigt am 18.09.1995, steht zu lesen:

„...Die Vielzahl von Reaktionen zeigt, daß der Beschluß des Bundesverfassungsgerichts einer großen Mehrheit der Bevölkerung unverständlich ist. Auch aus meiner Sicht ist nicht nachvollziehbar, daß mit dieser Rechtsprechung die Interessen von Minderheiten zu Lasten der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung in den Vordergrund gestellt werden, obwohl das Toleranzgebot nicht nur Minderheiten, sondern auch die Mehrheit noch wirksam schützen muß.

Nach Auffassung der Staatsregierung zwingt das bloße Vorhandensein des Kreuzes niemanden den christlichen Glauben und die Religionsausübung auf. Es ist über seinen religiösen Inhalt hinaus ein Symbol für die abendländische Kultur und Wertvorstellungen. Ich halte es deshalb für völlig verfehlt, das Kreuz als „Zwangselement“ aufzufassen, wie es das BVG jetzt getan hat.

Nach der Bayerischen Verfassung haben wir in Bayern die Christliche Gemeinschaftsschule, die 1968 aufgrund Volksentscheids

eingeführt wurde. Für mich ist es unverständlich, daß wir nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zwar eine christlich geprägte Schule haben können, das Kreuz als Symbol dafür aber nicht verwenden dürfen...“⁹

Daß die Behauptung des Bayerischen Ministerpräsidenten, der Beschluß des Bundesverfassungsgerichts sei für eine große Mehrheit der Bevölkerung unverständlich ist, nicht unbegründet ist, zeigt das **Ergebnis einer Umfrage**:

„...Nach einer Blitzumfrage von Emnid finden 47 Prozent der deutschen Bevölkerung dieses Urteil falsch, nur 24 Prozent bejahen es (der Rest hat keine Meinung); 77 Prozent halten es durchaus für sinnvoll, wenn christliche Kreuze in Schulräumen hängen - mit der Einschränkung: „daß alle Beteiligten damit einverstanden sind“. Sogar das Schulgebet wird von rund achtzig Prozent der Deutschen befürwortet - wenn es freiwillig geschieht...“¹⁰

Bewertung

1. Die Reaktion der Öffentlichkeit auf das „Kreuzabnahme-Urteil“ des Bundesverfassungsgerichts war ungewohnt heftig. Die Auseinandersetzung mit dem Urteil füllte zeitweise die Leserbriefspalten der Zeitungen in einem religiösen Themen sonst nicht üblichen Umfang. Kern des Meinungsstreits war kaum das eigentliche Urteil, das die bayerische Verordnung, in jedem Klassenzimmer ein Kreuz anzubringen, für nichtig erklärt. Unverständnis, Bedenken und Ablehnung fand vor allem die weithin unsachliche, einseitige, zum Teil gar demagogische und im Ganzen geschichtslose Begründung des Urteils.
2. Das Urteil fand eindeutige Zustimmung bei Liberalen und Grünen sowie den Medien, die deren Auffassungen nahe stehen. Hier wurde die vom Gericht betonte Neutralität des Staates geradezu als das Vehikel gesehen, alles Religiöse aus der Öffentlichkeit zu verbannen und in „seinen klar umgrenzten Wirkungskreis“ (FDP-

Gerhardt) einzufrieren. Eine Diskussion über das Verhältnis Staat/Kirche wird von diesen religionsfeindlichen Kräften gewiß gesucht mit dem Ziel, Religion förmlich als Privatangelegenheit zu deklarieren. Die Haltung der SPD-Kreise ist unklar, doch gibt es wohl viele Sozialisten, die die seit Godesberg gebotene Rücksichtnahme auf christliche Werte nur mühsam ertragen.

3. Vertreter der evangelischen wie der katholischen Kirche verweisen bei ihrer Urteilsschelte vor allem darauf, daß sich das Bundesverfassungsgericht inkonsequent verhalten habe, insofern es sich als staatliches Organ mit der von ihm in der Begründung entwickelten „Kreuzesmagie“ gleichsam ein theologisches Lehramt angemäßt habe. Deshalb und wegen offensichtlich auch juristisch schlampiger Arbeit beklagen Fachleute wie Benda das Urteil.
4. Christliche wie auch Unionskreise beklagen, daß das Urteil die negative Religionsfreiheit (Freiheit von Religion) überbewerte und damit der Verneinung einen Vorrang vor dem Bekenntnis zu einer Religion (positive Religionsfreiheit) einräume. Das Urteil wird von diesen Kreisen auch wegen seiner ausgesprochenen Rigorosität und Kompromißlosigkeit beklagt. An keiner Stelle sei festzustellen, daß ein Ausgleich zwischen berechtigten Interessen und Empfindungen gesucht werde. Das Urteil wird nicht als ein Beitrag für den Rechtsfrieden in unserem Land empfunden. Die Anfrage des Grünen Abgeordneten Bajohr im Düsseldorfer Landtag weckt unselige Geister aus Kreuzkampf- wie Kulturkampftagen.
5. Das Urteil verkennt nicht nur die Wirklichkeit des Schulalltags – wie es das Zentralkomitee der deutschen Katholiken meint –, sondern es übersieht in seiner absoluten Forderung nach der Neutralität des Staates in religiös-weltanschaulichen Dingen auch andere geschichtlich gewachsenen Alltagserscheinungen: denn nicht nur das System der deutschen

Kirchensteuer, sondern auch die Einrichtung von theologischen Lehrstühlen an staatlichen Universitäten, die Militärseelsorge bei der Bundeswehr und alle Einrichtungen der freien Heilfürsorge in kirchlicher Trägerschaft sind doch ein Widerspruch zum Absolutheitsanspruch einer Neutralität des Staates in religiös-weltanschaulichen Angelegenheiten.

6. Die verständnisvolle Partnerschaft zwischen demokratischem Staat und christlichen Kirchen, die nach 1945 unter dem Eindruck der Verbrechen und des Terrors der Nationalsozialisten als ein neuer Ansatz der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung Grundgesetz wurde (übrigens schon damals gegen den Widerstand der Liberalen und Sozialisten) scheint nicht jene historische Tragfähigkeit zu haben, wie man sich das einmal erhofft hatte.
7. Die von verschiedenen Seiten geforderte Debatte über das Verhältnis von Staat und Religion ist im Interesse einer heilsamen, menschenwürdigen Entwicklung unseres Landes dringend notwendig. Dabei sollten auf jeden Fall drei Grundfragen durchdacht werden:
 - Was heißt eigentlich religiös-weltanschaulich neutraler Staat?
 - Was bedeutet Toleranz in einer säkularen Gesellschaft?
 - Wie erweist sich Tradition als lebendig und zukunftssträchtig?
 Wenn man **vom weltanschaulich-neutralen Staat** spricht, ist zumindest eines festzuhalten, daß auch die Idee dieser säkularen Staats- und Gesellschaftsordnung einer ganz bestimmten Weltanschauung entspringt, die sich absolut setzt und sogar totalitären Tendenzen ausgesetzt sein kann (vgl. Französische Revolution). Die neuere Kritik aus Asien an westlichen Staats- und Gesellschaftsauffassungen beruht auf der Erkenntnis, daß es nirgendwo auf der Welt eine wirkliche und eigentliche Neutralität in Wesensfragen geben kann.

Dies ist leicht daran zu erkennen, daß auch in Staaten, in denen **Toleranz** zum Grundgesetz gehört, nicht alles toleriert wird: faschistische, kommunistische, nihilistische, anarchistische, kriminelle, gewaltverherrlichende, diktatorische Geisteshaltungen sind gerade nicht tolerabel. Toleranz zielt nur auf Menschen und Begegnungen „guten Willens“, deren Ansichten natürlich anzuerkennen und zu respektieren sind. Aber wer definiert, was „gut“ ist? Ebenso wenig wie der Staat in Grundfragen des Daseins neutral sein kann, ebenso wenig ist wahre Toleranz gleichgültig. Eine ebenfalls wichtige Frage im Nach-Denken des Karlsruher Urteils betrifft die Christen, die christlichen Kirchen selbst. In vielen Stellungnahmen konnte man lesen, daß hier ein Angriff auf die **Werte der abendländisch-christlichen Tradition** geschehen sei, daß man vor allem diese zu verteidigen habe. Aber wenn es bei den Kreuzen in den Schulen nur um Tradition geht, wird dieser Kampf schnell verloren sein! Ist ein Kreuz für Christen nicht vor allem nur ein Glaubenszeichen? Muß nicht vorrangig ein lebendiger Glaube tradiert werden?¹¹

Anmerkungen

- 1 DEUTSCHE TAGESPOST vom Sonnabend, 12.08.1995
- 2 KNA AKTUELLER DIENST INLAND Nr. 153, Freitag, 11.08.1995
- 3 Auszug aus Predigtmanuskript
- 4 vgl. KIRCHE + LEBEN, Bistumszeitung Münster Nr. 35 vom 03.09.1995
- 5 „Wird unser Staat ein Eiskeller?“, S. 1
- 6 MÜNSTERLÄNDISCHE TAGESZEITUNG vom Dienstag, 22.08.1995
- 7 MÜNSTERLÄNDISCHE TAGESZEITUNG vom Dienstag, 26.09.1995
- 8 RHEINISCHER MERKUR Nr. 38 vom 22.09.1995, S. 24
- 9 MÜNSTERLÄNDISCHE TAGESZEITUNG vom Montag, 25.09.1995, S. 2 bzw. DIE WELT vom Montag, 25.09.1995
- 10 Der Bayerische MP Nr. A I 2-0122-95-3939 vom 18.09.1995
- 11 CHRIST IN DER GEGENWART, Nr. 35/95, S. 283, Sp. 3
- 12 vgl. CHRIST IN DER GEGENWART, Nr. 35/95, S. 283–284

KIRCHENGESCHICHTE

„Die Zeit ist erfüllt“ (I)**Aspekte neutestamentlicher Zeitgeschichte
300 vor bis 100 Jahre nach Christi Geburt**

Johannes Cofalka

1. Vorbemerkung

Um einen geschichtlichen Rahmen vor und nach der Geburt Jesu Christi zu haben, der den Zusammenhang des Geschehens erkennbar macht, sollte man für die Zeit vor Christus etwa 300 Jahre und nach Erscheinung des Herrn noch das ganze erste Jahrhundert in den Blick nehmen.

Weltgeschichtlich bedeutende Mächtegruppen zeichnen sich nach dem Tod Alexanders des Großen (†323) ab, in die sich, was den Osten betrifft, Syrien, Palästina, Mazedonien, Griechenland, Kleinasien, Ägypten umfassend, römische Interessen einschneidend für Jahrhunderte hineindrängen.

Das Wort „die Zeit ist erfüllt“ (Mark 1,15; Eph 1,10; Gal 4,4) bezieht sich sowohl auf die gewaltige Ausdehnung des Römischen Reiches, aber eben auch auf die nicht mehr zu überbietende geistige Erwartung von etwas unerklärbar Neuem. Es hatte mit der Identität von Glauben und Geschichte des jüdischen Volkes begonnen und war nun aufgebrochen. Geradezu atemberaubend liest sich das damals in alttestamentlicher Zeit gesprochene Wort: im Buch Levitikus XX,26: „Werdet mir heilig, weil ich heilig bin. Ich schied euch ab von den Völkern, um mein zu sein“.

Die Frühgeschichte des Christentums ist in die Weltgeschichte so eingewoben, daß sie dennoch als „Heilsgeschichte“ hervortritt.

In dieser Übersicht will das Wesentliche als roter Faden deutlich werden. Zum Weiterdenken kann die Zusammenstellung der Literatur nützlich sein.

2. Roms Vorstoß nach Osten

Ein fast vergessenes Datum der römischen Geschichte, das geschichtliche Folgewirkungen hatte, ist der Friede von Phoinike (205 v.Chr.) im westlichen Griechenland. Damals begann der machtpolitische Einfluß Roms auf die östlichen Mittelmeerländer.

Rom befand sich elf Jahre nach seiner Niederlage von Cannae (216 v.Chr.) gegen Hannibal, die bereits dem Charakter einer Katastrophe gleichkam, in einer tiefen Krise. Die endgültige Auseinandersetzung mit Karthago stand ihm noch bevor (Zama, 202 v.Chr.). Das Siegeszeichen war bereits Person: Scipio.

Gegen Philipp V. von Mazedonien, der nach immer größerer Machtausdehnung strebte, hatte sich aus Kleinstaaten eine Bündnishilfe, eine sog. „kleine Entente“ gebildet, die Rom um diplomatischen Beistand ersuchte. Rom war bereit, und mit dem Frieden von Phoinike öffnete sich ihm der Weg nach Griechenland und von da nach Süden und Osten, nach Kleinasien und Palästina.

Rom, vertreten durch den Consul Publius Sempronius Tuditanus, durfte davon ausgehen, daß ein Friedensvertrag mit Philipp, in den Rom eingebunden wäre, die bestehende Bündnisverpflichtung zwischen Mazedonien und Karthago aufbrechen würde. Auf Seiten Roms standen die Kleinstaaten Pergamon mit König Attalos, Illyrien mit Pleuratus, Sparta (mit Nabis), Elis, Messenien, Athen und Bithynien.¹

Ogleich es seit 212 v.Chr. einen Vertrag Rom-Aitolien gab, und 206 v.Chr. ein römisches Expeditionskorps mit zehntausend Mann, eintausend Reitern und 35 Schiffen bei Dyrrachium/Epidamnus

Teil I: Heft 221

1. Vorbemerkung
2. Roms Vorstoß nach Osten
3. Die Zeit nach Christi Geburt

Anmerkungen zu Teil I

Teil II: Heft 222

4. Das jüdische Volk, seine religiös-politische Verfassung, der Messias und die geistesgeschichtlichen Strömungen.
5. Schlußbemerkung

Anmerkungen zu Teil II

Quellen und Literaturverzeichnis

(Albanien) gelandet war, brachte erst der Vertrag von Phoinike den Durchbruch.²

Der Vertrag von Phoinike leitete für Griechenland neue Machtverhältnisse ein, denn die Römer zögerten nicht, vertragliche Hilfestellung zu leisten und zu nutzen. Der staatsrechtlich gewandte Sempronius mit seinen ebenso gewandten Militärs entwarfen einen beispielhaften Vertrag und gliederten danach ihre nachgezogenen Streitkräfte so, daß sie acht Jahre später Philipp V. in der Schlacht von Kynoskephalai 197 v.Chr. besiegten und auch seinen Nachfolger Perseus, 168 v.Chr. schlugen. 146 v. Chr. war Mazedonien fest in römischer Hand.

Von da an bis zur Eroberung und Niederwerfung der Seleukidendynastie war es nur noch eine Frage der Zeit und nicht der Möglichkeit.

Nach dem Tod Alexanders d.Gr. (323) hatten seine Feldherrn Seleucos und Ptolemäus sein Reich unter sich aufgeteilt; Seleucos im Norden, d.h. Syrien, heute Kleinasien und Palästina, Ptolemäus in Ägypten. Die Verteidigung Roms gegen den angriffslustigen Seleukidenkönig Antiochus IV., Epiphanes, (175–164) war ein weiterer Schutz gegen das Eindringen Asiens nach Europa, dessen Bedeutung Rom damals noch nicht ahnen konnte. Bereits vorher war der Sieg Roms über Antiochus III. bei Magnesia (Westküste der heutigen Türkei) 190 v.Chr., in dem Syrien die griechisch-europäischen Besitzungen und Ansprüche verlor, eine Festigung Europas gegen Asien. Für viele Jahrhunderte, bis zu den entscheidenden Jahren 1241 (Schlacht bei Liegnitz) und 1453 (Eroberung Konstantinopels durch Mehmed II.), war Europa gegen Asien abgesichert, wenn man die Jahre 451 und 955 nicht aus dem Blick verliert. Unter Antiochus IV. griffen seine Hellenisierungsbestrebungen und die brutale Unterdrückung tief in das Leben des jüdischen Volkes ein. Er verbot bei Todesstrafe die Sabbatfeier und die Beschneidung. Er schändete den Tempel, erlaubte nicht die Ausübung des jüdischen Kults und wurde so zum „Greuel der Verwüstung“.³

In einem beispiellosen, mutigen Kampf erhob sich das Volk gegen Antiochus unter Führung der hasmonäischen Priesterfamilie der Makkabäer. Es gelang, Jerusalem zu erobern und den Tempel neu zu weihen. Die Makkabäer herrschten bei blutigen Wechselfällen bis zum Jahre 37 v.Chr. (Der letzte Vertreter der vorher amtierenden Priesterfamilie, der Zadokiden (seit etwa 900 v.Chr.) Onias, wurde von Antiochus IV. im Jahre 162 v.Chr. ausgewiesen. In Leontopolis, in Ägypten, baute er mit Erlaubnis von Ptolemäus VI. einen Tempel. Dank der Makkabäer hatte das jüdische Reich wieder eine Ausdehnung wie das Königreich unter Salomon, von der Wüste bis in das Ostjordanland. Außerdem war die nationale Autonomie wie-

der hergestellt. Zwei der späteren Makkabäer, die Brüder Aristobul II. und Hyrkanos II. (63 v.Chr.) gerieten wegen des Führungsanspruchs in eine heftige Auseinandersetzung. Pompejus, der sich im Jahre 60 v.Chr. noch im 1. Triumvirat mit Caesar und Crassus befand, wurde, während er in Damaskus seine Legionen besichtigte, in dem Streit zwischen Aristobul und Hyrkanos zur Vermittlung gerufen. Da aber Aristobul II. dann Pompejus hinterhältig in den Rücken fiel, unterwarf sich Pompejus kurzerhand das ganze Land und erstürmte den Tempel. Das Land wurde der römischen Provinz Syrien eingegliedert. Judäa verlor seine Unabhängigkeit und galt seitdem als römisches Herrschaftsgebiet (F.F. Bruce)⁴

Unter dem schwachen und regierungsunfähigen Hyrkanos, den Pompejus zum Hohenpriester eingesetzt hatte, kam der Statthalter von Idumäa, der Edomiter Antipater, der bereits vorher den Bruderkampf zu seinen Gunsten nutzen wollte, zu großem Einfluß (ermordet 43 v.Chr.). Er machte alsbald seine Söhne Phasael in Jerusalem und Herodes in Galiläa zu Statthaltern! In den Partherkämpfen (46–40) wurde Hyrkan verstümmelt und war so für den priesterlichen Dienst untauglich geworden. Phasael tötete sich selbst im Gefängnis. Herodes, später als Herodes d.Gr. bekannt, entkam aus den kriegerischen Auseinandersetzungen mit den Parthern nach Rom. Hier nutzte er einflußreiche Verbindungen und wurde im Jahre 40 v.Chr. vom Senat im Rom zum König ernannt. Damit wurde er König eines Landes, daß er sich zuerst noch erkämpfen mußte. (Inzwischen, 59 v.Chr., war Pompejus im römischen Bürgerkrieg von Julius Caesar bei Pharsalus besiegt worden. Er floh nach Ägypten und fand dort bei seiner Landung durch Mord den Tod.) Crassus fiel 53 v. Chr. im Kampf gegen die Parther. Caesar war nun Alleinherrscher.

Nach der Ermordung Julius Caesars durch eine Verschwörung von Marcus Brutus und Gajus Cassius (44 v.Chr.) überschlugen sich die Ereignisse. 42 v.Chr. übernahm zunächst Marcus Antonius die Regierungsgewalt über den Osten des römischen Reiches. Aber

noch im gleichen Jahr stand er mit Oktavian den Caesarmördern Cassius und Brutus in einer Entscheidungsschlacht bei Philippi gegenüber. Cassius und Brutus verloren den Kampf. Marc Anton, mit Kleopatra leidenschaftlich verbunden, herrschte nur kurz über den Osten. Die Spannung zwischen dem West- und Ostreich drängte zur politischen Klarheit.⁵

Nachdem Oktavian (später Augustus) im Kampf um das Gesamtreich Antonius und Kleopatra 31 v.Chr. in der Seeschlacht von Aktium (Welt-Griechenland) besiegt hatte, wurde er in Rom zum Kaiser ausgerufen. Er herrschte damit auch über Palästina von 30 v.Chr. bis 14 n.Chr. Nach ihrer Niederlage flohen Kleopatra und Antoni nach Ägypten, wo beide im Jahre 30 v.Chr. durch Selbstmord endeten (Augustus war der Enkel von Julius Caesars Schwester, den er adoptiert hatte. Er ließ den Sohn Caesars und Kleopatras siebzehnjährig im Jahre 30 v.Chr. töten.)

Herodes indessen kehrte nach Palästina zurück und erkämpfte sich mit Hilfe der Römer das Land. Im Jahre 37 v.Chr. eroberte er nach fünfmonatiger Belagerung Jerusalem. Der letzte regierende Nachkomme der Makkabäer, Antigonos wurde im selben Jahr gefangen und hingerichtet. Kurz zuvor heiratete Herodes die schöne Marianne, eine hasmonäische Fürstentochter und versuchte dadurch vor den Juden seine Beziehung zum Judentum und damit seinen Herrschaftsanspruch zu begründen. Die letzten Hasmonäer rotte er aus. Seinen Schwager, den jungen Hohenpriester Aristobul ließ er ertränken. Seine Frau Marianne, deren Mutter sowie drei seiner Söhne fielen seiner argwöhnischen Grausamkeit zum Opfer. (Mit seinen 10 Frauen hatte er Kinder aus verschiedenen Ehen). Der Mord an den Kindern von Bethlehem erfolgte auf seinen Befehl. (Mt 2,16)

Herodes regierte mit unbarmherziger Strenge als treuer Vasall der Römer. Obgleich er im Jahre 20 v.Chr. mit dem Ausbau des Tempels begann, haßten ihn die Juden als Fremdling und Eroberer, der die Freiheit der Juden rücksichtslos beschränkte.

3. Die Zeit nach Christi Geburt

Nach dem Tode Herodes d.Gr. im Jahre 4 v.Chr. („die dem Kind nach dem Leben trachteten sind gestorben“ Mt 2,19) teilten sich nach einem von den Römern genehmigten Testament drei seiner Söhne das Land. Archelaus erhielt den Königstitel und wurde Ethnarch (Titel, der vom Kaiser oder von den einem Prokurator im Auftrag des Kaisers verliehen wurde) von Judäa, Idumäa und Samaria. Herodes (Antipas) erhielt nur als Tetrarch (Vierfürst, der sich mit drei anderen Fürsten Macht und Verwaltung eines Landesteils teilte) Galiläa und Peräa. Tiberias machte er zu seiner Residenzstadt. Johannes den Täufer ließ er nach dem Tanz der Tochter der Herodias (die Frau seines Bruders Philippus) hinrichten (Mk 6,17f). Den nördlichsten Teil des Landes erhielt Philippus.

Archelaus wurde 6 n.Chr. von Augustus/Oktavian nach Vienne (Lyon) verbannt, weil in seinem Land eine Rebellion ausgebrochen war. Der Aufstand brach zusammen. Varus, damals Statthalter in Syrien, schlug ihn grausam nieder und ließ 2.000 Juden kreuzigen. Sein Land geriet dann unter die Vollzugsgewalt der römischen Prokuratoren, die ihren Amtssitz in Caesarea hatten. Einer von ihnen ist Pontius Pilatus, dessen Amtszeit von 26 - 36 n.Chr. begrenzt war. (Der Prozeß gegen Jesus fand etwa im ersten Regierungsjahr des Pilatus statt.)

Die Geburt Jesu ist sieben Jahre vor der Zeitrechnung anzusetzen, so daß Jesus drei Jahre vor dem Tod des Herodes geboren wurde. Mit Augustus endet die Republik in Rom.⁶

28 v. Chr. hatte Oktavian/Augustus den gesamten von den Römern besetzten Raum unter militärischer Kontrolle und konnte vor dem Senat in Rom den Vollzug der Befriedung des Reiches melden. Im Januar 27 v.Chr. sprach ihm der Senat den Titel princeps (der erste im Staate) und den Namen Augustus zu.⁷

Im Jahre 37 n.Chr. wurde einem Enkel Herodes d.Gr., Herodes Agrippa I., das Land des 34 n.Chr. gestorbenen Philippus übertragen. In den Jahren 40 und 41 n.Chr. erhielt Agrippa I. noch die übrigen

Teile des ehemaligen herodianischen Reiches zugesprochen. Es handelt sich um jenen Herodes, der Jakobus den Älteren hinrichten ließ (Apg 12,2). Petrus wurde von ihm ins Gefängnis gesetzt (Apg 12,3), als Agrippa 42 n.Chr. eine Christenverfolgung begann. Wie ein Fuchs überstand er die Verschärfung des Kaiserkults durch Caligula in Rom (12–41 n.Chr.). Er konnte vermeiden, daß das Kaiserbild im Tempel von Jerusalem aufgestellt wurde. Als er im Jahre 44 n.Chr. starb, wurde sein Gebiet wieder reichsunmittelbar. Sein Sohn ist Herodes Agrippa II. (50–54), vor dem Paulus sich in Caesarea verteidigte (Apg 24,22–26,30). Hier sprach Paulus unerschrocken und mit großem Eindruck vor dem Statthalter Felix und seiner jüdischen Gemahlin Drusilla sowie vor dessen Nachfolger Porcius Festus und König Agrippa und Berenike. Seine Zuhörer sagten zueinander: „Man könnte den Mann freilassen, wenn er nicht Berufung an den Kaiser eingelegt hätte“ (Apg 26.30).

Agrippa II. erhielt erst später wieder kleine Gebietsteile im Nordosten Palästinas. Er starb im Jahre 100 n.Chr.

Die römischen Prokuratoren regierten mit rücksichtsloser Gewalt. Auch sonst kam das Land nicht mehr zu Ruhe. Es gab Banden, Hungersnöte, Überfälle, es bildeten sich bewaffnete Gruppen, Zeloten, („Eiferer“), die auf Partisanenart kämpften und Sikarier (sica= Dolch).

Die Verspottung der Jerusalemer Kulthandlungen und Feste war eine Herausforderung. Im Jahre 66 begann der furchtbare Aufstand. Was ihn auslöste, war der durch den römischen Prokurator (der letzte der Prokuratoren) Gessius Florus unternommene Griff nach dem Tempelschatz. Mit Unruhen im ganzen Land brach dann auch der Krieg aus. Der junge Tempeloberste Eleasar erobert zunächst den Tempelplatz zurück, dann auch die Burg Antonia. Die römische Besatzung mußte sich in die Herodes-Zitadelle zurückziehen, der mit einer Legion herbeigerufene römische Statthalter von Syrien, C. Cestius Gallus wurde bei Bet-Horon, nordwestlich Jerusalem eingeschlossen und dem römischen Kampfpotential entzogen.

Kurz darauf fiel die Festung Masada den Aufständischen in die Hände. Der spätere Schriftsteller und Historiker Flavius Josephus beginnt die Landesverteidigung aufzubauen. Die Römer gerieten in eine bedrohliche Lage. (S. Bock)

Im Jahre 67 n.Chr. wurde Vespasian von Kaiser Nero mit dem Kampf gegen die aufständischen Juden beauftragt. Als er im Jahre 69 dann zum Kaiser ausgerufen wurde, führte sein Sohn Titus den Feldzug bis zum Ende weiter. Nach großen Verlusten auf beiden Seiten eroberte Titus Jerusalem. Die Stadt fiel der Zerstörung zum Opfer. Das Jahr 70 n.Chr. wird so ein sehr schweres Jahr für die Geschichte des jüdischen Volkes. Auf Befehl von Titus sollte der Tempel geschont werden, schließlich zerstörte auch ihn das Feuer. (O. Kuss)

Erst als die Römer im Jahre 73 n.Chr. den letzten Zufluchtsort der Juden, die Festung Masada am Toten Meer, besetzten und die bereit waren bis zum Tod Widerstand zu leisten, ging der Kampf zuende. Die Römer bauten von Sommer 73 bis zum Frühjahr 74 eine in die Höhe zur Festung führende Rampe, um so die Festung einzunehmen. Die belagerten Zeloten⁸ und ihre Angehörigen steckten die Burg in Brand, als sie jede Hoffnung aufgeben mußten, und töteten sich selbst, um der Schande der Gefangenschaft zu entgehen. (Flavius Josephus, beschreibt in seinem Buch, Der Jüdische Krieg, VII,8–9, die Endphase des Freiheitskrieges des jüdischen Volkes, die bis heute dem Jüdischen Volk heilig ist.)

Als Titus in Rom einzog, führte er zwei Anführer der Freiheitskämpfer Johannes von Gischala und Simon Girra mit sich (S. Bock).

Der Titusbogen auf dem Forum Romanum erinnert an den triumphalen Einzug und hat die Darstellung des siebenarmigen Leuchters (Menora) und andere erbeutete Tempelschätze bis heute erhalten.

Das Land um Jerusalem wurde kaiserliches Eigentum. Die Juden hatten an den Jupitertempel in Rom Kopfsteuer zu zahlen. Kaiserliche Legate, die die 10. Legion in Jerusalem befehligten, hatten ihren Befehlsstand in Jerusalem und den Amtssitz in Caesarea. Händler

und Zuwanderer ließen sich in der verwüsteten Stadt nieder. Spätere Aufstände, unter Trajan (98–117), in den Jahren 114–117 und unter Hadrian (117–138) im Jahre 132 n. Chr. des Barkochbas (Sternensohn), konnten keine Erfolge erzielen. Sie beweisen bis heute den Heldenmut dieses kleinen ewigen Volkes mit seiner Opferkraft.

Anmerkungen

- 1 E. Kornemann, Römische Geschichte, Stuttgart 1977, S. 102
- 2 Die bei Dyrrachium gelandeten Legionen wurden eingeschlossen und mußten auch noch gegen die hinterhältig kämpfenden Gruppen und Schiffe der Seeräuberin Teuta ihre angeschlagenen Kräfte aufsplintern. (Livius, XXIX,12; Polybios XVI,34; E. Kornemann; E. Bickermann, Les Préliminaires; H.H. Schmitt, Die Staatsverträge des Altertums, Bd 3 München, 1969; Appian, Römisch-Mazedonische Geschichte, 9. Buch)
- 3 J. Felten, Neutestamentliche Zeitgeschichte, Bd I, S. 95f.
- 4 Man hat heute kaum eine Vorstellung davon, welche Machtbefugnisse damals Pompejus hatte. Ihm würdte 66 v. Chr. die im westlichen Kleinasien stationierten Legionen unterstellt, damit er den Krieg mit Mithridates, der inzwischen 25 Jahre dauerte, zuende brachte. Zuvor war es ihm gelungen, das Mittelmeer von Seeräubern (u.a. Teuta) freizukämpfen, um den Transport wirtschaftlicher Güter, vor allem Getreide, zu gewährleisten. Die Lex Manilia bestätigte ihm seine Machtfülle zwischen Armenien und Palästina. Seine Unduldsamkeit und Grausamkeit in der Niederwerfung des jüdischen Aufstands von 66 v. Chr. und die Schändung des Tempels geht u.a. aus den Berichten der Gemeinde von Qumran (Q-Psalmen) hervor. Als die „große Bedrängnis“ mußten die Juden die Zeit von 63 v. Chr. bis 74 n. Chr. empfinden.
- 5 O. Kuss, Bibeltheologische Bemerkungen, Manusk., Paderborn 1950
- 6 Die zunächst noch latente Gefahr für die Christen als „Hasser des Menschengeschlechts“ (Tacitus, Publius Cornelius, „Annales“ XV,44,5) (Tacitus 55–120 n. Chr.) hat Petrus in seinem ersten Brief angedeutet, den er von „Babylon“ aus an die „Fremdlinge in der Zerstreung in Pontus, Galatien, Kappadocien, Asien und Bithynien“ sandte. Er spricht von der „Feuersglut, die über euch gekommen ist“, stellt sie aber dar als „die Teilnahme an den Leiden Christi“ (1 Petr 4,12).
Kurz darauf beginnt auch in Rom unter Nero (54–68), ausgelöst (aber nicht als



KHR
1947

eigentliche Ursache) durch den Brand Roms (64), die Verfolgung der Christen. Auch der Apostel Johannes spricht in seiner Offenbarung (17,5; 18,24) von dem großem „Babylon“ (gemeint ist wohl auch hier Rom) und von dem „scharlachroten Weib“, der „Mutter der Huren“ und dem „Greuel der Erde“, „trunken vom Blut der Heiligen und der Zeugen Jesu“. Johannes befand sich auf Veranlassung Domitians (81–96) in Verbannung auf der Insel Patmos. In den sieben Sendschreiben bezieht er sich auf den in Pergamon getöteten Antipas, der als Zeuge des Glaubens starb. (Offbg 2,13).

Ein Briefwechsel zwischen Trajan (98–117) und Plinius, dem Prokurator von Pontus und Bithynien, gibt einen gewissen Aufschluß über eine noch vorhandene Unsicherheit über den Umgang mit den Christen und dem politischen Verhalten ihnen gegenüber. (Plinius, epistolae X,96;97) (H. Kasten, London) und E.T. Merrill, Essays in Early Christian History, London 1924, S. 174f, sowie F.F. Bruce, II. S. 230f)

Die Rechtsstellung der Christen blieb indessen weiterhin unklar und die Frage, ob durch sie der gesellschaftspolitische Friede gefährdet war, stellte sich für Trajan, zumal der Name der Christen Rätsel aufgab.

Die Bezeichnung „Christen“, Christianos, Christianus, wird ihnen zum erstenmal, so Lukas (Apg 11,26; 26,28) in Antiochien gegeben. Dieser Name „konnte nur in einer heidnischen Umgebung entstehen... In einem jüdischen Milieu hätte man ihnen diesen Namen (die Gesalbten) nicht gegeben... Damit

wäre der Anspruch der Jünger anerkannt worden Jesus sei der Messias“ (F.F. Bruce II,68f).

Nach Nero, der 68 starb, folgte Galba (68–69), dann Vespasian (69–79) und Titus (79–81), der Jerusalem erobert hatte, in dessen Regierungszeit es aber keine Verfolgungen der Christen gab.

Erst unter Domitian (81–96), der auch den Apostel Johannes auf die Insel Patmos verbannte, kam es zu der Auseinandersetzung zwischen dem Glauben an Jesus Christus, dem von ihm verkündeten unsichtbaren Gott und dem sichtbaren Herrscher angesichts der römischen Staatsgewalt. Selbst der römische Konsul Flavius Clemens, Vetter des Kaisers, wurde hingerichtet, dsgl. seine Frau Flavia Domitilla. Genauso erging es dem ehemaligen Konsul Acilius Glabrio.

Unter Kaiser Nerva (96–98) erlebten die Menschen im römischen Machtbereich eine kurze Zeit der Ruhe. Trajan (89–117), der eher zurückhaltend war, aber unsicher in der Handhabung der öffentlichen Ordnung nach allem, was seit 63 n. Chr. vorgefallen war, verurteilte dennoch den ehrwürdigen Bischof Simeon von Jerusalem, Nachfolger des Apostels Jakobus.

Eine leuchtende Gestalt der jungen Christenheit ist Ignatius von Antiochien, der 110 nach Rom gebracht wurde, um dort den Märtyrertod zu erleiden, dem er mit Freude entgegenseh. Sechs Briefe, die er unterwegs schrieb, sind ein einmaliges Dokument der frühen christlichen Bewußtseinshaltung. „Nicht wie Petrus und Paulus befehle ich euch“, heißt es an einer Stelle; „Jene waren Apostel, ich bin ein Verurteilter; jene waren frei, ich bin bis zur Stunde Sklave. Wenn ich gelitten habe, werde ich Freigelassener Jesu Christi sein und werde mit ihm auferstehen als Freier. Jetzt lerne ich, in den Fesseln wunschlos zu sein“ (Ignatius v. Ant. Märtyrerakten, Bibl. d. Kirchenväter, Kempten 1921).

Der Bischof von Lyon, Irenäus, schrieb um 180 eine Liste römischer Bischöfe als Nachfolger des Hl. Petrus. Er beginnt mit Petrus und führt dann weiter auf: Linus, Anakletus, Clemens, Evaristus, Sixtus, Telesphorus, Hyginus, Pius, Anicetus, Soter, Eleutherius, der zur Zeit des Irenäus noch regierte. Er beschließt diese Dokumentation mit den Worten: „In derselben Nachfolge kam seit den Aposteln in der Kirche die Überlieferung und die Verkündigung der Wahrheit bis zu uns.“ (Märtyrer Akten, Bibl.d.K.)

Papst Clemens richtete im Jahre 95 an die Gemeinde von Korinth einen Brief, in dem er im Bewußtsein der Nachfolge zum Frieden mahnt und in dem bereits das Wissen um die Universalität der Gesamtkirche lebendig wird. (Bibl. d. K. Frühchristliche Apologeten)

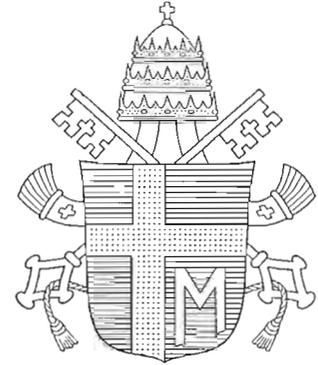
7 F.F. Bruce, Bd I, S.19f

8 Im Markus-Evangelium wird der Apostel Simon „Zelus“ genannt.

DOKUMENTATION ZUR FRIEDENSETHIK

Die Freiheit ist das Maß der Würde und der Größe des Menschen

Die Rede des Papstes vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 05.10.1995 in Auszügen



1 Gemeinsame Sorge
... Obwohl der jeweilige Zweck und das praktische Vorgehen natürlich unterschiedlich sind, finden die Kirche und die UNO durch die gemeinsame Sorge für die Menschheitsfamilie stets umfangreiche Gebiete der Zusammenarbeit. Dieses Bewußtsein lenkt meine heutigen Überlegungen: ... ich möchte mit Ihnen darüber nachdenken, welche Folgen die außergewöhnlichen Veränderungen, die in den letzten Jahren erfolgt sind, für die Gegenwart und für die Zukunft der gesamten Menschheit haben werden.

2 Sehnsucht nach Freiheit
An der Schwelle zu einem neuen Jahrtausend sind wir Zeugen einer außergewöhnlichen und weltweiten Beschleunigung der Suche nach Freiheit, die eine der großen Bewegkräfte der Menschheitsgeschichte ist. ... In jedem Winkel der Erde haben Männer und Frauen, selbst wenn sie von Gewalt bedroht waren, das Risiko der Freiheit auf sich genommen und gefordert, daß ihnen, gemäß ihrer Würde als freie Personen, ein Bereich im sozialen, politischen und wirtschaftlichen Leben zuerkannt werde. Diese universale Sehnsucht nach Freiheit ist in der Tat eines der charakteristischen Merkmale unserer Zeit. Es waren in der Tat Barbareien gegen die menschliche Würde, die die Organisation der Vereinten Nationen kaum drei Jahre nach ihrer Gründung dazu brachte, jene internationale Menschenrechtserklärung zu formulieren, die einer der höchsten Ausdrücke des menschlichen Gewissens unserer Zeit bleibt. In Asien und in Afrika, in Amerika, in Ozeanien und in Europa haben überzeugte und mutige Männer und Frauen sich auf diese Erklärung berufen, um ihren

Forderungen nach einer intensiveren Beteiligung am Leben der Gesellschaft Kraft zu verleihen.

3 Universale Menschenrechte
Es ist für uns wichtig, das zu verstehen, was man die innere Struktur einer solchen weltweiten Bewegung nennen könnte. Gerade ihr globaler Charakter bietet uns einen ersten und fundamentalen „Schlüssel“ und bestätigt, daß es tatsächlich universale Menschenrechte gibt, die in der Natur der Person begründet sind, Rechte, in denen sich die objektive und unumgängliche Forderung nach einem universalen moralischen Gesetz widerspiegelt.

... Das in das Herz des Menschen eingeschriebene universale moralische Gesetz, ist eine Art von „Grammatik“, die die Welt braucht, um diese Diskussion über die eigene Zukunft aufzunehmen.

In diesem Sinn ist es ein Grund zur ernsthaften Beunruhigung, daß einige Leute heute die Universalität der Menschenrechte sowie eine allen gemeinsame menschliche Natur leugnen. Sicher, es gibt nicht nur ein einziges Modell der politischen und wirtschaftlichen Organisation menschlicher Freiheit, da verschiedene Kulturen und verschiedene historische Erfahrungen in einer freien und verantwortlichen Gesellschaft verschiedene institutionelle Formen hervorbringen. Aber es ist eine Sache, einen legitimen Pluralismus der „Formen von Freiheit“ zu vertreten und eine andere, der Natur des Menschen oder der menschlichen Erfahrung jedwede Universalität oder Intelligibilität [*gedankliche Erfäßbarkeit*] abzuspüren. Diese zweite Sichtweise macht eine internationale Überzeugungspolitik extrem schwierig, wenn nicht sogar unmöglich.

4 Macht der Ohnmächtigen
Die moralische Bewegkraft der universalen Suche nach Freiheit hat sich 1989 in den nicht gewalttätigen Revolutionen in Mittel- und Osteuropa deutlich gezeigt. Diese historischen Ereignisse, die sich in einer bestimmten Zeit und an einem bestimmten Ort entwickelt haben, können dennoch eine Lehre erteilen, die weit über die Grenzen eines bestimmten geographischen Gebiets hinausreicht, denn die nicht gewalttätigen Revolutionen von 1989 haben gezeigt, daß die Suche nach Freiheit nicht unterdrückt werden kann. Sie geht aus der Anerkennung der unantastbaren Würde und des Werts der menschlichen Person hervor und wird von einer Verpflichtung zu ihren Gunsten begleitet. Der moderne Totalitarismus war zunächst und vor allem ein Angriff auf die Würde der Person, ein Angriff, der sogar zum Leugnen des unveräußerlichen Rechts auf Leben führte. Die Revolutionen von 1989 wurden durch den Einsatz mutiger Männer und Frauen ermöglicht, die sich von einer anderen und letztlich tieferen und stärkeren Vision leiten ließen: der Vision des Menschen als eines mit Intelligenz und freiem Willen ausgestatteten Geschöpfes, eingetaucht in ein ihn übersteigendes Geheimnis und ausgestattet mit der Fähigkeit nachzudenken und zu entscheiden – und folglich fähig zur Weisheit und zur Tugend. Ein entscheidender Faktor für das Gelingen dieser friedlichen Revolutionen war die Erfahrung der gesellschaftlichen Solidarität: diese Solidarität bildete den von der Stärke der Propaganda und des Terrors gestützten Regimen gegenüber den moralischen Kern für die „Macht der Ohnmächtigen“. Sie war ein Signal der Hoffnung und

bleibt eine beständige Mahnung dafür, daß der Mensch die Möglichkeit hat, auf seiner Reise durch die Geschichte dem Weg zu folgen, der dem vornehmsten Streben des menschlichen Geistes gerecht wird.

... Wir können nicht umhin, die Übereinstimmung zwischen den Werten der Befreiungsbewegung dieser Völker und zahlreichen der moralischen Verpflichtungen, die in der Charta der Vereinten Nationen stehen, wahrzunehmen: ich denke zum Beispiel an die Verpflichtung „den Glauben in den fundamentalen Menschenrechten (sowie) in der Würde und dem Wert der menschlichen Person zu sichern“ sowie auch an die Verpflichtung „den sozialen Fortschritt und bessere Lebensbedingungen in größerer Freiheit zu fördern“ (Präambel). ...

5 ... Fünfzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs

ist es wichtig, daran zu erinnern, daß dieser Krieg geführt wurde, weil die Rechte der Nationen verletzt worden waren. Viele Nationen mußten schrecklich leiden, aus dem einfachen Grund, daß sie als „anders“ betrachtet wurden. Entsetzliche Verbrechen wurden im Namen tödlicher Doktrinen begangen, welche die „Minderwertigkeit“ einiger Nationen und Kulturen predigten. In einem gewissen Sinne wurde die Organisation der Vereinten Nationen aus der Überzeugung geboren, daß solche Doktrinen dem Frieden entgegenstanden. Und die Verpflichtung der Charta, „künftige Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren“ (Präambel), beinhaltet sicher die moralische Verpflichtung, jede Nation und jede Kultur vor ungerechten und gewalttätigen Angriffen zu schützen.

Leider wurden auch nach Ende des Zweiten Weltkriegs die Rechte der Nationen weiterhin verletzt. ... Erst als die Freiheit in den mittel- und osteuropäischen Nationen wiederhergestellt wurde, begann sich für viele der Opfer des Konfliktes das Friedensversprechen zu verwirklichen, das mit Ende des Krieges hätte in Kraft treten sollen.

6 Menschheitsfamilie

Die internationale Menschenrechtserklärung, die 1948 angenommen wurde, hat in eindrucksvoller

Weise die Rechte der Personen behandelt; doch es gibt noch keine analoge internationale Übereinkunft, die in gleicher Weise die Rechte der Nationen behandelt. Darüber muß aber aufmerksam nachgedacht werden, denn dieser Zustand wirft in der gegenwärtigen Welt drängende Fragen über Gerechtigkeit und Freiheit auf.

... Die Spannung zwischen dem Besonderen und dem Allgemeinen kann als dem menschlichen Sein immanent betrachtet werden. Da sie an derselben menschlichen Natur teilhaben, fühlen die Menschen automatisch, daß sie Mitglieder einer einzigen großen Familie sind. Aber durch die konkrete Geschichtlichkeit dieser selben Natur sind sie notwendigerweise noch mehr an bestimmte menschliche Gruppen gebunden; das beginnt mit der Familie, und geht dann weiter zu verschiedenen Zugehörigkeitsgruppen bis hin zur Gesamtheit der jeweiligen ethnischen oder kulturellen Gruppe, die – nicht zufällig – mit dem Begriff „Nation“ (vom Lateinischen „nasci/geboren werden“) bezeichnet wird. Dieser Begriff ruft gemeinsam mit dem Begriff „patria“ (Vaterland) die Wirklichkeit der gleichen Familie hervor. Der Mensch findet sich so in lebendiger Spannung zwischen diese beiden Pole – die Allgemeinheit und die Besonderheit – gestellt; eine unvermeidbare Spannung, die aber in einzigartiger Weise fruchtbar wird, wenn sie ruhig und ausgewogen gelebt wird.

8 Rechte und Pflichten der Nationen

Auf dieses anthropologische Fundament stützen sich auch die „Rechte der Nationen“, die nichts anderes sind als „Menschenrechte“, die aus dieser spezifischen Ebene des Gemeinschaftslebens erwachsen. Eine Reflexion über diese Rechte ist sicher nicht einfach, wenn man die Schwierigkeit berücksichtigt, ein Konzept von „Nation“ zu definieren, das nicht a priori und notwendigerweise mit dem Staat gleichzusetzen ist. ...

Allen anderen Rechten einer Nation ist sicher ihr Recht auf Existenz vorausgestellt: niemand – weder ein Staat, noch eine andere Nation, noch eine internationale

Organisation – ist folglich berechtigt, zu behaupten, eine einzelne Nation sei nicht würdig, zu existieren. ...

... Die Geschichte zeigt, daß es unter extremen Umständen (...), gerade die eigene Kultur ist, die einer Nation erlaubt, den Verlust der eigenen politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit zu überleben. Jede Nation hat folglich auch das Recht, das eigene Leben nach den eigenen Traditionen auszurichten, ausgeschlossen natürlich jede Verletzung der fundamentalen Menschenrechte sowie vor allem die Unterdrückung von Minderheiten. Jede Nation hat das Recht, die eigene Zukunft zu planen und der jüngeren Generation eine geeignete Erziehung zukommen zu lassen.

Aber während die „Rechte der Nation“ für die vitalen Forderungen nach „Besonderheiten“ stehen, ist es nicht weniger wichtig, die Forderungen nach Allgemeinheit hervorzuheben, die sich durch ein klares Gewahrwerden der Pflichten ausdrückt, die die Nationen im Hinblick auf andere und auf die ganze Menschheit haben. Die erste unter allen ist sicher die Pflicht, in einer Haltung des Friedens, des Respekts und der Solidarität mit den anderen Nationen zu leben. So fördert die Ausübung der Rechte der Nationen, ausgewogen durch die Anerkennung und Ausübung der Pflichten, einen fruchtbaren „Austausch der Gaben“, der die Einheit der ganzen Menschheit bestärkt.

9 Mit Unterschieden leben

... Leider muß die Welt noch lernen, mit der Vielfalt zu leben, wie die jüngsten Ereignisse auf dem Balkan und in Zentralafrika es uns schmerzlich in Erinnerung gerufen haben. Die Tatsache der „Verschiedenheit“ und die Besonderheit des „anderen“ können manchmal als belastend oder sogar als bedrohend empfunden werden. Verstärkt durch geschichtlich bedingtes Leid und verschärft durch Manipulationen skrupelloser Personen, kann die Angst vor der „Verschiedenheit“ sogar dazu führen, die Humanität des „anderen“ zu leugnen, mit dem Ergebnis, daß die Menschen in eine Spirale der Gewalt geraten, in der niemand – nicht einmal die Kinder – verschont werden. ...

... Und dennoch, wenn wir uns anstrengen, die Dinge objektiv zu betrachten, können wir sehen, daß es über alle Unterschiede der einzelnen Menschen und Völker hinaus eine fundamentale Gemeinschaft gibt. Denn verschiedene Kulturen sind nur verschiedene Arten, die Frage nach der Bedeutung der personalen Existenz zu beantworten. Und genau hier können wir eine Quelle der Achtung ausmachen, die jeder Kultur und jeder Nation zukommt: **jede Kultur ist ein Versuch, das Geheimnis der Welt und besonders des Menschen zu erfassen: es ist ein Versuch der transzendenten Dimension des Menschen Ausdruck zu verleihen.** Das Herz jeder Kultur besteht aus ihrer Annäherung an das größte aller Geheimnisse: das Geheimnis Gottes.

10 Religions- und Gewissensfreiheit

Daher gründet unser Respekt vor der Kultur der anderen in unserem Respekt vor dem Versuch jeder Gemeinschaft, eine Antwort auf die Frage des menschlichen Lebens zu geben. Und hier können wir sehen, wie wichtig es ist, das fundamentale Recht auf Religions- und Gewissensfreiheit zu bewahren, als Ecksteine in der Struktur der Menschenrechte und Fundament jeder wirklich freien Gesellschaft. Niemand darf diese Rechte durch Zwangsmaßnahmen, die eine Antwort auf das Geheimnis des Menschen aufdrängen wollen, ersticken.

... So kann die „Verschiedenheit“, die einige als so bedrohlich empfinden, durch einen von gegenseitiger Achtung geprägten Dialog, die Quelle für ein tieferes Verständnis des Geheimnisses der menschlichen Existenz werden.

11 Nationalismus – Patriotismus

In diesem Zusammenhang muß man den wesentlichen Unterschied klären, zwischen einer ungesunden Form des Nationalismus, der die Verachtung für andere Nationen oder Kulturen predigt und dem Patriotismus, der hingegen die berechtigte Liebe für das eigene Ursprungsland ist. **Wahrer Patriotismus versucht nie, das Wohl der eigenen Nation auf Kosten anderer zu fördern.** Denn am Ende würde dies auch der eige-

nen Nation Schaden zufügen: Unrecht schadet sowohl dem Aggressor als auch dem Opfer. Der Nationalismus steht, besonders in seiner radikalsten Ausdrucksform, im Gegensatz zum wahren Patriotismus. Und wir müssen heute sicherstellen, daß ein extremer Nationalismus nicht weiterhin neue Abarnten des Totalitarismus erstehen läßt. Diese Verpflichtung gilt natürlich auch in Fällen, in denen die Religion selbst die Basis eines solchen Nationalismus ist. ...

12 Logik der Freiheit

Die Freiheit ist das Maß der Würde und der Größe des Menschen. Die Freiheit zu leben, die einzelne Personen und Völker suchen, ist eine große Herausforderung für das spirituelle Wachstum des Menschen und für die moralische Vitalität der Nationen. ...

Freiheit ist nicht einfach Abwesenheit von Tyrannei oder Unterdrückung, noch ist sie eine Lizenz dafür, alles das zu tun, was man will. Freiheit besitzt eine innere „Logik“, die sie charakterisiert und veredelt: sie ist an der Wahrheit ausgerichtet und erfüllt sich, wenn der Mensch die Wahrheit sucht und sie lebt. Wenn sie von der Wahrheit der menschlichen Person abgetrennt wird, fällt sie im individuellen Leben zur reinen Permissivität ab und im politischen Leben zur Willkür der Stärksten und zur Arroganz der Macht. ...

13 Utilitarismus – Solidarität

Im Lichte dessen, was gesagt wurde, verstehen wir, daß der Utilitarismus, die Doktrin, die die Moral nicht aufgrund dessen was gut, sondern aufgrund dessen, was nützlich ist, beurteilt, eine Bedrohung für die Freiheit der einzelnen Personen und der Nationen darstellt und den Aufbau einer wahren Kultur der Freiheit verhindert. Der Utilitarismus hat häufig verheerende politische Folgen, denn er fördert einen aggressiven Nationalismus, der es etwa als richtig empfindet, eine kleinere oder schwächere Nation zu unterdrücken, da dies seinen nationalen Interessen förderlich ist. Nicht weniger schwerwiegend sind die Folgen eines wirtschaftlichen Utilitarismus, der die mächtigeren Länder dazu führt, die schwächeren auszunutzen.

Häufig gehen nationaler und wirtschaftlicher Utilitarismus Hand in Hand, eine Tatsache, die in weiten Teilen charakteristisch für die Beziehungen zwischen „Nord-“ und „Südhalbkugel“ ist. Für die Entwicklungsländer ist das Erreichen der politischen Unabhängigkeit häufig mit einer wirtschaftlichen Abhängigkeit von anderen Ländern verbunden gewesen. ...

Die internationale Wirtschaft braucht eine Ethik der Solidarität, wenn Teilhabe, wirtschaftliches Wachstum und eine gerechte Güterverteilung die Zukunft der Menschheit prägen sollen. Die internationale Zusammenarbeit, die die Charta der Vereinten Nationen fordert, „um internationale Probleme wirtschaftlicher, sozialer, kultureller oder humanitärer Art zu lösen“ (Artikel 1,3), kann nicht ausschließlich aus Hilfe und Unterstützung oder sogar in der eventuellen Rückgabe der zur Verfügung gestellten Hilfsmittel bestehen. Wenn Millionen Menschen unter Armut leiden – daß heißt unter Hunger, mangelhafter Ernährung, Krankheit, Analphabetismus und Erniedrigung – müssen wir nicht nur uns selber daran erinnern, daß **niemand das Recht hat, andere zu seinem eigenen Vorteil auszunutzen,** sondern auch und vor allem müssen wir uns auf die Solidarität besinnen, die es anderen ermöglicht, unter den konkreten wirtschaftlichen und politischen Umständen jene Kreativität zu entfalten, die ein entscheidendes Merkmal der menschlichen Person und Quelle für den Wohlstand der Nationen in der heutigen Welt ist.

14 Familie der Vereinten Nationen

Wie können wir im Hinblick auf diese Herausforderungen nicht die Rolle anerkennen, die der Organisation der Vereinten Nationen zukommt? Fünfzig Jahre nach ihrer Gründung ist die Notwendigkeit einer solchen Organisation offensichtlicher denn je. Wir verstehen auf der Grundlage der gemachten Erfahrungen aber auch besser, das die Effektivität dieses riesigen Instruments, das das internationale Zusammenleben harmonisieren und koordinieren soll, von der internationalen Kultur und Ethik abhängt, die sie unterstützt und aus-

drückt. Die Vereinten Nationen müssen sich mehr und mehr über den kalten Status einer reinen Verwaltungsorganisation hinausheben und ein moralisches Zentrum werden, in dem alle Nationen der Welt sich zu Hause fühlen und ein gemeinsames Bewußtsein dafür entwickeln, daß sie sozusagen eine „Familie der Nationen“ sind. Das Konzept der „Familie“ beinhaltet etwas, das über nur funktionale Beziehungen und eine reine Interessensgemeinschaft hinausweist. Die Familie ist von Natur aus eine Gemeinschaft, die auf gegenseitiges Vertrauen, gegenseitige Unterstützung und Achtung gegründet ist. In einer wirklichen Familie gibt es keine Herrschaft der Starken; im Gegenteil, den schwächsten Mitgliedern kommt gerade aufgrund ihrer Schwäche noch größere Aufmerksamkeit und Hilfe zu. Dies sind die Gefühle, die, übertragen auf eine „Familie der Vereinten Nationen“, noch vor dem einfachen Recht die Beziehungen zwischen den Völkern bestimmen sollten. Die UNO hat die historische Aufgabe, einen qualitativen Sprung im internationalen Leben zu erreichen, nicht nur als Zentrum einer wirksamen Vermittlung bei der Lösung von Konflikten sondern auch, indem sie Werte, Haltungen und konkrete Initiativen der Solidarität fördert, die **die Beziehungen zwischen den Nationen von einer „organisatorischen“ auf eine mehr „organische“ Ebene bringen können, von einer einfachen „Existenz mit“ anderen zu einer „Existenz für“ andere**, in einem fruchtbaren Austausch der Gaben, der vor allem für die schwächeren Nationen von Vorteil aber auch ein Vorbote größeren Wohlstands für alle ist.

15 Prinzip der souveränen Gleichheit

Nur unter dieser Bedingung können wir nicht nur das Ende der „bewaffneten Kriege“, sondern auch der „kalten Kriege“ herbeiführen. Sie wird nicht nur die gesetzliche Gleichheit aller Völker sicherstellen, sondern auch ihre aktive Teilnahme am Aufbau einer besseren Zukunft und nicht nur die Achtung der individuellen kulturellen Identität, sondern ihre volle Wertschätzung als gemeinsamer Schatz, der dem kulturellen

Erbe der Menschheit gehört. Ist dies nicht das Ideal, auf das die Charta der Vereinten Nationen hinweist, wenn sie als Fundament der Organisation „das Prinzip der souveränen Gleichheit aller ihrer Mitglieder“ (Artikel 1,2) setzt, oder wenn sie dazu auffordert, „zwischen den Nationen freundschaftliche Beziehungen zu entwickeln, die auf der Respektierung des Prinzips gleicher Rechte und der Selbstbestimmung gründen“ (Artikel 1,2)? Dies ist die Hauptstraße, die bis ans Ende verfolgt werden muß, auch wenn dies, falls notwendig, Änderungen im derzeitigen Modell der Vereinten Nationen erfordert, damit all das berücksichtigt werden kann, was in diesem halben Jahrhundert mit so vielen neuen Völkern geschehen ist, die die Freiheit erleben und berechtigterweise erwarten, zu „sein“ und „mehr zu zählen“.

16 Hoffnung und Vertrauen

Eines der größten Paradoxie unserer Zeit ist, daß sich der Mensch, der die Periode, die wir „Moderne“ nennen, mit einer selbstbewußten Feststellung seiner „Reife“ und seiner „Autonomie“ begonnen hat, ängstlich vor sich selbst dem Ende des zwanzigsten Jahrhunderts nähert, ängstlich vor dem, wozu er in der Lage sein könnte, ängstlich vor der Zukunft. ...

Damit das sich nähernde neue Jahrtausend Zeuge eines neuen Erblühens des menschlichen Geistes sein kann, der auf einer wirklichen Kultur der Freiheit gründet, müssen Männer und Frauen lernen, ihre Angst zu überwinden. Wir müssen lernen, keine Angst zu haben, wir müssen wieder einen Geist der Hoffnung und des Vertrauens entdecken. Hoffnung ist kein leerer Optimismus, der dem naiven Vertrauen entspringt, die Zukunft werde notwendigerweise besser als die Vergangenheit sein. **Hoffnung und Vertrauen sind die Voraussetzung verantwortlichen Wirkens und werden von diesem inneren Heiligtum des Wissens genährt, wo „der Mensch alleine mit Gott“ ist** (Gaudium et Spes, 16) und er so erfährt, daß er inmitten des Rätsels der Existenz nicht allein sondern von der Liebe des Schöpfers umge-

ben ist. ...

17 Die Sicht des Christentums

Als Christ gründet meine Hoffnung und mein Vertrauen in Jesus Christus, dessen zweitausendsten Geburtstag wir zu Beginn des neuen Jahrtausends feiern werden. Wir Christen glauben, daß sich in seinem Tod und in seiner Auferstehung Gottes Liebe und seine Sorge für die ganze Schöpfung geoffenbart hat. Jesus Christus ist für uns Mensch gewordener Gott und Teil der Menschheitsgeschichte. Genau aus diesem Grund erstreckt sich die christliche Hoffnung für die Welt und ihre Zukunft auf jeden Menschen. Durch die strahlende Menschlichkeit Christi gibt es nichts menschliches, daß die Herzen der Christen nicht anrühren würde. **Der Glaube an Christus** führt uns nicht zur Intoleranz. Im Gegenteil, er **verpflichtet uns zu einem respektvollen Dialog mit den anderen Menschen**. Die Liebe zu Christus nimmt uns nicht das Interesse für die anderen, sondern lädt uns vielmehr zur Verantwortung ihnen gegenüber ein, ohne jemanden dabei auszuschließen und mit einem besonderen Augenmerk auf die Schwächsten und die Leidenden. ...

18 Die Seele der Zivilisation der Liebe ist die Kultur der Freiheit

Wir müssen unsere Angst vor der Zukunft besiegen. Aber wir können sie nur gemeinsam besiegen. Die Antwort auf diese Angst ist weder moralischer Zwang noch Unterdrückung oder die Auferlegung eines einzigen sozialen „Modells“ für die ganze Welt. Die Antwort auf diese Angst, die die menschliche Existenz am Ende dieses zwanzigsten Jahrhunderts verdunkelt, ist der gemeinsame Versuch eine Zivilisation der Liebe zu bauen, die sich auf **die universellen Werte, Frieden, Solidarität, Gerechtigkeit und Freiheit** gründet. Und die „Seele“ der **Zivilisation der Liebe ist die Kultur der Freiheit**: die Freiheit der einzelnen Personen und die Freiheit der Nationen, gelebt in selbstauferlegter Solidarität und Verantwortlichkeit. ...

(nach: Deutsche Tagespost vom 07.10.1995. Textkürzungen Überschriften und Hervorhebungen durch die Redaktion)

FRIEDENSETHIK

Auch ein moralisches Problem – Rüstungsexport

Klaus Ebeling

1. Gutes Geld gegen schlechtes Gewissen?

In nahezu allen Weltgegenden werden heute Konflikte, wie eh und je, gewaltsam ausgetragen. Die Statistik für 1994 zählt 41 Kriege, in denen Millionen Menschen getötet, verwundet, aus ihrer Heimat vertrieben, ihrer Lebensgrundlagen beraubt wurden. Und am Ende dieses Jahres wird wohl wieder eine ähnlich deprimierende Bilanz zu ziehen sein.

Wo aber Gewalt herrscht, lohnt sich auch das Geschäft mit Waffen und anderen Rüstungsgütern.

Unzählige Pressemeldungen über legale wie illegale Rüstungsgeschäfte, über Klagen insbesondere aus der Industrie wegen angeblich zu restriktiver Rüstungsexportbestimmungen, dazu die so unterhaltsamen Skandalberichte (und -gerüchte) über dubiose Waffendealer, die auf grauen und schwarzen Rüstungsmärkten Millionengewinne erzielen: sie alle sind geeignet, diese Annahme zu bekräftigen. Allerdings, mit ihr auch ein durchaus unvollständiges Bild von der Situation auf dem Weltrüstungsmarkt.

Bereits Ende der achtziger Jahre endete der große Boom auf dem Weltrüstungsmarkt, und seither mußten in den alten wie in den neueren Industriestaaten die meisten der großen Rüstungsproduzenten, aber auch viele aus der mittlerweile schwer überschaubaren Zahl von Kleinwaffenproduzenten und Herstellern von sonstigen einfachen Kriegsgeräten z. T. drastische Nachfrageeinbrüche hinnehmen.

Die bei weitem wichtigste Ursache hierfür ist das Ende des Ost-West-Konfliktes, der jahrzehntelang ein ressourcenverschlingendes Wettüben antrieb. Andere „Rüstungsgegner“, wie etwa die Schulden- und Entwicklungskrise

in der Dritten Welt oder die Konjunktur- und Strukturkrisen in den Wohlfahrtsstaaten des Westens, waren und sind zwar ebenfalls für Einsparungen auf dem Rüstungssektor mit verantwortlich. Sie hätten jedoch unter den Bedingungen des Kalten Krieges kaum so erfolgreich wie in den letzten Jahren Abrüstung forcieren können. Zudem wäre von den erfreulichen Sparzwängen im Rüstungsbereich, die die hohen Systemwechselkosten in den ehemals sozialistischen Ländern erzeugt haben, gar nicht zu reden.

Der Rüstungsmarkt ist für die konkurrierenden Anbieter längst zum Käufer- und nun auch zunehmend zum **Krisenmarkt** geworden: schwer überschaubar und kaum berechenbar – wie die Weltlage überhaupt. Er spiegelt gewissermaßen die Konkurrenz unterschiedlichster, oft ambivalenter Entwicklungen in der Staaten- und Gesellschaftswelt. Neue oder wieder aufbrechende alte Konflikte mit beträchtlichen Gewaltpotentialen gehören ebenso ins Bild wie noch vor wenigen Jahren für illusionär gehaltene Befriedungs- und Demokratisierungsprozesse. Erschreckendes ist mit Ermutigendem oft eng verknüpft. Jeder also, der der Neigung widersteht, seinen Realitäts- dem Ordnungssinn zu unterwerfen, wird deshalb verstehen, wenn es in einer solchen Umbruchssituation selbst kompetenten Politikern und Militärplanern Schwierigkeiten bereitet, für die (nicht zuletzt in Westeuropa) unter großem Restrukturierungsdruck stehende Rüstungswirtschaft Planungssicherheit zu erreichen.

Das heißt, bei Investitionen in der Rüstungsbranche ist mehr denn je Vorsicht angebracht. Man kann, auch auf legale Weise, mit ihnen immer noch „gutes Geld“ verdienen, in einer sicheren Bank liegen sie dort aber nicht.

Inhalt

1. Gutes Geld gegen schlechtes Gewissen?
2. Grundsätzliche Überlegungen
3. Konkrete Erwägungen
 - 3.1 Ächtung der ABC--Waffen – mit Vorbehalt?
 - 3.2 Der janusköpfige Technologietransfer
 - 3.2 Gechäfte mit konventionellen Waffen: der ganz normale Wahnsinn
4. Kirchliche Stellungnahmen
5. Schlußworte

Hinzu kommt, daß im Laufe des letzten Jahrzehnts der Tausch „... gegen schlechtes Gewissen“ zumindest in Deutschland und in manchen anderen westlichen Ländern an Attraktivität verloren hat. Tatsächliche oder scheinbare Gewissenlosigkeit in Sachen Rüstungsexport ist hier zu einem durchaus relevanten „Kostenfaktor“ avanciert. (Auch die letztes zum Teil erfolgreichen Versuche, die desolate Situation auf dem Arbeitsmarkt, die Sorge um die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland oder die Kooperations- und Bündnisfähigkeit der deutschen Rüstungsindustrie für die Durchsetzung moralisch fragwürdiger „Restriktionsermäßigungen“ im Rüstungsexport zu nutzen, wären als Zeichen einer erneuten Trendwende wohl überbewertet).

Das liegt freilich nicht einfach daran, daß der Blick der (massenmedialen) Öffentlichkeit wirklich moralischer geworden wäre. Das politische Geschäft wie das

ökonomische sind jedoch **moral-anfälliger** geworden.

Die Regierung, die z.B. moralisch fragwürdige Rüstungstransfers in die Türkei „realpolitisch“ rechtfertigt, oder ein Unternehmen, das unter voller Ausnutzung der legalen(!) Spielräume zivil wie militärisch nutzbare Waren in Staaten wie den Iran exportiert, muß auch mit Kosten in den bereichsspezifischen Währungen „Macht“ und „Geld“ rechnen. Der Preis: ein „machtwerter“ Legitimationsschwund, der die politische Handlungsfähigkeit für ein gewisse Zeit zu beschädigen vermag, und: ein „geldwerter“ Imageverlust, besonders für einen auf die soziale Akzeptanz seiner zivilen Produkte angewiesenen Mischkonzern. Die übliche Entlastungsstrategie verantwortlicher Akteure, sich als Agenten einer unerbittlichen „Logik der Sachzwänge“ darzustellen und auf diese Weise von moralischen Imperativen „bei aller Sympathie“ zu distanzieren, funktioniert nicht mehr so gut.

Das ist nicht verwunderlich. Denn in einer Welt, wo der Vollzug von „Sachzwängen“ sich allerorten mittels einer überbordenden Produktion nichtvorhergesehener und unerwünschter Nebenfolgen ständig selber problematisiert, muß deren Erörterung nachgerade zwangsläufig für grundsätzliche Anfragen, und damit eben auch für moralische Zumutungen porös werden.

Ob dies der Fähigkeit zu sachgerechtem Urteilen und Handeln zugute kommt, hängt allerdings davon ab, daß Moral nicht als Mittel des Kommunikationsabbruchs mißbraucht wird, mit dem man auf allzu schlicht bekennerrhafte Weise der komplizierten Verhältnisse Herr zu werden sucht.

2. Grundsätzliche Überlegung

Die allgemeinste Antwort der Moral auf die Frage, was wir tun sollen, lautet: Das Gute ist zu tun und das Böse zu unterlassen!

Aber, was bedeutet das in dieser oder jener Situation – konkret?

Die Vorstellungen darüber gehen bisweilen weit auseinander. Auf der Konkretisierungsstufe allgemeiner Grundsätze gibt es jedoch, sogar über Kulturgrenzen

hinweg, auch ein beträchtliches Maß an substantiellen Übereinstimmungen. Sie müssen sorgsam gepflegt werden, u.a. dadurch, daß man sie möglichst „begründungs-offen“ zu fixieren, ohne exklusive(!) Bindung an eine bestimmte Weltdeutung, an einen bestimmten Traditionszusammenhang zu institutionalisieren sucht. Andernfalls dürfte mit der Möglichkeit, Streitfragen unter Berufung auf weithin anerkannte Grundsätze zu behandeln, also „topisch“ zu argumentieren, auch die Chance vertan werden, in der sich äußerst risikoproduktiv entwickelnden Weltgesellschaft zureichende Problemlösungskapazitäten mitzuentwickeln.

Im vorgegebenen Rahmen ist es nun freilich nicht möglich, die hier angesprochene Frage nach einem Weltethos (und benachbarte fundamentalethische Fragen) auch nur halbwegs angemessen zu erörtern. Ich will mich hier deshalb ganz darauf beschränken, lediglich jene grundsätzlich kaum strittige friedensethische Normierung knapp zu umreißen (nicht mehr!), die auch für meine Beurteilung der Problematik des Rüstungstransfers maßgebend ist.

Schopenhauer hat in seiner Preisschrift über die Grundlage der Moral das Was der Moral, „über dessen Inhalt alle Ethiker eigentlich einig sind, in so verschiedene Formen sie ihn auch kleiden mögen“, auf diesen Ausdruck zurückgeführt, den er „für den aller-einfachsten und reinsten“ hält: „Neminem laede; imo omnes, quantum potes, iuva.“ (Schädige niemanden; vielmehr hilf, soviel du kannst, allen.)

Friedensethisch gwendet bedeutet das **Schädigungsverbot** vor allem: Ächtung des Krieges und Achtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker (> Pflicht zur gewaltarmen, wenn irgend möglich gewaltfreien Konfliktbearbeitung; Pflicht zur Politisierung der Friedenssicherung).

Friede, der mehr sein soll als die vorübergehende Abwesenheit von Krieg, braucht das Engagement für Gerechtigkeit und für die Bewahrung der Schöpfung. Zur Friedenspolitik wird Sicherheitspolitik erst im Kontext einer umfassend angelegten Politik der Kriegsursachenbeseitigung, der Friedensför-

derung; wenn also die Ablehnung kriegerischer Gewalt durch die Bereitschaft beglaubigt wird, umfassend dem **Hilfegebot** zu entsprechen (> tätige Solidarität bei der Verwirklichung der Menschenrechte, d.h. der individuellen und kollektiven Freiheits- und Partizipationsrechte, der sozialen Anspruchs- und der kulturellen Identitätsrechte, ebenso bei der Durchsetzung eines treuhänderischen Naturverhältnisses).

Mit Bezug auf diese friedensethischen Normen müssen nun auch alle personellen und materiellen Aufwendungen für Rüstung begründet werden: nicht erst der Einsatz, sondern bereits der Aufbau einer Armee; nicht erst der Gebrauch, sondern bereits die ressourcenverschlingende Erforschung, Entwicklung und Produktion sowie der Erwerb und Besitz von Rüstungsgütern.

Situationen, die den Rückgriff auf Gewaltmittel als ultima ratio von Notwehr und Nothilfe rechtfertigen können, lassen sich zumindest für unsere Zeit und die nähere Zukunft zwar schwerlich ausschließen. Dieses – wie die UN-Charta in Art. 51 es ausdrückt – „naturgegebene Recht zur individuellen und kollektiven Selbstverteidigung, bis [sic!] der Sicherheitsrat die zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen getroffen hat“, setzt dem Waffenerwerbsrecht jedoch enge Grenzen: Als rechtfertigungsfähig kann nur der Erwerb bzw. die Weitergabe solcher Waffen und Waffensysteme gelten, ohne die ein Staat (oder ein anderer völkerrechtlich legitimer Akteur), nach sorgfältiger Beurteilung der gegebenen Situation, unfähig würde, ihn bedrohender Gewalt effektiv entgegenzuwirken.

Tatsächlich dient der Verweis auf das „Selbstverteidigungsrecht“ allerdings allzuoft als täuschende Legitimationsformel für unverhältnismäßig hohe, dem Prinzip der Suffizienz (Hinlänglichkeit) Hohn sprechende Rüstungsaufwendungen. Das zeigt, wie wichtig es ist, die Grenzen für moralisch und friedenpolitisch verantwortbare Rüstungstransfers genauer zu markieren – und deren Beachtung einzufordern!

Letzteres ist das wahrscheinlicher schwierigere Geschäft. Das nächstliegende Beispiel: die Europäische Gemeinschaft. Gegen deren „Erklärung zur Nichtverbreitung und Ausfuhr von Waffen“, verabschiedet 1991 auf der Ratstagung in Luxemburg und ergänzt auf dem 92er Gipfel in Lissabon, läßt sich aus friedensethischer Sicht wenig einwenden. In hohem Maße kritikwürdig ist dagegen die „Anwendung“ der angeblich anerkannten Beurteilungskriterien in den Mitgliedsstaaten mit eigener Rüstungsproduktion. Die Enttäuschung darüber sollte nun aber niemanden dazu verleiten, seinerseits eine solche Erklärung (und andere, vergleichbare nationale und internationale Ergebnisse deklaratorischer Politik) als irrelevant abzutun. Dem Interesse an einer moralisch akzeptablen (oder wenigstens weniger anstößigen) Rüstungsexportpraxis entspricht es vielmehr, sie als gemeinsame Streitbasis zu stärken: indem man in der politischen Auseinandersetzung auf sie rekurriert und sie auch bei der Formulierung und Begründung weitergehender Restriktionsforderungen möglichst als Ausgangspunkt zu bewahren sucht.

Ganz im Sinne dieser Überlegung haben drei mit der Rüstungsexportproblematik bestens vertraute Organisationen, nämlich Saferworld, das British American Security Information Council und das World Development Movement, einen Europäischen Verhaltenskodex für den Transfer von Waffen und anderen Rüstungs- oder rüstungsrelevanten Gütern (einschl. Know-how und Dienstleistungen) entwickelt. Er erläutert und konkretisiert plausibel die folgenden, bereits in Luxemburg und Lissabon gebilligten acht **Gemeinsamen Kriterien der EU**:

- „die Einhaltung internationaler Verpflichtungen der Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft, insbesondere der vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verhängten Sanktionen sowie der von der Gemeinschaft verhängten Sanktionen, der Übereinkommen über Nichtverbreitung und anderer sowie sonstiger internationaler Verpflichtungen“
(> Waffenembargos und sonsti-

ge rüstungsrelevante Handelsbeschränkungen; Atomwaffen-sperrvertrag, B- und C-Waffenkonvention, Konvention über Inhumane Waffen, UN-Waffenregister u.a.)

- „die Achtung der Menschenrechte durch das Land der Endbestimmung“
(> seit mindestens drei Jahren keine groben und systematischen Verletzungen international anerkannter Menschenrechte; Ratifikation des internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte sowie des Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, allgemeine freie Wahlen, zivile Kontrolle des Militärs und der anderen Sicherheitskräfte)
- „die inneren Verhältnisse des Landes der Endbestimmung, unter Berücksichtigung interner Spannungen bzw. interner bewaffneter Auseinandersetzungen“
(> keine Verwicklung in einen Konflikt, ausgenommen: die Verteidigung gegen eine von der UNO festgestellte Aggression)
- „die Erhaltung des Friedens, der Sicherheit und der regionalen Stabilität“ (> keine Lieferungen in Spannungs- und Kriegsgebiete, ausgenommen: Lieferungen an solche Staaten, die im Einklang mit der UN-Charta ihr Selbstverteidigungsrecht ausüben oder an einer von der UNO mandatierten Aktion kollektiver Sicherheit teilnehmen; keine Lieferungen an Staaten mit aggressiver Außenpolitik, die etwa das Existenzrecht anderer Staaten in der Region nicht anerkennen, die nationalen, rassischen oder religiösen Haß fördern, Migration verursachen etc.)
- „die nationale Sicherheit der Mitgliedsstaaten, der Gebiete, für die ein Mitgliedsstaat die Außenbeziehungen wahrnimmt, sowie die Sicherheitsbedürfnisse befreundeter oder verbündeter Länder“
(> Berücksichtigung dieser Sicherheitsinteressen *nicht* auf Kosten der anderen Kriterien)
- „das Verhalten des Käuferlandes gegenüber der Völkergemeinschaft, insbesondere seine Haltung zum Terrorismus,

die Art seiner Bündnisse und die Achtung des Völkerrechts“ (> Unterzeichnung, Ratifizierung und Befolgung der gegen den Terrorismus und damit verbundene Handlungen gerichteten internationalen Konventionen; Beteiligung am Aufbau und an der Stabilisierung von Systemen kooperativer Sicherheit)

- „die Gefahr der Entwendung im Land selbst oder einer unerwünschten Wiederausfuhr“
(> frühere Verstöße beim Endverbleibsnachweis, Verweigerung von Endverbleibskontrollen)
- „die Vereinbarkeit der Waffenausfuhren mit den technischen und wirtschaftlichen Kapazitäten des Empfängerlandes, wobei zu berücksichtigen ist, daß die Staaten ihren legitimen Sicherheits- und Verteidigungsbedürfnissen so nachkommen sollten, daß dabei so wenig wie möglich an menschlichen und wirtschaftlichen Ressourcen für Rüstungszwecke abgezweigt wird“
(> keine Lieferungen an Staaten, die übermäßig viel für Militär und Rüstung ausgeben: gemessen am durchschnittlichen Aufwand in der Region und im Hinblick auf die tatsächlich gegebene Bedrohungssituation, gemessen auch an der Summe der Ausgaben für Gesundheit und Erziehung).

3. Konkrete Erwägungen

Selbst wenn der **politische Wille** zu einer moralikonform prinzipienorientierten Rüstungsexportpolitik allgemein unterstellt werden dürfte, würde und müßte doch weiter über sie gestritten werden. Denn es gibt keine Prinzipien, Normen, Regeln, die das Problem ihrer angemessenen Anwendung beseitigen können.

Zum einen lassen sich konkrete Entscheidungen nicht einfach aus normativen Vorgaben ableiten. Über ihre Qualität entscheidet auch der jeweilige Kenntnisstand und Sachverstand der beteiligten Akteure, die mehr oder weniger angemessene Einschätzung der Problemlage. Je komplizierter aber die Zusammenhänge, desto wahr-

scheinlicher sind unterschiedliche Einschätzungen, deren Annäherung es zu erarbeiten gilt. Zum anderen ist die Anwendung akzeptierter Normierungen auch unabhängig davon unter den Bedingungen sich beschleunigt verändernder Situationen ein ziemlich riskantes Unternehmen. Meist werden sie sich entweder als zu offen oder zu genau (d.h. zu sehr auf bestimmte Situationstypen hin) definiert erweisen – und die vermeintlich anspruchslose Aufgabe der Normanwendung wandelt sich zu der überaus komplexen und kontroversen-trächtigen Aufgabe situativer Normfortbildung.

Den hier angedeuteten Anforderungen an die **politisch-ethische Urteilskraft** können die folgenden Anmerkungen zu aktuellen Aspekten der Rüstungstransferproblematik allenfalls ansatzweise gerecht werden. Die Diskussion über diese Aspekte bestärkt mich jedoch darin, sie gleichwohl nicht für überflüssig zu halten:

3.1 Ächtung der ABC-Waffen mit Vorbehalt?

Die Aufdeckung des weit fortgeschrittenen geheimen Kernwaffenprogramms des Irak nach dem zweiten Golfkrieg, die berechtigten Zweifel an der Kontrollkompetenz der Erben des sowjetischen Kernwaffenimperiums und die Furcht, daß Nuklearsöldner vor allem aus russischen Waffenlabors ihr Wissen in den Dienst gefährlicher Regime stellen könnten, schließlich der nicht ganz erfolgreiche Versuch Nordkoreas, mit vermuteten Kernwaffenambitionen Geschäfte zu machen – all dies hat nachdrücklich daran erinnert, daß das Problem der Nonproliferation (Nichtweiterverbreitung) von Kernwaffen keineswegs gelöst, bislang nicht einmal Einigkeit über den Lösungsweg erzielt worden ist. Die aufgeregte Berichterstattung über die Kernwaffengefahr in den Massenmedien deckt allerdings nicht nur diesen Mangel auf, sie verdeckt zugleich leicht den Blick auf bedeutende positive Entwicklungen, die während der letzten Jahre das friedenspolitische Projekt einer Ächtung der Kernwaffen wie auch der biologischen und chemischen Massenvernichtungsmittel vorangebracht haben.

Das „Abkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen und die Vernichtung solcher Waffen“ (C-Waffen-Konvention) konnte nach langen Verhandlungen im Januar 1993 zur Zeichnung aufgelegt werden und wurde inzwischen (Stand: April 1995) von 159 Staaten unterschrieben. Dem „Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen“ von 1972 sind 132 Staaten beigetreten. Man kann sonach von einer breiten Ächtung dieser beiden Waffen-Kategorien sprechen. Gewiß ist die Gefährdung durch B- und C-Waffen damit noch nicht gebannt. Zum einen wegen nicht ausschließbarer Konventionsbrüche (es gibt vor allem kein effektives Verifikations-system für die B-Waffenkonvention, die zudem auch noch die Erforschung und sogar Herstellung potentieller biologischer Kampfstoffe zu Defensivzwecken erlaubt), zum anderen weil eine Reihe von Staaten eben doch an der B- und C-Waffenoption weiterhin festhält. Von möglichen Verbesserungen der Exportkontrollen für B- und C-waffenrelevante Güter erwarten viele allerdings zu viel. Sie können, realistisch geurteilt, nicht zu nie überwindbaren Hindernissen für konventionswidrige Aktivitäten ausgebaut werden.

Um so mehr kommt es darauf an, die Nichtverbreitungspolitik dem Kontext einer Konfliktursachen bearbeitenden Friedenspolitik einzufügen, die die Motivation zum Erwerb solcher Waffen abbaut. Um nur ein Beispiel zu nennen: Solange es nicht gelungen ist, den israelisch-arabischen Friedensprozeß – mit tatkräftiger Unterstützung der reichen Länder! – zu stabilisieren, solange wird Israel nicht bereit sein, auf seine Kernwaffenoption zu verzichten. Und ebensolange werden einige arabische Nachbarn damit wiederum ihre B- oder C-Waffenoption begründen. Daraus folgt: Wenn man es wirklich ernst meint mit der Ächtung von Waffen, deren Einsatz mit dem „Recht auf sittlich erlaubte Verteidigung“ (Gaudium et spes, Nr. 79) kaum je zu verein-

baren sein dürfte, darf „Friedensförderung“ nicht länger nur in der politischen Rhetorik als vorrangige Verpflichtung gehandelt werden.

Auch im Blick auf das nukleare Nonproliferationsregime muß man feststellen, daß die Möglichkeiten, es u.a. durch Verknüpfung mit attraktiven zivilen Kooperationsformen zu stärken, in der Vergangenheit nicht ausgeschöpft wurden. Gleichwohl hat es sich als recht erfolgreich erwiesen. Sein Herzstück, der von 178 Staaten unterzeichnete „Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen“ (NVV) wurde im Mai dieses Jahres, 25 Jahre nach seinem Inkrafttreten, sogar unbefristet verlängert. Außer den fünf Staaten, denen der NVV den Kernwaffenbesitz zugesteht (USA, UdSSR/Rußland, Großbritannien, Frankreich und China), gibt es gegenwärtig „nur“ drei weitere De-facto-Atom-mächte (Israel, Indien und Pakistan), und „nur“ einige andere Staaten werden verdächtigt, den Besitz von Kernwaffen anzustreben (Irak, Iran, Libyen, Syrien, Nordkorea). Diese Bilanz wird sich, bei einer ständig wachsenden Zahl prinzipiell atomwaffenfähiger Staaten, allerdings längerfristig weder stabilisieren noch gar verbessern lassen – wenn es nicht bald gelingt, einige gefährliche Defizite bisheriger Nonproliferationspolitik zu beseitigen. Zum entscheidenden Punkt dürfte die Bereitschaft der im NVV-Regime privilegierten Kernwaffenbesitzer werden, auch die eigenen Kernwaffenarsenale grundsätzlich zur Disposition zu stellen. Nur wenn sie sich unzweideutig bereit zeigen, das bereits im NVV anvisierte Ziel einer atomwaffenfreien Welt anzustreben (über welche möglichst global zustimmungsfähige Zwischenstationen auch immer), kann man begründet hoffen, daß der moralisch schwer erträgliche und überaus kostspielige Glaube an die überlegene Rationalität nuklearer Abschreckung auch andernorts seine Jünger verliert. Abgesehen von einer planvoll fortgesetzten Reduzierung vor allem der amerikanischen und russischen Kernwaffenbestände wären als wichtige nächste Schritte hervorzuheben: der Abschluß eines umfassenden Teststopp-Vertrages (unter Ausschluß von Umgehungstechnologien), die

Einstellung der Produktion von waffenfähigem Material in kernwaffenrelevanten Mengen, die kontrollierte Registrierung dieses Materials und seiner Lagerstätten durch die Wiener Atomenergiebehörde. Schlecht dazu passen allerdings wohl jene gerade im Westen propagierten sicherheitspolitischen Überlegungen, die auch die Drohung mit Kernwaffen als Mittel gegen die Verbreitung von Kernwaffen („counterproliferation“) oder gegen konventionelle Waffen einschließen; denn sie betreiben im Widerspruch zur ausdrücklichen Zielsetzung eher die Aufwertung des Kernwaffenbesitzes als die Zukunftssicherung des NVV-Regimes.

3.2 Der janusköpfige Technologietransfer

Eine kritische Bewertung aggressiver Anti-Proliferationskonzepte darf nicht übersehen, daß diese auf tatsächliche Problemverschiebungen zu reagieren suchen. Die schwindende Kontrollmacht der Industriestaaten des Nordens über die Verbreitung zivil wie militärisch verwendbarer Güter und Technologien (Dual-use-Produkte) erzeugt tatsächlich Sicherheitsprobleme. Denn sie sind inzwischen so weit verbreitet, daß eine Integration jeweils aller potentieller Lieferländer in bereichsspezifische Exportkartelle sehr schwierig, wenn nicht gar unwahrscheinlich geworden ist. Eher könnte es den (noch) vergleichsweise homogenen und kleinen Gruppen von Anbietern in „High-end“-Segmenten auch weiterhin gelingen, die Verbreitung sensitiver Güter durch Kontrollabsprachen wenigstens vorsprungssichernd zu verlangsamen - wenn sie es denn schaffen, ihre oft konkurrierenden kommerziellen Verwertungsinteressen gemeinsamen Sicherheitsbedenken unterzuordnen.

Wie unter anderem die langwierigen EU-Verhandlungen über die Harmonisierung des Exportkontrollrechts für Dual-use-Waren gezeigt haben, darf ein gemeinsamer politische Wille zur strikten Umsetzung der EU-Kriterien von 1991/92 heute allenfalls bei solchen Gütern unterstellt werden, die für ABC-Waffen und deren

Trägerraketen bestimmt sein können. Denn durch sie sieht man die eigene Sicherheit offenbar ernsthaft bedroht. So sehr, daß viele europäische und (mehr noch) amerikanische Politiker und Militärstrategen im Bewußtsein fehlender Erfolgsgarantien, gleichsam aus einer Haltung aggressiver Resignation heraus, auf ihre Szenarien künftiger Nord-Süd-Konflikte militärisch-technizistisch geprägte Muster einer ganz traditionell denkenden Politik der Stärke projizieren. Ob Verteidigungsprojekte aus dem Geiste von SDI u.ä., ließen sie sich realisieren, jedoch wirklich sicheren Schutz vor terroristischen Regimen der Dritten Welt bieten könnten, erscheint fraglich. Sicher dagegen ist, daß sie immens viel kosten würden. Das muß die Frage provozieren, ob nicht ein günstigeres Nutzen-Kosten-Verhältnis durch eine „erweiterte“ Sicherheitspolitik zu erreichen wäre, die sich offensiver mit den „Chaosmächten“ Armut, Ungerechtigkeit und Umwelterstörung, auf deren Boden solche Regime gedeihen, auseinandersetzt.

Nachhaltige Sicherheitspolitik braucht vor allem nachhaltige Entwicklungspolitik. Sie kommt zwar in absehbarer Zukunft gewiß nicht ohne Potentiale der Gewaltabwehr aus, versteht sich aber primär als „Einladung zum Frieden“; setzt auf die werbende Kraft fairer Kooperationsangebote, auf die normierende Macht beispielhafter Kooperationserfolge.

Ein solche Aufforderung, auch im sicherheitspolitischen Denken der „Logik der Anerkennung“ (statt der immer noch weithin dominanten „Logik des Ausschlusses“) den Vorzug zu geben, mag moralisch-idealistisch klingen, formuliert aber tatsächlich auch eine realpolitische Bedingung langfristiger nördlich-westlicher *Mitgestaltungsmacht* angesichts langfristiger abnehmender *Gestaltungsdominanz*.

Im Bereich des ökonomisch wie entwicklungspolitisch, aber zunehmend auch rüstungspolitisch bedeutenden und deshalb so prekären Transfers von Dual-use-Gütern und -Technologien kann man diese politisch-ethisch ausgezeichnete Handlungsstrategie verantwortungsbewußt nun doch nicht ohne kritische Differenzierung

möglicher Kooperationspartner („Empfängerdifferenzierung“) realisieren. Soll sie jedoch nicht berechtigt als Instrument „technologischer Apartheidspolitik“ oder Ausdruck von „realpolitischem Opportunismus“ denunziert werden können, muß sie eindeutig an einem Maßstab ausgerichtet werden, der die Spielräume interessegeleiteten Handelns von Empfänger- und Lieferländern gleichermaßen begrenzt und deshalb auch nicht der Logik der Anerkennung widerspricht: der Maßstab friedenspolitischer Verlässlichkeit (im Sinne der oben angeführten EU-Kriterien).

3.3 Geschäfte mit konventionellen Waffen: der ganz normale Wahnsinn

In den meisten kriegerischen Auseinandersetzungen der Gegenwart sind es leichte Waffen wie z.B. Gewehre, Mörser und Minen in technisch robust-einfacher Ausführung, die massenhaft Menschen vernichten. Sie werden in vielen Ländern auch der sog. Dritten Welt (oft auf der Basis von Lizenzverträgen) produziert und gelangen auf unterschiedlichsten Kanälen zu ihren Empfängern in den Konfliktregionen.

Die Forderung nach Kontrolle oder Schließung dieser Kanäle gehört zu den weniger leicht erfüllbaren; genauer: sie ist, bis auf weiteres, wohl unerfüllbar. Manchen Lieferländern aus der sog. Dritten Welt fehlen einfach noch elementare institutionelle Voraussetzungen für eine effektive staatliche Kontrolle der Rüstungshersteller. Und zu viele von ihnen sind anscheinend an einer solchen Kontrolle auch gar nicht sonderlich interessiert; denn sie läßt anrühige Geschäfte zu und erleichtert es zugleich, die Verantwortung dafür im Falle ihrer weltöffentlichen Aufdeckung in undurchsichtige graue Zonen abzuschieben. Außerdem überwinden die nördlichen Industriestaaten erst allmählich ihr Desinteresse am Problem des Kleinwaffenhandels. Die Beispiele Afghanistan, Angola, Somalia, auch Jugoslawien, haben inzwischen zwar generell der Meinung aufgeholfen, daß der Aufbau bzw. Ausbau von nationalen und internationalen Regimen zur Kon-

trolle auch von Kleinwaffenexporten, die Minderung der Waffennachfrage durch Unterstützung aller möglichen Formen präventiver Konfliktbearbeitung, die Gewährung großzügiger Demobilisierungshilfen nach der Beendigung bewaffneter Auseinandersetzungen etc. von der Staatengemeinschaft insgesamt als gemeinsame Aufgabe begriffen und verstärkt in Angriff genommen werden sollte. Von einer stabilen Motivation „unserer“ Regierungen, sich dabei stark zu engagieren, kann man gleichwohl noch nicht reden. Und solange selbst gut begründbare Verweise auf den langfristigen Nutzen solcher Anstrengungen nur bescheidene Wirkungen entfalten, haben moralische Dringlichkeitsurteile aus der Perspektive der (potentiellen) Opfer vermutlich noch geringere Chancen, die internationale Routine nachhaltig zu stören. Die Pflicht, sie gefragt oder ungefragt in die öffentliche Diskussion einzubringen, hebt das jedoch nicht auf: auch von der eigenen Ohnmacht darf man sich nicht überwältigen lassen.

Abrüstung ist ein Gewinn, aber sie verursacht auch Kosten und Probleme. Diese Lektion haben nicht zuletzt die Produzenten hochmoderner Großwaffensysteme und anderer anspruchsvoller Rüstungsgüter während der letzten Jahre lernen müssen. Rückläufige Beschaffungsausgaben, schrumpfende Rüstungsexporte (mit einigen Ausnahmen wie der v.a. durch die Abgabe von NVA-Material bedingten deutschen „Sonderkonjunktur“ im Großwaffenexport) haben in den meisten Rüstungsbranchen in Ost und West zu einem teilweise dramatischen Kapazitätsabbau geführt.

In der Bundesrepublik z.B. sollen dabei von den bis 1991 zwischen 250.000 und 280.000 durch wehrtechnische Aufträge gesicherten Arbeitsplätzen inzwischen mehr als die Hälfte verlorengegangen sein. Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung dieser Entwicklung darf man nun freilich nicht überschätzen. Schon 1988, also noch vor dem Umbruchsjahr 1989, trug die Produktion sog. „harter“ Wehrgüter (Kriegswaffen und Kriegsgerät i.e.S.) nur 1.5 % zum Produktionswert des verarbeitenden

den Gewerbes bei, und lediglich ein Anteil von 1.1 % an der Gesamtbeschäftigung (Erwerbstätige) war Effekt der Gesamtnachfrage nach wehrtechnischen Gütern. Für die Rüstungswirtschaft selber – und damit zugleich für einige Branchen mit größerem Wehrgüteranteil, z.B. Luft- und Raumfahrtindustrie, Schiffbau – geht es um mehr. Hier stellt sich vielerorts sogar die Rentabilitätsfrage – und man setzt auf die europäische Karte: auf die Beteiligung an einer integrierten, arbeitsteilig organisierten Rüstungswirtschaft der EU, die sich nicht durch (angeblich) überzogene Exportbeschränkungen um ihre Zukunftschancen auf dem Weltrüstungsmarkt bringen läßt.

Laut erhobene Forderungen nach einer Liberalisierung der deutschen Rüstungsexportpolitik führten nun im vergangenen Jahr wieder zu einer heftigen öffentlichen Debatte. Dabei spielten, neben den im engeren Sinne ökonomischen Argumenten, sowohl außen- und bündnispolitische wie auch friedensethische Argumente eine prominente Rolle – worüber man sich schwerlich wundern kann. Fragwürdig muß aus ethischer Sicht allerdings ein Charakteristikum allzu vieler Debattenbeiträge erscheinen: daß der moralische Aspekt lediglich als *ein* Aspekt unter anderen verstanden und *wie* irgendein Interesse, das mit anderen konkurrieren kann, in die Urteilsbildung einbezogen wird. Eine zentrale Aufgabe der Ethik besteht aber nun gerade darin, die Grenzen legitimer Interessenabwägungen und die Kriterien für die Gewichtung der verschiedenen Interessen zu bestimmen. Solange darüber jedoch Unklarheit herrscht, unterbietet der Streit über rüstungsexportpolitische Positionen selber die an ihn gestellte moralische Anforderung; von den Ergebnissen ganz zu schweigen.

4. Kirchliche Stellungnahmen

Gerade in Deutschland haben sich die christlichen Kirchen in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder in den Debatten über die Rüstungsexportpolitik zu Wort gemeldet und zudem auch im Kontext grundsätzlicher Stellungnahmen

insbesondere zu Fragen der Friedens- und der Entwicklungspolitik deren Problematik angesprochen. Der Rüstungstransfer ist aber letztlich doch ein Thema am Rande geblieben – trotz des hartnäckigen Engagements von Pax Christi und einigen kirchlichen Basisgruppen und trotz der Bemühungen der Deutschen Kommission *Justitia et Pax*, der (ökumenischen) Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung und einzelner evangelischer Landeskirchen. Katholischerseits mag man das nach der Veröffentlichung eines römischen Dokuments nun vielleicht für einen verschmerzbaeren Mangel halten; denn der vom Päpstlichen Rat *Justitia et Pax* 1994 vorgelegte Text („Der internationale Waffenhandel. Eine ethische Reflexion“) faßt, was bislang nur bruchstückhaft vorgetragen wurde, auf durchweg überzeugende Weise zusammen. Oft zitierte, mahnende Hinweise wie:

- „Rüstung der Entwicklungsländer und dadurch ermöglichte kriegerische Auseinandersetzungen kosten nicht nur Menschenleben, sondern verringern auch die Chance, in absehbarer Zeit für eine wachsende Bevölkerung ein menschenwürdiges Dasein zu sichern. An diesem Rüstungswettlauf in der Dritten Welt sind Industrieländer mit ihren wirtschaftlichen Interessen nicht schuldlos.“
- „Eine Politik der Rüstungsminderung muß ergänzt werden durch die Planung einer Umstellung der Rüstungsproduktion auf zivile Zwecke.“ (Wort der deutschen Bischöfe „Gerechtigkeit schafft Frieden“, 1983: 4.2.2 bzw. 4.3.2. - Vgl. Ökumenische Erklärung von Stuttgart „Gottes Gaben - Unsere Aufgabe“, 1988: 2.2.6; Erklärung der deutschen Bischofskonferenz „Christliche Verantwortung in veränderter Welt“, 1990: Nr. 7).
- „Die Vereinigten Staaten sollten ihre früheren Bemühungen um eine multilaterale Kontrolle des Waffenexports wieder aufnehmen und in diesem Fall auch bereit sein, sorgfältig abgewogene unabhängige Initiativen zur Eindämmung des Waffenhandels zu ergreifen. Solche Schritte wären vor allem

in den Fällen angemessen, wo die Empfängerregierungen grober und systematischer Menschenrechtsverletzungen bezichtigt werden.“ (Pastoralbrief der katholischen Bischofskonferenz der USA über Krieg und Frieden, 1983: III.A.2),

- „Waffenerzeugung und Waffenhandel betreffen das Gemeinwohl der Nationen und der internationalen Gemeinschaft. Deshalb hat der Staat das Recht und die Pflicht, sie gesetzlich zu regeln. Kurzfristige private und kollektive Interessen rechtfertigen nicht Unternehmungen, die Gewalttätigkeit und die Auseinandersetzungen zwischen den Nationen schüren und die internationale Rechtsordnung gefährden“ (Katechismus der Katholische Kirche, 1993: Nr. 2316. - Vgl. Ökumenisches Dokument von Basel, 1989: Nr. 86 f),

sie alle finden sich dort – der Sache nach – in einen Gedankengang integriert, der die Legitimität „realpolitischer“ Argumente, seien sie außen- und sicherheits- oder sozialpolitischer Art, seien sie (außen-)wirtschafts- und technologie- oder entwicklungspolitischer Art, strikt daran mißt, ob bzw. inwiefern sie mit der **globalen poli-**

tisch-ethischen Rechtfertigungsperspektive verträglich sind.

Die situationsgemäße Anwendung allgemeiner moralischer Grundsätze, die Transformation (nicht bloß: ein Transfer) des Generellen ins Besondere etwa der deutschen und der (west-)europäischen Situation bleibt aber weiterhin eine wichtige und keineswegs einfache Aufgabe. Und dabei sollten sich die Kirchen nicht nur als Wächter verstehen, die die Verletzung moralischer Verbotsgrenzen zu verhindern suchen. Es stünde ihnen gut an, darüber hinaus im Dialog mit den Mächtigen und den gesellschaftlichen Gegenmächten **Chancen beispielhaften Friedenshandelns** im Bereich der Rüstungsexportpolitik auszuloten und mit darauf hinzuwirken, daß sie risikobewußt und mutig genutzt werden. Wenn anders allzu kurzfristig ausgerichtetes Denken und Handeln auch künftig dominiert und man allzu sicher als „real möglich“ nur gelten läßt, was dafür zu halten man sich angewöhnt hat, wird eine friedlichere Zukunft wohl unmöglich. Kaum weniger als ein politikunfähiger Moralismus oder eine unmoralische Politik zerstört auch ein überwertiger Realismus mit dem Möglichkeitssinn zu-

gleich die Fähigkeit zu einer wirklich realitätsgerechten Friedenspolitik.

5. Schlußworte

„Gute Absichten allein helfen nicht ...
... Wer keine Probleme erkennt, braucht auch keine zu lösen.“
(Ernst-Otto Czempiel, Die Reform der UNO, 1994, 9/10)

„Peace is not a utopia nor an inaccessible ideal nor an unrealistic dream. ... Certainly peace is difficult; certainly it demands much good will, wisdom and tenacity. But man can and he must make the force of reason prevail the reasons of force.“
(Der Friede ist weder eine Utopie noch ein unerreichbares Ziel, noch ein unrealisierbarer Wunschtraum. ... Der Friede ist sicher schwierig, und er verlangt viel guten Willen, Weisheit, Zähigkeit. Aber der Mensch kann und muß der Macht der Vernunft über die Gründe der Gewalt zum Sieg verhelfen.)
(Johannes Paul II, Botschaft an die zweite außerordentliche Abrüstungskonferenz der UNO, Juni 1982)

Landminen in Zahlen

- Zahl der jährlich Getöteten und Verstümmelten: 26.000
- Durchschnittskosten einer Landmine: zwischen drei und 30 Dollar
- Kosten zur Beseitigung einer Landmine: 300 bis 1000 Dollar
- Durchschnittliche Zahl jährlich produzierter Minen: 10 Millionen
- Zahl der Länder, in denen es zu Unfällen kommt: 60
- Staaten, die hauptsächlich betroffen sind: Afghanistan, Angola, Kambodscha, Eritrea, Äthiopien, Irak, Kuwait, Mocambique, Somalia, Sudan, das frühere Jugoslawien
- Hauptproduzenten und -exporteure von Landminen der vergangenen 25 Jahre: Belgien, Bulgarien, China, frühere Tschechoslowakei, Frankreich, Ungarn, Italien, ehemalige Sowjetunion, Großbritannien, Vereinigte Staaten, früheres Jugoslawien (nach FAZ vom 26.09.1995)

Versöhnung Grundlage für den Frieden

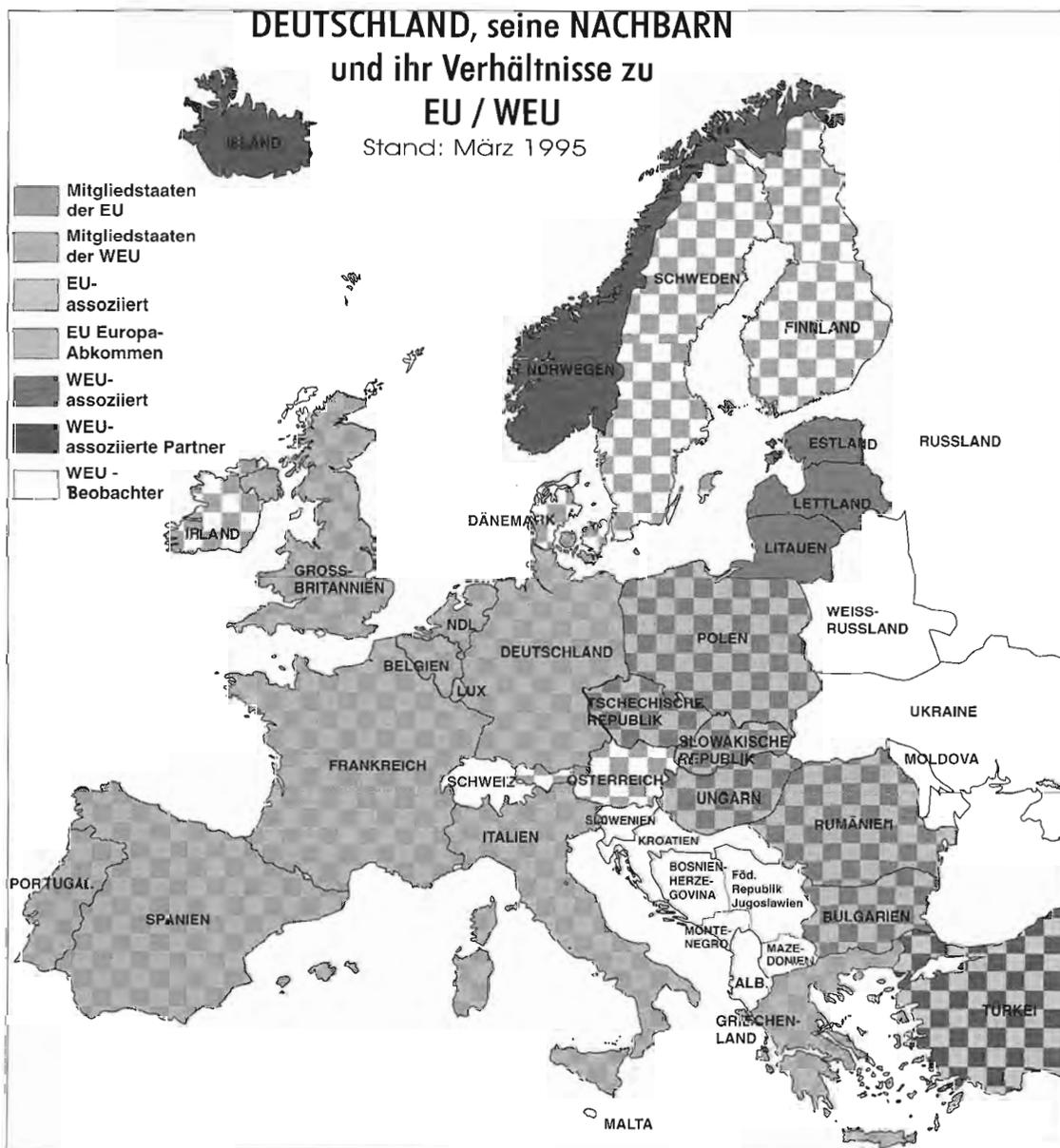
Beiträge zum Thema Versöhnung zwischen den Völkern

Vor 30 Jahren, zum Abschluß des II. Vatikanischen Konzils, erfolgte am 18. November und am 5. Dezember der historische Briefwechsel zwischen den polnischen und den deutschen Bischöfen in Rom. 20 Jahre nach dem Ende des II. Weltkriegs überwinden die polnischen Bischöfe mit den berühmten Worten „Wir vergeben und bitten um Vergebung“ die Sprachlosigkeit zwischen den beiden Völkern als Folge des Unrechts von Krieg, Gewaltherrschaft und Vertreibung. Diese Briefe waren entscheidende Schritte auf dem Weg zur Überwindung der gegenseitigen Entfremdung, zum Dialog und zur Verständigung zwischen den beiden Nachbarvölkern.

Die Wirkung dieses Ereignisses reichte von Anfang an über den Raum der Kirche hinaus. Der Briefwechsel von 1965 wurde so zum Beginn eines gemeinsamen Weges, in dessen Konsequenz sich das Verhältnis zwischen Polen und Deutschland immer mehr verändert hat. Aus christlicher Verantwortung handelnde Menschen in beiden Völkern haben dazu einen entscheidenden Beitrag geleistet. Europa hat heute sein Gesicht von Grund auf verändert. Die Versöh-

nung zwischen den im Herzen Europas gelegenen Völkern – wozu auch das tschechische Volk zu zählen ist – ist grundlegend für den Frieden und die Verständigung ganz Europas. Aus diesem Grund dokumentiert AUFTRAG im Folgenden Stimmen zur Verständigung und Versöhnung zwischen Deutschen und Polen sowie Deutschen und Tschechen. Dabei werden auch die immer noch vorhandenen Probleme nicht unter den Teppich gekehrt. (DBK/PS)

Deutschland hat als zentral-europäischer Staat gemeinsame Grenzen mit neun Nachbarstaaten. Aus diesem Grunde muß der Bundesrepublik Deutschland besonders an einem friedlichen Miteinander gelegen sein.
(Karte: H. Hecht)



Versöhnung ist keine Einbahnstraße

Lothar Groppe

Man muß Peter Gauweiler recht geben, wenn er in einem Interview sagte:

„Kein anderes Volk hat sich so intensiv mit seinen historischen Fehlern und den vergangenen Verbrechen beschäftigt wie die Deutschen.“ Man darf dieses Wort dahingehend ergänzen, daß sich kein Volk so lange und so intensiv um Versöhnung mit seinen ehemaligen Gegnern und Feinden bemüht hat wie das deutsche. Was verstehen wir denn unter Versöhnung? Sie ist ein Grundbegriff fast aller Religionen. Es geht darum, daß gestörte Verhältnis zu Gott wiederherzustellen. Im profanen Sinn meint Versöhnung die Wiederherstellung eines guten Verhältnisses zwischen ehemaligen Gegnern oder Feinden. Hierbei wird das, was zwischen den Gegnern stand, nicht ungeschehen gemacht. Deshalb müssen sich beide Seiten zur Bitte um Vergebung durchringen.

Der 1939 ausgebrochene Krieg hat die Gegnerschaft, die in dieser oder jener Form schon vorher bestand, zwischen Deutschen und Polen zur Todfeindschaft ausarten lassen. Es ist zwar richtig, daß das schwere Leid, das seit 1945 vor allem über unsere Mitbürger im Osten hereinbrach, seinen Ursprung im Jahr 1933 hat. Nichtsdestoweniger trifft zu, daß die Geburtsstätte des Nationalsozialismus nicht München, sondern Versailles war, wie der erste Präsident der Bundesrepublik, Theodor Heuß 1931, also vor der „Machtergreifung“ schrieb. Auch darf man nicht verschweigen, daß die ausländischen Staatsmänner Hitler Zugeständnisse machten, die sie seinen demokratischen Vorgängern verweigerten. Hinzu kommt, daß sich prominente Staatsmänner wie der amerikanische Ex-Präsident Hoover, der ehemalige englische Premier Lloyd George und auch der britische Kriegspremier Churchill seinerzeit ungewöhnlich

positiv über Hitler äußerten. Lloyd George bezeichnete noch 1936 im „Daily Express“ Hitler als den größten lebenden Deutschen. Natürlich ist dies keine Entschuldigung für die Verbrechen der Nazis, aber so ganz unbeteiligt an dem Grauen, das mit der „Machtergreifung“ zunächst über die Gegner des Regimes, später über Juden, Geisteskranke und zahllose Menschen in den besetzten Gebieten hereinbrach, sind diese Staatsmänner nicht. Noch 1936 erklärte Churchill dem Danziger Gauleiter Forster, die deutschen antijüdischen Gesetze seien kein Hindernis für die deutsch-britische Verständigung. Schweiz und England drangen bei der Reichsregierung darauf, dem Strom jüdischer Einwanderer in ihre Länder vorzubeugen. Der damalige britische Premier Lloyd George sagte 1919 während der Verhandlungen in Versailles: „Ich wiederhole Ihnen, daß wir niemals daran gedacht haben, Polen eine Provinz zu geben, die seit 900 Jahren nicht mehr polnisch gewesen ist ... Der Vorschlag der Kommission, daß wir 2,1 Millionen Deutsche der Autorität eines Volkes mit einer anderen Religion unterstellen sollen, eines Volkes, das im Laufe der Geschichte noch niemals gezeigt hat, daß es sich zu regieren versteht, dieser Vorschlag würde früher oder später zu einem neuen Krieg in Europa führen.“ Und der sozialdemokratische Ministerpräsident Preußens, Otto Braun, gewiß kein Nazi, sagte am 24. November 1930 bei der Grundsteinlegung der Handelshochschule in Königsberg: „Ich bestreite nicht das Interesse Polens an einem Ausgang zum Meer. Aber wie er dem neuen tschechischen Staate durch Elbe und Hamburg gesichert wurde, könnte er Polen auch durch Weichsel und Danzig eröffnet werden, ohne daß Ostpreußen vom Mutterlande losgerissen, Hunderttausende deutscher Volksgenossen

ohne Befragung unter fremde Staatshoheit gepreßt, wo sie jetzt schlimmstem Terror ausgesetzt sind, oder gar aus ihrer Heimat verdrängt werden. Gegen dieses Unrecht werden wir immer protestieren, die gewaltsam durchgeführte, ungerechte neue Grenzziehung werden wir niemals als berechtigt anerkennen. Sie wird immer einen Stachel im deutschen Volkskörper bilden und einer wahren Befriedung Europas hindernd im Wege stehen.“

Am 01.09.1939 marschierten dann deutsche Truppen in Polen ein. Kurz danach wurden am Bromberger Blutsontag mindestens 5.000 Deutsche bestialisch ermordet. Der deutschen Propaganda dienten die Greuel von Bromberg zur Begründung einer harten Polenpolitik. Im Winter 1939/40 wurde auf Befehl Hitlers mit der Ausrottung der polnischen Führungsschicht begonnen. Damit begann ein fünfjähriges Martyrium einer rücksichtslosen rassistischen Besatzungspolitik. Nach dem Krieg setzte dann eine unmenschliche Vertreibung der Deutschen ein, die zahllose Menschenleben forderte und in ihrer Brutalität den Verbrechen der sog. Einsatzgruppen der Nazis in keiner Weise nachstand. Unsere „Antifaschisten“ meinen, diese Vertreibung mit all ihren Unmenschlichkeiten sei nur die Reaktion auf das, was die Deutschen den Völkern des Ostens angetan haben. Kann, darf man hier aufrechnen? Seit wann berechnen Verbrechen der einen Seite solche der anderen, noch dazu an völlig Unschuldigen, denn Opfer der Vertreibung wurden vor allem Alte, Frauen und Kinder?

In unseren Schulgeschichtsbüchern wird der Einmarsch der deutschen Truppen in Polen 1939 als die Vergewaltigung eines hilflosen Landes geschildert. Der Vollständigkeit halber muß man aber

sagen, daß Polen nach seiner Selbständigwerdung sein Staatsgebiet ständig vergrößerte. 1918 annektierte es nach einem Überfall auf die Sowjetunion Ostgalizien mit Lemberg, 1919 gewann es den Korridor und die Provinz Posen durch das Versailler Diktat, 1920 einen Teil des Teschener Industriegebietes. Nach dem russisch-polnischen Krieg 1920 verlief die polnische Grenze im Frieden von Riga 1921 250 km östlich der Volkstums-grenze. 1920 besetzten die Polen das litauische Wilna. Diese Grenze mußte Litauen 1938 nach einem polnischen Ultimatum anerkennen. Trotz entgegenstehender Abstimmungsergebnisse erhielt Polen 1921 das ostoberschlesische Industriegebiet. Im Mai 1921 drangen die Korfanty-Banden in Oberschlesien ein, 1938 annektierte Polen im Zug der Tschechenkrise das tschechische Olsa-Gebiet. Am 09.10.1925 schrieb die polnische „Gazeta Gdansk“: „Polen muß darauf bestehen, daß es ohne Königsberg, ohne ganz Ostpreußen nicht existieren kann. Wir müssen jetzt in Locarno fordern, daß ganz Ostpreußen liquidiert wird. Es kann eine Autonomie unter polnischer Oberhoheit erhalten. Dann wird es ja keinen Korridor mehr geben. Sollte dies nicht auf friedlichem Wege geschehen, dann gibt es wieder ein zweites Tannenberg, und alle Länder kehren dann sicher in den Schoß des geliebten Vaterlandes zurück.“ 1945 besetzten dann die Polen „uraltes polnisches Land“ im Gefolge der Bolschewiken. Sowjets und Polen vergewaltigten 2 Millionen deutsche Frauen und Kinder, viele darunter mehrfach. Rund 200.000 starben hierbei, wie das nicht gerade naziverdächtige evangelische „Sonntagsblatt“ am 05.05.1995 im aufschlußreichen Artikel „Das Schweigen der Opfer“ schrieb. Was im ostpreußischen Nemmersdorf oder im schlesischen Lamsdorf geschah, war keineswegs Ausnahme, sondern die Regel. Die Massenverbrechen an Deutschen in ihrer Heimat im Osten und ihren Siedlungsgebieten östlich und südöstlich der alten Reichsgrenzen gehören zu den am besten dokumentierten, aber am schlechtesten publizierten Massenverbrechen der Geschichte. Der staatlich gelenkten Liquidationspolitik fielen nach gesicherten



Den historischen Tatsachen ins Auge blicken und sich zu ihnen bekennen, ist die Voraussetzung für Verständigung und Versöhnung. Polnische und deutsche Soldaten im Gespräch am Denkmal für den Warschauer Aufstand (Leitungskreissemnar der Militärseelsorge in Polen 1992). (Foto: F. Brockmeier)

Unterlagen durch gezielten Mord, unmenschliche Folter oder die Entbehrungen bei der Deportation 2,8–3 Millionen Menschen zum Opfer. Dies war die Folge der von höchsten Stellen ausgegebenen Appelle an Haß, Rachsucht und Tötungsinste. In Ilja Ehrenburgs Buch „Krieg“, das 1943 in Moskau erschien, ist sein berühmter Aufruf abgedruckt: „Die Deutschen sind keine Menschen!“ Obwohl all diese Verbrechen den Heimatvertriebenen bekannt waren, kam es zu der großartigen „Charta der deutschen Heimatver-

triebenen“ vom 05.08.1950, die im Verhältnis der Völker zueinander ihresgleichen sucht. Vor allem ein Kernsatz ist bekannt: „Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung“. Weniger bekannt, aber nicht minder wichtig sind die Sätze: „Wir haben unsere Heimat verloren. Heimatlose sind Fremdlinge auf dieser Erde. Gott hat die Menschen in ihre Heimat hineingestellt. Den Menschen mit Zwang von seiner Heimat trennen, bedeutet, ihn im Geiste töten. Wir haben dieses Schicksal erlitten und erlebt. Daher fühlen wir uns

berufen zu verlangen, daß das Recht auf die Heimat als eines der von Gott geschenkten Grundrechte der Menschheit anerkannt und verwirklicht wird.“ Die völkerrechtswidrige Vertreibung zieht einen völkerrechtlichen Wiedergutmachungsanspruch nach sich. Dieser stellt sich als Rückwanderungsanspruch (Naturalrestitution) oder im Fall der Unmöglichkeit einen Schadensersatzanspruch dar. Nach Ende des Krieges, teils schon vor der Kapitulation, waren die Deutschen im Osten und Südosten so vogelfrei wie die Juden unter der Naziherrschaft. Es gab aber auch bei diesen Völkern „Schindlers“, die nach Kräften den bedrängten Deutschen halfen. Ich gedenke ganz besonders der französischen Kriegsgefangenen, die in Ostpreußen wiederholt versuchten, Deutsche vor Vergewaltigung und Mord zu bewahren und nicht selten hierbei den Tod fanden. Auch der beiden ehemaligen sowjetischen Offiziere Lew Kopelew und Alexander Solschenizyn sei gedacht, die ihren Einsatz für die Deutschen mit langer Haft im Archipel Gulag büßen mußten und Wege zur Versöhnung zwischen ehemaligen Feinden bahnten. Nicht vergessen sei insbesondere der Prämonstratenserpater Werenfried van Straaten, der als „Speckpater“ in Deutschland bekannt wurde und mit seinen Hilfsaktionen, zunächst für die Heimatvertriebenen, dann für alle hungern den Deutschen, zahllose Menschen vor dem Hungertod bewahrt hat. Wenn heute noch in den Niederlanden eine starke Animosität gegen Deutsche herrscht, wissen wir um so mehr zu würdigen, daß es ihm bereits kurz nach dem Krieg gelang, gewaltige Mengen an Lebensmitteln für die Deutschen zu organisieren. Neben der Bewahrung vor dem Hungertod war es sein vordringliches Anliegen, Deutsche, Belgier und Niederländer miteinander zu versöhnen. Versöhnung ohne Verschweigen bitterer Wahrheiten war auch das Anliegen der katholischen Bischöfe, die 1990 in ihrem Pastoralbrief an die 40jährige Wiederkehr der „Charta der Heimatvertriebenen“ vom 5. August 1950 erinnerten: „Alte jüdische Weisheit sagt: Das Geheimnis der Versöhnung heißt Erinnerung. Versöhnung kann

nicht durch Verdrängung historischer Fakten erreicht werden. Gerade wir Deutschen sind dazu aufgerufen, alles zu tun, damit niemals wieder Unrecht zu Recht erklärt wird. Vertreibung der altingesessenen Bevölkerung ist eine Verletzung elementarer Menschenrechte, die nicht zu rechtfertigen ist, gleichgültig von wem, wo oder wann sie geschieht. Heimatvertriebene wirken mit der Forderung nach Anerkennung der völkerrechtlichen Gegebenheiten dem Eindruck entgegen, daß sich Verbrechen lohne: wenn man nur lange genug wartet, werde dieses Unrecht schon zu Recht erklärt.“ Zur Zeit der Ostverträge fragte mich ein polnischer Bischof, was ich von ihnen hielte. Er wünschte allerdings keine „höfliche“, sondern eine ehrliche Antwort. Ich sagte ihm: „Jeder brave Pole ließe sich eher in Stücke reißen, als auch nur einen Quadratmeter heiligen polnischen Bodens preiszugeben. Und uns soll man glauben, daß wir „freiwillig“ auf über ein Viertel uralten deutschen Landes verzichten?“ „Haben Sie eine Lösung?“ „Nun, mir scheint, Deutsche und Polen könnten recht gut zusammenleben, ohne daß wir die Polen vertreiben müßten. Wenn nicht gerade Deutsche angesiedelt würden, für die Polen Menschen zweiter Klasse sind, schiene mir dies eine realistische Lösung zu sein. Beide Völker könnten voneinander lernen: Wir von den Polen mehr Kinderfreundlichkeit und Sinn für nationale Würde, sie von uns ein wenig Disziplin und konsequentes Arbeiten.“ Zu meiner Überraschung stimmte der Bischof mit mir nahezu vollständig überein. Er bat mich jedoch, auf keinen Fall seinen Namen zu nennen, da er sonst die größten Schwierigkeiten bekäme. Dasselbe wie für die Polen gälte natürlich auch für die Russen im nördlichen Ostpreußen. Möglicherweise halten es die meisten für eine Utopie, daß Ostdeutschland wieder mit dem übrigen Deutschland vereinigt wird. Es gibt aber einen Vorgang, der zu Hoffnungen berechtigt. Die niederländische Exilregierung in London strebte zum Ausgleich für die schweren Schäden des Krieges eine erheblich Erweiterung ihres Landes auf Kosten Deutschlands an. Zunächst dachte

man an ein „Großniederland“, das sich bis zur Weser erstrecken sollte. Hieraus wurde aber nichts. Jedoch gestand man den Niederländern eine „gewisse Abrundung“ ihres Gebietes von zunächst 70 qkm zu. Etwas später wurde es noch erweitert mit 12.000 Deutschen. Im Februar 1947 lehnte die deutsche Bevölkerung in der „Bentheimer Erklärung“ jedwede Gebietsabtretung rigoros ab, denn „so, wie keine deutsche Regierung je die Oder-Neiße-Linie anerkennen wird, könnte sie die verkürzte Grenze im Westen billigen.“ Reparationsforderungen seien legitim, nicht aber Gebietswechsel, die gegen den Willen der örtlichen Bevölkerung durchgeführt würden. Auf der Sechsmächtekonferenz in London stimmten die Sieger den niederländischen Forderungen in geringem Umfang zu und am 23. April 1949 rückte niederländische Polizei und Militär in Elten, Sudewick und in den Selfkant ein. Nach jahrelangen zähen Verhandlungen durften die Deutsche am 1. August 1963 die Befreiung von der niederländischen Besatzung und die Heimkehr nach Deutschland feiern. Sollte so etwas – gewiß nicht von heute auf morgen – auch mit Polen und Rußland möglich sein, wobei selbst verständlich eine Vertreibung der inzwischen ansässigen Bevölkerung ausgeschlossen wäre? Im nördlichen Ostpreußen“ das inzwischen zum „Oblast Kaliningrad“ wurde, könnten die Russen zunächst einmal die zweckentfremdeten Kirchen ihren Eigentümern wiedergeben. Es wäre ein ganz kleines, bescheidenes Zeichen einer versöhnlichen Haltung für die Millionen Christen, die unter bolschewistischer Herrschaft im Gulag schmachteten und massenweise gemordet wurden. Für die ehemalige Sowjetzone wäre als mindestes die Entfernung von Hammer und Sichel von den sowjetischen Denkmälern erforderlich, damit Perestroika nicht bloße Worthülse bleibt. Man sagt immer wieder, in einem künftigen Europa spielten Grenzen keine Rolle mehr. Wäre es dann nicht konsequent, uns das „freiwillig“ abgetretene Land wieder zurückzugeben? Zumindest sollten alle, die es wünschen in das Land ihrer Väter heimkehren dürfen. Für Russen und Polen wäre es ein großer Vor-

teil, wenn die deutschen Ostprovinzen wieder deutscher Oberhoheit unterstellt würden. Eine wirksame Kooperation von Deutschen, Polen und Russen brächte vor allem letzteren erhebliche Vorteile. Sie alle wissen, daß es sich im einst zum großen Teil zerstörten Deutschland besser leben läßt als in den eigenen Ländern samt „Neuerwerbungen“.

Aus dem Nahen Osten kennen wir die Formel: Land gegen Frieden, aus Ostasien Rückgabe des Landes gegen Finanzhilfe und Technologietransfer. Warum sollten wir nicht – ähnlich den Japanern, deren Politiker im Gegensatz zu ihren deutschen Kollegen sich noch einen Sinn für nationale Würde und Gerechtigkeit bewahrt haben – Russen und Polen großzügige Entwicklungshilfe und Technologietransfer im Tausch für „freiwillig“ abgetretenes deutsches Land anbieten? Die Japaner sind vernünftigerweise nicht bereit, den Sowjets technologische und finanzielle Hilfe zu gewähren, solange diese nicht die von ihnen geraubten Inseln Habomai, Shikotan, Kunashiri und Etorofo zurückgeben. Während diese Inseln für die Japaner vorwiegend symbolische und emotionale Bedeutung besitzen, handelt es sich beim deutschen Osten um uraltes, von Deutschen kultiviertes Land und ist zugleich die Heimat großer deutscher Denker, Dichter und Künstler. Zudem könnte der wiedergewonnene deutsche Osten den immer stärker werdenden Bevölkerungsdruck mildern, haben wir doch inzwischen das kleinste

Deutschland der Geschichte mit der größten Bevölkerungszahl, zusätzlich 7 Millionen amtlich registrierten Ausländern, wozu noch einige Millionen illegale hinzukommen. Thukydides, der Vater der politischen Geschichtswissenschaft, schrieb im „Peleponnesischen Krieg“, 4,19: „Nach unserer Überzeugung lassen sich die großen Feindschaften auf die Dauer nicht dadurch beilegen, daß man den Gegner zur Annahme eines

dernten ansässigen Bevölkerung, niemals als moralisch und rechtlich einwandfreie Grundlage für den Gebietszuwachs eines Staates angesehen werden können. Da das Parlament Rumpfdeutschlands der Abtretung des gesamten deutschen Ostens zugestimmt hat, – der Beifall der meisten Abgeordneten stellt einen beschämenden Höhepunkt serviler nationaler Würdelosigkeit dar – soll dieser rechtens sein. Nun besteht heute hin-



„Zukunft braucht Versöhnung“. Der katholische Militärbischof für die Bundeswehr, Erzbischof DDr. Johannes Dyba (Mitte) feierte am 27. April in der Pfarrkirche St. Peter und Paul in Remagen gemeinsam mit Militärbischöfen aus Frankreich, Großbritannien, den USA sowie dem Präsidenten der deutschen Sektion von Pax Christi einen Gedenkgottesdienst zum 50. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkriegs. Das Bild zeigt die Zelebranten beim Eröffnungsgebet v.l.: Msgr. Michel Dybost, französischer Militärbischof, Msgr. Francis J. Walmsley, britischer Militärbischof, Erzbischof Johannes Dyba, der Bischof von Trier, Dr. Hermann J. Spital, Col. Mathew Quinlan, Chief Chaplain der US-Streitkräfte in Deutschland. (Foto: F. Brockmeier)

unbilligen Friedens zwingt, sondern weit eher dadurch, daß man ihn womöglich noch durch Edelmütigkeit besiegt und ihm günstigere Bedingungen gewährt, als er selbst erwartet.“ Wenn sich der deutsche Vertriebenenbischof und mit ihm die Apostolischen Visitatoren gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze ausgesprochen haben, dann nicht aus Chauvinismus, sondern weil nach dem Völkerrecht Annexionen, verbunden mit der Vertreibung der seit Jahrhun-

sichtlich des Münchener Abkommens von 1938 seltene Einmütigkeit darüber, daß dieses von Anfang an null und nichtig sei. Gilt etwa für den „freiwilligen“ Verzicht auf Ostdeutschland etwas anderes? Wie der polnische Historiker Halecki berichtet, bestanden die Russen bei der zweiten Teilung Polens 1793 auf einer formalen Zustimmung des polnischen Parlaments: Der Verzicht sei das kleinere Übel, sonst würde Rußland ganz Polen besetzen. Der Bundeskanz-

ler erklärte: „Entweder bestätigen wir die bestehende Grenze oder wir verspielen heute unsere Chance zur deutschen Einheit...“ Wer denkt da nicht an das russische „Freundschaftsangebot“ von 1793: Entweder ihr akzeptiert freiwillig die Teilung eures Landes oder wir besetzen es ganz? Das erinnert an den Verbrecher, der bei der Vergewaltigung eines Mädchens sagt: „Entweder du hältst still oder ich bringe dich um!“ Bei meinen zahlreichen Begegnungen mit Polen machte ich stets nur gute Erfahrungen. Aber wenn sich so manche polnische Persönlichkeiten zur geschichtlichen Vergangenheit äußern, kann man oft nur mit dem Kopf schütteln. In der WamS vom 30.04.1995 stand ein kurzer Bericht über die 140 polnische Veteranenverbände mit über einer Million Mitgliedern. Da vernimmt man mit Erstaunen, daß bereits 3jährige heldenmütig gegen die bösen Teutonen gekämpft haben. Bei geschichtlichen Rückblicken geht vielen Polen häufig die Phantasie durch. Ein polnischer Akademiker schrieb auf einen meiner Artikel über einen deutschen Deserteur, der in Polen als Heiliger verehrt wird: „Auf der Ebene der historischen Wahrheit ist die Sache erledigt, aber der Legende wird es wohl keinen Abbruch tun; es gibt genug Menschen die es nach keiner Wahrheit dürstet. Man ist sehr geschickt im Zubereiten solcher Legenden und dabei ist die Methode ganz einfach: man manövriert abwechselnd mit den Vergrößerungs- und Verkleinerungsgläsern und versucht alle Aufmerksamkeit auf eigenes (wahres oder vorgetäushtes Leid) zu konstruieren.“ Dann schildert er, wie in Polen systematisch Legenden gestrickt werden, um gegen die Deutschen zu hetzen. Wie steht es nun um die Versöhnung? Zum Welttag des Friedens 1972 wurde folgende Königsteiner Erklärung der deutschen Vertriebenenenseelsorge veröffentlicht. In ihr heißt es u.a.: „... Die Aussöhnung zweier Völker kann nur zustande kommen, wenn das ganze zwischen ihnen liegende Unrecht von beiden Seiten anerkannt wird und der Wille zur Wiedergutmachung auf beiden Seiten vorhanden ist. In Erschütterung und Scham verurteilen wir aufs schärfste das furchtbare Unrecht, das zur

Zeit des Nationalsozialismus auch den Völkern im Osten Europas angetan worden ist. Deshalb dürfen wir auch erwarten, daß die Vertreibung der Deutschen aus ihrer Heimat nicht mehr länger als historisch oder moralisch gerechtfertigt, verteidigt oder totgeschwiegen wird. Wir sind uns bewußt, daß die Wiedergutmachung des den Polen unter Hitler angetanen Unrechts noch nicht endgültig abgeschlossen ist. Wir müssen aber auch darauf hinweisen, daß das Unrecht der Vertreibung durch das Festlegen von Grenzen oder durch einen den Vertriebenen abverlangten Verzicht nicht beseitigt und die Pflicht zu einer zumutbaren Wiedergutmachung dieses Unrechts nicht ausgelöscht werden kann.“ 1992 veröffentlichten 13 katholische und evangelische Persönlichkeiten den „Mainzer Aufruf zur Versöhnung“ an die deutschen und polnischen Bischöfe. Bemerkenswerterweise unterschrieben auch drei Juden aus Kanada und Israel. Im Aufruf heißt es: „In letzter Zeit wird viel von Versöhnung zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk gesprochen. Jedoch kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß bisher den Worten kaum Taten folgen. Gerade die Kirche ist aufgerufen, Veränderungen einzuleiten und jetzt Zeichen für ein neues Miteinander zu setzen.“

Der Präsident des CFSR V. Havel und der Erzbischof von Prag haben längst die Vertreibung als Unrecht anerkannt. So kann nicht das letzte Wort sein, was im Hirtenbrief der polnischen Bischöfe vom 10.02.1966 zu lesen ist und der Tenor durch die Jahre blieb: „Wir sind der Überzeugung, daß wir als Volk dem deutschen Volke durch Jahrhunderte kein politisches, wirtschaftliches Unrecht angetan haben. ...“ 40 Jahre lang wurden die Deutschen (bis 1989) im polnischen Machtbereich „polonisiert“. Ihre Muttersprache war in der Öffentlichkeit nicht geduldet. Jetzt besteht die Möglichkeit, dieses menschenverachtende Unrecht wenigstens teilweise wiedergutzumachen.“ Dann folgt die Bitte, den deutschen evangelischen Christen die von polnischen Katholiken besetzten Kirchen zurückzugeben.

Der Aufruf wurde 1993 erneuert, aber bis heute erfolgte keiner-

lei polnische Reaktion. Immer wieder versuchen Kräfte im polnischen Bereich, zwischen Deutschen und Polen Zwietracht zu säen. Beim Schlesiertreffen 1989 in Hannover wurden in mehreren Messehallen Texte mit folgendem „Polnisch Kampflied“ verteilt:

*„Brüder, Sensen in die Hände!
Auf zum Kampfe laßt uns eilen!
Polens Knechtschaft hat ein Ende,
länger wollen wir nicht weilen.
Sammelt Scharen um euch alle.
Unser Feind, der Deutsche, falle!*

*Plündert, raubet, senget, brennet.
Laßt die Feinde qualvoll sterben.
Wer die deutschen Hunde hänget,
wird sich Gottes Lohn erwerben.
Ich, der Propst, verspreche euch
fest dafür das Himmelreich.*

*Jede Sünd' wird euch vergeben,
selbst der wohlbedachte Mord,
den der Polen freies Leben
unterstützt von Ort zu Ort.
Aber Fluch dem Bösewicht,
der vor uns für Deutschland spricht.*

*Polen soll und muß bestehn,
Papst und Gott versprechens mir,
Rußland, Preußen muß vergehn.
Heil dem polnischen Panier.
Darum jauchzet froh darein:
Polzka zyle (Polen hoch),
groß und klein!“*

Ein Jahr später erklärte Lech Walesa im niederländischen Wochenmagazin „Elsevier“ vom 03.04.1990:

„Ich schrecke selbst nicht vor einer Erklärung zurück, die mich in Deutschland unpopulär macht. Wenn die Deutschen erneut Europa in der einen oder anderen Weise destabilisieren, sollte man nicht mehr zu einer Aufteilung Zuflucht nehmen, sondern dieses Land einfach von der Landkarte ausradieren. Der Osten und der Westen besitzen die notwendige fortgeschrittene Technologie, um diesen Urteilspruch durchzuführen.“

Man stelle sich vor, irgendein dummer jugendlicher Deutscher hätte Ähnliches gegenüber Juden oder Polen geäußert. Die ganze Welt hätte empört aufgeschrien.

Wenn wir Versöhnung wollen – und Versöhnung ist Voraussetzung dafür, daß die Völker miteinander in Frieden leben – dann kann es nicht darum gehen, Ver-

brechen der einen Seite gegen die der anderen aufzurechnen.

Aber nach katholischem Verständnis, und ich spreche ja als katholischer Theologe, gibt es Versöhnung und Vergebung nur, wenn die eigene Schuld anerkannt, bekannt und, so weit möglich, wiedergutmacht wird. Nun muß selbst der unnachsichtigste Kritiker einräumen, daß wir uns nicht nur immer wieder mit der Schuld vergangener Zeiten beschäftigt haben, sondern sozusagen am laufenden Band, vor allem durch unsere Politiker und Medienleute, Schulbekenntnisse abgelegt haben. Ohne Wahrheit gibt es keine Versöhnung. Es ist an der Zeit, daß auch die Völker, die an uns schul-

dig geworden sind durch millionenfachen Mord, Vergewaltigung und Vertreibung, endlich auch einmal ihr Unrecht eingestehen. Es gibt ja obendrein noch einen ganz wesentlichen Unterschied zwischen den Verbrechen der Nazis und den Untaten, die nach dem Krieg an Deutschen verübt wurden: Nach übereinstimmender Aussage von Tätern wie Opfern verübten die Nazis ihre Verbrechen in den Vernichtungslagern unter größter Geheimhaltung, während Vergewaltigung, Folter und Mord an Deutschen im deutschen Osten, in der Tschechoslowakei und auf dem Balkan in aller Öffentlichkeit unter Beteiligung Zehntausender begangen wurden.

Man kann nicht, wenn man wirklich Versöhnung will, von den Deutschen ein Schuldbekenntnis nach dem anderen verlangen, sich selber aber in pharisäischer Verstocktheit für unschuldig, edel und großmütig erklären. Nein, Polen, Russen, Tschechen und alle, die an Deutschen schuldig wurden, sollten freimütig bekennen: Auch von unserer Seite wurde himmelschreiendes Unrecht begangen. Wir bitten unsere Opfer, wir bitten das deutsche Volk um Vergebung. Laßt uns einander die Hände reichen und miteinander den Weg in eine bessere Zukunft wagen und gemeinsam zu unserem himmlischen Vater beten: Vergib uns unsere Schuld, wie auch wir vergeben unseren Schuldigern!

Über Vertreibung offen sprechen!

Katarzyna Kolodziejczyk

Auch wenn es noch immer starke Widerstände bei Politikern und in der Bevölkerung Polens gibt, sobald es um das Thema Aussiedlung bzw. Vertreibung der Deutschen geht, finden sich doch gerade in letzter Zeit immer mehr Stimmen, die eine offene Behandlung dieses Themas – „ohne Komplexe“ – verlangen. Die Warschauer Tageszeitung „Rzeczpospolita“ (vom 29.-30. Juli 1995) bringt zu dieser Auseinandersetzung einen wichtigen Beitrag von Katarzyna Kolodziejczyk, den der Ost-West-Informationsdienst Nr. 187/1995 gekürzt für seine Leser übersetzt hat:

Deutschland und sein Nachbar Polen



Sind die Polen bereit zu einer umfassenderen Diskussion über das Thema „Vertreibung der Deutschen aus Polen nach dem Zweiten Weltkrieg“, und sind sie in der Lage, die eigenen Verfehlungen anzuerkennen, die bei der Durchführung dieser Operation begangen wurden?

Die Vorsicht gebietet es, anzunehmen, daß, bevor eine Antwort fällt, zuerst Zweifel und weitere Fragen auftauchen werden: Wozu diese Diskussion, wenn doch gute Beziehungen die beiden Staaten verbinden und heikle Themen diese Beziehungen abkühlen könnten? Und wenn schon, warum dann „Vertriebene“ statt „Umgesiedelte“ oder „Ausgesiedelte“?

Vorbehalte gegenüber der Terminologie

Vorbehalte gegenüber der Terminologie melden, außer breiteren Kreisen der öffentlichen Meinung, auch manche Historiker, Soziologen und Politiker an. Mit dem Begriff „Ausgesiedelte“ bezeichnet man Polen aus dem Gebiet von Großpolen (Anmerkung: gemeint ist das ehemalige Westpolen um Posen) das von den Okkupanten Warthegau genannt wurde: Menschen, die von den Deutschen gezwungen wurden, ihren Wohnort schon in den ersten Kriegsmona-

ten zu verlassen. Ausgesiedelte, das sind auch viele Hunderttausende Polen, die – nach Unterzeichnung des Ribbentrop-Molotow-Vertrages durch Deutschland und die Sowjetunion – in das innere Rußlands deportiert wurden.

Schließlich begann, gleich nach Kriegsende, der Leidensweg der Polen, die von Haus und Hof aus Gebieten vertrieben wurden, die mit Einverständnis Großbritanniens und der Vereinigten Staaten von der Sowjetunion annektiert wurden (sie stellten 48 Prozent des polnischen Territoriums vor 1939 dar). Ursache dieser Praktiken war der von Deutschland begonnene II. Weltkrieg.

Historiker meinen, daß die deutsche Aussiedlungspolitik 7 Millionen Polen betraf (der Generalplan Ost sah 85 Prozent, d.h. zwischen 20 bis 24 Millionen, vor). Für keine dieser deutschen Aktionen gebrauchten die Polen den Begriff „Vertriebene“ noch gebrauchten sie ihn heute. Warum sollte man also die Aussiedlung der Deutschen aus den Polen zuerkannten Gebieten, als Ausgleich für die an die UdSSR verlorenen Gebiete (ergänzt die polnischen Territorialverluste nicht aus), Vertreibung nennen?

In einer Podiumsdiskussion im Warschauer Klub der Katholischen Intelligenz sagte Priester Waldemar Chrostowski: „Der Gebrauch des Wortes ‘Vertriebene’ durch Polen, ohne entsprechende Erklärung, ist in hohem Maße gefährlich. Vertriebene setzen nämlich automatisch ... Vertreibende voraus. Vertreibende sind – selbstverständlich – im Bewußtsein der meisten Deutschen nur und ausschließlich Polen.“ Aber, so fragt Chrostowski: In welchem Maße erfolgte die Westverschiebung unter Beteiligung Polens? Über die Verschiebung der Grenzen Polens und Deutschlands, wie auch über den Transfer der deutschen und polnischen Bevölkerung nach Westen, entschieden nicht Polen. Man tat dies hinter dem Rücken der Polen in Teheran, Jalta und Potsdam. Geben wir jedoch zu, daß die Polen diese Entscheidung akzeptiert haben. Eine solche Lösung erschien als einziger logischer Abschluß eines anderen Dramas – der Beschneidung des Territoriums Polens und der Westverschiebung des Staates.

Der Historiosoph Piotr Madajczyk meint, der Begriff „Vertreibung“ sei zur Bezeichnung historischer Erscheinungen nicht akzeptabel, er sei jedoch am Platze, wenn die Rede von moralisch-historischer Verantwortung sei.

Der Gebrauch des Wortes „Vertreibung“, das jahrzehntelang Unwillen in Polen hervorrief, auf einer Ebene mit dem Begriff „Aussiedlung“ in dem von Polen und der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Grenzvertrag ist – worauf Artur Hajnicz hinweist – Ausdruck dessen, daß beide Begriffe als Erscheinung eines „gemeinsamen Leidens und gemeinsamen Unglücks“ behandelt werden, „welches heute eine Warnung und zugleich eine Aufforderung darstellt, gute Beziehungen für die Zukunft zu gestalten“. Das ist eine treffende Erklärung, denn beide Verträge – insbesondere der Grenzvertrag – haben der bisherigen Anspruchsphraseologie der deutschen Landsmannschaften ihren Sinn genommen. Es ist jedoch in gewissem Sinne auch eine Relativierung des Leidens und eine Verwischung der Urheberverantwortung, auf die Hajnicz ja so großen Wert legt.

Schwierigkeiten mit der Erklärung des eigenen Dramas

Für eine bedeutende Zahl vertriebener Deutscher, die auf 8 bis 10 Millionen geschätzt werden – Wolfgang Schäuble, führender deutscher Politiker, Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU im Bundestag, spricht sogar von 12 Millionen – verbindet sich der II. Weltkrieg ausschließlich mit dem Unrecht der Aussiedlung und mit dem zweifellosen Leid, das sie bei deren Durchführung zu erdulden hatten. Die meisten von ihnen ignorieren den Zusammenhang zwischen Ursache und Wirkung. Dabei ist der Zusammenhang zwischen dem brutalen Krieg – der von ihrem Staat, aufgrund ihrer Wahl und ihrer Zustimmung hervorgerufen wurde (diese Zustimmung gaben sie Adolf Hitler 1933) und ihrem persönlichen Fall ganz offensichtlich. Wenn sie ihn nicht sehen, sind sie nicht imstande, das eigene Drama zu erklären. Sie sehen auch keinen Zusammenhang zwischen ihrem eigenen Schicksal und dem,

was sie in dem Moment (wenn es einen solchen gegeben hat), in dem sie sich darüber klar wurden, daß sie an einem Massenverbrechen des Dritten Reiches gegenüber vielen Nationen teilhaben, versäumt haben zu tun.

Deshalb gibt es meiner Ansicht nach Gründe, die dafür sprechen, den Begriff „Vertriebene“ nicht in Frage zu stellen. Und zwar aus mehreren Gründen.

Die Summe von Grausamkeit und Bösem, die das Dritte Reich den 50 Millionen Menschen, die gestorben sind, antat, aber auch allen, die es schafften zu überleben, war so unvergleichlich groß, daß weder während des Krieges noch am Tage nach dem Krieg der gute Deutsche von dem deutschen Mörder und Henker unterschieden wurde. Der Abscheu, den das Verhalten der Nazis in der Welt erweckt hatte, war so stark, daß bei Kriegsende zur Grundlage der Repressionen gegenüber den Deutschen ihre nationale Zugehörigkeit wurde. Das Besondere ihrer Lage, im Vergleich zu der ausgesiedelten Bevölkerung anderer Nationalitäten, bestand darin, daß sie von einer dichten Mauer des Unwillens und der Gleichgültigkeit umgeben waren. Dieser emotionale Zustand der Umgebung führte dazu, daß übermäßig viele Unschuldige unter den Ausgesiedelten Leiden ausgesetzt waren. Immerhin gab es auch solche, die sich bemüht hatten, die Leiden der Nicht-Deutschen in den Jahren der Okkupation zu mindern, und die danach die Last unverschuldeter Verbrechen tragen mußten, oft für jene, die vor der herannahenden Front hatten entkommen können.

Und obwohl die Entscheidung über die Aussiedlung der Deutschen kein Akt der Rache war, sondern sich aus der Logik des Krieges sowie aus dem Wunsch ergab, in Zukunft eine Lage zu vermeiden, in der eine deutsche Minderheit wieder eine ähnliche Rolle spielen könnte wie 1939 (5. Kolonne), nannte die ausgesiedelte Bevölkerung sich selbst Vertriebene. Einstmals vielleicht aus politischen Gründen, aber heute sprechen für diese Terminologie andere Argumente.

Denn dieses Wort provoziert die Frage: weshalb? Weshalb hat man die Deutschen vertrieben?

Diese Frage müssen sich besonders die jungen Generationen der Deutschen stellen. Um jedoch ehrlich und ruhig darauf zu antworten, werden sie sich mit der eigenen Geschichte bekannt machen müssen. Sie werden die Kette von Ursache und Wirkung zwischen dem Einzelschicksal mehrerer Millionen ihrer Landsleute einerseits und der unrühmlichen Geschichte ihres Staates und Volkes sehen müssen: Sie werden - hoffen wir - daran denken, daß sie in Zukunft das erworbene Vertrauen der internationalen Gemeinschaft nicht verlieren. Die Bedeutung dieser Tatsache hat der große Deutsche Konrad Adenauer begriffen, und Helmut Kohl weiß um ihre Bedeutung.

Es gibt auch einen anderen Grund, der dafür spricht, daß das Wort „Vertriebener“ bleibt und auch von den Polen gebraucht wird.

Eine Mahnung – nicht nur für Deutsche

In diesem Fall geht es um eine Mahnung nicht nur an die Deutschen, sondern auch an die Staaten, die Kriege entfachen, Grausamkeiten zulassen und das Recht verletzen.

Sachkenner weisen darauf hin, daß im totalen Krieg nicht das Recht, sondern die Gewalt entscheidend ist. Entscheidend ist das Ergebnis gigantischen, blutigen Ringens. Eben solche Spielregeln hat das Dritte Reich den Beteiligten am Krieg aufgezwungen. Und über die Ergebnisse eines solchen Krieges entscheidet nicht mehr das Recht. Es wurde – wie Hajnicz unterstreicht – „schon unmittelbar zu Beginn des Krieges verletzt und vernichtet, und die bestehende internationale Ordnung wurde ruiniert“.

Diese Lage bewirkte, daß auch die moralischen Normen aufhörten, irgend etwas zu bedeuten. Hunderte Polen, die empfänglich waren für die Nachkriegsdemoralisierung, gingen zynisch daran, ihre Ernte in die Scheuer zu fahren, wobei sie die Zwangslage der Verlierer ausnutzten. Es gab auch solche, die die von den Nazis festgelegten Verhaltensregeln akzeptiert haben, die sie aus eigener Er-

fahrung aus den KZs und Todeslagern kannten. Aus solchen Milieus rekrutierten sich manchmal die Leiter der Lager für deutsche Umsiedler. Manche von ihnen haben sich schwere Verbrechen zuschulden kommen lassen.

Doch ihre Schuld muß man trennen von den Räubereien, den Vergewaltigungen und Verbrechen, die sowjetische Militärbehörden in Deutschland noch vor der Potsdamer Konferenz verübten, als die einzelnen Fronten die vorn Krieg erfaßten Gebiete befreiten. Man darf sie auch nicht verbinden mit den Verbrechen, die Mitglieder des (polnischen) Amtes für Öffentliche Sicherheit (= Staatssicherheit) zu verantworten hatten.

Es geht nicht um Analogien zwischen dem Nationalsozialismus und dem Stalinismus. Wenngleich sich nicht leugnen läßt, daß ein Zusammenhang zwischen der Art der Behandlung der deutschen Bevölkerung in der Anfangsphase der Aussiedlungen, für die die Militärbehörden verantwortlich waren, und deren späterer Phase besteht, für die die polnische Verwaltung verantwortlich war.

Beispiele können nämlich ansteckend wirken. Ich übergehe die noch davor liegenden, in ihren Folgen tragischen Entscheidungen der Nazibehörden über die Evakuierung ihrer Landsleute während des strengen Winters 1944/1945 und die nicht weniger tragische Flucht der Deutschen aus Furcht vor der herannahenden Front. Natürlich sind alle diese Einzelheiten, die zum persönlichen Drama deutscher Schicksale beitrugen, wichtig. Doch in dem Fall, über den wir sprechen, geht es um Folgen der Demoralisierung in allgemeinerem Verständnis. Sehr gut wird diese Frage widergespiegelt in einem Zitat aus dem Brief eines polnischen Kombattanten... Dieser schreibt u.a.: „... ich gestehe, daß ich mich mit Mühe beherrschen mußte, um nicht gegenüber den Feinden die gleichen Methoden anzuwenden, die sie angewandt hatten. Das Kriegsverbrechen ist ansteckend und befällt mit eigenen Motiven die Besiegten, wenn sie Gelegenheit zur Revanche haben.“

So können also Rechtsbruch, Gewalt und Treuebruch bewirken, daß das Opfer von gestern sich in einen Henker verwandelt. Denn

Kräfte werden freigesetzt, die später schwer zu bremsen sind. Sich solchen Kräften entgegenzustellen, dazu wurden die damaligen Verwaltungsbehörden von Polen aufgefordert, die sich der Atmosphäre jener Zeit nicht unterwarfen. Bernadetta Nitschke aus Zielona Gora (Grünberg) führt in ihrer Arbeit die folgende Meinungsäußerung an: „... vor dem Hintergrund der Kriegsverwilderung lassen sich gesellschaftliche Stimmungen begreifen, die sich hier bei der Verwirklichung eines Vergeltungsrechts entladen. Es ist Sache der staatlichen und gesellschaftlichen Stellen, diese Dinge in einer Weise zu regeln, die uns nicht auf die gleiche Stufe mit den deutschen Barbaren stellt.“

Es ist offensichtlich, daß selbst größte Ungerechtigkeit keine Ungerechtigkeit entschuldigt, nicht einmal die kleinste. Dennoch helfen derartige Fälle, sich selber zu erkennen: den Polen wie den Deutschen. Und die Erkenntnis dieser Wahrheit ist auch ein Grund, für den es die Antwort auf die Frage zu finden lohnt, weshalb die deutschen Aussiedler sich Vertriebene nannten.

Es gibt auch einen weiteren Grund, gerade eine solche Terminologie zu akzeptieren. Diesmal geht es um das Prinzip, das - wie die Historiker sagen das zivilisierte 20. Jahrhundert von barbarischen Zeiten unterscheiden sollte. Es geht um das Recht jeder Nation auf Selbstbestimmung. Nach diesem Recht war es die humanitäre Weise, dem hehren Prinzip des Schutzes der Völker und nationalen Minderheiten Genüge zu tun, indem man umsiedelte und einen Bevölkerungsaustausch vornahm. Solche Maßnahmen wurden an vielen Völkern exerziert. Grundlage dieser Maßnahmen waren internationale Abkommen, die man unter den Auspizien des Völkerbundes verwirklichte, jener Organisation, die nach dem I. Weltkrieg die Rolle der heutigen UNO erfüllte.

So waren also die Aussiedlungen (eine einseitige Handlung des Staates) und die Umsiedlungen (mit Einverständnis der betreffenden Parteien), was immer wir über diese Praktiken sagen wollen, keine Erfindung der Alliierten in Potsdam noch eines Außenministers von Großbritannien, Antho-

ny Eden, der schon 1942 einen Transfer polnischer und deutscher Bevölkerung angeregt hatte, um die Forderungen des eben erst gewonnenen Bundesgenossen – Stalins – zu befriedigen. Erst viele Jahre nach dem II. Weltkrieg erkannte man den Bevölkerungstransfer als eine inhumane Praxis, unwürdig einer zivilisierten Welt.

Wie ist also die Tatsache zu erklären, daß die Vertriebenen so wie manche deutsche Historiker heutige Maßstäbe an Zeiten und Situationen anlegen, als ganz andere Prinzipien verbindlich waren?

Unterschiedliche Anschauungen

Der Unterschied in der Sicht von Polen und Deutschen bei der Vertreibungsfrage zeigt die Notwendigkeit, daß dieses Problem von beiden Seiten ehrlich beurteilt wird. Daß man die von den Polen verschuldeten Dinge verurteilt, aber auch die Urheberverantwortung der Deutschen. Vor allem jedoch wird Unterscheidung verlangt werden zwischen dem, was Verbrechen war, und dem, was ein Übel war.

Die in den Nachkriegsjahren herausgebildete, fast allgemeine Überzeugung der Deutschen, Polen und seine Menschen trügen die Hauptverantwortung für das Unrecht der Umsiedlung, läßt sich schwer aufrechterhalten.

In der Bundesrepublik Deutschland wird eine ... Diskussion über ... die Beurteilung der historischen Ereignisse geführt, die das neue nationale Bewußtsein des vereinigten Deutschlands formen sollen. Polnische Spezialisten meinen, es sei schon höchste Zeit, um sich ohne Verschweigen und Beschönigen in diese laufende Debatte einzuschalten. Es geht darum, an der Gestaltung dieses Teils des Bewußtseins teilzuhaben, das die wechselseitigen polnisch-deutschen Beziehungen betrifft. Auch aus diesem Grunde kommt eine Flucht vor der Diskussion über das Thema der Vertriebenen nicht in Frage.

Polen und Deutsche werden, wenn sie sich in die Debatte einschalten, vor allem über sich selbst diskutieren. Im polnischen Fall wird das ein Gespräch darüber sein, daß die Polen nicht immer nur Opfer waren, die gegen einen Feind für das eigene Überleben

kämpften. Daß sie auch Böses zufügten und auf diese Weise zu Leiden und Schuld beitrugen, die die vertriebenen Deutschen an sich erfuhren.

Die Diskussion darüber wird in Polen schon geführt, wenn auch nicht ohne Widerstand, denn es fällt nicht leicht, die Tatsache zur Kenntnis zu nehmen, daß das damalige Deutschland kein Monopol auf das Böse hatte.

Ein Ausweg aus diesem Teufelskreis ist die Erforschung und Darlegung der Quellen, das Vordringen zu der komplizierten Wahrheit über jene Jahre. Die Problematik der Vertreibung, in Polen aus politischen Gründen seit Jahren vernachlässigt, hat erst jetzt eine Chance für eine redliche Erforschung. Eine ähnliche Lage besteht in Deutschland, mit dem Unterschied jedoch, daß hier eine gewaltige, aber oft für politische Zwecke inspirierte und ausgenutzte Erinnerungsliteratur aus den Jahren vor der Vereinigung Deutschlands existiert ...

Darüber sind sich Polen und Deutsche klar, denen der Dialog und die wechselseitigen Beziehungen am Herzen liegen ...

Der Schritt von der Partnerschaft zur echten Freundschaft ist möglich

Tschechen und Deutsche blicken auf eine lange gemeinsame Geschichte zurück

Karl Fürst von Schwarzenberg

Die Bundesrepublik Deutschland hat ihre längste Grenze mit der Tschechischen Republik, genauer gesagt mit Böhmen. Es ist auch die älteste Grenze Deutschlands. Sie ist im wesentlichen seit dem Mittelalter unverändert geblieben, da die Abtrennung der böhmischen Nebenländer – der Lausitz im siebzehnten Jahrhundert, Schlesiens mit der Grafschaft Glatz im achtzehnten Jahrhundert, letztere

heute allerdings zu Polen gehörig – nur die Randgebiete betraf.

Lediglich Glatz war integrierender Bestandteil des Königreiches. Ansonsten hat man in der Neuzeit an dieser Grenze nur minimale Veränderungen vorgenommen mit einer wesentlichen Ausnahme, die uns im folgenden beschäftigen wird: Im Jahre 1938 wurden die Länder Böhmen und Mähren infolge des Münchner Abkommens zer-

rissen. Die tausend Jahre alte Gemeinschaft in Böhmen und Mähren, wo Tschechen, Deutsche und Juden friedlich miteinander lebten, wurde zerstört.

Wie ein auf die Spitze gestelltes Viereck ragt Böhmen in den deutschen Raum hinein. Diese besondere Lage bestimmte die geschichtlichen Verhältnisse der beiden Länder und Nationen. Das deutsch-tschechische Verhältnis bewegte sich denn auch durch Jahrhunderte auf zwei verschiedenen Ebenen. Die eine war die innerhalb des Landes. Es ist heute wohl unnötig, sich noch dem Streit unserer Großväter und Väter zu widmen, seit wann es eine deutsche Besiedlung in Böhmen gibt. Fest steht, daß es spätestens seit den großen Kolonialisierungsanstrengungen der späten Premyslidenherrschaft und seit der Entdeckung der Silbervorkommen in Böhmen eine starke deutsche Minderheit gegeben hat.

Denkmal für die Sprache

Im Mittelalter hatten gerade die Städte, wenn auch nicht alle, eine deutsche Bürgerschaft. Die Landbevölkerung, also der Adel und die Bauern, waren nur im Norden und Nordwesten deutschsprachig, wie auch in gewissen Teilen Mährens. Die Sprachgrenze hat sich allerdings im Laufe der Jahrhunderte mehrmals verschoben. Die herrschende Sprache war böhmisch, es war die Sprache der Landtage, der Landtafeln.

Erst mit der erneuerten Landesordnung führt Kaiser Ferdinand II. die deutsche Sprache als zweite Sprache des Königreiches ein. Die enge Nachbarschaft und die vielen Ehen des Herrscherhauses wie auch der Großen des Landes, die Verbindungen über die Grenzen knüpften, brachten es mit sich, daß natürlich die deutsche Sprache von der Oberschicht weiterhin verstanden und auch beherrscht wurde. Wir können daran erinnern, daß am Hofe König Wenzels II., des Sohnes des bei der Schlacht am Marchfeld tragisch gendeneten König Premysl Otakar II., deutsche Minnesänger sich versammelten und daß auch vom König selber Lieder in deutscher Sprache erhalten sind.

Trotz gelegentlich aufkommender Eifersucht und Meinungsverschiedenheiten brachte dies keine größeren Schwierigkeiten, solange der wesentliche Bezug an das Vaterland und nicht an die Muttersprache geknüpft war. Sogar der mittelalterliche Chronist Dalimil, den man beinahe als Nationalisten bezeichnen kann, und der in seiner Chronik ein wohl typisches Beispiel des Denkens der adeligen Gesellschaften des Landes darstellt, weiß sehr wohl zu unterscheiden zwischen seinen deutschsprachigen böhmischen Landsleuten und den von ihm mit Mißtrauen und wenig Sympathie bedachten Nachbarn jenseits der Grenze.

Die Entwicklung nach der Schlacht am Weißen Berg mit der Zentralisierung der Habsburger Monarchie, den furchtbaren Folgen der Verwüstungen des Dreißigjährigen Krieges mit seiner Dezimierung der Bevölkerung, der immer stärker vordringende Einfluß der Bürokratie und des städtischen Lebens brachten es mit

Deutschland und sein Nachbar Tschechien



sich, daß die deutsche Sprache bis zum Ende des achtzehnten Jahrhunderts in Böhmen weiter vordrang.

Als Josef Dabrovsky sein Werk über die böhmische Sprache schrieb, tat er das in der Überzeugung, daß die Sprache seiner Väter zum Untergang verurteilt und es seine Aufgabe sei, ihr noch ein Denkmal zu setzen. Gerade zu seinen Lebzeiten begann aber die Umkehr. Denn zu Beginn des neunzehnten Jahrhunderts stieg der Anteil der Tschechen unter den Bewohnern stark an, nicht zuletzt durch den ansteigenden Bildungsstand auch der Kleinbürger und Bauern und durch das Gedankengut der Romantik mit seiner Besinnung auf das Volkstum. Das Ergebnis war, daß nach zwei Generationen nicht nur die Sprache gewandelt, erneuert und mit einem für die moderne Welt geeignetem, reichhaltig ausgestattetem Wortschatz in Erscheinung trat, sondern sich auch das Verhältnis der Bevölkerungsgruppen verschoob. Es wuchs nicht nur relativ der Anteil der Tschechen sehr schnell, sondern die zunehmende Industrialisierung und der Zuzug in die Städte brachte es mit sich, daß innerhalb von hundert Jahren fast alle Städte im Inneren des Landes ihren deutschen Charakter verloren, die Deutschen dort zu einer mehr oder minder bedeutenden

Minderheit herabsanken, in den Kleinstädten wohl auch assimiliert wurden, und der Bildungsvorsprung der deutschen Bevölkerung rasch schwand.

Dies hatte zur Folge, daß im letzten Drittel des neunzehnten Jahrhunderts ein immer stärkerer, sprachlich betonter Konflikt im Land entstand. Dieser nationale Konflikt, oft ausgetragen in heutzutage grotesk anmutenden Fragen, hatte natürlich eine sehr starke soziale Komponente. Die bisher gleichsam selbstverständliche Vorrangstellung der deutschsprachigen Bürger in Verwaltung, Politik und Wirtschaft wurde innerhalb von zwei Generationen in Frage gestellt. Die rasch aufsteigende tschechische Mittelschicht in Stadt und Land drängte energisch auf zumindest Gleichberechtigung respektive auf Vorrangstellung der tschechischen Sprache und des tschechischen Volkstums in Böhmen und Mähren.

Erschwerend wirkte, daß während es noch bis zum Zweiten Weltkrieg für einen gebildeten Tschechen fast selbstverständlich war, Deutsch zu können, die Bereitschaft der Deutschsprachigen, Tschechisch zu lernen, wesentlich geringer vorhanden war. Auch das Kulturleben trennte sich völlig und selbst für hochgebildete Deutschböhmern und -mährern galt der Spruch „Bohemica non

legentur“. Die Kenntnis der im neunzehnten Jahrhundert und in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts so reich entwickelten tschechischen Literatur, selbst in Übersetzungen, war minimal.

Die Tschechen empfanden nach dem Jahre 1918 die neue tschechoslowakische Republik als Fortsetzung des alten Königreichs Böhmen, welches in gewandelter Form seine alte Souveränität wieder errungen hatte. Die Deutschen dagegen fühlten, daß sie nunmehr abgeschnitten vom deutschsprachigen Gebiet Österreichs als Minderheit in einem Staat erwachten, den sie in dieser Form nicht wollten. Wohl gab es noch das hochentwickelte deutsche Schulwesen mit den deutschen Hochschulen, deren akademischer Rang absolut mit den tschechischen Universitäten gleichwertig war. Auch gab es ein lebhaftes deutsches Vereinswesen, Theater und eine reiche Literatur, in der sich wiederum immer stärker der Gegensatz zwischen der großen deutschsprachigen jüdischen Literatur und der völkisch orientierten Literatur der deutschen Minderheit auftrat.

Die vor allem in den ersten Jahren nach dem Umsturz sehr nationalistisch bestimmte Politik der tschechoslowakischen Republik tat ihr übriges, um die Gegensätze aufrecht zu erhalten. Als die Wirtschaftskrise mit ihrer Arbeitslosigkeit, die gerade in den industriebestimmten Randgebieten besonders schwere Auswirkungen hatte, und eben diese waren ja geprägt durch die deutsche Bevölkerung, immer verheerender wurde, führte das zu einer immer stärkeren Radikalisierung mit dem Siegeszug der sudetendeutschen Partei Konrad Henleins, die ihrerseits immer stärker unter den Einfluß Hitlers und des nationalsozialistischen Deutschlands geriet.

Nur noch eine Minderheit

Die demokratischen deutschen Parteien wurden von ihr völlig verdrängt. Es wurden gewisse Fortschritte im Laufe der dreißiger Jahre durch die aktivistischen Parteien erreicht. Doch dies hinderte nicht daran, daß Politiker wie Jaksch oder Hans Schütz, die die großen Gefahren, die sich aus die-

ser Entwicklung abzeichneten, erkannten, immer weniger Einfluß auf ihre eigene Volksgruppe hatten, und der Kampf der ihren Ideen treugebliebenen christlichsozialen und sozial-demokratischen Politiker immer einsamer wurde. Auf tschechischer Seite erfolgte zwar eine gewisse Ernüchterung nach der nationalen Begeisterung der ersten Jahre der Republik und Präsident Masaryk selbst sowie manche andere führende tschechische Politiker erkannten die Gefahr, die von der aufgetanen Kluft drohte. Die junge Republik aber hatte nicht die Zeit und die Großzügigkeit, rechtzeitig und voll die deutsche Volksgruppe in den neuen Staat zu integrieren. Obwohl die tschechische Minderheitenpolitik im Vergleich zu den benachbarten Ländern großzügig war, verloren die Deutschen den vorher innegehabten Rang eines Staatsvolkes und während sie in der Monarchie weitgehend in praxi privilegiert waren, hatten sie jetzt nur noch den Status einer Minderheit.

Dem Untergang geweiht

Hitler faßte den Entschluß, die Tschechoslowakei zu zerschlagen. Sie war ihm als einzige noch rechts des Rheins in Europa existierende Demokratie, als Verbündeter Frankreichs, als ein Land, wo die Deutschen in der Minderheit waren, und als ein Ergebnis der Friedensschlüsse von St. Germain, Trianon und Versailles höchst zuwider. Vor allem aber brauchte er ihre Rüstungsindustrie. Während großen Teilen der deutschsprachigen Bevölkerung die Angliederung an das Deutsche Reich als Erfüllung ihrer Sehnsüchte erschien, so zeichneten bereits die ersten Tage des neuen Regimes den Weiterblickenden die Gefährlichkeit dieser Entwicklung.

Die Vertreibung der tschechischen Bevölkerung aus dem nunmehr zum Reich gehörigen Gebiet, das unmenschliche Vorgehen gegen die Juden, deren deutschsprachiger Teil durch Jahrzehnte ein nicht unwesentlicher national denkender Teil der deutschsprachigen Gemeinschaft war, die Maßnahmen gegen die demokratischen sudetendeutschen Politiker

wiesen bereits den furchtbaren Weg. Die Errichtung des Protektorates am 15. März 1939, oder wie es damals hieß, die Besetzung der Rest-Tschechei, war das klare Zeichen, daß Adolf Hitler nicht daran dachte, sich mit der Vereinigung aller Deutschen zu begnügen. Wenn es auch richtig ist, daß die Lage im Protektorat Böhmen und Mähren nicht zu vergleichen war mit der im Generalgouvernement, und die Tschechen nicht wie die Polen in den Status eines Untermenschen herabgewürdigt wurden, so war dies weitgehend auch der Tatsache zu verdanken, daß die böhmische Industrie und die reichen landwirtschaftlichen Gebiete des Landes für die Kriegsanforderungen des Reiches von großer Bedeutung waren.

Nach der Besetzung des restlichen Landes und der Errichtung des Protektorates war die dortige jüdische Bevölkerung dem Untergang geweiht. Der Wille, daß in diesem Raum in der Zukunft kein Platz für die Tschechen sein wird, wurde von Anfang an klar ausgesprochen, Maßnahmen in dieser Richtung wurden bereits während des Krieges gesetzt. Die Schließung der tschechischen Hochschulen, die Ausschaltung der politisch-geistigen Elite des Landes und die hunderttausenden Opfer der Hinrichtungen und der Konzentrationslager sprachen für sich.

Was vielleicht von deutscher Seite zu wenig gesehen wird ist, daß nicht die Besetzung Böhmens und Mährens ein Schicksal, das schließlich und endlich die meisten europäischen Länder im Laufe des Zweiten Weltkriegs mitsamt all seinen tragischen Begleitumständen traf –, sondern München mit seiner Zerreißung des Landes, mit dem Gefühl, Hitler hilflos ausgeliefert und von seinen Verbündeten verlassen zu werden, bildete und bildet bis heute das Trauma auf tschechischer Seite aus dieser tragischen Zeit. Nicht zuletzt sieht man München als den Beginn eines Weges ins Verderben, der nicht mit Besetzung und Krieg endete, sondern im kommunistischen Putsch, in der sowjetischen Vorherrschaft bis zum Jahre 1989 seine Fortsetzung fand.

Dies entschuldigt zwar nicht die furchtbaren Ereignisse nach Kriegsende, die Vertreibung, aber

es erklärt sie immerhin. Sie ging teilweise mit einer Grausamkeit vor sich, die als Fortsetzung der gerade vergangenen Zeit erschien. Wenn es auch kluge und mutige Menschen gab, die vor allem gegen die Art und Weise, wie die Vertreibung erfolgt ist, Protest erhoben, war doch bei der überwiegenden Zahl der Bevölkerung das Gefühl vorherrschend, dadurch einer ständig existenzbedrohenden Gefahr zu entkommen. Daß Rache, die bei solchen Gelegenheiten erwachenden Raubinstinkte und sonstiges auch ihre Rolle spielten, auch das bewußte Spiel der kommunistischen Partei, die hier ihren Weizen blühen sah, soll man bei der Betrachtung dieser Ereignisse nicht vergessen.

Die Vertreibung der deutschsprachigen Bevölkerung nach dem Krieg vollendete den Untergang des alten Böhmen. Die kommunistische Machtergreifung mit der Errichtung des totalitären Regimes brachte die Vernichtung des für das Land so wesentlichen Bauernstandes mit sich und die weitgehende Eliminierung der bereits durch den nationalsozialistischen Terror schwer getroffenen Führungsschichten des Landes. Mit all diesen Ereignissen war der durch Jahrhunderte alltägliche Kontakt mit den Deutschen abgebrochen. Der mit dem Herrschaftsantritt der Kommunisten im Februar 1948 sich herabsenkende Eiserne Vorhang zwischen Westdeutschland und der Tschechoslowakei machte auf lange Jahre einen Kontakt fast unmöglich und auch die Verbindung zur DDR war durch Jahrzehnte behindert.

Bis zu ihrem Ende kann man nicht behaupten, daß es die Möglichkeit gab, über die Grenze zwischen den beiden im sozialistischen Lager stehenden Staaten nachbarliche, geschweige denn die oft beschworenen „brüderlichen Beziehungen“ zu entwickeln. Irgendwie wurde die DDR auch nie als das wirkliche Deutschland akzeptiert, und der wirkliche „nemeč“ war eben der Westdeutsche, der andere war Barackennachbar im sozialistischen Lager. Als das Jahr 1989 die Freiheit nicht nur den Deutschen in der DDR, sondern auch den Völkern der Tschechoslowakei brachte, sahen sich die Tschechen das erste

Mal mit einem neuen Deutschland konfrontiert.

Wohl wußte man, daß die Bundesrepublik inzwischen ein sehr reicher und demokratischer Rechtsstaat war, der Einfluß des deutschen wie auch des österreichischen Fernsehens reichte weit ins Land hinein, und auch die spärlichen Touristen, vor allem die jungen Leute, ergaben ein ganz neues Deutschlandbild. Aber es war eine Begegnung, die in sehr vielen Beziehungen nach fünfzig Jahren einen Neubeginn bedeutete. Sicher, jahrzehntelange kommunistische Propaganda gegenüber Bonn hatte trotz aller Unglaubwürdigkeit ihre Spuren hinterlassen, aber der Schreiber dieser Zeilen kann sich erinnern, daß bei vielen Versammlungen vor den Wahlen im Jahr 1990 er immer wieder gefragt wurde, wie nun das Verhältnis mit Deutschland sei und sein werde.

Die Worte, die Vaclav Havel für die Vertreibung fand, die Tatsache, daß er und seine Regierung von Anfang an vorbehaltlos die deutsche Wiedervereinigung unterstützten, zeigte allen Interessierten in Deutschland, daß nicht nur Deutschland sich seit dem Krieg verändert hatte, sondern auch in der Tschechoslowakei nunmehr ein ganz anderer Geist wehte als in der Generation der Väter und Großväter.

Der Besuch von Bundespräsident von Weizsäcker in Prag, die denkwürdigen Ansprachen beider Staatsoberhäupter am Jahrestag der Besetzung Prags durch Hitler, schienen alle Schatten der Vergangenheit zu vertreiben.

Wie immer im Leben und in der Politik geschehen auf beiden Seiten Fehler. Nun gibt es eine in der Geschichte einmalige Entwicklung, die dafür zeugt, daß sich eine generationenlange „Erbfeindschaft“ in Freundschaft, ja sogar in ein besonderes Näheverhältnis verwandeln kann, und das ist die Entwicklung der deutsch-französischen Freundschaft in den letzten vierzig Jahren. Es gibt viele Ähnlichkeiten, aber es gibt doch nicht unwesentliche Unterschiede des Verhältnisses zwischen Frankreich und Deutschland sowie Deutschland und der Tschechischen Republik.

Während Frankreich und Deutschland beide nach dem Krieg durch den Krieg verwüstet und ver-

armt waren, Frankreich zwar letztlich als Sieger aus dem Zweiten Weltkrieg herauskam, aber nach einer in der Geschichte Frankreichs einmaligen Niederlage, so tritt auf der einen Seite ein sehr reiches und mächtiges Deutschland einem in den letzten fünfzig Jahren arm gewordenen Böhmen gegenüber. Während Frankreich und Deutschland durch Jahrzehnte ein ungefährliches Gleichgewicht hatten, denn wenn auch die Bundesrepublik Deutschland Frankreich relativ bald wirtschaftlich überholt hat, so war der Status Frankreichs als Kernwaffenland mit ständigem Sitz im Sicherheitsrat und als Großmacht ein Ausgleich im Gewicht.

Maxime der Politik

Die Tschechische Republik, die bereits als Tschechoslowakei als Folge des Zweiten Weltkrieges nach 1945 Karpatorußland verlor, ist durch die Teilung der Tschechoslowakei noch einmal kleiner geworden und ist schon infolgedessen in einer anderen politischen aber auch psychologischen Situation gegenüber Deutschland als es Frankreich war. Für Frankreich wie für Deutschland galt durch die Jahrzehnte seit der Begegnung zwischen Konrad Adenauer und Charles de Gaulle die Priorität der beiderseitigen Beziehungen als erste Maxime in der Politik. Während das Verhältnis mit der Tschechischen Republik für Deutschland zwar eine sehr wichtige aber nicht eine so wesentliche Rolle spielt wie das Verhältnis zu Deutschland für die Tschechische Republik. Die Versöhnung, die zu dieser einzigartigen deutsch-französischen Freundschaft führte, erfolgte in den Jahren der Begeisterung für Europa, als die europäische Vereinigung als klare Vision für die gesamte europäische Jugend schien. Das deutsch-tschechische Verhältnis muß im Zusammenhang mit der Europaverdrossenheit der neunziger Jahre gesehen werden.

Außerdem haben die Ereignisse des Ersten und Zweiten Weltkrieges, der gemeinsame katholische Hintergrund, oder auch die gemeinsame sozialdemokratische Idee Männer wie Schumann, de Gaulle und Mitterrand auf der einen und Adenauer, Brentano, Schmidt und

Bundeskanzler Kohl auf der anderen Seite verbunden. Menschen, die in den letzten vierzig Jahren in der Bundesrepublik aufwuchsen und von ihr geprägt wurden, haben einen anderen Hintergrund als diejenigen, die in der Tschechoslowakei aufgewachsen sind, vom totalitären Regime geprägt wurden und sich erst in einem Emanzipationsprozeß von diesem Ballast befreien mußten.

Für die Zukunft ist es aber für beide Länder wesentlich, daß ihr gegenseitiges Verhältnis mehr als korrekt ist, und in eine vertrauensvolle Nachbarschaft und Freundschaft übergeht. Was furchtbar an der gemeinsamen Vergangenheit war, soll man nicht vergessen, aber es kann keineswegs der Ausgangspunkt für eine Politik von heute, geschweige denn für die Zukunft sein. Es ist für Deutschland wichtig daß es an seiner längsten Grenze auch ein sehr gutes Verhältnis zum Nachbarn hat. Es ist aber auch für die Tschechische Republik entscheidend, wie sie ihr Verhältnis zu Deutschland gestaltet. Beide Seiten müssen die Ereignisse der Vergangenheit nicht als Grundlage einer Politik, sondern als Mahnung, nie mehr Ähnliches zuzulassen, verstehen.

Vor der Zukunft nicht bange

Wenn man der jungen Generation die Taten ihrer Großväter vorwirft, kann dies nur in eine neue Katastrophe führen. Eine Politik der Versöhnung und des Verstehens kann nur von den heutigen Menschen und von den gegenwärtigen Staaten und Gegebenheiten ausgehen. Das alte Böhmen bekam in München seinen Todesstoß. Es ist nicht mehr wiederherzustellen. Was es heute gilt, ist ein neues Verhältnis zwischen Tschechen und Deutschen, der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik zu schaffen. Es gibt die Möglichkeit, daß zwei Staaten und zwei Völker, die beide entschlossen sind, von den Schatten der Vergangenheit getrennt einen neuen Weg zu gehen, auf diesem Weg auch zueinander zu finden. Auch heute kämpfen wir mit einem manchmal tiefgehenden Unverständnis der Tatsachen und der gegenseitigen Äußerungen.

Ein gutes Beispiel bot da das Urteil des Verfassungsgerichtshofes in Brünn auf die Klage des Rudolf Dreithaler um sein Haus in Reichenberg. Der Gerichtshof wies die Klage ab und stellte fest, daß Rudolf Dreithaler keinen Anspruch auf sein Haus habe und dies mit der Begründung, daß die Benes-Dekrete damals gültiges Recht gewesen seien. Die Klagebegründung des Herrn Dreithaler lautet nämlich, daß die gesamte legislative Gewalt des Präsidenten Benes nicht rechtmäßig wäre, da sie nicht von einem ordentlich gewählten Parlament verabschiedet wurde. Er implizierte auch, daß Benes nicht das rechtmäßige Staatsoberhaupt war, sondern, konsequent gedacht, noch der Protektoratspräsident Hacha. Was in der unterdessen entstandenen Polemik auf beiden Seiten etwas untergegangen ist, war die Feststellung des Gerichts, daß diese Dekrete zeitgebunden waren und sie heute nicht rechtswirksam sind, wohl aber, daß Entscheidungen aus dieser

Zeit nicht mehr rückwirkend aufgehoben werden können.

Wenn die Tschechen erleben, wie sehr sich Deutschland in den vergangenen fünfzig Jahren verändert hat, nicht nur in seiner Form, sondern auch in seinem Geiste, auch verstehen, wie viele ihrer früheren Mitbürger dieses Land wahrlich geliebt haben, und in einer manchmal auch der unterdessen in Böhmen und Mähren aufgewachsenen Generation unverständlichen Art dem Land anhänglich sind, und diese als Landsleute ansehen, dann braucht es uns um die Zukunft des deutsch-tschechischen Verhältnisses nicht bange zu sein.

Auf der anderen Seite dürfen auch die Deutschen die Tschechen nicht als lästige kleine Nachbarn betrachten, mit denen man noch Rechnungen begleichen muß. Vielmehr sollte man die Tschechische Republik als Partner sehen, der ein Freund werden kann und den mit Deutschland so viel Einzigartiges verbindet.

(aus: Deutsche Tagespost vom 13.06.1995)

Nationalismus statt Versöhnung?

Spannungen zwischen serbisch-orthodoxer und katholischer Kirche im früheren Jugoslawien

Besonders nach der Rückeroberung der Krajina durch die kroatische Armee ist das Verhältnis zwischen der serbisch-orthodoxen und der katholischen Kirche in Kroatien und Bosnien äußerst angespannt und wird durch gegenseitige Anklagen und Schuldzuweisungen belastet.

In diesem Streit hat sich nun auch der frühere Menschenrechtsbeauftragte der Vereinten Nationen für das ehemalige Jugoslawien, Mazowiecki, zu Wort gemeldet und der serbisch-orthodoxen und der katholischen Kirche vorgehalten, zu wenig praktische Versöhnungsarbeit im ehemaligen Jugoslawien geleistet zu haben. Zwar hätten die Kirchen bei mehreren Treffen Verständnis füreinander

gezeigt, aber praktische Konsequenzen seien daraus kaum gezogen worden, sagte Mazowiecki der Katholischen Nachrichten-Agentur in Warschau.

Die Auseinandersetzung zwischen den religiösen Gemeinschaften auf dem Balkan spiegele das Ergebnis geschichtlicher Erfahrung wider und belege zugleich den „begrenzten Einfluß“ der Kirchen, meinte der frühere polnische Ministerpräsident.

Mazowiecki, der sein Amt als Menschenrechtsbeauftragter der Vereinten Nationen Ende Juli niedergelegt hatte, erklärte, es habe zwar vereinzelt gute Zusammenarbeit zwischen Katholiken und orthodoxen Christen sowie Muslims gegeben. Vor allem die orthodoxe

Kirche habe gleichwohl eine nationalistische Grundhaltung bewahrt. In den achtzehn Berichten, die er seit seinem Amtsantritt 1992 verfaßt habe, habe er immer wieder darauf hingewiesen, daß der Konflikt auf dem Balkan kein Religionskrieg sei. Religionszugehörigkeit spiele dennoch als Bestandteil für die nationale Identität eine wichtige Rolle.

Ausdrücklich würdigte Mazowiecki den Bischof von Banja Luka, Komarica, und den Erzbischof von Zagreb, Kardinal Kuharic, die eine „sehr ehrenhafte Haltung“ einnehmen. Die Bischöfe der Vereinigten Staaten haben inzwischen den Bischof Komarica von Banja Luka für den diesjährigen Menschenrechtspreis des Robert F. Kennedy Memorial Center vorgeschlagen. Wie die kroatische katholische Nachrichtenagentur IKA am Wochenende meldete, soll mit der Nominierung der Einsatz des Bischofs für Gewaltlosigkeit und Menschenrechte gewürdigt werden.

Mazowiecki verurteilte jedoch auch das Verhalten einiger katholischer Priester besonders in der Herzegowina, die „nationalistischen Einfluß“ ausgeübt und sich auf an kroatischen Katholiken in der Region begangenes Unrecht konzentriert hätten, ohne deren Fehlverhalten zu brandmarken.

Schwere Vorwürfe gegen die serbisch-orthodoxe Kirche hat am vergangenen Wochenende der Bischofsvikar von Banja Luka, Miljenko Anicic, erhoben. Die serbisch-orthodoxe Kirche lasse sich für das gemeinsame Ziel aller Serben einspannen, das angeblich bedrohte Serbentum zu retten und ein Großserbien zu schaffen, sagte Anicic am Samstag in Königstein beim 45. Internationalen Kongreß „Kirche in Not“

Anicic sagte, die serbisch-orthodoxe Kirche habe „die unbewußten nationalistischen Regungen ihrer Anhänger mobilisiert und immer wieder angeheizt“. Während die serbisch-orthodoxe Seite immer wieder behauptete, in diesem Krieg das Christentum gegen den offensiven Islam zu verteidigen, sei gleichzeitig die katholische Kirche in Bosnien von den Serben in weiten Gebieten vernichtet worden, sagte Anicic.

Der Bischof von Dubrovnik, Puljic, äußerte am Rande des Königsteiner Kongresses im Gespräch mit der Katholischen Nachrichten-Agentur die Hoffnung, die Bombardierung serbischer Stellungen in den vergangenen Tagen werde die Serben an den Verhandlungstisch bringen. Die Serben müßten verstehen, daß man Verhandlungen nicht mit Gewehren führen solle, fügte er hinzu. Bei künftigen Friedensgesprächen müßten auch objektive Normen zur Sprache kommen, etwa die Rechte der Vertriebenen und die Frage einer Entschädigung für die von den Serben angegriffenen Staaten Kroatien und Bosnien-Herzegowina.

Eine Gruppe bedeutender Persönlichkeiten der orthodoxen Kir-

che hat unterdessen an den Belgrader Patriarchen Pavle appelliert, die serbische Orthodoxie solle sich eindeutig von jeder Gewalt distanzieren. Der Heilige Synod müsse deutlicher klarstellen, „daß die Kirche keine Handlungen rechtfertigt, die Waisen und Witwen schaffen, daß sie Gewaltakte gegen Nachbarn und das Blutvergießen an Unschuldigen verurteilt“, heißt es in der Erklärung.

Der öffentliche Appell wurde vom Orthodoxen Friedensbund mit Sitz im niederländischen Alkmaar initiiert, berichtet der in Paris ansässige „Orthodoxe Pressedienst“. Zudem wird der Kirchenführung vorgeschlagen, alle Waffensegnungen zu untersagen.

(aus: Deutsche Tagespost vom 05.09.1995)

Eine deutsch-jüdische Identität

Ein Interview mit dem Professor für Neuere Geschichte an der Hochschule der Bundeswehr in München, Michael Wolffsohn

Michael Wolffsohn kam 1947 in Tel Aviv zur Welt, wohin seine Eltern 1938 als Juden vor den Nationalsozialisten geflüchtet waren. Die Familie kehrte 1954 ins Nachkriegsdeutschland zurück. Nach einjährigem Studium in New York ging Wolffsohn für drei Jahre nach Israel, um dort im Militär zu dienen. 1970 kam er in seine Heimatstadt Berlin zurück und studierte dort Geschichte, Politik und Volkswirtschaftslehre an der Freien Universität, wo er 1975 promovierte. 1981 folgte er einem Ruf an die Hochschule der Bundeswehr in München auf den Lehrstuhl für Neuere Geschichte. Das aktuelle Buch Wolffsohns „Frieden jetzt?“ beschäftigt sich mit dem Friedensprozeß im Nahen Osten. Das Interview führte Michaela Koller und erschien in der Deutschen Tagespost vom 01.08.1995.

Professor Wolffsohn, Ihr neuestes Buch zur Nahost-Frage trägt im Titel den Namen der israelischen Friedensbewegung 'Frieden jetzt', der Sie selbst nahegestanden haben. Was bewog Sie, sich diesen Positionen anzuschließen?

In der Zeit, als ich in Israel lebte, galten meine Sympathien der Friedensbewegung, weil es zu einer friedlichen Koexistenz zwischen Israelis und Palästinensern nie eine Alternative gegeben hat. Diese Bewegung tritt für einen Kompromiß zwischen beiden Völkern ein. Jetzt sympathisiere ich



als Beobachter der nahöstlichen Szene immer noch mit der Bewegung 'Frieden jetzt!', weil sie – im Gegensatz zur deutschen – immer eine realistische Friedensbewegung gewesen ist.

Ich hielt dagegen die Araber- und Palästinenser-Politik Golda Meirs für undifferenzierter und daher für falsch. Auf diesem Weg konnte sie keinen Kompromiß erreichen. Natürlich darf man auf der anderen Seite nicht vergessen, daß zu dieser Zeit die Palästinenser eindeutig auf die terroristische Karte gesetzt haben.

1967 sind Sie für drei Jahre nach Israel gegangen, um dort Ihren Militärdienst abzuleisten. Seit dem Sechs-Tage-Krieg im Juni desselben Jahres galt Israel als unbesiegbar im Nahen Osten. Hat sich das nicht auch auf das Bewußtsein der israelischen Gesellschaft ausgewirkt?

Natürlich, die technologische und militärische Überlegenheit gegenüber den bevölkerungsreichen arabischen Ländern hat das Selbstbewußtsein Israels in einer dramatischen Weise gestärkt. Das spürte man in jeder Hinsicht.

Wie sind Sie mit dieser Siegermentalität zurechtgekommen?

Diese Mentalität war für mich fremd. Da ich ja in Deutschland groß geworden bin, zählte Stärke basierend auf militärischer Kraft nicht unbedingt zu den Idealen, die mich geprägt haben. In Israel mußte ich deshalb umdenken. Ich muß zugeben, daß mir das schwer gefallen ist. Deutschland und Israel sind zwei politische Welten. In der deutschwesteuropäischen Welt, in der ich aufgewachsen bin, betrachtete man das Militär als notwendiges Übel. In der israelischen Welt war das Militär notwendig, um zu überleben. Das haben sich die meisten in Westeuropa gar nicht klar gemacht.

Die Bedeutung der militärischen Stärke in Israel spiegelt auch ein Mißtrauen wider, das heute noch nicht beseitigt ist. Welche politische Lösung könnte denn diesen Argwohn zukünftig abbauen?

Ein Lösungsmodell wäre die personelle Autonomie basierend auf den Vorstellungen der österreichischen Sozialdemokraten Bauer und Renner, die dieses Modell um

die Jahrhundertwende formulierten. Das heißt einerseits Selbstbestimmung als Grundlage und Ziel jeglicher Politik und andererseits, aufgrund der demographischen Situation, keine räumliche, sondern eine personengruppen-bezogene Selbstbestimmung.

Das bedeutet für die israelische Situation, daß der Palästinenser in Nordisrael die Vertretung der Palästinenser ebenso wählt wie der Palästinenser in Hebron oder Ost-Jerusalem. Die jüdischen Israelis in Tel Aviv, Haifa und West-Jerusalem wählen ihre eigene Vertretung. Das heißt aber nicht, daß es nicht trotzdem auch territorial zugeordnete Räume der Selbstbestimmung gibt. Der Gaza-Streifen wird rein palästinensisch bleiben, das Westjordanland wird mehr und mehr wieder rein palästinensisch werden. Es gibt im israelischen Kernland rein jüdische Räume. Ein großer Teil des Landes ist aber gemischt. Eine Entmischung ist nur mit einer Entmenschlichung möglich.

Dieses Modell ist deshalb so überzeugend, da im Jahre 2030 die Palästinenser im israelischen Kernland in der Mehrheit sein werden.

Ihre Erfahrungen in Israel stellen sicher nicht nur die Grundlage für wissenschaftliche Analysen dar. Welche persönlichen Konsequenzen hatten denn ihre Erlebnisse?

In Israel habe ich gemerkt, wie deutsch ich geprägt bin. Ich bin nach Israel in der irrigen Annahme gegangen, gar nicht so deutsch geprägt zu sein. Ich wollte eigentlich auch in Israel bleiben. Dort merkte ich aber, daß mich die deutsche Geschichte, Politik, Kultur und das Tagesgeschehen ungeheuer stark bewegte. Das ist eine Erfahrung, die jeder immer wieder macht, der sich selbst gegenüber ehrlich ist und lange im Ausland lebt. Sie können den Versuch unternehmen, den eigenen sprachlichen, familiären und geschichtlichen Bindungen zu entfliehen. Aber das ist unmöglich.

Bezüglich Ihrer Identität als Deutscher und als Jude sind Sie einmal als „Gebrochener“ bezeichnet worden. Was heißt das?

Ich verstehe darunter, daß nichts bei mir nur in eine Richtung verläuft. Mehrere Linien führen zu mir und werden von mir gebrochen, das heißt umgeleitet. Ich

verarbeite zum Beispiel die jüdisch-geschichtlichen und jüdisch-religiösen Linien, die auf mich treffen, in meiner Person. Der Input wird in dieser Black Box gebrochen. Was dabei herauskommt, ist ein ganz persönlicher Output, ein ganz persönliches Ergebnis.

Was bedeutet für Sie der Output „deutsch-jüdischer Patriot“, ein Resultat, das Sie selbst so benannt haben?

Ich bekenne mich deutlich zu meiner doppelten Identität, zu meiner jüdischen und zu meiner deutschen. Ich meine, daß man diese Identität zu einer neuen Einheit formen kann. Patriotismus ist das Eintreten für das eigene Gemeinwesen, gerade, weil es das eigene ist. Das bedeutet, für das Lebens- oder gar Liebenswertes im eigenen Gemeinwesen einzutreten. Wenn es nicht lebens- oder liebenswert ist, dann tritt man dafür ein, daß es so wird. Ist es bereits so, dann versucht man, es so zu erhalten. Mein Patriotismusbegriff ist ganz nüchtern und pragmatisch. Ich habe immer gesagt, daß gerade der Deutschen Vaterland kratzbürstig und stachelig ist. Wie kein Mensch perfekt ist, so ist auch kein Staat perfekt.

Für einen jüdischen Bürger ist es hoch erfreulich, was dieser Staat an Sicherheit und Schutz für uns heute bietet. Ein deutsch-jüdischer Patriotismus heißt für mich, den Zustand des heutigen Deutschland mit dem vergangenen zu vergleichen. Heute ist Deutschland eine funktionierende westliche Demokratie. Ich bin natürlich der letzte, der nicht auch die Zeichen der Intoleranz erkennen würde. Ich bin ja selbst Haßobjekt von Rechtsextremisten.

Dann ist es sicher nicht leicht, die Aufgabe des Vermittlers zu erfüllen, die diese deutsch-jüdische Synthese nahelegt.

Ich bin viel stärker als die meisten der in Deutschland lebenden Juden von Deutschland geprägt. Die jüdische Nachkriegsgemeinde in Deutschland war eine Gemeinschaft von ungefähr 70 bis 75 Prozent Juden, die nicht aus Deutschland kamen. Das waren meistens Überlebende der Vernichtungslager, die aus verständlichen Gründen keine besondere Verbindung

zu Deutschland empfanden. Mein Familie ist dagegen seit Jahrhunderten in Deutschland gewesen. Daß ich mich als Deutscher fühlen kann, ergibt sich daraus, ist aber für viele meiner Glaubensgenossen schwer verständlich.

Viele meiner nichtjüdischen Kritiker nehmen mir übel, daß ich trotz aller negativen Erscheinungen positive Bilanz ziehe. Ich lasse mich nicht von der „ewigen Schuld“ leiten. Ich störe viele nichtjüdische Deutsche beim Vätermord im symbolischen Sinne. Ohne die Täter zu verteidigen oder zu entschuldigen, stelle ich fest, daß ein Teil der Generation der Täter ein wirklich neues Gemeinwesen aufgebaut hat.

Eine vernünftige Vergangenheitsbewältigung kann sicher ein Beitrag sein, die These von der Kollektivschuld aufzuheben. Die Vergangenheit zu bewältigen bedeutet, sich ihrer zu erinnern. Kann das geplante Holocaust-Mahnmal in Berlin dazu beitragen?

In Deutschland braucht man kein zentrales Holocaust-Mahnmal, denn in Deutschland gibt es die Tatorte, für die keine Gelder vorgesehen sind und die daher verkommen. Diese Tatorte sind authentisch. Jedes Denkmal ist etwas, das mit Kunst zu tun hat und

deshalb künstlich ist. Weil es künstlich ist, dämpft es die eigentlich Schockwirkung.

Ich spreche daher, wenn ich von Holocaust-Mahnmal rede, von der Wattierung der Erinnerung. Diese Wattierung verharmlost die Erinnerung. Ich bin deshalb gegen diese Ästhetisierung. Außerdem bin ich gegen eine Selektion der Opfer, wie sie der Entwurf für das Berliner Denkmal vorsieht. Wenn es denn schon eine Stätte sein soll, wo Staatsgäste ihre Kränze niederlegen, dann vermag ich nicht zu erkennen, warum es nicht möglich sein soll, Staatsbesucher in Deutschland mit einem Hub-schrauber nach Auschwitz zu fliegen. Die polnischen Behörden werden sicherlich nicht dagegen sein.

Aus der schrecklichen Vergangenheit des Holocaust für die Zukunft zu lernen bedeutet ja auch, sich über das besondere Verhältnis zu lebenden Juden bewußt zu werden. Wird denn Deutschland seine Verantwortung gegenüber dem jüdischen Staat gerecht?

Diese Frage muß man auf zwei Ebenen beantworten. Auf der Regierungsebene wird Deutschland seit der Gründung der Bundesrepublik unabhängig von der Zusammensetzung der Koalitionen eindeutig dieser Verantwortung gerecht.

Auf der gesellschaftlichen Ebene ist das Bild wirklich gebrochen, weil die Mehrheit der Bevölkerung seit 1981 eindeutig auf Distanz gegangen ist. Israel zählt neben Rußland, Polen und China eindeutig zu der unbeliebtesten Staaten. Die Mehrheit meint nicht einmal, daß man aufgrund der deutschen Geschichte eine besondere Verantwortung gegenüber dem jüdischen Staat trüge. Deutschland steht bei der israelischen Öffentlichkeit besser da als umgekehrt Israel in der deutschen Öffentlichkeit. Das betrübt mich. Da ist ein Defizit

Um von der Bewältigung der braunen zur Bewältigung der roten Vergangenheit zu kommen: Was ist Ihr wissenschaftlicher Beitrag zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte?

Im Herbst dieses Jahres erscheint mein neuestes Buch, das ich der Juden- und Israelpolitik der DDR im internationalen Zusammenhang widme. Der Titel heißt: „Die Deutschlandakte. Tatsachen und Legenden. Juden und Deutsche in Ost und West.“ Meine Mitarbeiter und ich haben bei der Arbeit für das Buch in den Archiven manche Schmankele gefunden, bei denen einem der Appetit vergeht. Zum Beispiel wurden viele der antisemitischen Kampagnen in der Bundesrepublik eindeutig von der DDR beschlossen und durchgeführt.

KURZ NOTIERT

Muszynski: Europa auf gemeinsame Werte angewiesen

Bonn, 20.09.95 (KNA) Das künftige Europa ist nach Ansicht des stellvertretenden Vorsitzenden der Polnischen Bischofskonferenz, Erzbischof Henryk Muszynski, auf gemeinsame geistige Werte und Ideen angewiesen. Politische und wirtschaftliche Interessen allein bilden kein tragfähiges Fundament für die Einheit des Kontinents, sagte der Erzbischof von Gnesen am Dienstagabend in Bonn beim traditionellen St. Michael-Jahresempfang der katholischen Kirche. Christlichen Werten wie der Über-

zeugung von der unzerstörbaren Würde der menschlichen Person sowie dem christlichen Verständnis von Freiheit und Wahrheit sollte deshalb wieder mehr Bedeutung verschafft werden. „Im neuen Europa muß moralische Solidarität den Klassenkampf und den individuellen und kollektiven Egoismus ersetzen“, fügte er hinzu. Ohne geistige Heimat gebe es kein „gemeinsames europäisches Haus“.

Der Erzbischof zog eine positive Bilanz der polnisch-deutschen Beziehungen. Seit dem historischen

Briefwechsel der deutschen und der polnischen Bischöfe im Jahr 1965 seien die persönlichen und institutionellen Kontakte zwischen beiden Ländern und Ortskirchen immer enger geworden. Sie trügen wesentlich zum Abbau der gegenseitigen Vorurteile bei und sorgten für den Aufbau eines neuen Vertrauens. - Im November 1965, vor 30 Jahren, hatten die polnischen und die deutschen Bischöfe einander um Vergebung für das im Zweiten Weltkrieg und das während der Vertreibung geschehene Unrecht ersucht.

Die Geschichte der Sowjetmarschälle

Joachim G. Görlich

Mit der Geschichte der Sowjetarmee und ihrer Marschälle befaßt sich im Buch „Armee mit Makel“ (Armia ze skazas) – auszugsweise in der liberalen Warschauer „Gazeta Wyborcza“ publiziert – der polnische Militärpublizist, Brigadegeneral a.D. Tadeusz Pióro, Absolvent der Moskauer Generalstabsakademie, langjähriger Vertreter Polens im Oberkommando des Warschauer Paktes, Stabschef des Pommerischen Wehrbereichs und bis zu seiner Abdankung stellvertretender Kommandant der polnischen Generalstabsakademie. Laut Pióro wurde der Titel „Marschall der Sowjetunion“ 1935 eingeführt, den dann fünf Männer erhielten: Klement Woroschylow, Sjemion Budionnyj, Alexander Jegorow, Michail Tuchatschewski und (der deutschstämmige) Wassilij Bluecher. Tuchatschewski führte 1920 die Rote Arme weit über die Weichsel. Die drei letztgenannten wurden als „Volksfeinde“ liquidiert.



Nach dem Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges führte J. W. Stalin die Titel „Marschall der Waffengattung“ und „Hauptmarschall der Waffengattung“ ein, parallel dazu den „Flottenadmiral“ und den „Flottenadmiral der UdSSR“. Am 26.06.1946 gab er selbst den Titel „Generalissimus“. Bis 1989 gab es dann insgesamt 115 Marschälle und Flottenadmirale der zwei genannten Stufen. Seit Mitte der achtziger Jahren wurden keine Marschällränge der Waffengattungen – außer bei der Luftwaffe – mehr vergeben. Heute gibt es in der russischen Armee keinen Marschall mehr. Es gibt dafür den Dienstgrad eines „Marschalls Rußlands“. Aspirant auf diesen Titel ist Verteidigungsminister Pawel Gratschow.

Der General hebt hervor, daß Stalin keinen Preis scheute, was die Kosten eines großen Marschallsterns anbelangte. Er bestand u.a. aus Karatgold mit Rubinen und fünf dreikarätigen Diamanten und er wurde zur Krawatte der Galauniform getragen. Kostenpreis damals: 160.000 \$. Nur der „Siegesorden“ war teurer.

Wer Marschall war, konnte mit einem Gehalt rechnen, das zigfach höher war als das eines Moskauer Ministers. Dazu gehörten eigene Datschen, eigene Limousinen, Jagdreviere, große Dienstwohnungen etc. sowie „Erholungspaläste“, zumeist auf der Krim, mit eigenen Strand. Pióro, der engen Kontakt mit einigen Marschällen und deren Offiziersumfeld hatte, berichtet, daß die übrigen Offiziere dies keineswegs als Klassenunterschied, sondern als gerecht empfanden.

Was die Vorbildung der Marschälle anbelangt, so berichtet

Pióro, daß Marschall Budionnyj lange Analphabet war. Die meisten hatten gerade mal vier Jahre Grundschule hinter sich, bis sie Karriere machten. Sehr viele kamen aus der zaristischen Kavallerie. Georgiej Shukow war als Unteroffizier sogar viermal mit dem St. Georgsorden dekoriert worden, der polnischstämmige Sowjetmarschall Konstanty Rokossowski als Fähnrich zweimal. Bei Ausbruch des sowjetisch-polnischen Krieges hatten nur 25 Prozent der sowjetischen Regimentskommandeure eine „normale“ Offizierschule absolviert. General Pióro gibt auch eine Antwort auf die Frage, warum trotz mangelhafter Vorbildung ihrer Kommandeure letztendlich der Krieg gegen Deutschland gewonnen wurde: Es sind auf sowjetischer Seite dreimal soviet Soldaten gefallen, als auf deutscher. Einige Marschälle kannte Pióro aus nächster Umgebung: Verständlicherweise seinen damaligen Oberbefehlshaber sowie damaligen polnischen Verteidigungsminister Konstanty Rokossowski und nicht zuletzt Sowjetmarschall Shukow. Diesen schildert er als besonders rücksichtslosen Militärführer und Menschenschinder. Der Rezensent hatte während seiner „polnischen“ Zeit relativ guten Kontakt zur polnischen Enkelin des Marschalls, Tamara Zukow (polnische Schreibweise von Shukow), die ihren Großvater verständlicherweise als liebevollen alten Herren schilderte. Obwohl die polnischen Zukows polnische Patrioten und Katholiken waren, besuchte der Marschall sie öfters incognito im ober-schlesischen Oppeln oder lud sie zu sich im Sommer auf die Krim ein. Shukow war in erster Ehe, aus der ein Sohn stammte, mit einer Polin verheiratet.

Das Kreuz an der Josefskapelle in Ormersviller/Lothringen ist ein Zeichen der Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland. Die zweisprachige Inschrift lautet:

A nos morts
32° Rgiment d. Infanterie
Tours
Hier adversaires - aujourd'hui amis
On souvenir des combats automne 1939

Unseren Gefallenen
1. Grenz. Inf. Rgt. 127
Zweibrücken
Damals Gegner - heute Freunde
Erinnerung an die Gefechte Herbst 1939

KIRCHE UND RELIGION IN DEUTSCHLAND

„Leben bis zuletzt: Sterben als Teil des Lebens“

WOCHE FÜR DAS LEBEN 4. bis 10. Mai 1996



Die ersten Informationen zur kommenden Woche für das Leben, die vom 4. bis 10. Mai 1996 unter dem Motto „Leben bis zuletzt: Sterben als Teil des Lebens“ stattfinden wird, sind eingetroffen. Diese Erstinformation der Deutschen Bischofskonferenz enthält die wesentlichen Daten und Hinweise. Im Oktober 1995 wird eine Informationsbroschüre zur Woche für das Leben 1996 erscheinen, die Anregungen für die Gestaltung und Durchführung in den Gemeinden, Verbänden und Gruppen gibt. Diese Broschüre sowie weiteres Begleitmaterial sind über den katholischen Standortpfarrer erhältlich oder können bis 15. Dezember 1995 beim Seelsorgeamt der zuständigen (zivilen) Diözese oder beim Katholischen Militärbischofsamt (Referat IV „Seelsorge“) bestellt werden. Die Begleitmaterialien sind kostenlos und werden im Januar 1996 vorliegen. Es handelt sich um:

- Motivplakat (DIN A0/A3/A4 – auch als Vorlage für Handzettel geeignet)
- Ankündigungsplakat für Veranstaltungen (DIN A3) Arbeitsheft mit Grundsatzbeiträgen sowie mit praktischen und liturgischen Anregungen
- Faltblatt mit Kurzinformationen zu Inhalt und Zielsetzung der Woche für das Leben. (PS)

1. Die Woche für das Leben in ökumenischer Verantwortung

Seit 1991 gibt es die Woche für das Leben in Deutschland. Sie will den Schutz des menschlichen Lebens in allen seinen Phasen und Dimensionen deutlich machen. Auf der Grundlage der Gemeinsamen Erklärung aller christlichen Kirchen in Deutschland „Gott ist ein Freund des Lebens“ von 1989 wollen die katholische und evangelische Kirche mit der Woche für das Leben in Kirche, Staat und Gesellschaft das Bewußtsein für Sinn, Wert und Würde des menschlichen Lebens schärfen. Seit 1994 wird diese Initiative gemeinsam mit der Deutschen Bischofskonferenz und dem Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland bundesweit in allen Diözesen, Landeskirchen, Verbänden und Werken durchgeführt.

Die Woche für das Leben 1996 widmet sich den Fragen, die mit dem Ende des Lebens zusammenhängen: Leben und Sterben, Sterbebegleitung und Tod. Leben und Sterben gehören bis zum Tod zusammen, denn der Mensch ist Mensch bis zuletzt. Er behält seine Würde bis in die letzte Lebenspha-

se, bis in das Sterben, bis in den Tod und über den Tod hinaus.

2. Das Thema der Woche für das Leben 1996

Obwohl der Tod heute im Alltag, vor allem in Film und Fernsehen ständig gegenwärtig ist, kommt er im eigenen Leben oft nur als „Tod der anderen“ vor. Sterben und Tod werden nicht selten aus Angst vor dem Sterbevorangang und vor der Unausweichlichkeit des Todes aus dem eigenen Leben verbannt.

Häufig werden Schwerkranke und Sterbende medizinisch betreut. Sie können dabei aber in den Zuständigkeitsbereich einer Medizinrichtung geraten, die sich von ihrem Selbstverständnis her mit allen (medizinischtechnischen) Mitteln gegen das Sterben und den Tod zur Wehr setzt.

Dem Sterben gegenüber besteht in unserer Gesellschaft eine große Sprachlosigkeit.

Immer mehr Menschen empfinden dieses Denken und das sich daraus ergebende Verhalten als unmenschlich.

Die Mehrheit der Bevölkerung wünscht sich nach wie vor, zuhause sterben zu können, weil innerhalb der eigenen vertrauten Umgebung die Ängste vor Schmerzen und Isolation, vor Verlust von Autonomie und persönlicher Integrität besser bewältigt werden. Diese Ängste können so stark werden, daß der Wunsch nach Euthanasie, also der bewußt herbeigeführten – aktiven – Tötung Schwerkranker und Sterbender durch einen Dritten, aufkommt. Dabei wird meist mit dem „Recht auf Selbstbestimmung“ oder dem „Recht auf einen selbstbestimmten Tod“ argumentiert.

Darüber hinaus ist festzustellen, daß die Erfolge durch Medizin und Technik zunehmend zu einer Faszination des Machbaren verführen. Diese birgt die Gefahr in sich, allein an die Möglichkeiten des medizinisch-technischen Fortschritts zu glauben und die Grenzen ihrer Anwendung am Lebensende aus dem Blick zu verlieren.

Andererseits wird darüber diskutiert, inwieweit kostenträchtige moderne Therapiemöglichkeiten überhaupt wirtschaftlich vertretbar genutzt werden können. Immer wieder tut sich in der Medizin eine Kluft zwischen dem technisch Möglichen und dem menschlich wie ökonomisch Vertretbaren auf. Hier muß als oberster Grundsatz gelten: Jedem Menschen steht die angemessene medizinische Versorgung zu. Alter oder Behinderung dürfen niemals Grund für einen Verzicht auf ärztliche Hilfe sein!

3. Das Anliegen der Woche für das Leben 1996

Die Botschaft der Bibel sagt uns, daß jeder Mensch ein Geschöpf Gottes ist und ihm daher von seiner Zeugung an bis zu sei-

nem Tod uneingeschränkte Personwürde zukommt. Wir sind dazu aufgerufen, unseren Nächsten in seinen Sorgen und Nöten, insbesondere in der Not seines Sterbens nicht allein zu lassen, sondern ihn auf diesem letzten Stück seiner irdischen Existenz liebevoll zu begleiten. Dabei gilt unser Augenmerk auch den Angehörigen, die vielfach eine lange und schwere Wegstrecke mit dem Sterbenden zurücklegen und nach dessen Tod um ihn trauern.

Die Kirchen wollen mit der Woche für das Leben dafür werben, daß die Idee christlich-humanen Sterbens in allen Bereichen des Lebens Aufnahme und Berücksichtigung findet: in den Familien, in

den Kirchengemeinden und Verbänden, in den Alten- und Pflegeheimen sowie in den Krankenhäusern und Kliniken.

In den vergangenen Jahren hat sich auch in Deutschland, ausgehend von Großbritannien, die sog. „Hospizbewegung“ etabliert. Das Anliegen und die Idee der Hospizbewegung fanden in den Kirchen starke Beachtung, Unterstützung und Verbreitung. Die Hospizidee verfolgt die Absicht, Menschen auf ihrer letzten Wegstrecke zu begleiten, indem sie ihre Nöte und die ihrer Angehörigen aufgreift sowie Hilfe und Unterstützung anbietet.

Als Christen verstehen wir das Leben als ein Geschenk, als Gabe und Aufgabe Gottes an uns, das

nicht wegen schwerer Lasten, die es oft mit sich bringt, nach eigenem Gutdünken und aus falsch verstandenem Mitleid beendet werden darf. Wer sein Leben in seiner Endlichkeit, Vergänglichkeit und Brüchigkeit als von Gott geschenkt und getragen weiß, darf hoffen, einen Weg durch Leid, Schmerz und Sterben zu finden, der auch die Klage einzuschließen vermag.

Es geht darum, aufmerksam für die vielfältigen Formen des Sterbens im Leben zu werden und ihnen einen Platz in unserem Leben zu geben. Dann kann sich nicht nur das Sterben würdevoll und menschlich vollziehen, sondern auch das Leben.

Solidarität ist unteilbar

Aufgaben und Ziele des Katholischen Kongresses Hildesheim

Gemeinsam mit dem Bistum Hildesheim wird das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) vom 12. bis zum 15. September 1996 in Hildesheim einen Kongreß durchführen. Er wird unter der Thematik „Solidarität ist unteilbar“ stehen.

Windrose christlicher Solidarität

Solidarität mit den Schwachen, den Armen, den Verfolgten hat von Beginn an zu den zentralen Anliegen der Christen gehört. Der Hilfe für Kranke, Behinderte, Obdachlose, für Arbeitslose und Suchtgefährdete gilt auch heute die Arbeit vieler christlicher Gruppen und Initiativen, ebenso der Einsatz für Flüchtlinge und Asylbewerber.

Seit langem schon haben Christen erkannt, daß ihre Nächstenliebe auch über die Grenzen ihres Wohnortes, ihres Landes hinaus reichen muß. Besonders nach dem Zweiten Weltkrieg sind in Deutschland zahlreiche Gruppen und Institutionen entstanden, die sich den

Menschen in den armen Ländern dieser Welt zuwenden. Sie leisten Hilfe in Notsituationen, unterstützen die Entwicklung tragfähiger, wirtschaftlicher Strukturen und fördern die Bildung.

Mit dem politischen und gesellschaftlichen Umbruch in Mittel-, Ost- und Südosteuropa haben sich auch hier neue Felder partnerchaftlicher Entwicklungsförderung eröffnet, die zunehmend von Christen ergriffen werden.

Gerechtigkeit, Frieden, Freiheit

Noch nie in der Geschichte der Menschheit war die weltweite Dimension der Solidarität so offensichtlich wie heute. Vor diesem Hintergrund soll der Katholische Kongreß Hildesheim Impulse geben, damit die Fähigkeit zur Solidarität mit den Menschen, die ihrer bedürfen, ob im Osten, in den Ländern des Südens oder auch im eigenen Land, wächst. Er soll ein Beitrag dazu sein, daß sich Christen in

praktischer Nächstenliebe und Gerechtigkeit aus einer wachsenden Lethargie und Resignation angesichts der sich weltweit verschlechternden Verhältnisse befreien und sich in dieser Freiheit auch selbst religiös und geistlich erneuern. Auf diese Weise soll einerseits der Gedanke Ausdruck erlangen, daß Solidarität unteilbar ist, daß West-Ost nicht gegen Nord-Süd oder Armut im eigenen Land stehen kann. Auf der anderen Seite soll auch deutlich werden, daß das Engagement für Solidarität, Gerechtigkeit und Freiheit ein unverzichtbarer Dienst am Frieden in der Welt ist.

Erfahrungstransfer

Ein weiteres Ziel des Kongresses ist der Erfahrungstransfer. Im Laufe der Jahre und Jahrzehnte konnten beispielsweise in der Solidaritätsarbeit zwischen Nord und Süd viele Erfahrungen gesammelt werden, auf die man beim Aufbau der Ost-West-Arbeit zurückgreifen könnte. Solche Erfahrungen miteinander ins Gespräch zu bringen und sie so für den jeweils anderen Bereich fruchtbar zu machen, haben sich die Kongreßveranstalter vorgenommen.

Akzeptanz stärken

Solidaritätsarbeit, gleich in welchem Bereich, ist auf eine möglichst umfassende gesellschaftliche Akzeptanz angewiesen. Dem steht ein ganz offensichtlicher Interessenrückgang gegenüber. Weltweit ist eher eine rasch voranschreitende Individualisierung und Entsolidarisierung zu beobachten. Der Kongreß wird die Aufgabe haben, nach Möglichkeiten zu suchen, wie man diesen Tendenzen begegnen und die Notwendigkeit der Solidarität vermitteln kann.

Arbeitsweise

Zu dem Katholischen Kongreß Hildesheim sind Personen, Gruppen, Initiativen und Institutionen eingeladen, die in der kirchlichen Solidarität zwischen 'Nord' und 'Süd', zwischen 'Ost' und 'West' und an sozialen Brennpunkten in Deutschland aktiv sind.

In großen Foren wird der Kongreß die soziaethischen Grundlagen solidarischen Handelns gemeinsam mit Vertretern aus Politik und Gesellschaft neu beden-

ken und Themenfelder der Solidaritätsarbeit benennen und zur Diskussion stellen. Arbeitskreise und Infobörsen sollen zur Vernetzung kirchlicher Solidaritätsarbeit beitragen. Gottesdienstliche Angebote sollen Impulse für die Spiritualität der Solidarität geben. Kulturelle Veranstaltungen sollen die gesamte Dimension weltweiter Solidarität 'sichtbar' und 'hörbar' machen.

Religion und Glaube im Spannungsfeld demokratischer Entwicklung

Willy Trost

Wenn etwas unverträglich ist, dann sprechen wir von Feuer und Wasser. Aber auch Religion und Glaube und Demokratie sind offensichtlich solche unvereinbaren und scharfen Gegensätze. Wer an Gott glaubt, kann nicht glauben, daß Gott nicht allmächtig ist. Also wird sich der Allmächtige, auf dessen Güte, Verzeihung und Vergebung wir hoffen, durch uns oder durch die Abstimmung einer Gruppe kaum beeinflussen lassen. Es ist ja keine Frage, die Demokratie scheint die bestgeeignetste Form des Zusammenlebens für Menschen zu sein. In unserer Gesellschaft, die sich so demokratische fühlt und gibt, bestimmen dennoch einige wenige Personen wesentlich, was uns allen wahr, richtig oder glaubhaft erscheint. Im Vergleich zu der Gesamtbevölkerung bestimmen geradezu winzige Minderheiten Abläufe ungeahnten Ausmaßes. Diese Minderheiten haben einen völlig undemokratischen Einfluß auf unser tägliches Leben gewonnen. Eine Organisation wie Greenpeace hat nur 30 Mitglieder. Was können diese 30 aber alles bis hinauf in die Bundesregierung bewegen und bewirken? Eine Organisation, in etwas weniger starkem Maße, amnesty international, scheint heute in der Lage zu sein, Weltpolitik zu machen, die Mächte zu der ihr geeignet erscheinendem

Verhalten zu veranlassen. Ist das etwa demokratisch? Ist es demokratisch, wenn uns die Medien, insbesondere hier das Fernsehen und einige Magazine, unsere Meinung, unser Denken für diese und die nächste Woche vorbestimmen? Ist es nicht so, daß unsere Demokratie mittlerweile von den Medien her gelenkt und gesteuert wird? Kehren wir zur Frage Religion und Demokratie zurück, dann erscheint diese in etwas anderem Licht: die Demokratiekampagnen in der katholischen Kirche merkwürdigerweise gibt es dieses Phänomen nur in dieser, der größten Kirche. Den Menschen unserer Zeit, die sich so leicht lenken lassen, wird unablässig erklärt, es ginge ihnen und ihrer Kirche besser, wenn diese Kirche mehr demokratisch beeinflussbar würde. Glaubt jemand allen Ernstes, daß es um sein Seelenheil besser bestellt ist, wenn er in irgendeiner Form seinen Pfarrer, seinen Beichtvater, seinen Bischof oder gar den Papst mitwählen kann? Glaubt denn einer von denen, die wirklich glauben, daß der Weg zum Himmelreich leichter wird, wenn wir demokratisch darüber abstimmen, was Sünde ist, in welcher Form Vergebung stattfinden soll? Geht es uns noch um die Gewinnung des Seelenheils, des Seelenfriedens und damit des besseren

Verhältnisses zu unserem Schöpfer? Wollen wir heutigen modernen Menschen überhaupt noch an Gott, Sünde und Vergebung, die Ewigkeit glauben? Wie also sollen wir uns verhalten? Vielleicht beginnen wir wieder einmal damit, daß wir im Gebet mit Gott sprechen, den Weg zu ihm suchen und nicht darauf schießen, was die Gruppe, in der wir leben, von ihrem Verhältnis zu Gott hält.

Wohin hat uns nur der Zeitgeist geführt? Es gilt zurückzukehren zum Fundament unseres Menschseins, unserer Kultur und damit auch zum Bindemittel unseres Zusammenlebens. Demokratie kann und will nicht mehr, als das Verhältnis der Menschen untereinander und der Gemeinschaften und der Staaten zueinander regeln. Selbst dafür ist sie nicht immer besonders gut, aber besser geeignet als alle anderen bekannten Formen. Für die Religion, für unser Inneres, unsere Bedrückungen, Sorgen und Nöte eignet sich die Demokratie aber auf gar keinen Fall. Niemand soll glauben, daß er mit Gleichgesinnten über Gottes Gebote abstimmen kann und sich diesem Abstimmungsverhalten beugen oder es akzeptieren wird. Unser Herrgott ist kein Demokrat, nicht wähl- oder abwählbar, er ist unser Schöpfer und unser Ziel.

MILITÄRSEELSORGE

Die sittlichen, geistigen und seelischen Kräfte bestimmen mehr noch als fachliches Können den Wert des Soldaten

Hermann-Josef Kusen

Grußwort bei der Sitzung des Bundesvorstandes der GKS in Aachen am 29. September 1995

Es ist mir eine große Freude, Sie bei Ihrer Bundesvorstandstagung im Wehrbereich III begrüßen zu dürfen. Zugleich ist es eine Ehre, daß Sie einen so unbedeutenden Wehrbereich am westlichen Rand der Republik für diese Tagung ausgesucht haben.

Vielleicht ist es für Ihre Überlegungen hilfreich, wenn ich einige Worte zu diesem Wehrbereich und zur Arbeit der Militärseelsorge in diesem Wehrbereich sage. Wir alle wissen, daß sich die Lage in der Bundeswehr und auch in der Militärseelsorge in den letzten Jahren verändert hat. Dies läßt sich am ehesten an einigen Zahlen verdeutlichen:

Bevor die Reduzierung der Bundeswehr begann, waren im Wehrbereich III etwa 72.000 Soldaten stationiert. Davon waren ca. 39.000 katholisch, etwa 30.000 evangelisch und etwa 3.000 gehörten keiner der beiden großen Konfessionen an. Das letztere waren ca. 4%.

Am 7. Februar 1995 waren im Wehrbereich III 48.696 Soldaten stationiert. Davon sind 23.539 katholisch, 19.523 evangelisch, und 5.634 gehören keiner der großen Konfessionen an. Das sind 11,5%.

Zu diesen 11,5% zählen sicherlich Soldaten, die einer Freikirche angehören oder einer der anderen großen Religionen. Wahrscheinlich aber wird der größte Teil dieser 11,5% ohne kirchliche oder auch religiöse Bindung und Beheimatung sein.

11,5% gegenüber vorher 4%. Das läßt uns als Seelsorger natürlich aufhorchen und nach den Ursachen fragen. Es wäre zu einfach, da nur eine Ursache zu nennen; aber sicher spielt das eine Rolle, was wir in diesem Jahr auch feiern, nämlich 5 Jahre Armee der Einheit. Seit der Vereinigung unseres Landes gehören in stärkerem Maße zur Bundeswehr auch Soldaten, die in den letzten 50 Jahren ihren Glauben und ihre kirchliche Bindung verloren haben oder sie nie erfahren haben. Aber 11,5 % im Wehrbereich III, das sind auch Angehörige der Bundeswehr, die in den alten Bundesländern groß geworden sind, nie eine religiöse und kirchliche Bindung hatten oder zumindest die kirchliche Bindung in den letzten Jahren aufgegeben haben.

Die Gründe hierfür sind wahrscheinlich vielfältiger Art. Es wäre zu einfach, nur finanzielle Gründe ins Feld zu führen – etwa die Verlockung, den Solidar-Zuschlag durch die Einsparung der Kirchensteuer aufzufangen; da wird es auch andere Gründe geben, z.B. daß Menschen nichts gegen Gott haben, aber sich an seinem Bodenpersonal reiben. Präses Beyer von der evangelischen rheinischen Landeskirche berichtete einmal, daß es mehr als einmal passiert, daß jemand aus der evangelischen Kirche austritt, weil er sich über den Papst geärgert hat. Auch das könnte man praktizierte Ökumene nennen.

Aber die Gründe für diese 11,5% werden nicht nur subjektiver Art sein, sondern liegen ganz sicher auch bei den Kirchen selbst,

bei uns Seelsorgern und vielleicht auch bei den Gläubigen: daß es uns nicht gelingt, die Botschaft Jesu überzeugend weiterzugeben, ihre Bedeutung für unser Leben aufzuzeigen und zugleich den Menschen eine Heimat zu geben.

Sie kennen wahrscheinlich die Geschichte, die mir ein evangelischer Mitbruder einmal erzählte, wie sich drei Pfarrer darüber beklagen, daß sich im Gebälk ihrer Kirchen Fledermäuse eingenistet haben. Der eine hat den Kammerjäger geholt, vergeblich; der andere hat sie alle eingefangen, 300 Km weit transportiert und dort fliegen lassen – sie kamen alle zurück. Da lächelte der dritte und sagte: ich bin sie alle los. Auf die Frage nach dem Rezept antwortete er: ich habe sie konfirmiert, da waren sie weg. Das könnte man in abgewandelter Form ganz sicher auch von der katholischen Kirche erzählen. Und das muß uns nachdenklich stimmen.

Die Reduzierung der Bundeswehr und damit die Reduzierung der Zahl der evangelischen und katholischen Soldaten führt zwangsweise auch zu einer Reduzierung der Seelsorgebezirke, auch im Wehrbereich III. Ursprünglich gab es im Wehrbereich III je Konfession 22 hauptamtlich zu besetzende Seelsorgebezirke. Beim Schlüssel „pro 1.500 Soldaten ein Pfarrer“ müßten es bei 24.000 katholischen Soldaten jetzt eigentlich noch auf katholischer Seite 16 Seelsorgebezirke sein. Da wir aber mit dem uns zustehenden Kontingent an Pfarrern auch die Seelsorgebezirke im Ausland, in den neuen Bundesländern und an den großen Schu-

len besetzen müssen, werden wir künftig im Wehrbereich III nur noch 13 Seelsorgebezirke pro Konfession haben. Das bedeutet, daß unsere Pfarrer bei einer Zahl von etwa 1.200 – 2.500 Soldaten ihrer Konfession einen flächenmäßig weitaus größeren Seelsorgebezirk als früher zu betreuen haben und dadurch weitaus mehr als früher unterwegs sind, um die ihnen anvertrauten Soldaten zu erreichen. Das ist nicht ideal, aber letztlich die Folge der Reduzierung der Bundeswehr.

Zur Zeit sind im Wehrbereich III alle Seelsorgebezirke besetzt. Vakanzen entstehen im Dezember und Januar, wenn die Standortpfarrer Köln und Münster ausscheiden.

Lassen Sie mich in einem zweiten Teil etwas zur Arbeit unserer Pfarrer sagen.

Für viele unserer jungen Militärgeistlichen ist die Seelsorge unter den Soldaten ein neues und ungewohntes Arbeitsfeld. Nur wenige haben Wehrdienst geleistet. Fast alle kommen aus der normalen Gemeindegemeinschaft, wo in der Regel die Menschen, wenn sie es möchten, zum Pfarrer und zur Kirche kommen.

Militärseelsorge aber ist Seelsorge am Arbeitsplatz. Da geht der Pfarrer zum Soldaten oder – wie einmal der Titel eines Films über die Militärseelsorge lautete: Die Kirche kommt zu ihnen.

Das war das Anliegen der Männer in Staat und Kirche, die vor 40 Jahren die Militärseelsorge für die Bundeswehr konzipiert und im Militärseelsorgevertrag und in den Päpstlichen Statuten sowie in verschiedenen Zentralen Dienstvorschriften niedergelegt haben.

Es wäre nicht schlecht, wenn wir uns den einen oder anderen Satz aus diesen Dokumenten dann und wann noch einmal in Erinnerung rufen würden; zum Beispiel die Präambel des Militärseelsorgevertrages, wo vom Bewußtsein der gemeinsamen Verantwortung für die freie religiöse Betätigung und die Ausübung der Seelsorge in der Bundeswehr gesprochen wird. Diese Verpflichtung und Verantwortung waren der Grund dafür, daß „der Anspruch des Soldaten auf Seelsorge und ungestörte Religionsausübung“ im § 36 des Soldatengesetzes festgeschrieben wurde.

In all den Jahren meiner Tätigkeit als Militärseelsorger haben u.a. zwei Grundsätze mein Verhältnis zu den Soldaten und meine Arbeit unter den Soldaten begleitet:

- Der erste Grundsatz war: vom Soldaten der Bundeswehr wird nicht ein bedingungsloser Gehorsam erwartet, sondern ein gewissenhafter Gehorsam – ein Gehorsam, der auf der grundsätzlichen Entscheidung seines Gewissens beruht und von einem ausgeprägten Gewissen auch begleitet wird.
- Der zweite Grundsatz steht in der ZDv 66/2, wo vom Lebenskundlichen Unterricht gesagt wird: „Er hat die Aufgabe, dem Soldaten Hilfe für sein tägliches Leben zu geben und damit einen Beitrag zur Förderung der sittlichen, geistigen und seelischen Kräfte zu leisten, die mehr noch als fachliches Können den Wert des Soldaten bestimmen.“

Dieser Satz ist nicht von frommen Kirchenleuten verfaßt worden, sondern von den Vätern der Bundeswehr; und er stammt aus einer ZDv, die mit der Militärseelsorge nichts zu tun hatte, wohl aber mit dem Menschenbild des Soldaten.

Ein vom Gewissen geprägter Gehorsam und die Förderung der sittlichen, geistigen und seelischen Kräfte, die mehr noch als fachliches Können den Wert des Soldaten bestimmen: hier liegt ein wesentliches Aufgabenfeld der Militärseelsorge. Aber wenn die Militärseelsorge diese Aufgabe erfüllen soll, dann muß sie auch in einer noch so knappen Dienstzeit den Raum dafür erhalten und darf nicht das Gefühl vermittelt bekommen, sie störe einen geordneten Dienstablauf.

Ich will jetzt kein Magelied anstimmen. Aber unsere Pfarrer machen dann und wann schon bittere Erfahrungen, wie etwa folgende:

- da ist der Unterricht angesetzt, aber es kommt niemand. Nachforschungen ergeben, daß der Befehl des Bataillons nicht umgesetzt worden ist;
- oder es fehlen ganze Gruppen von Soldaten; – andere kommen erst nach 20 Minuten;
- dreimal erscheint ein Soldat und versucht auf Weisung irgendeines Vorgesetzten, einen anderen Soldaten herauszurufen;

- neulich war lebenskundlicher Unterrichtstag für Rekruten, geblockt, also die einzige Begegnung des Pfarrers mit den jungen Wehrpflichtigen während der Grundausbildung. Die Soldaten saßen wie nasse Säcke auf den Stühlen und schliefen. Schließlich kam heraus: sie kamen aus der Nachtausbildung, waren erst um drei Uhr ins Bett gekommen und um fünf Uhr wieder aufgestanden.

Der lebenskundliche Unterricht wird mit den für die Ausbildung Zuständigen – also den S3 – sehr frühzeitig abgesprochen. Die Nachtausbildung vor der ersten und einzigen Begegnung des Pfarrers mit den jungen Wehrpflichtigen war sicher kein sehr hilfreicher Termin, zeigt vielleicht aber auch eine gewisse Einstellung zur Militärseelsorge.

„Der vom Gewissen geprägte Gehorsam und die Förderung der sittlichen, geistigen und seelischen Kräfte, die mehr noch als fachliches Können den Wert des Soldaten bestimmen.“

Die Prägung des Gewissens und die Besinnung auf die geistigen und sittlichen Werte gehören neben der religiösen Besinnung zu den Bestandteilen der Werkwochen und Exerzitien. Hierzu sagt die ZDv 66/1 unter der Nr. 26: Zur Pflege und Vertiefung des religiösen Lebens werden von den Militärgeistlichen außerdem Rüstzeiten und Exerzitien durchgeführt. Zur Teilnahme soll den Soldaten, die Grundwehrdienst leisten, wenigstens einmal, den längerdienenden mehrmals Sonderurlaub gewährt werden.

Die Durchführung von Werkwochen, Exerzitien und Rüstzeiten ist in den letzten Jahren nicht einfacher geworden. Unsere jungen Soldaten, die ein Spiegelbild der entsprechenden Altersstufe in unserer Gesellschaft sind, werden nicht plötzlich fromm, wenn sie einen Pfarrer beim Bund sehen. Viele bringen es auch nicht fertig, vier Tage rund um die Uhr zusammenzusein, ohne abends nach Hause fahren zu können. Offensichtlich bereit aber auch die Frage Sonderurlaub und Abgeltung des aufgelaufenen Dienstzeitausgleichs Probleme, die den Soldaten dann bewegen, nicht an einer Werkwoche teilzunehmen.

Wenn aber dann – um nur ein Beispiel für viele zu nennen – von 17 Soldaten, die sich für eine Werkwoche gemeldet haben, acht keine Erlaubnis zur Teilnahme erhalten, so daß die Maßnahme an sich hätte ausfallen müssen, dann wird die Arbeit unserer Pfarrer nicht nur erschwert, sondern fast unmöglich gemacht.

Wir müssen auch in Zukunft einen Weg finden, der die Arbeit der Militärseelsorge auch bei einem veränderten Auftrag und einer gekürzten Wehrdienstzeit möglich macht.

Die ZDv 66/1 beschreibt im Abschnitt D die Aufgaben der Truppenführer bezüglich der Militärseelsorge. Die Nummer 33 beginnt mit dem Satz: der Truppenführer „hat den Militärggeistlichen bei der Ausübung der Seelsorge jede Unterstützung zu gewähren.“ Ich habe an diesen Satz gedacht, als ich vor einiger Zeit folgende Situation erfuhr: Truppenübungsplatzaufenthalt; der Pfarrer ist mit dabei. Bereits im Standort war für Sonntagmorgen 8.00 Uhr der Gottesdienst geplant und abgesprochen worden. Als der Sonntag kam, wurde der Gottesdienst auf den

Nachmittag gelegt, weil zuerst der technische Dienst erledigt werden mußte. Am Nachmittag war dann zur Gottesdienstzeit Chefbesprechung angesetzt. Teilnehmer beim Gottesdienst: von 1.000 anwesenden Soldaten vier Mann. Niemand erwartet, daß die Soldaten zum Gottesdienst getrieben werden. Aber es kann doch auch nicht dem Geist des Soldatengesetzes und dem Geist der Verträge entsprechen, wenn die Rahmenbedingungen für einen solchen Gottesdienst so festgelegt werden, daß derjenige, der daran teilnimmt, fast schon einen Heiligenschein verdient hätte. Ich kann mir natürlich kein Urteil über die Gestaltung des Dienstplanes auf einem Truppenübungsplatz erlauben; aber ich frage mich, ob am Morgen nach dem Frühstück nicht die 3/4 Stunde Zeit gewesen wäre, um in würdiger Form einen Feldgottesdienst zu feiern. Die Erfahrung zeigt, daß ein solcher Gottesdienst in guter Erinnerung bleibt und auch die Atmosphäre in der Truppe mitprägt.

Ich habe bei der letzten Kommandeurstagung im Wehrbereich III über diese Erfahrungen unserer Pfarrer nachhaltig berichtet.

Sie kennen die Geschichte, die da neulich in einer Kirche passierte: es war eine alte gotische Kirche mit einem Chorraum, in dessen Apsis der Priestersitz stand. Dort begann der Pfarrer den Gottesdienst mit dem Kreuzzeichen. Und während er die Worte spricht „Im Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes“ stellt er fest, daß die Lautsprecheranlage nicht funktioniert. Halblaut sagt er zur Sakristeitür hinüber: Mit dem Mikrophon ist etwas nicht in Ordnung. Die Gemeinde, die ihn nicht versteht, sondern nur sieht, wie er die Lippen bewegt, antwortet gewohnheitsgemäß: „und mit deinem Geiste.“

Auch nach 33 Jahren in der Militärseelsorge möchte ich eigentlich noch glauben, daß der Geist in der Bundeswehr mit seinem vom Christentum geprägten Menschenbild in Ordnung ist und daß dies auch in Zukunft so sein wird. Nur bin ich auch davon überzeugt, daß wir diesen Geist hüten und bewahren müssen wie unseren Augapfel.

Es ist beruhigend zu wissen, daß die Gemeinschaft Katholischer Soldaten dieses Anliegen nicht aus den Augen verliert.

Die seelsorgliche Begleitung und die Betreuung der Soldaten steht im Mittelpunkt der Militärseelsorge

AUFTRAG-Interview mit dem neuen Militärgeneralvikar Msgr. Jürgen Nabbefeld

Bei dem Interview das AUFTRAG einige Wochen nach Übernahme der Dienstgeschäfte mit Militärgeneralvikar Nabbefeld führte, wurden als Hintergrund bereits verschiedene veröffentlichte Aussagen des Militärgeneralvikars (z.B. Kompaß vom 07.07.1995, Bundeswehrverbandszeitschrift 08/95, AUFTRAG 219/220 September 1995) berücksichtigt. Die Fragen stellte Klaus Brandt.

1. Zur Person

Herr Generalvikar, warum und wann entschlossen Sie sich für den Dienst an den Menschen und in der Kirche?

Im Grunde kam die Frage, ob ich Priester werden wollte, bereits vor meiner Internatszeit zum Tragen. Ich war in der katholischen Jugend beheimatet. Zu Kaplänen hatte ich gute Kontakte und so

kam die Idee von meinem damaligen Heimatpfarrer, der zu meinen Eltern gegangen ist und ihnen gesagt hat, „der Bub sollte aufs Gymnasium gehen.“ Bei uns zu Hause war es nicht üblich, daß man das Gymnasium besucht; so kam ich über den Pfarrer ins Internat. Der Wunsch Priester zu werden, war relativ früh da. Aber mehr unterschwellig, mal mehr und mal weniger. Einmal bin ich nach Hause ge-

kommen und sagte zu meinem Vater – wir hatten ja ein Hotel in Bad Nauheim – „ich werde doch nicht Pfarrer. Ich habe keine Lust mehr auf der Schule und will Koch werden.“ Da hat mein Vater eine Flasche Sekt geöffnet, die wir zusammen ausgetrunken haben. Am nächsten Morgen kam ich dann aus meinem Zimmer und erklärte meinem Vater, daß ich doch Pfarrer werden wollte. Dabei ist es dann geblieben. Ich habe dann erlebt, als ich siebzehn Jahre alt war, wie mein Vater und meine Schwester tödlich verunglückt sind. Daraufhin hat sich mein Priesterwunsch verfestigt, weil für mich die Endlichkeit des Lebens und da-

mit die Sinnfrage eine Rolle spielte. Ich war der Meinung, daß Lebenssinn nur vom Glauben her zu sehen und zu vermitteln ist. Dies wollte ich den Menschen weitersagen.

Warum schlugen Sie Ihren Weg nicht über einen weltlichen Dienstleistungsberuf ein?

Das hängt mit dem zuvor gesagten zusammen. Ich bin der Meinung, daß das Evangelium die Basis ist, auf der man leben kann, ohne die der Sozialarbeit die Grundlage fehlt.

2. Zur Militärseelsorge allgemein

Die Bundeswehr ist für Sie kein Neuland, sieben Jahre haben Sie der Truppe als Militärpfarrer in den Standorten Gießen, Marburg, Lich und Frankenberg gedient. Die Zahl der Soldaten schrumpft, Standorte stehen vor der Schließung. Welche Aufgaben kommen in dieser Situation auf die Militärseelsorge zu?

Ich war von Januar 1981 bis Juni 1987 als Pfarrer in der Militärseelsorge tätig. Der Auftrag der Kirche ist damals wie heute gleich: die Soldaten, ihre Familienangehörigen, das Zivilpersonal und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seelsorglich zu begleiten. Die weltpolitische Lage hat sich in den vergangenen Jahren verändert. Die Zahl der Soldaten wurde kleiner, Standorte wurden geschlossen. Die Militärseelsorge wird sich intern mit dieser Problematik weiter auseinandersetzen und sozialverträgliche Lösungen für die eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter finden müssen. Den betroffenen Soldaten und besonders auch ihren Familien will sie Berater und Wegbegleiter sein. Wir werden aufmerksam und unvoreingenommen wahrnehmen müssen, wo die persönlichen und sozialen Probleme liegen und unsere Kraft dafür einsetzen, diese mit den betroffenen Menschen zu lösen.

Haben Sie inzwischen konkrete Vorstellungen, wie Sie unter den neuen Gegebenheiten in einem größeren Staatsgebiet mit weniger Militärpfarrern und Pastoralreferenten die

Militärseelsorge sicherstellen können?

Zunächst glaube ich, in der alten Bundesrepublik unter den neuen Bedingungen ist der Auftrag der Militärseelsorge der gleiche, nämlich der pastorale, an den Soldaten, ihren Angehörigen und zivilen Mitarbeitern der Bundeswehr. Die Rahmenbedingungen haben sich verändert, die Bundeswehr wurde auf 340.000 Soldaten reduziert, wovon etwa 120.000 katholisch sind. Die Militärseelsorge denkt darüber nach, wie sie ihre Dienststellen verringert. Dabei ist die Schlüsselzahl 1 : 1.500, d.h. ein Pfarrer bzw. Pastoralreferent für 1.500 Soldaten auch für mich wichtig. Dies würde bedeuten, daß wir nur noch über etwa 80 Planstellen verfügen könnten. Wir wollen jetzt mit dem BMVg über 92 Stellen verhandeln, da wir der Meinung sind, daß sowohl die Schulen als auch die Krankenhäuser und ebenso die Auslandseinsätze sowie die Betreuungszentren vor Ort mehr Personal erfordern. Ich denke, daß wir mit dieser Zahl ganz gut hinkommen. Für die Pfarrer werden die Seelsorgebezirke größer, damit ist eine größere Mobilität verlangt. Man kann hier auch manches mit Organisation auffangen. Wir könnten vielleicht auch durch Technik erreichen, daß die Pfarrer unterwegs ansprechbar sind. Für mich wird hier aber wieder deutlich, daß Militärseelsorge eine ergänzende Seelsorge ist. Die Verbindung zu den Ortsgemeinden sollte deswegen mehr intensiviert werden.

Wo müssen gegenüber der bisherigen Praxis Abstriche hingenommen werden, wenn die seelsorgliche Begleitung und die Betreuung der Soldaten weiterhin im Mittelpunkt der Militärseelsorge stehen sollen?

Dies kann ich noch nicht beantworten. Wir werden aber jetzt im Katholischen Militärbischofsamt unter Beteiligung anderer eine Arbeitsgruppe zu dem Thema „Pastorale Schwerpunkte – unsere Arbeit in der Zukunft“ einsetzen. Wir wollen das in einem breiteren Spektrum sehen. Ich denke, dies wird auch Auswirkungen auf unseren Haushalt hinsichtlich des Personals und der verfügbaren Finanzen haben.

Wo sehen Sie die Schwerpunkte der ethischen Bildung/Ausbildung für die Bundeswehrsoldaten?

Ich glaube, die zukünftigen Schwerpunkte werden die bisherigen sein. Vor allen Dingen die Gewissensbildung, so daß jemand zum verantwortbaren Gewissensentscheid befähigt wird. Hier gibt es auch die Themenfelder, die mit dem Ministerium abgesprochen werden. Ich glaube auch nicht, daß es dabei versucht, die Militärseelsorge auf etwas Bestimmtes festzulegen. Ich gehe aber davon aus, daß sich die Form der Vermittlung ändern wird. Die hat sich auch in den letzten Jahren schon gewandelt. Es wird mehr in Seminarform geschehen außer in den Rekruteneinheiten. Da stehe ich immer noch auf dem Standpunkt, daß monatlich der Unterricht gehalten werden sollte, um bekannt und miteinander ein bißchen warm zu werden. Bei den Seminaren ist es aber wichtig, daß der Pfarrer nicht nur eine Randerscheinung ist, d.h. daß er eine Stunde bestreitet und den Rest würde jemand anderes machen. Es muß wirklich unser Unterricht sein, der von uns auch vorbereitet wird.

Besteht nach Ihren bisherigen Erkenntnissen die Gefahr, daß der Lebenskundliche Unterricht dem Inhalt nach durch das BMVg wesentlich verändert wird, z.B. zugunsten einer verstärkten Kriegsvölkerrechtsausbildung?

Der Lebenskundliche Unterricht muß im bisherigen Umfang erhalten bleiben. Das habe ich auch Minister Rühle gesagt. Besonders im Hinblick auf die Soldaten aus den neuen Bundesländern unseres Vaterlandes, weil die ja überhaupt keinen blassen Schimmer mehr haben. Aber auch der staatsbürgerliche wie der kriegsvölkerrechtliche Unterricht sind wichtig. Die Themen hierzu müssen von Offizieren den Soldaten vermittelt werden. Aufgrund meiner bisher geführten Gespräche mit der Bundeswehrführung sehe ich keine Gefahr für den Lebenskundlichen Unterricht.

Beabsichtigen Sie über die Deutsche Bischofskonferenz (DBK) die Zusammenarbeit zwischen Militärpfarrern und Ortsgeistlichen – z.B. in der Familienbetreuung in den Standorten – zu intensivieren?

Zunächst bin ich der Meinung, daß Militärseelsorge ein Teil der Gesamtseelsorge und damit in die DBK eingebettet ist. Was die Betreuung vor Ort betrifft, so hat die DBK damit nichts zu tun, sondern sie ist Sache der Seelsorge am Ort. Die muß klappen und da müssen auch gute Kontakte bestehen. In der DBK selbst wollen wir unseren Schlüssel durchbringen, den wir mit dem Staat vereinbaren. Von den Ortsbischöfen wollen wir dann diese Seelsorger freigestellt bekommen. Dabei müssen wir einen vernünftigen Ausgleich zwischen Priestern und Pastoralreferenten finden, der auch von beiden Seiten akzeptiert werden kann. Die verschiedenen pastoralen Berufe müssen sich auch in der Militärseelsorge widerspiegeln. Dann hoffe ich persönlich, daß die Dienststellen ohne große Vakanzen besetzt werden können. Wenn es die in letzter Zeit gab, so lag das bestimmt auch am alten Schlüssel, den keiner mehr so richtig ernst nahm, da die Bundeswehr ja reduziert wurde. Wir werden aber auch über den Prozentsatz an Pastoralreferenten nachdenken müssen, der bisher bei zehn Prozent lag und so nicht mehr gehalten werden kann, er wird steigen. Dabei muß man genau darauf achten, wo Priester sein müssen, und wo Pastoralreferenten eingesetzt werden können. Letztere können z.B. an Schulen, der FüAkBw und anderen eingeplant werden. Mir kommt es vor allem darauf an, daß in allen Bereichen eine gute Verbindung zu den Ortspfarrern besteht. Im Osten unserer Republik, wo viele Pfarrer im Nebenamt für uns tätig sind, ist die Verbindung schon hergestellt. Aus meinem Besuch in diesen beiden Wehrbereichen sowie meinen Gesprächen mit dem Militärdekan Hecker und anderen in Berlin gewann ich den Eindruck, daß da vieles sehr gut läuft.

Welche Erfahrungen aus Ihrer Zeit als Diözesancaritasdirektor in Mainz wollen Sie in Ihr neues Amt einbringen?

Als Mitarbeiter in einem Diözesancaritasverband habe ich CARITAS als Lebensäußerung unserer Kirche kennengelernt. Es ist Aufgabe der Caritas individuelle und soziale Not wahrzunehmen und nach ihren Ursachen zu fra-

gen. Gemeinsam mit allen Menschen guten Willens bemüht sie sich um tragfähige Lösungen und gerechte Strukturen zugunsten der Menschen in Not. Dies hieß immer für mich auch: gesellschaftskritisch zu sozialen Fragen Stellung zu nehmen. Wir bedienen uns dafür der demokratischen Rechte und Instrumente. Die Pastoral der Kirche hat drei Säulen: Gottesdienst – Verkündigung – Diakonie.

Die Diakonie lief in der Ausbildung zum Priester am Rande mit, gehört aber gleichwertig dazu. Dies ist mir durch meine Tätigkeit in den letzten acht Jahren deutlich bewußt geworden. Die dabei gesammelten Erfahrungen bringe ich in mein neues Amt ein. Ich habe keine Hemmungen, die entsprechenden Stellen im BMVg einschließlich des Ministers anzusprechen, wenn mir soziale Härtefälle bekannt werden.

3. Militärseelsorge im Einsatz

Wie sehen Sie die Militärseelsorge im Einsatz?

Bei der Militärseelsorge im Einsatz stellen sich zwei Aufgabenbereiche:

- der erste und wichtigste ist der pastorale Aspekt und
- der zweite der organisatorisch-fürsorgliche.

Zum pastoralen Aspekt

Militärseelsorge war auch in einer Friedensarmee wie sie die Bundeswehr ja über die ganzen Jahre gewesen ist, eine sinnvolle, die Gesamtseelsorge ergänzende Seelsorge, die in der besonderen Lebenssituation der Soldaten und ihren Familien begründet war und ist. Bei internationalen Einsätzen wird die Aufgabe der seelsorglichen Begleitung nun unverzichtbarer. Zunächst gilt es aber auszuschießen, daß die Teilnahme der Militärseelsorge an Internationalen Einsätzen als Legitimation für einen solchen Einsatz gewertet werden könnte. Grundlage für die Begleitung ist, daß die Prinzipien der kirchlichen Friedenslehre gewahrt sind und die Einsätze durch eine legitime Autorität angeordnet wurden. Hinsichtlich der Legitimation in unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung sehe

ich hier keine Probleme. Im übrigen verstehe ich die Tätigkeit der Militärgeistlichen bei Auslandseinsätzen nicht anders als deren Tätigkeit in den Heimatstandorten: als seelsorgliche Begleitung. Allerdings sind die Umstände und Bedingungen dieser seelsorglichen Begleitung andere.

Wenn – für mich real nicht vorstellbar – ein von der Bundesregierung beschlossener und vom Bundestag genehmigter Einsatz der Bundeswehr aus dem Verständnis der kirchlichen Friedenslehre heraus nicht mitgetragen werden könnte, so könnten katholische Militärfarrer aus ethischen Gründen den Einsatz der Bundeswehr seelsorglich nicht begleiten. Dies wäre dann für die Soldaten ein deutliches Signal.

Zurück zur Realität. Für die Militärseelsorge wird die Begleitung auch zu einer Nagelprobe auf das hin, was sie und die Militärfarrer unter anderen Umständen an ethischen und religiösen Fragestellungen reflektiert und vermittelt haben. War dies nur graue Theorie oder ist es lebbare Wirklichkeit. Die neuen Aufgaben führen die Beteiligten jedenfalls auch zu Fragestellungen, auf die sie sonst nicht so kommen und die ausgesprochen in die Kompetenz eines Geistlichen fallen wie z.B. Deutung letzter Sinnfragen des Lebens, des Sterbens, des Todes, des Verlustes der physischen und psychischen Integrität eines Menschen durch Verletzung oder Verstümmelung.

Zur seelsorglichen Begleitung selbst:

Unsere Militärfarrer haben bisher die Soldaten der Bundeswehr auf allen internationalen Einsätzen begleitet und ich bejahe dies. Derzeit ist ein Pfarrer bei den Luftwaffensoldaten in Piacenza und ein weiterer im Feldlazarett in Split tätig. Auf ihren Einsatz wurden sie ausreichend vorbereitet, wobei die Vorbereitungsstake immer verbesserungsfähig sind. Soweit ich sehe, machen die Pfarrer gute Arbeit und werden von den Soldaten angenommen.

Zu den organisatorisch-fürsorglichen Aspekten

Pfarrer, die zu internationalen Einsätzen mitgehen, hinterlassen in ihrem Seelsorgebezirk Lücken. Diese werden von den Mitbrüdern

so weit wie möglich ausgefüllt. Diese Mitbrüder tragen somit die Lasten eines Einsatzes im gewissen Sinne mit. Ihre Anstrengung sind denen vergleichbar, die mitgegangen sind; dies sollte nicht übersehen werden.

Auch die Betreuung der zurückgebliebenen Angehörigen ist mir ein wichtiges Anliegen. Alle Mitarbeiter der katholischen Militärseelsorge, die sich in den Familienbetreuungscentren bzw. -stellen engagieren, seien es Pfarrer, Pastoralreferenten, Pfarrhelfer oder in der Militärseelsorge tätige Laien, beteiligen sich ebenfalls an den Anstrengungen und Herausforderungen, die Auslandseinsätze mit sich bringen und verdienen deshalb unseren Dank.

Darüberhinaus bin ich froh, daß im Zusammenwirken mit dem Bundesministerium der Verteidigung die rechtlichen und organisatorischen Probleme, die ein solcher Einsatz für die Militärg Geistlichen mit sich bringen, in einer Weise geregelt sind, die einen verantworteten Einsatz rechtfertigen und Grundlage für ein wirksames Arbeiten der Militärseelsorge aus meiner Sicht bieten.

4. Zum Apostolat der Laien

Wie stehen Sie zum Laienapostolat in der Militärseelsorge und welche Unterstützung erwarten Sie von der GKS?

Militärseelsorge ist Teil der Gesamtseelsorge und für mich ist die verbandliche Lebensäußerung in der Militärseelsorge durch die GKS gewährleistet. Der Soldat gibt seinen Glauben nicht am Kasernenort ab. Seine Koalitionsfreiheit kann er auch im Dienst realisieren. Die GKS bietet sich hier an. Katholik in der Bundeswehr und Soldat in der Kirche ist nach wie vor eine gute Formulierung, die dies ausdrückt. Von diesem Selbstverständnis her, ist das Aufgabenfeld für die GKS vorgegeben. Die ständige ethische Reflexion der Anforderungen des Soldatenberufes und des soldatischen Auftrages auf dem Hintergrund der kirchlichen Friedenslehre.

Die Verwurzelung im Lebensraum der Kirche ist für die GKS auch damit gegeben, daß sie der Militärbischof (seiner Zeit Erzbi-

schof Dr. Elmar Maria Kredel) als einen freien Zusammenschluß von Gläubigen gemäß can 215 CIC akzeptiert hat.

Ich begrüße, daß die GKS von allem Anfang an aufgrund ihres Selbstverständnisses sich die Freiheit herausgenommen hat, Fragen, die die Soldaten betreffen und angehen, im eigenen Kreis zu diskutieren, damit sich selbst Klarheit verschafft, Bewußtsein zu prägen, um dann darüberhinaus in der Gesellschaft und dem politischen Bereich Einfluß auszuüben. Das verstehe ich unter dem Weltauftrag des Christen und damit auch des katholischen Soldaten. Die Erklärungen, die sie zu bestimmten Anlässen herausgegeben hat, waren für eine weitergehende Diskussion sowohl für die Militärseelsorge (und damit die Kirche) als auch für den öffentlichen Bereich hilfreich und weiterführend, weil Aspekte eingebracht wurden, die von anderen Gruppierungen so nicht bedacht werden.

Ich hoffe und erwarte, daß dies auch die künftige Arbeit der GKS prägen wird.

Auch für die GKS ist der Aspekt der Spiritualität wichtig. Die Zusammenarbeit zwischen GKS-Kreis und Militärpfarrer ist eine gute Voraussetzung. Ich lege Wert darauf und werde dies auch deutlich machen, daß die Standortpfarrer ihrer Verpflichtung als Geistliche Beiräte der GKS-Kreise nachkommen. Ein Standortpfarrer lebt auch vom Glauben seiner Gemeinde, d.h., nicht nur der Militärg Geistliche muß etwas bringen, sondern auch die Standortgemeinde muß sich um ihren Pfarrer kümmern.

Im Rahmen der Konzeption „Pastorale Planung“ sollen auch die Räte und der Verband mitwirken, da dies nur in einem Miteinander zu bewältigen ist.

Die GKS sollte sich von einem Rückgang der Mittuenden nicht entmutigen lassen. Dieses Problem tragen auch viele andere, kirchliche aber auch gesellschaftliche Zusammenschlüsse. Sie sollte alle Kräfte daran setzen, junge Leute zu gewinnen. Ein sehr guter Schritt in diese Richtung ist die Akademie Oberst Helmut Korn, die sich ja gerade an junge Unteroffiziere und Offiziere wendet. Seminare für Angehörige des Laienapostolats unter den Soldaten mit

den Militärg Geistlichen, um die beiderseitigen Möglichkeiten besser kennenzulernen, halte ich grundsätzlich für gut. Meistens klappt es aber zwischen den Räten und den Pfarrern. Diese Beteiligung der Laien wird in der deutschen Priesterausbildung seit den letzten 15 bis 20 Jahren eingehend behandelt. Wenn es nicht stimmt im Zusammenspiel, liegt es meist an den beteiligten Menschen. Hier sehe ich eine Aufgabe der Wehrbereichsdekane, diese Zusammenarbeit vor Ort zwischen Militärg Geistlichen und Laien zu fördern.

Inwieweit in den neuen Bundesländern sich die Situation nach fünf Jahren deutscher Einheit hinsichtlich der Laienarbeit verbessert hat, kann ich nicht sagen. Ich weiß nur, daß sich dort etwas entwickelt und der Wehrbereichsdekan Hecker überaus optimistisch ist.

Die GKS hat sich in ihrer 35jährigen Geschichte immer wieder als flexibel und den jeweiligen Anforderungen gewachsen gezeigt. Das neue Grundlagenpapier „Gemeinsam in die Zukunft“ Ziele und Wege der Gemeinschaft Katholischer Soldaten“ erscheint mir nach einer ersten Durchsicht als brauchbar, hilfreich und zukunfts-gestaltend für den Weg der GKS in den nächsten Jahren zu sein.

5. Ökumene

Welchen Stellenwert hat für Sie als Militärgeneralvikar die Ökumene?

Um es gleich zu sagen: Ökumene ist für mich lebensnotwendig! Das gemeinsame Zeugnis der Kirchen zeigt sich in der geschwisterlichen Zusammenarbeit der Kirchen. Dabei geht es mir nicht nur um die Möglichkeit, Einfluß zu nehmen, sondern zunächst um das christliche Zeugnis in einer säkularisierten Welt. Dieses Ziel wird immer den Stil der Zusammenarbeit prägen müssen. Wichtig sind mir dabei vier Punkte: sich gegenseitig informieren; einander begegnen; miteinander beten und pastoral zusammenarbeiten.

Was halten Sie von den Bestrebungen in der evangelischen Kirche, den Status Staatsbeamte für Militärpfarrer aufzugeben?

Die derzeit geltende rechtliche Vereinbarung zwischen der katho-

lischen/evangelischen Kirche und dem Staat garantiert den Militärpfarrern die notwendige Unabhängigkeit in der Bundeswehr. Die Bewegungsfreiheit der Militärpfarrer in den Kasernen und Sicherheitsbereichen der Bundeswehr wird durch seine Stellung als Beamter gewährleistet. Es ist rechtlich abgesichert, daß der Pfarrer im Interesse der dort lebenden und arbeitenden Soldaten dahin gehen kann, wohin er es für nötig erachtet. Während meiner Zeit als Militärpfarrer habe ich die Zusammenarbeit mit den evangelischen

Militärpfarrern in der Planung und Bewältigung von Aufgaben sehr positiv erfahren. Der katholische und evangelische Militärpfarrer war in den Kasernen für die Soldaten in gleicher Weise präsent und erreichbar. Dieses gemeinsame Zeugnis fehlt dort, wo kein evangelischer Pfarrer in der Kaserne ist. Der Beamtenstatus hat mich als Militärpfarrer nie in eine Konfliktsituation mit meiner kirchlichen Identität geführt. Ich hatte nie einen Vorgesetzten aus dem militärischen Bereich; mein beamtenrecht-

licher Vorgesetzter war der Militärgeneralvikar. Deshalb stehe ich voll und ganz hinter der Aussage der Deutschen Bischofskonferenz, die „bestehenden rechtlichen Grundlagen“ der katholischen Militärseelsorge nicht in Frage zu stellen. Ich wäre froh, wenn sich die evangelische Kirche dem weiterhin anschließen könnte. Dabei gibt es mit der evangelischen Militärseelsorge keine Probleme, da auch sie die Verträge erhalten will, wie sie sind. Einzelne Landeskirchen sind jedoch anderer Ansicht.

AUS DER GKS

Militärseelsorge im Mittelpunkt

Bericht von der Bundesvorstandssitzung in Aachen

Klaus Brandt

Die diesjährige Herbstsitzung des Bundesvorstandes der GKS (BV GKS) hat am 30.09. und 01.10. in Aachen im August-Pieper-Haus des Bistums Aachen stattgefunden. Nach der Begrüßung der Teilnehmer durch den Bundesvorsitzenden Oberstleutnant Dipl.-Ing. Karl-Jürgen Klein, gab er einen kurzen Überblick von der Zeit seit dem Ende der 35. Woche der Begegnung. Dabei sprach er u.a. an

- die AUFTRAG-Dokumentation 217 „Gemeinsam in die Zukunft“,
- die Aufwertung der Sachausschüsse der GKS,
- seine erste Teilnahme an einer AMI-Konferenz in Santiago de Compostela/Spainien Mitte September 1995,
- die erste Verwaltungsratssitzung der Katholischen Soldatenseelsorge – Anstalt des öffentlichen Rechts – mit dem neuen Militärgeneralvikar Msgr. Jürgen Nabbefeld,
- das Verhältnis GKS zu den Pfarrgemeinderäten,
- die Neugestaltung des AUFTRAG, insbesondere Heft 219/220,

- die Zusammenarbeit mit den BV-Mitgliedern aus seiner Sicht. Anschließend sprach Wehrbereichsdekan Prälat Hermann-Josef Kusen das Grußwort (s.S. 58 ff).

P. Schulz berichtete über den Sachstand der Vorbereitungen zur GKS-Akademie Oberst Helmut Korn vom 06.-10.11.95 in Fulda (54 Teilnehmer, Durchschnittsalter 36,5 Jahre). Der BV schlägt vor, daß zukünftig auch Militärpfarrer durch das KMBA zu diesen Seminaren eingeladen werden.

Vom 07.-09.06.1996 ist ein Seminar für Vorsitzende von GKS-Kreisen und Ansprechpartner mit ihren Familien an der Thomas-Morus-Akademie in 51429 Bergisch Gladbach-Bensberg geplant. Ziel dieses Seminars ist es, vor allem neue Vorsitzende/Ansprechpartner mit der Gründung und Führung von Kreisen vertraut zu machen.

Für die 36. Woche der Begegnung vom 22.-27.04.1996 auf Schloß Hirschberg bei Beilngries (ca. 30 km nördlich von Ingolstadt) liegt das Leitthema noch nicht vor. Militärdekan Walter Theis erläuterte die Bedeutung des Apostolischen Schreibens „Tertio Millennio

Adveniente“ in Vorbereitung des Heiligen Jahres 2000. Dabei verwies er auf die spirituellen Schwerpunkte in den nächsten Jahren:

- 1997 Sohn – Taufe – Glaube
- 1998 Geist – Firmung – Hoffnung
- 1999 Gottvater – Buße – Liebe

Von der Deutschen Bischofskonferenz wurde Weihbischof Jaschke aus Hamburg mit der Vorbereitung beauftragt. Theis schlug vor, die GKS sollte die 36. Woche der Begegnung als Schwerpunkt für die Hinführung auf diese Thematik nutzen.

Zu der Information über die seelsorgerische Begleitung bei Auslandseinsätzen sowie über die Neuorganisation der Militärseelsorge siehe Seite 65 und 60 (Pressemitteilung zur BV und Interview mit Militärgeneralvikar Jürgen Nabbefeld).

1996 endet die AMI-Präsidentschaft von Deutschland. Es ist vorgesehen, daß dann das Generalsekretariat dieser Organisation von den Deutschen übernommen wird.

Der Pressesprecher gab den Rücktritt von dieser Aufgabe aus persönlichen Gründen bekannt, es konnte allerdings noch kein Nachfolger aus dem Umkreis Bonn gefunden werden. Wer diese Tätigkeit übernehmen möchte und über entsprechende Kenntnisse verfügt, kann sein Interesse beim Bundesgeschäftsführer anmelden.

K. Brandt bleibt weiterhin verantwortlicher Redakteur AUFTRAG.

Am 04.05.1996 wird in Augsburg die neue Woche für das Leben eröffnet (s.a. S. 55). OTL Brochhagen ist das zuständige BV-Mitglied, der Wehrbereich VI wird gebeten ihn dabei zu unterstützen.

Nach dem Wechsel der Vorsitzenden bei der GKS sowie bei Pax Christi soll wieder das Gespräch miteinander aufgenommen werden.

Der Redakteur AUFTRAG wies darauf hin, daß es bei dem neuen Verteilungsverfahren des Verbandsorgans zu Schwierigkeiten kommen kann aufgrund häufiger Adressenänderungen durch Umzüge, Pensionierungen und Neuwahlen in den Kreisen.

Der BV verabschiedete nach der Vorabendmesse mit dem Aachener Bischof Dr. Heinrich Mussinghoff bei einem festlichen Abendessen in

Anwesenheit von Oberst Dipl.-Ing. Werner Ludewig, als Vertreter des Kommandeurs TSH/FSHT, (Grüßwort siehe folgende Seite)

- Militärgeneralvikar a.D. Dr. Ernst Niermann s.a. AUFTRAG 219/220, S. 63 ff.),
- Oberst i.G. Jürgen Bringmann als vorherigen Bundesvorsitzenden (Ruhestand Dezember 1995) und
- OTL Wolfgang Weise (Ruhestand 1996).

PRESSEMITTEILUNG ÜBER BV GKS

Selektiver Gehorsam in der Bundeswehr zum Nachteil der Militärseelsorge

Der Geistliche Beirat der Gemeinschaft Katholischer Soldaten - GKS-, Militärdekan Walter Theis, hat bei der Bundesvorstandssitzung des Verbandes am Wochenende in Aachen den selektiven Gehorsam der Vorgesetzten in der Bundeswehr zum Nachteil der Militärseelsorge kritisiert.

Auf der vom Bundesvorsitzenden der GKS, Oberstleutnant Dipl. Ing. Karl-Jürgen Klein geleiteten Konferenz nannte Theis als Ursache für das Verhalten der militärischen Führer die überfrachtete Ausbildung bei einem zu geringen Zeiteinsatz. Beispielsweise stünden Lebenskundlicher Unterricht oder Feldgottesdienst auf dem Dienstplan, aber viele Soldaten werden zu diesem Zeitpunkt zu anderen Diensten eingeteilt. Der Militärdekan appellierte deswegen an die katholischen Laien unter den Soldaten, in ihren Bereichen solchen Entwicklungen entgegenzusteuern. Gerade wegen der neuen internationalen Aufgaben der Bundeswehr komme den ethischen Fragen des Soldatenberufs verstärkte Bedeutung zu, betonte Theis.

Der Militärdekan, verantwortlicher Referatsleiter im Katholischen Militärseelsorgeamt - KMBA - für die Militärpfarrer bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr, berichtete auch über den großen Zuspruch, den die Militärpfarrer erfahren, sei es im italienischen Piacenza oder im kroatischen Split. Dabei suchten Christen, Andersgläubige und Nichtgetaufte

um die seelsorgliche Betreuung nach. Er lehnte in diesem Zusammenhang eine „Pool“-Bildung von Militärpfarrern für solche Einsätze ab, da dies mit der Gefahr einer Zweiklassen-Bildung unter den katholischen Militärpfarrern verbunden sei.

Zur Neuorganisation der katholischen Militärseelsorge machte der Vertreter des KMBA darauf aufmerksam, daß die Militärseel-

sorge in der reduzierten Bundeswehr - aber in einem um ein Drittel größeren Deutschland seit 1990 und damit auch entsprechend größeren Militärseelsorgebezirken - mit mehr als einem Drittel weniger Militärgeistlichen auskommen soll. Dabei ist ihr Aufgabenkatalog durch die neuen (internationalen) Aufträge der Truppe auch noch erweitert worden. Dieser Zustand müsse deshalb in einem neuen



Begrüßung des Aachener Bischofs, Dr. Heinrich Mussinghoff (2.v.l.), durch den Bundesvorsitzenden Karl-Jürgen Klein (l.), daneben (v.l.) Militärdekan Walter Theis, Wehrbereichsdekan III, Hermann-Josef Kusen, und der stellvertretende Vorsitzende der GKS im Wehrbereich I, OBtm Uwe Nienhaus. (Foto: bt)



Verabschiedet wurden

durch den Bundesvorsitzenden der Vorgänger, O i.G. Jürgen Bringmann (rechts stehend), und der ehemalige Vorsitzende im WB V, OTL Wolfgang Weise (sitzend).

Die Arbeit der Laienorganisation wird hoch geschätzt

Nach der Begrüßung des Bundesvorstandes der GKS und der geladenen Gäste – unter ihnen der Bischof von Aachen, Dr. Heinrich Mussinghoff, der ehemalige Militärgeneralvikar, Prälat Dr. Ernst Niermann sowie der Wehrbereichsdekan III, Prälat Hermann-Josef Kusen, – im Namen und Auftrag des Kommandeurs der TSH/FSHT, BrigGen Rolf Bernd, führte Oberst Dipl.-Ing. Werner Ludewig, Leiter Lehre und Ausbildung an der TSH/FSHT, in seinem Grußwort aus:

„Ich muß Ihnen nicht sagen, wie wichtig die Tätigkeit Ihrer Laienorganisation im Rahmen der Militärseelsorge ist, aber ich kann sagen, daß mir das Engagement aller, die sich freiwillig für eine solche Aufgabe zur Verfügung stellen, Respekt abnötigt.

Ihr Bundesvorsitzender, Oberstleutnant Klein, war und ist in drei Verwendungen einer meiner Nachfolger – als Kommandeur InstBtl 7, als Inspektionschef I. Inspektion und als Kommandeur der Lehrgruppe A dieser Schule.

Ich kann es ermesen und sehe es, wieviel persönlicher Aufwand und Einsatz es kostet, beide Aufgaben, einen Erziehungs-, Ausbildungs- und Führungsauftrag wahrzunehmen und gleichzeitig eine Funktion in der Spitze einer bundeswehrumfassenden Organisation innezuhaben.

Auf der anderen Seite halte ich aber auch, und gerade vor dem Hintergrund des erweiterten Aufgabenspektrums der Bundeswehr die unterstützende Arbeit Ihrer Gemeinschaft für zwingend notwendig. Wir sollten dankbar sein, daß sich immer wieder ehrenamtliche Mitarbeiter in unser aller Interesse für solche Gemeinschaftsaufgaben finden.

Die Beschäftigung mit der ethischen Legitimation des Soldatenberufs, die Begleitung eines Dienstes, der eben anders ist als andere Dienste oder Tätigkeiten, die ganzheitliche Betrachtungsweise des religiösen, familiären und beruflichen Lebens sind heute wichtiger denn je.

Dies wurde mir besonders deutlich bei dem Gespräch mit einem französischen Pfarrer, den ich in dieser Woche kennengelernt habe, und zu dessen Aufgabe die Betreuung französischer Soldaten in Ruanda, Zaire, Burkina Faso gehört. Er schilderte, daß den Soldaten nicht der rein militärische Auftrag belastet, nein, es ist das, was er sonst sieht und erlebt,

- den Zusammenbruch jeglicher Ordnung und staatlicher Strukturen,
- die Verrohung im Umgang mit anderen Menschen,
- die völlige Geringschätzung menschlichen Lebens,

Konzept verbessert werden, wenn die Militärseelsorge auch weiterhin wirkungsvoll die Soldaten bei ihrem Dienst betreuen soll.

Auf der Tagung wurde neben verbandsinternen Punkten auch die Landminenproblematik behandelt. Dabei wurde klargestellt, daß die GKS grundsätzlich den Einsatz der für Menschen besonders gefährlichen Schützen-Abwehr-Minen ablehne.

Am Samstag stellte sich der Bischof von Aachen, Heinrich Mussinghoff, den Fragen der GKS-Delegierten. Anschließend feierte er mit ihnen den Vorabendgottesdienst. Am Sonntagmittag endete die GKS-Bundesvorstands

- das Töten aus reiner Mordlust oder Gedankenlosigkeit,
- der Verlust jeglicher Moral- und Wertvorstellungen.

Hier hilft kein Appell an Mannhaftigkeit. Dem Soldaten hier zu helfen, ihn psychische Stärke und Orientierungspunkte zu geben, Wertvorstellungen zu vermitteln, ist nicht Aufgabe der Militärseelsorge allein, ist aber auch nicht Aufgabe der Vorgesetzten. Es ist Aufgabe aller, die Verantwortung tragen. In diesem Bereich sehe ich daher eine Ihrer vornehmsten Aufgaben.

Die formalen Möglichkeiten einer Laienorganisation sind sicher eher gering einzuschätzen, aber die helfende, begleitende Unterstützung auch der Familien sicher nicht hoch genug.

Ich habe diese Absicht selten so klar formuliert gesehen, wie in Ihrem Selbstverständnis, wonach Sie Verantwortung wahrnehmen wollen,

- als Laien in Ihrer Kirche, auf die Sie hören,
- als Soldaten der Bundeswehr, in der Sie dienen,
- als Bürger in dem Staat, den Sie schützen und
- als Mitglieder der Gesellschaft, in der Sie leben.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen noch eine erfolgreiche Tagung und heute Abend ein paar angenehme Stunden an unserer Schule.“

WEHRBEREICH III

GKS-Kreis Köln: Mit dem VULKAN-EXPRESS durch das Brohltal



Endstation Engeln

Nürnberg-
ring Bad Neuenahr-
Ahrweiler ▶

Früh aufstehen, hieß es am Sonntag den 17. September 1995, wenn man rechtzeitig am Ausgangspunkt der Veranstaltung, zu der die Gemeinschaft Katholischer Soldaten – GKS-Kreis Köln eingeladen hatte, am Bahnhof in Brohl, sein wollte. Ob groß oder klein, ob von nah oder fern, ein bißchen müde oder topfit, trafen sich pünktlich um 09.45 Uhr insgesamt 76 Teilnehmer in Brohl, zur Fahrt mit der einzigartigen Schmalspur-Dampf-Eisenbahn, dem „Vulkan-Expresß“.

Der Wettergott hatte ein Einsehen und ließ die Sonne, wenn auch zu Beginn etwas zaghaf, scheinen. Gute Laune und Rucksackverpflegung brachten alle Teilnehmer selber mit, so daß einer schönen Veranstaltung eigentlich nichts mehr im Wege stand. Auf dem Bahnsteig der Brohltalbahn herrschte, trotz der frühen Stunde, bereits ein reges Treiben. Eine andere Gruppe hatte den früher abfahrenden Zug gewählt und stieg gerade ein, als man von weitem schon ein Getöse und Geschnaufe hörte, das man unzweifelhaft nur einer Dampflokomotive zuordnen konnte. Die Augen, besonders der kleinen Teilnehmer wurden größer und größer, kaum einer hatte schon einmal so nah eine Dampflok gesehen. So war es auch nicht verwunderlich, daß binnen kurzer Zeit, die Lok von Menschencharen umlagert war. Jeder wollte so viel wie möglich mitbekommen.

Dann war es endlich soweit. Unser Zug, wir hatten zwei Wagons reservieren lassen, wollte starten, doch immer noch drängten sich andere Mitreisende vor der Kasse. Mit etwas Verspätung ging es dann los. Eine abwechslungsreiche Reise durch eines der landschaftlich schönsten Seitentäler des Rheins mit diesem nostalgischen Zug begann. Der zunächst von einer Dampflok gezogene Zug brachte uns mit einer maximalen

Geschwindigkeit von 20 Stundenkilometer von Brohl am Rhein nach Engeln in die Eifel. Interessante Felsformationen aus Schiefer- und Tuffgestein waren entlang des Brohltals zu bestaunen.

Bevor der malerische Fachwerkbahnhof von Bad Tönisstein erreicht wurde, mußte zuvor, auf einem 120 Meter langen Viadukt, das Tal überquert werden.

Anschließend wurde der einzige Tunnel der 17,75 Kilometer langen Strecke durchquert, wobei der ganze Qualm der Dampflok den Zug durchzog, welches besonders bei den jüngeren Teilnehmern Entzücken hervorrief. Weiter ging die Bergfahrt über Nieder- und Oberzissen, bis sie nach rund 90 Minuten im 400 Meter über NN gelegenen Engeln endete. Hierzu ist noch anzumerken, daß für das letzte Bergstück die Dampflok gegen eine Diesellok ausgetauscht werden mußte, da die Kraft der Dampflok nicht ausreichte, um die Höhen zu erklimmen.

Es ist wohl überflüssig, auf die während der gesamten Fahrt geführten „Fachsimplereien“ der „alten Bahnbegeisterten“ hinzuweisen.

Die Rückfahrt führte uns dann „nonstop“ zurück zu unserem Ausgangsbahnhof Brohl, den wir gegen 13.45 Uhr erreichten.

Anschließend sammelten sich alle Teilnehmer in der Nähe des Bahnhof Brohl, wo es mir, dem Vorsitzenden der GKS im WB III, gleichzeitig Vorsitzender des GKS-Kreises Köln, gelang, einige Worte an die Teilnehmer zu richten. Dieses war bis zu diesem Zeitpunkt nur einzeln möglich, da die große Geräusch- und Lärmkulisse der Brohltalbahn dieses verhinderte.

Er bedankte sich bei allen Teilnehmern der Veranstaltung für Ihr Kommen und konnte weiterhin feststellen, daß der GKS-Kreis Wahn, unter Ihnen auch der stellvertretende Bundesvorsitzende der

GKS, Oberstleutnant Paul Brochhagen, erstmalig mit zahlreichen Mitgliedern an einer Veranstaltung der GKS Köln teilnahmen.

Besonderen Dank aber galt Oberstleutnant a.D. Bleifeld, der in Zusammenarbeit mit mir diese Veranstaltung schon vor längerer Zeit geplant und vorbereitet hatte. Als Dank hierfür erhielt ein Buch und die Anstecknadel der GKS überreicht.

Unter Rücksichtnahme auf diejenigen, die nicht wandern konnten, endete hier der gemeinsame Teil der Veranstaltung. Einige folgten dem Angebot zu einer kleinen Wanderung. Andere bummelten am nahegelegenen Rhein entlang oder gingen zunächst erst einmal Kaffee trinken. Ein anderer Teil wiederum wollte noch das nahegelegene Kloster Maria Laach besuchen und die, die von weiter her angereist waren, machten sich auf den Heimweg.

Über eines waren sich jedoch alle einig, einen wunderschönen Tag in GKS verbracht zu haben.

(Johann-A. Schacherl)

Termine

- | | | | | | |
|-------------|--|-------------|---|------------|--|
| 17.11. | WB I: Arbeits- u. WB-Konferenz in Kiel | 02.03. | Sitzung BV GKS in Bonn | 22.–26.04. | 36. Woche der Begegnung Schloß Hirschberg |
| 24.–26.11. | WB II: Arbeitskonferenz | 15.–17.03. | WB V: Arbeitskonferenz in Heiligkreuztal | 04.–10.05. | Woche für das Leben 1996 "Leben bis zuletzt: Sterben als Teil des Lebens" |
| 24.–26.11. | WB I: Christkönigstreffen Kloster Nüttschau | 20./21.03. | Akademie "Neue (internationale) Aufgaben der Streitkräfte" in Bonn | 04.06. | Sitzung EA in Bonn |
| 24./25.11. | Vollversammlung ZdK | 21.03. | Festakt der GKS zum 25-jährigen Bestehen der GKS im Josephinum Bonn | 05.–11.06. | Internationale Soldatenwallfahrt nach Lourdes |
| 27./28.11. | Herbstkonferenz GKMD | 26.03. | Sitzung EA in Bonn | 07.–08.06. | Seminar für GKS-Führungspersonal in Bensberg |
| 01.12. | Internationaler SA in Bonn | 13.–17.03. | Seminar 3. Lebensabschnitt in Nürnberg | 12.–16.06. | Seminar 3. Lebensabschnitt in Münster |
| 15.12. | WB I: Arbeitskonferenz | II. Quartal | Sitzung SA SF u. IF in Görlitz | 14.–16.06. | WB III: Arbeitskonferenz in St. Meinolf |
| 1996 | | 20./21.04. | Vorkonferenz 36. Woche der Begegnung | 13.–16.07. | Deutsche Ökumenische Versammlung in Erfurt "Versöhnung suchen – Leben gewinnen" |
| 18.01. | Weltfriedenstag Bonn | | | 03.–16.08. | AMI-Familienfreizeit in Bitché/Frankreich |
| 23.01. | Sitzung EA in Bonn | | | 10.09. | Sitzung EA in Bonn |
| 26.01. | Empfang MGv für Vorst ZV und EA GKS | | | 12.–15.09. | Katholischer Kongreß in Hildesheim |
| 30.01. | Internat. Gottesdienst zum Weltfriedenstag im Kölner Dom | | | 22.–29.09. | Seminar für Laien aus der Militärseelsorge im Internat. Jugendbegegnungszentrum Kreisau/PL |
| 06.02. | Gespräch GKS-BDKJ | | | 11.–13.10. | Sitzung BV GKS |
| 22./23.02. | WB IV: Arbeitskonferenz in Hofheim | | | 26.11. | Sitzung EA in Bonn |
| 01.03. | Sitzung IS in Bonn | | | | |

WEHRBEREICH V

Herbstkonferenz in Heiligkreuztal

Gleich zwei „Alte Hasen“ der GKS hatte der Vorsitzende der GKS im Wehrbereich V Oberstleutnant Klaus G. Nitsch auf der Herbstkonferenz in Heiligkreuztal zu verabschieden: StFw Josef Schütz und StFw Detlef Rößner, die beide in diesem Jahr aus dem aktivem Soldatendienst ausgeschieden waren. Diese Männer der ersten Stunde der GKS im Wehrbereich V hatten in den Anfängen an vielen Wochenenden und auch im Urlaub mit „Ora et Labora“ in Heiligkreuztal gemeinsam mit vielen anderen Kameraden dazu beigetragen, daß aus der Ruine des Kloster Heiligkreuztal eine wohnliche Tagungsstätte wurde.

In der Dankesrede ging Klaus G. Nitsch auch auf das große Engagement ein, welches die zwei Pensionäre in Ihren Militärpfarrge-

meinden, in der GKS und in den Wehrbereichskonferenzen gezeigt hatten, und dankte mit einer Erinnerungsgabe. Wehrbereichsdekan Pater Johann Müller SAC überreichte den Bildband von Heiligkreuztal als Erinnerung an die zwanzig Jahre, in denen Heiligkreuztal den beiden fast zu einer zweiten Heimat geworden war.

Es wurde aber nicht nur verabschiedet, sondern die in der Frühjahrskonferenz angefangene Vortragsreihe mit dem Thema „Sekten“ mit Major Erlhofer fortgesetzt. Der Vortragende berichtete insbesondere über die Praktiken der Mitgliedsgewinnung vieler Sekten, allen voran die Methoden von Scientology. Mit fundiertem Hintergrundwissen stellte Major Erlhofer dar, wie raffiniert manche Sekten die Menschen in

ihren Bann ziehen. Zur Entspannung und um auf erfreulichere Gedanken zu kommen, wurde am Samstagabend eine Fahrt zum ehemaligen Kloster Mochental unternommen. Dort besuchte die Gruppe eine vielbeachtete Ausstellung mit weit über hundert Exponaten des spanischen Malers Pablo Picasso. Beim Abschlußgottesdienst am Sonntag wurden für das Projekt Nachbarschaftshilfe „Ein Platz im Leben für gefährdete Jugendliche in der Slowakei“ 362 Mark gesammelt. Das Projekt sieht die Aufnahme von Jugendlichen ohne Ausbildung vor, die aus den staatlichen Erziehungsheimen ausgewiesen werden, und beabsichtigt eine ganzheitliche Betreuung und Erziehung der Jugendlichen.

Zum Schluß wünschte Pater Johann Müller ein Wiedersehen zur Frühjahrskonferenz vom 15.–17. März 1996 (Foto s.S. 72).

(Friedrich Brockmeier)

PERSONALIA

Bonner Nuntius Kada wechselt als Botschafter nach Madrid

Papst Johannes Paul II. hat den Apostolischen Nuntius in Deutschland, Erzbischof Lajos Kada, zum neuen Nuntius in Spanien ernannt. Der in Budapest 1924 geborene ungarische Vatikan-Diplomat hatte den Heiligen Stuhl seit August 1991 in Bonn vertreten. In seine Amtszeit fiel im Anschluß an die Wiedervereinigung Deutschlands die Neustrukturierung der Bistumsgrenzen. So wurden nach Kadas Vorarbeiten die Diözesen Erfurt, Görlitz, Magdeburg und Hamburg sowie die Kirchenprovinzen Berlin und Hamburg errichtet. In Madrid

Auch die Militärseelsorge hat in Erzbischof Lajos Kada – im Bild im Gespräch mit dem Katholischen Militärbischof, Erzbischof Johannes Dyba – einen warmherzigen und stets interessierten Freund gehabt, wie zahlreiche Besuche von Veranstaltungen des Militärbischofs oder seine Anwesenheit bei der GKS-Akademie Oberst Helmut Korn und bei den Feiern des Weltfriedenstages der GKS in Bonn zeigten.

(Foto: F. Brockmeier)

übernimmt Kada einen der wichtigsten und derzeit einen der schwierigsten vatikanischen Botschafterposten.

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Karl Lehmann, drückte in einer Presseerklärung das Bedauern der deutschen Bischöfe über den Weggang Kadas aus. Lehmann dankte dem Nuntius für seinen „hohen Einsatz“ und den Brückenschlag zwischen der deutschen Kirche und dem Vatikan. Er habe sich als „Freund der Kirche in Deutschland“ erwiesen und Maßstäbe für die Ausübung des Amtes gesetzt, betonte Lehmann.

Kada sieht für deutsche Kirche keinen Grund zur Resignation

Der scheidende Nuntius sieht für die deutschen Katholiken trotz innerkirchlicher Probleme keinen

Grund zur Resignation. „Mit Gottvertrauen, harter Arbeit und viel Geduld“ werde die hiesige Kirche die bestehenden Schwierigkeiten lösen; dazu brauche sie aber einen „geeinten Episkopat“, einen „engagierten Klerus“ und ein „für Gott offen bleibendes Kirchenvolk“, sagte Kada am 12. Oktober in einem Interview der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA). Die Kirche hierzulande sei wegen

len Entwicklungsländern tatkräftig geholfen habe. Andererseits könnten die Ortskirchen der Industriestaaten von den „jungen Kirchen“ in der Dritten Welt lernen. Kada wörtlich: „In vielen Kirchen in den Entwicklungsländern herrscht mehr Freude, Freude, die aus dem Glauben stammt.“ Eine solche Grundstimmung fehle oftmals in den europäischen Staaten.

(PS nach KNA)



ihrer Dynamik und Sachkompetenz eine „wichtige Ortskirche“, betonte der Nuntius.

Zur Situation im Osten Deutschlands sagte Kada, die Katholiken dort verdienten Anerkennung für ihre „Treue in schwierigen Zeiten“. Die Stärke der Kirche dürfe nicht allein an Zahlen gemessen werden. Gerade die Erfahrungen der Katholiken im Osten könnten für die ganze Kirche segensreich werden. Natürlich brauchten sie Stärkung und Unterstützung.

Die dortige Situation verlange von Bischöfen und Klerus mehr Einsatz und neue Ideen und von den Gläubigen den Willen zu mehr Mitarbeit. Nur durch glaubwürdiges Zeugnis könne die dortige Bevölkerung zu Christus geführt werden, bekräftigte der Erzbischof.

Kada hob hervor, daß die deutsche Kirche seit Jahrzehnten vie-

Bundesvereinigung Katholischer Männer

Heinz Josef Nüchel, Präsident der Gemeinschaft Katholischer Männer Deutschlands (GKMD), wurde in seinem Amt als Bundesvorsitzender der Bundesvereinigung Katholischer Männer bestätigt. Zu seinem Stellvertreter wurde **Oberstabsfeldwebel Horst Schulte**, Dözese Aachen und Landesvorsitzender des Deutschen Bundeswehrverbandes in Nordrhein-Westfalen, gewählt. Der Leiter der Kirchlichen Arbeitsstelle für Männerseelsorge und -arbeit der deutschen Diözesen, **Professor Elmar Fastenrath**, wurde als Nachfolger des im vorigen Jahr verstorbenen Jesuiten Rudolf Ostermann zum Bundespräsidenten gewählt. (PS)

APOSTOLAT MILITAIRE INTERNATIONAL

Mitverantwortung für Frieden und Menschenrechte in der Welt

Internationales Militärpostolat (AMI) befürwortet internationale Hilfseinsätze von Soldaten

„Streitkräfte müssen in der heutigen neuen weltpolitischen Lage neben dem grundsätzlichen Auftrag zur Landesverteidigung, sei es allein oder in einem Bündnis, verstärkt internationale Mitverantwortung bei Einsätzen im Rahmen kollektiver Sicherheitsbündnisse und zur humanitären Hilfeleistung übernehmen“, erklärte der Präsident des Apostolat Militaire International (AMI), Oberst i.G. Jürgen Bringmann, Köln, bei der diesjährigen Generalversammlung des AMI Mitte September in Santiago de Compostela (Spanien).

An der Generalversammlung in Santiago, wo vor 30 Jahren das AMI gegründet wurde, nahmen Vertreter aus 14 Ländern aller Kontinente, außer Australien, teil,

erstmalig Südafrika, Nigeria und die Dominikanische Republik.

Unter dem Thema „AMI 1965-1995 Santiago de Compostela: 30 Jahre Apostolat Militaire International, 30 Jahre im Dienst des Friedens und der Einheit der Völker Ergebnisse und neue Ziele“ behandelten die Delegierten wichtige Themen aus dem Aufgabenbereich von Streitkräften und Soldaten heute unter ethischen Aspekten.

Das Apostolat Militaire International (AMI) sieht seine Aufgabe darin, in der Kirche, in den Streitkräften der verschiedenen Länder und der Öffentlichkeit

- Normen und Wertvorstellungen christlicher Soldaten zu klären, zu verdeutlichen und national und international zu vertreten,

oder in einem Bündnis, verstärkt internationale Mitverantwortung bei Einsätzen im Rahmen kollektiver Sicherheitsbündnisse und zur humanitären Hilfeleistung übernehmen.

Daß der Auftrag des Soldaten nicht nur eng national und auf reine Vaterlandsverteidigung im eigenen Land begrenzt zu sehen ist, war katholischen Soldaten zumindest seit dem 2. Vatikanischen Konzil klar. Auch humanitäre Einsätze, speziell im Rahmen kollektiver internationaler Zusammenarbeit, sind aus der Sicht des Konzils und auch aus unserer Sicht als katholische Soldaten wichtige Aufgaben, die Soldaten zu erfüllen haben.

Aufgabe der Streitkräfte ist es also auch, in einer kleiner gewordenen Welt weltweit neue Aufträge zu übernehmen, sowohl aus unserer, auch christlich begründeten,

- die internationale Verständigung und Zusammenarbeit zu fördern – als Beitrag zum Frieden in der Welt,
- gemeinsam die geistigen, moralischen und gesellschaftlichen Probleme im militärischen Bereich im Lichte des Evangeliums und der christlichen Lehre zu studieren.

Gerade heute, wo der Frieden, die Freiheit, die Gerechtigkeit, die Würde des Menschen und die Rechte der Völker vielfach in Frage gestellt, gefährdet und angegriffen sind, gehe es darum, daß katholische Soldaten

- sich Gedanken über ihren Dienst machen und ihn aus ihrem christlichen Glauben heraus gestalten,
- den Dienst des Soldaten als Dienst für einen wirklichen Frieden innerhalb ihrer Kirche und in der Öffentlichkeit vertreten.

In einer Erklärung zur Sicherheitspolitik (s.u.) setzt sich das AMI nachdrücklich dafür ein, daß Streitkräfte sowohl aus humanitären Gründen wie auch um des Menschen- und Völkerrechts willen international Aufgaben übernehmen, sei es im Rahmen der Vereinten Nationen oder anderer internationaler Sicherheitsstrukturen. (AMI)

Erklärung des AMI zur Sicherheitspolitik

Santiago de Compostela, 11.09.1995. Angesichts der großen und andauernden Veränderungen in den Streitkräften, der Gesellschaft, der nationalen und internationalen Politik und auch der Kirche gilt es für die Streitkräfte und die in ihnen dienenden Soldaten, sich neu auf ihre Aufgaben zu besinnen, sich neu zu formieren, den Veränderungen Rechnung zu tragen und sich unter veränderten Verhältnissen neu zu bewähren.

Streitkräfte müssen in dieser neuen weltpolitischen Lage neben dem grundsätzlichen Auftrag zur Landesverteidigung, sei es allein

Weltverantwortung heraus, als auch in wohlverstandenen und berechtigtem Eigeninteresse jedes einzelnen Landes.

Wenn heute von neuen Aufgaben der Streitkräfte die Rede ist, dann geht es vor allem um den eben genannten Bereich. Es geht darum, daß Soldaten bei Hungersnöten und anderen Katastrophen Hilfe leisten. Nicht deshalb, weil dies eine grundsätzliche und originäre Aufgabe der Streitkräfte wäre, sondern einfach deswegen, weil diese Hilfe oft nur unter militärischem Schutz geleistet werden kann, und weil häufig allein die Streitkräfte die organisatorischen und materiellen Mittel, oft auch allein die Ausbildung, besitzen, um diese Aufgabe zu erfüllen.

Und es geht darum, daß sich Soldaten dort einbringen, wo die Gefährdung von Leib und Leben, von Menschenrechten und Freiheit, ein

solches Ausmaß angenommen hat, daß ein Eingreifen der Völkergemeinschaft unbedingt erforderlich ist. Papst Johannes Paul II. hat nachdrücklich auf diese Pflicht zur humanitären Einmischung hingewiesen, „wenn das Überleben der Völker und ethnischer Gruppen schwer betroffen wird“. Und in seiner Ansprache an die Militärbischöfe am 11. März 1994 ergänzte der Papst diese Aussage mit den Worten: „Das Prinzip der Nichtgleichgültigkeit – oder, positiv ausgedrückt, des humanitären Eingreifens – angesichts der Dramen der Völker weist dem Soldaten und den Streitkräften eine neue und wichtige Rolle zu, für die das Evangelium stärkere und entscheidendere Motive bieten kann als alle politischen und wirtschaftlichen Vernunftsgründe.“

Es gilt, für diese neuen – oder zumindest bisher so von vielen nicht wahrgenommenen – Aufgaben der Streitkräfte ein Verständnis zu schaffen, das nicht elitär, sondern mitverantwortlich definiert ist. Der Heilige Vater merkt hierzu zu Recht an: „Die Christen, die in einem solchen Rahmen ... arbeiten, können dieser neuen Auffassung vom militärischen Dienst große Impulse geben, sei es durch Bildung der Gewissen, sei es durch eine wirksamere Verbreitung der Werte der Gerechtigkeit, Solidarität und

des Friedens: Werte, die die Grundlage für eine echte internationale Ordnung bilden“.

Aufgabe der Soldaten wird es auch in Zukunft vermehrt sein, den Krieg zu verhindern oder zu beenden, indem sie zwischen den Parteien vermitteln, ja wortwörtlich zwischen den Fronten stehen. Erziehung zum Frieden gewinnt hier für den Soldaten eine ganz neue Dimension. Muß er doch lernen, seinen Dienst nicht mit der Waffe, sondern häufig gerade ohne sie auszuüben, legitime Gewalt nicht anzuwenden, sondern um eines wichtigen Zieles willen sogar illegitime Gewalt zu überdauern, sich nicht mit Nachdruck durchzusetzen, sondern zurückzunehmen, Frieden nicht zu erzwingen, sondern dafür zu leiden. Diese Komponente wird die klassische Erziehung des Soldaten für seinen Friedensdienst in Zukunft immer häufiger ergänzen: Frieden sichern, Frieden erhalten, Frieden wiederherstellen – das alles gilt weiterhin. Aber hinzu kommt: Frieden wachsen lassen, Frieden fördern, Frieden erdulden, auch für den Frieden leiden.

Allerdings: Märtyrertum ist nicht die Aufgabe jedes Christen, schon gar nicht die des Soldaten - Märtyrer sind die Ausnahme, nicht die Regel. Und es stellt sich auch die Frage, ob das, was Politik heute vom Soldaten in den geschilderten

Situationen immer häufiger verlangt, zum Beispiel

- wehrlos zwischen den Fronten stehen,
- Gewalt tatenlos zusehen müssen,
- Bedrohten und Angegriffenen nicht helfen dürfen,
- Mord, Folter und Vergewaltigung nicht verhindern dürfen, wirklich noch soldatischer Dienst ist, wie wir ihn verstehen und verantworten können mögen die politischen Begründungen für ein solches Verhalten auch rational noch so einsichtig sein.

Wir werden hierüber nachdenken und dann Antworten geben müssen.

Das Gesagte kann mit einem Wort des Papstes aus seiner diesjährigen Botschaft zum Weltfriedenstag zusammengefaßt werden:

„Die Gewalt, der so viele Menschen und Völker nach wie vor ausgesetzt sind, die Kriege, die noch immer zahlreiche Teile der Welt mit Blut überziehen, die Ungerechtigkeit, die das Leben ganzer Kontinente belastet, können nicht mehr geduldet werden. Es ist Zeit, von den Worten zu Taten zu schreiten: die einzelnen Bürger und die Familien, die Gläubigen und die Kirchen, die Staaten und die internationalen Organisationen, alle sollen sich aufgerufen fühlen, mit erneutem Einsatz die Förderung des Friedens in die Hand zu nehmen.“

Das Apostolat Militaire International bietet für 1996 erneut eine Familienfreizeit in der Zeit 03.08. – 16.08.1996 an. Verantwortlich für die Durchführung dieser „Urlaubstage im internationalen Rahmen“ ist AMI-Frankreich. Diese Einladung geht an katholische Soldaten aller Dienstgrade und deren Familien der AMI-Mitgliedsländer.

Einige Hinweise zur 9. AMI-Familienfreizeit:

- Ort: BITCHE/Frankreich im Gebiet Moselle, 7.000 Einwohner
- Haus: MAISON SAINT CONRAD (Bildungshaus der Kapuziner)

Das „Maison St. Conrad“ liegt in Bitche, fast am Stadtrand. Es hat 24 Doppelzimmer, 3 Einzelzimmer und einen Schlafsaal mit 8 Betten. Duschen und Toiletten sind ausreichend vorhanden.

Im Haus ist eine Kapelle und mehrere Speise- und Aufenthaltsräume.

Dieser Landstrich ist ein Teil des Naturparks der Nordvogesen und lädt zum Wandern ein. Eine Vielzahl an Sehenswürdigkeiten gibt es zu entdecken.

Zitadelle von Bitche, Beinhaus von Schorbach, Schloß Falkenstein, Holzschuhmuseum, Kristallmanufakturen und den Simserhof, ein Befestigungswerk der 'Maginot-Linie', dessen fünf Kilometer lange Stollen befahren werden können.

Bade- und Sportanlagen sind vorhanden. Detaillierte Informationen erhalten Sie nach Ihrer Anmeldung.

Kosten:	Erwachsener	Jugendlicher (14-17)	Kind (4-13)	Baby (0-3)	Ab dem 3. Jugendlichen (Kind) sind nur noch DM 24,50, zu zahlen. Preise gelten für Vollpension pro Tag/Person.
DM	48,50	40,00	30,10	frei	
FFR	160	130	100	gratuit	

Anmeldung: Anmeldeformular erhältlich bei OStBtsm a.D. Günter Thye, Uranusweg 80, D-24943 Flensburg, Tel/Fax: 04161-64827 oder beim Bundesgeschäftsführer der GKS. Mit der Anmeldung ist ein Zahlungsbetrag von FFR 150 pro Person zu leisten an:

Lieutenant-Colonel Jean WEIGEL, 7. Avenue Foch, F-57000 Metz, Tel: 87/761694, (privat)
oder: CDE/B.M.G, Domaine de Mercy, B.P. 57998 – Metz Armees,
Tel: 87/56 6499 App. 381, Fax: 87/56 6456 (dienstlich)

Anmeldeschluß ist der 31. Januar 1996!

AUSSCHREIBUNG DES KATHOLISCHEN JOURNALISTENPREISES 1996

Anläßlich des Welttages der sozialen Kommunikationsmittel 1996 werden die Arbeitsgemeinschaft Katholische Presse e.V. und die Gesellschaft Katholischer Publizisten zum zweiundzwanzigsten Mal den von der Deutschen Bischofskonferenz gestifteten „Katholischen Journalistenpreis“ verleihen. Wie bisher gliedert sich der Preis in zwei Teile. Mit dem Ersten Preis soll ein Autor für eine herausragende Leistung auf dem Gebiet der katholischen Publizistik ausgezeichnet werden. Der zweite Preis will junge katholische Journalisten zu verantwortungsbewußter Arbeit in ihrem Beruf ermutigen; er soll daher satzungsgemäß einem jüngeren Autor zugesprochen werden. Der Preis ist insgesamt mit 20.000,— DM dotiert. Bisherige Träger des Hauptpreises sind von einer weiteren Auszeichnung ausgeschlossen.

Ausschreibungsbedingungen

1. Für den „Katholischen Journalistenpreis 1996“ kann eine Arbeit je Autor eingereicht werden. Sie muß in deutscher Sprache verfaßt sein und nach dem 15. Dezember 1994 in einem Presseorgan des Deutschen Sprachraumes abgedruckt oder von einer Rundfunkanstalt des deutschen Sprachgebietes ausgestrahlt worden sein. Die Einreichung kann entweder vom Verfasser selbst oder von anderen

Personen erfolgen. Dies schließt nicht aus, daß von mehreren Personen mehrere Arbeiten eines Autors eingereicht werden.

2. Den Arbeiten sind Angaben zur Person (berufliche Position, Alter) des Autors beizufügen.
3. Die Arbeit ist in *fünffacher Ausfertigung* an die Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft Katholische Presse, Adenauerallee 176, 53113 Bonn, oder an die Geschäftsstelle der Gesellschaft Katholischer Publizisten, Breite Str. 106, 50667 Köln, einzusenden. Bei Fernsehbeiträgen genügt die Einsendung einer Videokassette.

Einsendeschluß ist der 15. Dezember 1995.

Über die Verleihung des Preises entscheidet eine Jury. Diese besteht aus zwei von der Gesellschaft katholischer Publizisten benannten Mitgliedern, zwei von der Arbeitsgemeinschaft Katholische Presse benannten Mitgliedern und einem Mitglied, das von der Publizistischen Kommission der Deutschen Bischofskonferenz benannt wurde. Die Jury faßt ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit. Der Preis wird unter Ausschluß des Rechtsweges verliehen; die Entscheidungen der Jury sind nicht anfechtbar.

ARBEITSGEMEINSCHAFT KATHOLISCHE PRESSE E.V.
Adenauerallee 176, 53113 Bonn,
Tel.: (0228) 21 53 34; FAX: (0228) 21 09 22

GESELLSCHAFT KATHOLISCHER PUBLIZISTEN
DEUTSCHLANDS E.V.
Breite Str. 106, 50667 Köln,
Tel.: (0221) 25 76 111, FAX: (0221) 25 54 62



Der Vorsitzende im Wehrbereich V, Klaus G. Nitsch (Mitte), verabschiedete die StFw a.D. Detlef Rößner (l) und Josef Schütz (r) vor der Kirche des Klosters Heiligkreuztal, in dem sie vor 20 Jahren an der ersten Arbeitskonferenz beim Wehrbereichsdekan V teilgenommen hatten. So manches freie Wochenende brachten sie in die Aktion „Ora et Labora“ ein, um mitzuhelfen, aus dem fast zerfallenen Zisterzienserkloster eine gern besuchte Tagungsstätte zu machen, die von der Stefanusbruderschaft geleitet wird (s.a.S. 68).

(Foto: F. Brockmeier)

DER FREIZEITTIP

Ausflug in das biblisches Freizeitmuseum nach Nimwegen

Willy Trost

In Nijmegen/Holland befindet sich ein biblisches Freizeitmuseum. Wer einmal etwas Neues sehen möchte, sollte es nicht versäumen, dorthin zu fahren. Im Museum ist eine Sonderausstellung eröffnet worden mit dem Titel „Ewiges Leben Tod und Jenseits der Antike“. Diese Ausstellung vermittelt durch eine große Zahl von Fundstücken einen umfassenden Eindruck von der Vorstellung der Menschen über Tod und Jenseits in der Antike. Dabei wird deutlich, daß sich christliche Denkbilder schon in den vorchristlichen Kulturen nachweisen lassen.

Im Mittelpunkt der Ausstellung steht die rekonstruierte Grabkammer des Sinnedjen aus Medina aus der Zeit von circa 1 300 v.Chr. Diese Grabkammer mit 50 Quadratmeter Fläche an Fresken gilt als eines der wichtigsten ägyptischen Monumente. Eine große Bedeutung erhält diese Rekonstruktion dadurch, daß die Originalgrabkammer vor Ort wahrscheinlich bald nicht mehr zugänglich sein wird. Es ist daher ratsam, sich einen Besuch dieser Sonderausstellung vorzumerken.

Die Ausstellung, wie auch das Museum, sind bis zum 02. November geöffnet und zwar täglich von 09.00 bis 17.30 Uhr. Die Eintrittspreise liegen zwischen sechs Gulden, für Kinder bis 13 Jahre, und zehn Gulden für Erwachsene. Für Senioren ab 65 Jahren gibt es Sondertarife.

Im biblischen Freizeitmuseum erwarten den Besucher zwei Restaurants mit einem ganz besonderen Charakter.

Direkt am Eingang des biblischen Freizeitmuseums befindet sich ein stimmungsvolles Gasthaus mit einer großen Terrasse, das Restaurant Jerusalem. Hier kann man eine holländische Brotmahlzeit oder auch einen kleinen Imbiß genießen. Die Speisekarte bietet

vor allem holländische Gerichte und kleine Snacks.

Im Freilichtmuseum befindet sich aber auch eine „römische Herberge“, eine detailgetreue Nachbildung eines römischen Speiselokals. Die hier servierten Speisen entsprechen dem Anspruch des Museums, die biblischen Kulturen umfassend zu vermitteln. Auch hier gibt es neben kleinen Imbissen auch Suppen, Vorspeisen und

größere Hauptgerichte, die wie z.B. das römische Gericht, das jüdische Gericht, das Beduinengericht im Preis bis zu 25.— Gulden kosten.

Sollten Sie Informationen wünschen oder Gruppen anmelden wollen, so gibt es in Deutschland in 46446 Emmerich, eine deutsche Vertreterin: Dorothea Heeks. Sie ist zu finden: Hinter der Alten Kirche 21, Telefon 02822/4618.

Wie ein guter FREUND für 365 Tage!

Dieser KOMM-MIT-1996 ist ein vielseitiger und aktivierender Jugend-Taschenkalender: er enthält viel Notizraum für jeden Tag, zahlreiche Infos für Freizeit, Religion, Allgemeinbildung und Ethik. - Ein unentbehrlicher Freund und Begleiter für alle 10-25jährigen Jungen, Mädchen, Schüler und auch für Erwachsene! Nur 8,80 DM!

Großzügige Mengenrabatte: 4 Stück je 8,30 DM; 10 = 8 DM; 30 = 7,80 DM; 50 = 7,60 DM; 100 = 7,30 DM.

Der KM-Taschenkalender-1996 bringt auf über 400 farbigen Seiten eine Fülle von Infos und Tips zu staatsbürgerlichen, religiösen und geschichtlichen Themen (zB. Faszination Jugendbewegung, Widerstand in der NS-Diktatur, Psycho-Folgen der Abtreibung, Bibelkunde), 50 Aufgaben zur Selbsterziehung, 50 Aktionen für Freunde und Gruppe (zB. Tips für Gemeinde, Schulfestern, Lagerzirkus), 400 Adressen wichtiger Verbände und Redaktionen, Psycho-Test, Buchtips; viele Gedichte, Lebensbilder, Kurzgeschichten, Lieder, Rätsel, Sketsche, Sponti-Sprüche, Preisausschreiben, Fahrt und Lager, Spiel und Sport, Grafiken und Fotos, 3 DM-Gutschein, haltbarer Plastikeinband.

**Bestellungen baldmöglichst – Postkarte genügt!
Oder Telefon 0251-615151 (bis 24 Uhr) – auch Sa./So.**

48041

Postfach 7680

AUTOREN UND BEITRÄGE IN DIESEM AUFTRAG

Dr. Armin Bettinger,

Pastoralreferent in einer Würzburger Pfarrei und Dozent bei der Domschule Würzburg.

Johannes Cofalka,

Geburtsjahrgang 1921; studierte Sozialpädagogik; Berufsoffizier, zuletzt als Oberstleutnant im Amt für Studien und Übungen der Bundeswehr; danach 10 Jahre Tätigkeit im Caritas-Verband. Veröffentlichungen im AUFTRAG seit 1960.

Klaus Ebeling,

studierte Philosophie und Theologie und ist seit 1991 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut Theologie und Frieden in Barsbüttel; Schwerpunkt seiner Arbeit sind ethische Fragen im Zusammenhang mit der Rüstung.

Joachim G. Görlich,

Magister, freier Journalist, Schwerpunkt mittel- und osteuropäische Gesellschaften. Publiziert häufig u.a. in Deutsche Tagespost und AUFTRAG.

Lothar Groppe,

Kurzfassung des Vortrags „Versöhnung – keine Einbahnstraße“ bei der Veranstaltung des Berliner

Landesverbandes der Vertriebenen „50 Jahre nach Flucht, Deportation und Vertreibung – Unrecht bleibt Unrecht“ am 13.05.1995 in der URANIA BERLIN. Lothar Groppe gehört dem Jesuitenorden an.

Katarzyna Kolodziejczyk,

Auszüge entnommen aus „Rzeczpospolita“, Warschau, 29.–30. Juli 1995; aus dem Polnischen übersetzt.

Joachim Kuroпка,

der Autor ist Professor für Geschichte an der Universität Osnabrück. 1987 hat er im Verlag Vechtaer Druckerei das Buch „Zur Sache – Das Kreuz!“ herausgegeben, einer Untersuchung zur Geschichte des Konflikts um Kreuz und Lutherbild in den Schulen Oldenburgs.

Renate Hartmann,

Vorsitzende der Kommission „Ehe und Familie“ des ZdK, Stadträtin und Frauenbeauftragte in Bayreuth, Vorsitzende des örtlichen Caritasverbandes und Mitglied im Zentralrat des Deutschen Caritasverbandes, Mutter von acht Kindern, faßt hier Gedanken einer Erklärung ihrer Kommission zu-

sammen. Der Beitrag ist dem vom ZdK herausgegebenen „Salzstreuer“, S. 2f., vom 28.08.1995 entnommen.

Karl Fürst von Schwarzenberg,

der Autor dieses Beitrags wurde 1937 in Prag geboren. Er blieb auch nach der Übersiedlung nach Österreich im Jahr 1948 tschechischer Staatsbürger und war von 1990 bis 1992 Leiter der Kanzlei des tschechoslowakischen Präsidenten Havel.

Willy Trost,

Oberstleutnant a.D., als aktiver Soldat engagierter Laie in der Militärseelsorge in führenden Funktionen (Vorstand Zentrale Versammlung, Bundesvorsitzender der GKS); heute Geschäftsführer im Katholischen Pressebund und bei Katholiken im Rundfunk.

Rita Waschbüsch,

seit 1988 Präsidentin des ZdK. Die 1940 in Landsweiler geborene Mutter von fünf Kindern war von 1974 bis 1977 Sozialministerin und von 1978 bis 1994 Landtagsvizepräsidentin im Saarland. Der Beitrag ist dem vom ZdK herausgegebenen „Salzstreuer“, S. 8, vom 28.08.1995 entnommen.

DEM WIRKEN DES HELIGEN GEISTES IST ES ZU VERDANKEN

- *wenn "winterliche Kälte" in der Kirche keine Allgemeinerscheinung ist;*
- *wenn auch Enttäuschte Geschwisterlichkeit in der Kirche für erreichbar halten;*
- *wenn wir Einheit herbeisehnen, ohne daß Unterschiedliches zerbrechen muß;*
- *wenn der Dialog in der Kirche vertrauensvoll und in gegenseitigem Respekt geführt wird;*
- *wenn Verzeihung erbeten und gewährt wird und wenn die Schwachen in der Gemeinde kein Ärgernis erleiden;*
- *wenn es in unseren Kirchenplänen nicht um bloße Veränderungen, sondern um Verbesserungen geht, nicht um Beseitigung, sondern um Heilung.*

(aus: Texte der Ermutigung, Diözesanstelle KBA und Medienreferat Würzburg)

BUCHBESPRECHUNGEN

Hans Schratzenstaller
Warum? - die letzten Tage im
Leben des Michael Kern

172 Seiten, gebunden, ISBN 3-88096-999-X. EOS Verlag, Erzabtei St. Ottilien.

In einer schlichten Nacherzählung, die durch ihre einfache Sprache beeindruckt, berichtet der Autor über die letzten Tage im Leben des Leutnants Michael Kern. In dieser Erzählung wird berichtet, wie ein junger, in der Welt wenig erfahrener, aber besonders gläubiger Katholik in einem autoritären Regime durch seine Gradlinigkeit und Unverdorbenheit zu Schaden und zu Tode kommt. Die Nacherzählung ist ein religiöses Dokument, das zeigt, wie der Glaube auch in schweren, für den Betroffenen unverständlichen Zeiten durchträgt. (Willy Trost)

John Grisham
Die Kammer

Roman. Aus dem Amerikanischen von Christel Wiemken. 608 Seiten, gebunden, ISBN 3-55-XXXX-X. Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 1995.

Alle bisherigen Romane des früheren Rechtsanwalts und jetzigen Erfolgsschriftstellers John Grisham über Konflikte im (amerikanischen) Rechtssystem wurden Bestseller: Die Jury, Die Firma, Die Akte, Der Klient.

Das neueste Buch „Die Kammer“ hat ebenfalls und völlig zu Recht den Sprung an die Spitze der Bestsellerlisten geschafft. Thema des Buches ist die Todesstrafe, über die gründlich nachzudenken einen dieser Roman geradezu unwiderstehlich zwingt. In diesem Buch trifft alles zusammen, was Grishams außergewöhnlichen Erfolg ausmacht: Glaubhafte Personen, tadelloser Stil, soziales Engagement, die geballte Dramatik von juristischen Auseinandersetzungen und von persönlichen Konfrontationen im Gerichtssaal.

Die Story spinnt sich um ein wegen Mordes zum Tode verurteiltes Mitglied des Klu Klux Klan, Sam Cayhall, der 23 Jahre nach der Tat im Todestrakt auf seine Hinrichtung wartet.

Ein junger Anwalt, der Enkel des Verurteilten, greift den eigentlich abgeschlossenen Fall erneut auf und versucht in einem Wettlauf mit der Zeit, die Hinrichtung in letzter Minute zu verhindern.

Grisham erzählt mit Distanz. Er läßt die beiden Hauptpersonen sich langsam näherkommen. Dabei heizt er aber nicht mit falschen Gefühlen an, sondern bewahrt eine natürliche Fremdheit, die auf ganz unterschiedlichen Lebensauffassungen beruht, zwischen Großvater und Enkel. Grisham gibt auch seinen Lesern Spielraum für ihren eigenen Gerechtigkeitssinn, läßt sie selber über Schuld und Unschuld, Sinn oder Unsinn der Todesstrafe entscheiden.

Ein Buch, das wieder einmal ein wichtiges Thema so spannend behandelt, daß man am liebsten nicht nur nachts, sondern auch noch im Dienst weiterlesen möchte.

(Jürgen Bringmann)

Klaus Becker/Jürgen Eberle, Hrg.
Der Zölibat des Priesters

202 Seiten, ISBN 3-88096-879-9, Bd. 9 Sinn und Sendung, Eos Verlag Erzabtei St. Ottilien.

Dieses Büchlein mit einer Einführung von Joachim Kardinal Meisner, ist ein gutes Hilfsmittel in der Diskussion über den Sinn des Zölibates des Priesters in der heutigen Zeit.

Sechs Autoren gehen das Thema von verschiedenen Seiten an. Die saubere wissenschaftliche Arbeit wird Anerkennung finden. Es wird u.a. aufgeräumt mit dem Vorwurf, daß der Zölibat erst nach dem 4. Jahrhundert eingeführt worden sei, um das Machtstreben der Kirche zu festigen. Deutlich wird, daß der Zölibat schon in der Urkirche verankert war. Briefe des Apostels Paulus, die nach den Funden in Höhle 7 in Qumran bereits vor 70 datieren, haben ein besonderes Gewicht in der Bewertung des Apostolischen Ursprungs des Zölibats.

Auf die unterschiedliche Entwicklung in Ost und West wird ebenso eingegangen wie auf die verschiedenen Begründungen.

Isa Vermehren rscj, die bekannte Ordensfrau, bringt in ihren Ausführungen die Begründung für die Ehelosigkeit auf den Punkt, wenn sie sagt:

- die Aufforderung zum Verzicht auf die Ehe muß als Ruf treffen;
- dieser Anruf befreit von allen Fesseln der Geschlechtlichkeit und führt zur vollen Reife der Persönlichkeit in Christus;
- die Annahme des Rufes ist ein Glaubensakt.

Insgesamt wird deutlich, daß die Berufung zum Priester oder zum Ordensmann/zur Ordensfrau ein tiefer Einschnitt in das Leben bedeutet. Ein solcher Ruf ist keineswegs ein einmaliges Geschenk.

Ein Buch, das voller Spannung ist und dem man weite Verbreitung wünschen muß, damit die Diskussionen um diese Fragen sachlicher werden und ein Klima schaffen, in dem Berufungen noch Menschen erreichen.

(Helmut Fettweis)

Alfred Läßle
Der Rosenkranz

15 neue Andachten, 272 Seiten, ISBN 3-629-00591-8, Pattloch Verlag, Augsburg/Weltbild Verlag.

Es ist leider eine Tatsache, daß große Teile der Christenheit – vor allem in den westlichen Ländern – zu den Menschen gehören, die am wenigsten beten.

Das Gebet der Buddhisten und der Moslems wird vielfach – auch in den Medien – bestaunt und zum Teil bewundert. Der reiche christliche Gebetsschatz aber wird kaum geöffnet, geschweige gebraucht. Zu den Gebeten, die verkümmern, gehört auch der Rosenkranz.

Man kritisiert an ihm herum, oftmals ohne die Inhalte zu kennen. Vor vielen Jahren hat der damalige Militärdekan Steger in Lourdes den Vorwurf, der Rosenkranz sei unmännlich, zurückweisen können. Und aus der Geschichte ist belegbar, daß gerade Soldaten die tröstende Hilfe dieses Gebetes zu schätzen wußten.

Nun behauptet man heute, das Gebet verführe zum Herunterleiern. Sicherlich mag das für manche Form dieses Betens in den 20er Jahren gegolten haben. Heute aber wissen Priester und Laien, wie man nicht nur Worte sagt, sondern Inhalte ausdrückt.

Dieses kleine Büchlein ist eine Hilfe für das Gebetsleben moderner Menschen und stellt eine Brücke zum heutigen Glaubensverständnis dar. (Helmut Fettweis)

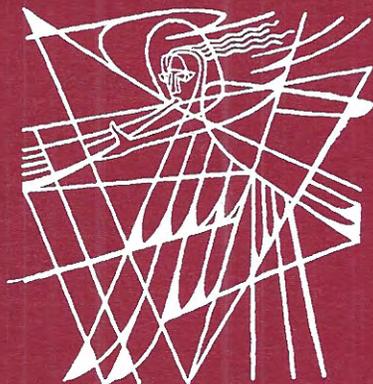


Das Kreuz der GKS

Das »Kreuz der GKS« ist das Symbol der Gemeinschaft Katholischer Soldaten. Vier Kreise als Symbol für die GKS-Kreise an der Basis formen in einem größeren Kreis, der wiederum die Gemeinschaft versinnbildlicht, ein Kreuz, unter dem sich katholische Soldaten versammeln.

Der Königsteiner Engel

Der »siebte Engel mit der siebten Posaune« (Offb 11,15–19) ist der Bote der Hoffnung, der die uneingeschränkte Herrschaft Gottes ankündigt. Dieser apokalyptische Engel am Haus der Begegnung in Königstein/Ts., dem Gründungsort des Königsteiner Offizierkreises (KOK), ist heute noch das Traditionszeichen des GKS, das die katholische Laienarbeit in der Militärseelsorge seit nunmehr 40 Jahren begleitet.



Impressum

AUFTRAG ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS) und erscheint bis zu neunmal jährlich. Herausgeber: GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS)

Redaktion: Klaus Brandt, Oberstleutnant a.D., verantwortlicher Redakteur; Paul Schulz, Oberstleutnant a.D., Redakteur, Satz und Layout; Helmut Fettweis, Oberst a.D., Redakteur.

Zuschriften: Klaus Brandt, PF 30 03 03, 51413 Bergisch-Gladbach, Fax: 02204-23005.

Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Namensartikel werden allein vom Verfasser verantwortet. Nicht immer sind bei Nachdrucken die Inhaber von Rechten feststellbar oder erreichbar. In solchen Ausnahmefällen verpflichtet sich der Herausgeber, nachträglich geltend gemachte rechtmäßige Ansprüche nach den üblichen Honorarsätzen zu vergüten.

Druck: Köllen Druck & Verlag GmbH, Ernst-Robert-Curtius-Str. 14, 53117 Bonn-Buschdorf.

Überweisungen auf: Konto-Nr. 2532786 BLZ 380 400 07 Commerzbank Bonn, Zweigstelle Adenauerallee: Katholische Soldatenseelsorge – Anstalt des öffentlichen Rechts – Vermerk: "Spendenkonto der GKS".

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe. Nachbestellung gegen eine Schutzgebühr von DM 5,- an den ausliefernden Köllen Verlag.